Mittwoch, 8. Mai 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 106 - 19.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Klage: Gegen das im März vom Düsseldorfer Landtag verabschiedete WDR-Gesetz wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht beantragen. Wesentliche Teile des Gesetzes seien mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. (S. 4)

Flucht: Eine Konzertreise des Dresdner Kreuzchors durch Österreich nutzte ein 18jähriger Sänger zur Flucht. Er will in der Bundesrepublik seine Gesangsausbildung fortsetzen und später ein Musikstudium absolvieren.

Abspaltungen? Eine „totale Zerreißprobe" bei den Grünen befürchtet Parteisprecher Trampert, falls sie bei den Wahlen am 12. Mai nicht in den NRW-Landtag kommen. Abspaltungen werden nicht ausgeschlossen. (S. 4)

Zugeständnis: Zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung in der UdSSR erhält die Landbevölkerung ab 1986 das Recht, eine größere Bodenfläche als bisher privat – und damit außerhalb der Kolchosen und Sowchosen – zu bewirtschaften. (S. 2 und 12)

Neuwahlen: Griechenlands Staatspräsident Sartsetakis hat gestern das Parlament aufgelöst und für den 2. Juni vorgezogene Neuwahlen angesetzt. Zuvor hatte das Parlament in zweiter Lesung die von Ministerpräsident Papandreou initiierte Verfassungsänderung gebilligt, die auf eine Einschränkung der Befugnisse des Präsidenten abzielt. (S. 12)

Portugal: Der frühere sozialdemokratische Regierungschef Mota Pinto ist im Alter von 48 Jahren an einem Herzinfarkt gestorben.

Flüge gestoppt: Der diplomatische Konflikt zwischen Polen und den USA hat sich verschärft. Warschau widerief eine den USA 1957 erteilte Genehmigung, einen regulären Flugkurierdienst mit ihrer Botschaft zu unterhalten.

Embargo: Voraussichtlich heute wird sich der Weltsicherheitsrat mit einer Klage Nicaraguas gegen das US-Handelsembargo befassen. – Amerikanische Banker sehen durch das Embargo die Rückzahlung nicaraguanischer Auslandsschulden von vier Milliarden Dollar gefährdet.

Zum Geburtstag von Professor v. Hayek

Der Grandseigneur der Wirtschaftswissenschaften hat Geburtstag: Professor Friedrich August von Hayek wird heute 86 Jahre alt. Hayek, für sein Werk 1974 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, seit einigen Tagen Träger des Schleyer-Preises, war aus Anlaß des Wirtschaftsgipfels von Wilfried Hertz-Eichenrode befragt worden (WELT v. 2. Mai: „Eine intellektuelle Wende im Westen"). Die WELT druckt heute den zweiten und letzten Teil dieses Gespräches. Seite 6

WIRTSCHAFT

Bayer: Der Chemiekonzern steigerte seinen Weltumsatz 1984 um 15,3 Prozent auf 42 Milliarden DM, den Gewinn vor Steuern um 34,1 Prozent auf 2,9 Milliarden. (S. 15)

Katalysator: Die Abgasdiskussion drückt auch auf das Geschäft von Audi. Im ersten Quartal 1985 lagen Neuzulassungen um 14,6, Auftragseingänge um 8,3 Prozent unter dem Vorjahrsniveau. (S. 15)

Gläubiger: Japan hat 1984 mit Netto-Auslandsguthaben von mehr als 60 Milliarden Dollar die USA aus der Position des größten Gläubigerlandes unter den Industriestaaten verdrängt.

Börse: Am deutschen Aktienmarkt war die Tendenz uneinheitlich. WELT-Aktienindex 180,1 (179,5). Am Rentenmarkt wurden öffentliche Anleihen höher bewertet. BHF-Rentenindex 101,839 (101,819). Performance-Index 101,541 (101,491). Dollar-Mittelkurs 3,1960 (3,2490) Mark. Goldpreis 315,50 (Vortag kein Fixing).

ZITAT DES TAGES



» Friede in Freiheit fällt uns nicht als milde Gabe des Himmels zu, wir müssen etwas dafür tun «

Bundeskanzler Helmut Kohl zum 30. Jahrestag der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Ende einer Affäre: Mit der fristlosen Entlassung des Bonner Generalmusikdirektors Kuhn, der im April den Generalintendanten des Musiktheaters, Riber, öffentlich geohrfeigt hatte, zog die Stadt einen vorläufigen Schlußstrich unter monatelange Streitigkeiten über Wege, der Bonner Oper Weltgeltung zu verschaffen. (S. 3)

Film: Klangvolle Namen finden sich en masse im offiziellen Programm der 38. Filmfestspiele von Cannes, die Bundesrepublik ist jedoch mit keinem einzigen Beitrag vertreten. Mit der amerikanischen Produktion „Der einzige Zeuge" von Peter Weirs wird die Filmshow heute abend feierlich eröffnet. (S. 19)

SPORT

Fußball-Bundesliga: Borussia Dortmund ist vom Verband der Lizenz-Entzug angedroht worden. Der Verein hat rund 4,5 Millionen Mark Schulden. (S. 11)

Leichtathletik: Roswitha Gerdes, 23 Jahre alt, Olympiavierte von Los Angeles über 1500 m, hat ihre Karriere beendet, „weil es Wichtigeres als den Sport gibt". (S. 11)

AUS ALLER WELT

Ältester Todeskandidat: Ein denkwürdiges Jubiläum begeht heute der Japaner Sadamichi Hirasawa: Er vollendet sein 30. Jahr in der Todeszelle – und noch immer sieht sich der 93jährige als Unschuldiger. (S. 20)

Riesenwelle: Auf den Klippen von Lands End in England wurden elf Kinder von einer Riesenwelle ins Meer gerissen. Vier starben. (S. 20)

Wetter: Bewölkt. 18 bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Mitterrands doppeltes Nein ist sachlich nicht begründet / Von A. Graf Kageneck S. 2

Krankenhäuser: Staatssekretär Vogt: „Von Kaputtsparen keine Rede" – Von Peter Jentsch S. 4

Schleswig-Holstein: Barschel: Benachteiligung nicht länger hinnehmen S. 5

Japan: Wie Nippon der Teilung entging – Dokumentarsendung der TV Gesellschaft „Asahi" S. 7

Fernsehen: Vor dem Weltuntergang: „Backfischliebe" nach einem Roman von V. Bartlett S. 8

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 9

SDI: Das Kanzleramt sucht neue Partner für Forschungsbeteiligung – Von Bernt Conrad S. 12

Meister des Essays: Otto Heuschele 85 – Gestirne der Ordnung – Von G. K. Kaltenbrunner S. 19

Knittelverse: Von Rüttelscheimen und Schüttelreimen – Von Nina Schulenburg S. 20

WELT-Report Gibraltar: Europäische Zukunft für die autochthonen Einwohner S. I bis IV

In Straßburg sendet Reagan ein Signal an Gorbatschow

Heute erläutert der Präsident Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen

FRITZ WIRTH, Madrid

Die Rede Ronald Reagans heute nachmittag im Europaparlament von Straßburg soll der politische Höhepunkt der zehntägigen Europareise des amerikanischen Präsidenten werden. Er wird dort nicht nur an den 8. Mai 1945 erinnern und eine Laudatio auf das wiedererstarkte Europa halten, sondern die Ost-West-Problematik in den Mittelpunkt stellen.

In diesem Zusammenhang wird er dem Kreml eine Reihe konkreter Vorschläge machen, die zu mehr Vertrauen führen und das Krisen-Management zwischen Washington und Moskau erleichtern sollen. Ihr Ziel ist es, eine Wiederholung von Zwischenfällen wie den Abschuß der koreanischen Passagiermaschine im September 1983 und die Erschießung des amerikanischen Majors Nicholson in der „DDR" vor sechs Wochen künftig auszuschließen.

Zu diesem Zweck wird Ronald Reagan eine Verbesserung der Kommunikationswege zwischen Washington und Moskau und die Einrichtung einer „hot line", also einer Direktverbindung zwischen den militärischen Hauptquartieren beider Länder vorschlagen. Bisher bestand eine derartige Verbindung nur auf diplomatischer Ebene.

Beide Seiten sollen sich auf diesem Wege schneller über die Truppenbewegungen, Manöver und unvorhergesehene Zwischenfälle informieren. Eine ähnliche Anregung des amerikanischen Senators Sam Nunn aus früheren Zeiten ist von den Sowjets damals nicht aufgenommen worden. Zugleich wird der amerikanische Präsident in Straßburg seinen Vorschlag erneuern, auf die Erstanwendung militärischer Gewalt zu verzichten.

Daß Reagan dieses Thema heute in Straßburg aufgreift, hat einen besonderen Grund. Es ist ein Versuch Washingtons, die Kooperationsbereitschaft des neuen Kreml-Chefs Gorbatschow zu testen, nachdem diese Vorschläge bei dessen Vorgängern Tschernenko und Andropow kein ermutigendes Echo fanden. Zugleich muß diese Initiative Reagans im Zusammenhang mit den bevorstehenden Treffen der beiden Außenminister Shultz und Gromyko in der nächsten Woche in Wien und der geplanten Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow im Herbst gesehen werden. Die Amerikaner erwarten spätestens im Herbst beim Treffen der Regierungschefs eine klare Antwort.

Reagan wird in Straßburg auch auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen eingehen und seine Enttäuschung über die bisher gezeigte Verhandlungsposition der Sowjets ausdrücken. Mitarbeiter des Weißen Hauses schlossen jedoch die Möglichkeit aus, daß Reagan irgendwelche Vorschläge machen werde, die Bewegung in diese Gespräche brächten. Es hieß, der Ball liege vorerst im Feld der Sowjets.

Welche Bedeutung das Weiße Haus der Rede in Straßburg beimißt, geht aus einem Disput hinter den Kulissen hervor, bei dem Sicherheitsberater Robert McFarlane den ersten Redeentwurf des neuen Direktors für Öffentlichkeitsarbeit im Weißen Haus, Patrick Buchanan, verwarf, weil er zu wenig Signale zu einem neuen Dialog an Moskau gesandt hätte.

DER KOMMENTAR

Momentaufnahme

PETER GILLIES

Die launische Dame „Konjunktur" treibt ein kapriziöses Spiel mit uns: Im März kamen bei der Industrie drei Prozent weniger Aufträge als im Februar herein. Die Kundigen rätseln nun, ob dies ein statistischer Ausreißer war, der auf jahreszeitliche Einflüsse zurückgeht und schon im April korrigiert werde, oder ob sich die Wirtschaft auf einem Hochplateau befinde, von wo sie vielleicht jetzt schon mit dem Abstieg beginne.

Unter Managern geht das ironische Sprichwort um, man glaube grundsätzlich keiner Statistik, es sei denn, man habe sie eigenhändig gefälscht. Statistik bleibt jedoch ein hochwichtiges Hilfsmittel, um Entwicklungen einzuschätzen. Aber nicht nur Konjunkturdaten enthalten Widerspruch und Verwirrung als feste Bestandteile. So registrieren wir im Frühjahr einerseits die Abnahme der Arbeitslosenzahlen um rund 170 000 (April), andererseits einen leichten Rückgang der Nachfrage. Im Januar dagegen war das Bild umgekehrt: Beschäftigung frostig, Bestelleingang sonnig und munter.

In keinem Fall darf die monatliche Momentaufnahme als Maßstab für eine langfristige Entwicklung benutzt werden. Damit speiste man in die Beurteilung zu viele Zufälligkeiten ein. So ergibt sich denn auch im glättenden Zweimonatsvergleich nur eine Auftragsabnahme von einem Prozent. Es bleibt aber die Einschätzung, daß die industrielle Nachfrage kräftiger steigen muß, wenn das Wachstumsziel 1985 von 2,5 bis drei Prozent erreicht werden soll.

Nicht nur die Hannover-Messe signalisierte, daß die deutsche Wirtschaft prall vor dem Wind liegt. Auch hat die Wirtschaft ihre erstaunlichen Exporterfolge keineswegs nur dem teuren Dollar zu verdanken. Trotz monatlicher Stimmungsschwankungen – auch die Wirtschaft wird von Menschen bestimmt – prägt Zuversicht die künftigen Planungen.

Die Wellen der Konjunktur sind nicht schicksalhaft. Sie stellen das Ergebnis von Handlungen (und Unterlassungen) aller dar, der Unternehmen, des Staates und der Verbraucher. Wer den Aufschwung stabilisieren will, muß dem Wachstum neue Chancen eröffnen, er muß investieren und riskieren, forschen und die Leistung prämieren. Der flatternde März-Index mahnt dazu, die Bremsklötze wegzuräumen – beherzter noch als bisher.

Ignoriert Strafjustiz Finanzgerichte?

Professor Klein mahnt in der Spendendiskussion die Richter zu Zurückhaltung

MANFRED SCHELL, Bonn

Hat die Strafjustiz in den schwebenden Verfahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit den Parteispenden die Steuerfragen mangels Kompetenz unterbewertet? Diese Schlüsselfrage mit ihren Auswirkungen auf die Prozeßlage wird das Schwerpunktthema auf dem Deutschen Steuerberaterkongreß '85 heute in Bonn sein.

Der Präsident des Bundesfinanzhofes, Professor Hans Klein, wird dazu unter dem Stichwort „Treu und Glauben" die Hauptrede halten. Klein hat in ein politisches Wespennest gestochen, als er öffentlich erklärte: „Solange hier keine rechtskräftigen Steuerbescheide vorliegen, trägt jedes Strafverfahren das Risiko in sich, daß es zu einer Verurteilung kommt, ohne daß eine Steuerverkürzung tatsächlich vorliegt. Es ist wie bei einer Verurteilung wegen Mordes, ohne daß zuvor festgestellt wird, ob das Opfer noch lebt."

Hinter diesen kritischen Anmerkungen steckt, unausgesprochen, der Vorwurf, die Strafrichter ignorierten in dieser steuerrechtlich so komplexen Materie den Sachverstand der Finanzgerichte. Der Konflikt, ob die Strafrichter in solchen Fällen den Finanzrichtern den Vorrang lassen müssen, ist bisher nicht entschieden. Aber es hat von höchster Stelle Empfehlungen gegeben, die interpretationsfähig sind. Das Bundesverfassungsgericht hat im Rahmen eines Vorprüfungsverfahrens (Dreier-Ausschuß) zu einer Verfassungsbeschwerde unter Präsident Zeidler zum Ausdruck gebracht, im Falle „entscheidungserheblicher schwieriger steuerrechtlicher Fragen" hätten die Strafgerichte von Amts wegen ermessungspflichtig die Aussetzung der Steuerstrafverfahren nach Paragraph 396 Abgabenordnung (AO) zu prüfen. Steuerrechtler würdigen diese Aussage der Karlsruher Richter dahingehend, daß bei Vorliegen schwieriger steuerrechtlicher Fragen die Finanzgerichtsbarkeit zuerst gefragt ist. Zumindest, so wird argumentiert, gelte dies für die Frage, ob Parteispenden als steuerabzugsfähige Betriebsausgaben anerkannt werden. In einem ersten Finanzgerichtsverfahren hat der Achte Senat des Kölner Finanzgerichtes diese Frage bejaht, jedenfalls für die Zeit vor der generellen Änderung der Parteienfinanzierung im Jahre 1983.

Nicht absehbar ist bislang, ob sich aufgrund der Aussage des Verfassungsgerichtes die Situation der Parteispender, gegen die von der Staatsanwaltschaft ermittelt oder gegen die bereits das Verfahren eröffnet ist, verbessert. Prominente Steuerrechtler kamen zu der Auffassung, sie könnten aus den Aussagen der Karlsruher

● Fortsetzung Seite 12

Brandt: Eine neue Runde der Ostpolitik

DW. Nürnberg

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat in seiner Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Nürnberg an zentraler Stelle die Ankündigung eingebettet, die Sozialdemokratische Partei wolle sich „die Mehrheit für eine nächste Phase der Friedenspolitik erkämpfen". Vor allen anderen politischen Zielen „rangiert der Frieden". Die gegenwärtigen Grenzen dürften „von uns nicht in Frage gestellt werden".

Brandt schlug einen historischen Bogen vom Handschlag, mit dem sich Amerikaner und Russen 1945 an der Elbe begrüßten, zum Händedruck von Erfurt, bei seiner Begegnung mit dem „DDR"-Ministerpräsidenten Stoph 1970. Deutschland, so Brandts Definition einer deutschen Antwort auf die Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis, „findet sich nach allem, was war, zu allererst im gemeinsamen Willen zur Entspannung". Deutschland habe eine „gesteigerte Pflicht zur Rücksichtnahme auf Nachbarn, die mehr als genug zu leiden hatten, in West und in Ost". Die Macht der Sowjetunion und der USA und deren Verhältnis zueinander seien „objektiv zu einer Bedrohung des Lebens geworden". An diese Bemerkung knüpft der SPD-Vorsitzende die Erwartung an, daß Reagan und Gorbatschow bei einem möglichen Treffen die „Drohung mit dem alles vernichtenden Weltkonflikt beenden". Der Rüstungswettlauf müsse unterbrochen werden, „wenn verhandelt wird".

LEITARTIKEL SEITE 2:
Die nächsten 40 Jahre
Von Herbert Kremp

Geißler: SPD verwischt die Werte

DW. Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat sich von den „Nürnberger Friedensgesprächen" der SPD scharf abgegrenzt. „Uns eint mit der SPD das Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus", sagte der Unionspolitiker, „aber uns trennt die Verharmlosung der Sowjetunion und die Kriminalisierung der USA."

Geißler beklagte bei der SPD-Mehrheit eine zunehmende „Verwischung der Werte". Während Kurt Schumacher noch dem Leitspruch „Nie wieder Krieg von deutschem Boden und nie wieder Diktatur auf deutschem Boden" gefolgt sei, sei das „Nie wieder Diktatur" heute für die SPD „offenbar kein Thema mehr".

Geißler bezog sich mit seinen Vorwürfen auf das am 30.April verabschiedete „Nürnberger Manifest" der SPD, in dem es u. a. heißt: „Dem Sieg der Alliierten verdanken wir die Chance eines demokratischen Neuanfangs."

Der Generalsekretär nannte dies eine „Verfälschung der Geschichte", da nur die Deutschen in den westlichen Besatzungszonen diese Chance erhalten hätten. „Für die 17 Millionen Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone und darüber hinaus für die Völker Osteuropas bedeutete das Ende der nationalsozialistischen Diktatur gleichzeitig der Beginn der kommunistishen Unterdrückung." Darüber verliere die SPD nicht ein einziges Wort, sagte Geißler.

Medien erwarten Rückgang der Werbe-Einnahmen

hg. Bonn

Die deutsche Werbewirtschaft rechnet für 1985 mit einem Umsatzzuwachs von drei bis vier Prozent. 1984 waren die Einnahmen der Medien aus der Werbung noch um 5,7 Prozent auf 15,1 Milliarden Mark gestiegen, teilte der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) gestern in Bonn mit.

Während Industrie und Handel die Aussichten für das laufende Jahr sehr positiv beurteilten, seien die Erwartungen der Medien eher gedämpft. ZAW-Vizepräsident Schrader begründete das mit Problemen der Tageszeitungen beim Anzeigenverkauf und mit dem „schwerfälligen Werbegeschäft bei Publikumszeitschriften", von denen einige Rückgänge bis zu 20 Prozent pro Monat hätten hinnehmen müssen. Dies sei vor allem in einer Zurückhaltung der Nahrungsmittel-Hersteller bei der Werbung und der Unsicherheit der Automobilindustrie infolge der Katalysator-Diskussion begründet.

Seite 13: Die Stimmung ist gedämpft

„Konjunktur bleibt stabil"

Experten: Nachfragerückgang nicht überbewerten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Rückgang der Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten im März sollte nach Einschätzung von Wirtschaftsforschern und Experten des Bundeswirtschaftsministeriums nicht überbewertet werden. Eine konjunkturelle Wende lasse sich daraus nicht ableiten.

Die Auftragseingänge beim Verarbeitenden Gewerbe, die als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden, sind nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im März gegenüber dem Vormonat um drei Prozent gesunken. Dabei verbuchten die Industriefirmen aus dem Inland zwei und aus dem Ausland 2,5 Prozent weniger Aufträge.

Auch der Vergleich zwischen Februar/März und Dezember/Januar weist einen leichten Rückgang der Nachfrage um ein Prozent aus. Dabei holten die Unternehmen aus dem Inland 0,5 und aus dem Ausland zwei Prozent weniger Aufträge herein.

Bei der Interpretation der jüngsten Entwicklung herrscht bei den Experten eine gewisse Ratlosigkeit vor. Aus den vorliegenden Zahlen lasse sich die eigentliche Ursache für die schwächere Nachfrage nicht herauslesen, heißt es im Wirtschaftsministerium. Als eine Begründung wird auf die Hannover-Messe verwiesen, deren Stattfinden in den Monaten vorher eine gewisse Kaufzurückhaltung ausgelöst haben könnte. Der Einfluß des strengen Winters dürfe bei der Begründung der Entwicklung der Auftragseingänge nicht überstrapaziert werden. Schwerer wiege schon, daß der Ifo-Konjunkturtest seit vier Monaten rückläufig ist.

Der Leiter der Konjunkturabteilung des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA), Professor Hans-Jürgen Schmahl, rechnet mit einer nachträglichen Korrektur der Zahlen nach oben, was für die März-Daten nicht ungewöhnlich wäre. Darauf deute schon die schwächere Nachfrage aus dem Ausland hin, für die es keine schlüssige Erklärung gebe.

Reagan kündigt Steuersenkungen an

Neue Vorschläge für innere Reformen / Tumulte bei Staatsbesuch in Spanien

ROLF GÖRTZ, Madrid

US-Präsident Ronald Reagan nutzte seinen knapp zweitägigen Aufenthalt in Spanien, um Vorschläge von internationaler Bedeutung bekanntzugeben, die Ausfluß des Weltwirtschaftsgipfels sind: Vor führenden Vertretern von Staat und Wirtschaft in Spanien verkündete der Präsident eine Steuerreform zur Belebung der amerikanischen Wirtschaft. „Wir haben gesehen, daß die freie Entfaltung der Unternehmen Arbeitsplätze und neue Möglichkeiten für das amerikanische Volk schafft. Jetzt wollen wir mehr." Die neue Reform soll linear und nicht wie bisher progressiv verlaufen, das heißt höhere Steuersätze für höhere Einkommen: „Wir glauben, daß es keinen Fortschritt gibt, wenn die Leute durch Steuern entmutigt werden, auf der Erfolgsleiter weiter aufzusteigen."

Der herkömmlichen Kritik, wonach die Steuererleichterung der Reichen auf Kosten der Armen geht, hielt Reagan die Erfahrung entgegen: Am Ende kommt auch für den Staat mehr heraus, wenn „mehr Geld in die produktive Investition gesteckt wird, als daß es über den Steuerbetrug sterilisiert wird".

Vor und während des Besuches kam es in Spanien zu Anti-Amerika-Demonstrationen, wie sie dort bislang noch nicht beobachtet wurden. Systematisch angeheizt vom staatlichen Fernsehen, nahmen etwa 350 000 Menschen in ganz Spanien an derartigen Demonstrationen teil. Veranstalter waren überall die kommunistischen Parteien, die Fortschrittsbewegung des Professor Tamames, ein ehemaliges Mitglied des ZK der KP, und die, ebenfalls von einem ZK-Mitglied geführten, kommunistischen Gewerkschaften. Den Höhepunkt an Geschmacklosigkeit erreichten Slogans wie: „Reagan raus!", „Madrid wird Dich töten!", „Denk' an Dallas, Madrid wird Dein Dallas!" König Juan Carlos und Königin Sofia, die das Präsidentenpaar am Flughafen empfingen, luden im privaten Kreis zu einem Abendessen. Juan Carlos gab auch das zweite Diner am Dienstag abend im alten Madrider Schloß. An den spanischen Monarchen richtete sich Reagan in seiner Ansprache: „Manchmal können Mut und Charakter eines einzelnen Mannes den Gang der Geschichte ändern. König Juan Carlos ist für Spanien und die Welt ein solches moralisches Beispiel. Ein Anker im Sturm der Ereignisse für die Prinzipien der Demokratie und der Freiheit."

SEITE 2:
Spanische Krise

Ministerpräsident González legte dem amerikanischen Gast den Wunsch seiner Regierung, eine Reduzierung der amerikanischen Präsenz in Spanien, nahe. Die USA unterhalten in Spanien vier Stützpunkte mit insgesamt 13 000 Militär- und Zivilpersonal. Außerdem hielt González dem Präsidenten die spanischen Vorstellungen über die Lösung des Nicaragua-Konfliktes vor, die nicht mit denen der USA übereinstimmen.

Auch das „RAF-Umfeld" war bei den Krawallen in Bonn

Polizei bereitet sich auf gesteigerte Brutalität vor

DW. Bonn

Bei den Krawallen am vergangenen Wochenende in Bonn mit bis dahin in der Bundeshauptstadt noch nicht erlebten Schaufensterbrüchen und Geschäftsplünderungen waren nach den Erkenntnissen der Sicherheitskreise auch Leute aus dem terroristischen Umfeld der Rote-Armee-Fraktion (RAF) in Aktion. Die Polizei müsse sich künftig auf „eine Brutalität vorbereiten, die sich von Mal zu Mal steigern dürfte", heißt es in einem Lagebericht. Erinnert wurde auch an das Vorgehen von Vermummten gegen Polizisten bei dem Krefelder Aufenthalt des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush im Juni 1983.

Seit dieser Zeit wird ein „möglicherweise loses Zusammenspiel" der verschiedendsten Gruppierungen – von den Punks über die Skinheads bis hin zu den Autonomen, Chaoten und Terroristen beobachtet. In Bonn registrierte die Polizei etwa 200 professionelle Krawallmacher. Das Gesamtpotential der umherreisenden Gewalttäter, die sich nach Angaben der Behörden oft vermummt unter zumeist friedliche Demonstrationen von „Friedensbewegung" und Umweltschützern mischten, wurde auf eine Größenordnung zwischen 500 bis 2000 geschätzt.

Bonner Geschäftsinhaber sagten: „Eine derartige Aggressivität haben wir noch nicht erlebt." Die Polizisten registrierten zudem ein anderes Phänomen: Unter den Angreifern waren „Verkleidungskünstler". Sie verließen nach gestarteten Attacken ihre „Einheit", zogen sich in einer Ecke oder Hausnische schnell „in Zivil" um und passierten die Polizeisperren „als Normalbürger" in Jackett und gebügelter Hose. An anderer Stelle kamen sie wieder zum Vorschein und rollten somit unbehelligt erneut die Front von hinten auf. Eine weitere Beobachtung wurde gemacht: Die Punks, immer mit von der Partie beim Zoff und Radau, lassen sich von den gezielt vorgehenden Politchaoten zunehmend vor den Karren spannen. Diese benutzen die Punks offenbar als „Manövriermasse".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Spanische Krise

Von Rolf Görtz

Reagans Besuch in Madrid trifft die spanische Regierung in dem Augenblick eines Kurswechsels, von dem man noch nicht weiß, wie ernst er gemeint ist und wie weit er nach links führen soll. So sehr sich der sozialistische Ministerpräsident Felipe González im Sommer 1983 bei seinem Besuch in den USA um ein gutes Image bemühte, so sehr glaubt er jetzt, Abstand demonstrieren zu müssen.

Wochenlang trommelten regierungsnahe und staatliche Medien einen in Spanien bisher unbekannten Anti-Amerikanismus, ermuntert vom linken Flügelmann in Regierung und Partei, dem stellvertretenden Regierungschef Alfonso Guerra. Erst spät pfiff Felipe González seinen Stellvertreter zurück: Guerra durfte seine ostentativ für den Besuchstag angekündigte Reise nach Ungarn nicht antreten.

Aber die Anti-Reagan-Demonstrationen der Kommunisten mit ihrer haßerfüllten Lärmbegleitung erhielten eine Art offizieller Ergänzung: Der Parlamentspräsident lehnte es ab, den amerikanischen Präsidenten einzuladen.

Den Hintergrund zu Kurswechsel und Umgehungsmanövern lieferte dieser Tage das Statistische Amt: die Arbeitslosenzahl erreichte drei Millionen, das sind etwas mehr als 14 Prozent der aktiven Bevölkerung. Ein durchaus vernünftiges, weil marktgerechtes Regierungsprogramm zur Belebung der Wirtschaft stieß jedoch auf den entschiedenen Protest der regierungsnahen Gewerkschaft UGT, die ihrerseits unter dem Druck der kommunistischen Gewerkschaft steht.

Offenbar hat González sich zu der Ansicht durchgerungen, daß er irgendetwas opfern muß, wenn er am Wirtschaftsprogramm festhalten *und gleichzeitig* das Referendum über den von ihm propagierten Verbleib Spaniens in der NATO überleben will. Denn die UGT protestiert auch gegen die NATO.

So sollte Reagan offensichtlich als Blitzableiter für aufgestaute Spannungen dienen. Ein Versuch, der sich negativ auf das Vertrauen der Wirtschaft in die Stabilität des Landes auswirken kann, zum Nachteil Spaniens und seiner Arbeitslosen. Das alles ist kein Ausweis der Reife für die spanische Demokratie.

Mehr für Rußlands Bauern

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß die große Sowjetunion, deren Vorläufer – das zaristische Rußland – einst zu den bedeutenden Getreideexporteuren gehörte, heute Getreide aus dem kapitalistischen Westen importieren muß, ist die eine Seite der kommunistischen Agrarpolitik. Die andere ist das private Hofland, ein schmaler Garten- oder Ackerstreifen von höchstens einem halben Hektar, oft erheblich weniger, der den sowjetischen Genossenschaftsbauern zur persönlichen Nutzung zu Verfügung steht.

Während in den Kolchosen und Sowchosen heilloses Durcheinander herrscht, wächst auf dem privaten Hofland ein Drittel an Gemüse, die Hälfte an Obst, zwei Drittel der Kartoffeln, die in der Sowjetunion produziert werden. Auch Fleisch und Milch kommen zu je einem Drittel aus diesem privaten Sektor.

Die Kolchosbauern, die kein großes Interesse an der schlecht bezahlten Produktion der Genossenschaft haben, holen aus ihrem kleinen privaten Hofanteil soviel heraus, weil sie da nach Leistung verdienen. Seit sie mit ihren Produkten auf den privaten Kolchosmärkten Preise erzielen können, die ein Vielfaches dessen betragen, was in den staatlichen Geschäften und Märkten verlangt wird, gibt es in der Sowjetunion zwei Arten von Versorgungen: Eine staatliche, die oft nicht funktioniert, und eine private, die fast immer funktioniert, sofern man als Käufer genügend Geld hat.

Die sowjetischen Führer tragen seit Jahrzehnten am schweren Erbe der Kollektivierung. Stalin hat in den frühen dreißiger Jahren Rußlands Bauern in die Kolchosen getrieben, die wohlhabenden, tüchtigen Bauern (Kulaken) vernichtet, Millionen in den GULag gejagt und andere Millionen mit Absicht verhungern lassen, um den Sozialismus zu verwirklichen. Daß damit auch die sowjetische Lebensmittelversorgung ruiniert wurde, beginnt die Gorbatschow-Generation einzusehen.

Die Vergrößerung des Hoflandes ist ein erster zaghafter Versuch, aus der Sackgasse herauszukommen. Aber um die russische Landwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, bedarf es eines großen Reformers – eines neuen „Zar Befreier", wie einst Alexander II., der die Leibeigenschaft abschaffte.

Spielwiese

Von Enno v. Loewenstern

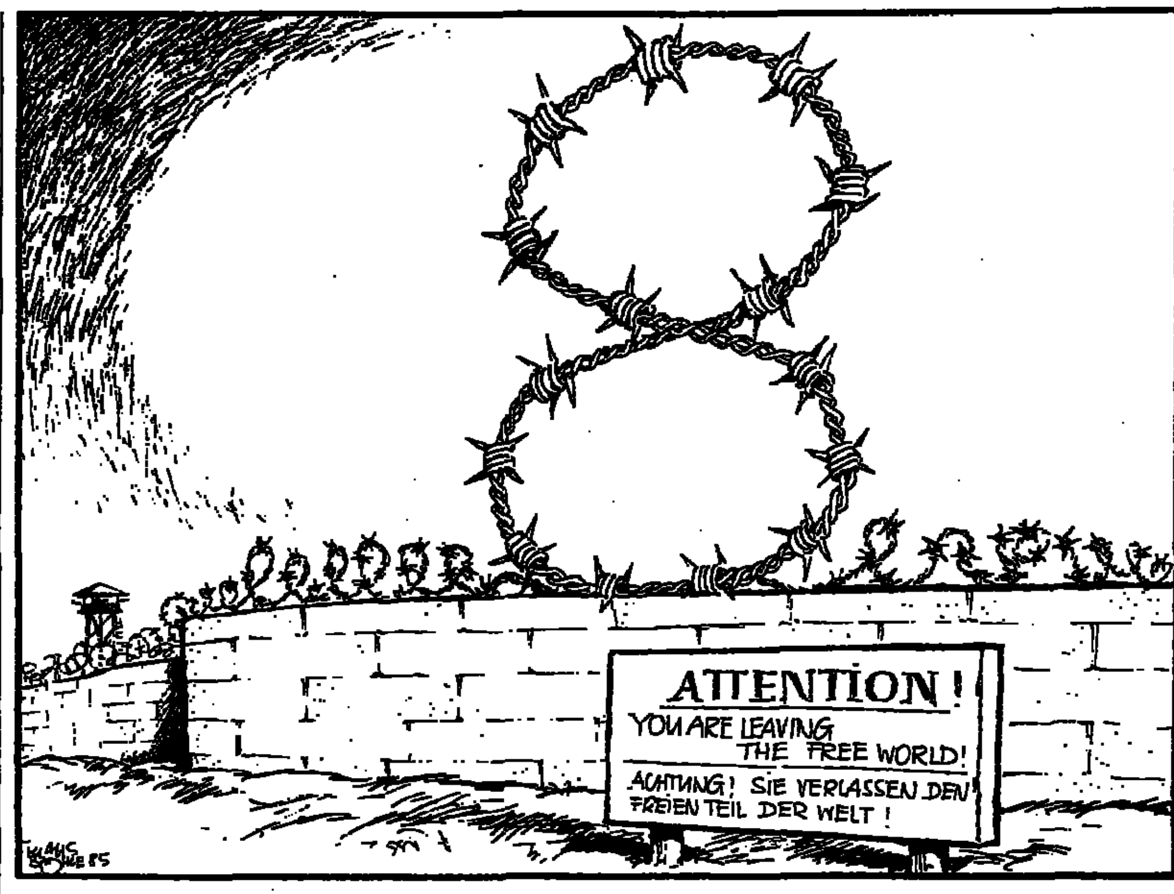
Herbert Schnoor, der Düsseldorfer Innenminister, hat die Diskussion über Straßengewalt im Rechtsstaat um einen bemerkenswerten Einfall bereichert. Zu den diesmal besonders brutalen Krawallen bei einer Anti-Reagan-Veranstaltung auf dem Bonner Münsterplatz meinte er, es sei besser, die Bonner Hofgartenwiese für „Demonstrationen" in Anspruch zu nehmen als diesen Platz im Zentrum der Stadt.

Die Hofgartenwiese gehört der Universität Bonn, die sie dafür nicht herausgibt. Sie liegt nicht so eingeklemmt zwischen Gäßchen wie der Münsterplatz. Aber man fragt sich, ob Kriminalität besser in den Rahmen des Rechtsstaats paßt, wenn man sie auf einer Wiese gestattet. Liegt es nicht näher, Gewalt überhaupt zu verhindern, ob auf Gras oder Asphalt?

Nicht für Schnoor. Er wolle „kein zweites Güstrow", wiederholt er sein Alibi von Krefeld, wo Chaoten auf den US-Vizepräsidenten Bush losgehen konnten.

Der Vergleich ist übel. In Güstrow hatte Honecker die Bevölkerung von den Straßen verbannt, als Bundeskanzler Schmidt zu Besuch kam. Das geschah nicht, um Schmidt vor Schlägern zu schützen, sondern um ihn gegen freiheitlich denkende Menschen abzuschirmen. Dazu mußte Honecker in der Tat die gesamte Bevölkerung fernhalten. In Bonn dagegen handelte es sich nach Mitteilung aus Polizeikreisen um „etwa zweihundert professionelle Krawallmacher". Das „Gesamtpotential der umherreisenden Gewalttäter", die sich in Veranstaltungen der Grünen und der „Friedens"-Bewegung von Flensburg bis Passau mischen, „wird auf eine Größenordnung zwischen fünfhundert und zweitausend geschätzt".

Da braucht man keine Straßen freizufegen, da braucht man bloß die Kriminellen systematisch zu registrieren und immer vorher abzufangen. Die Polizei hat in Bonn eine Menge abgefangen – an Waffen; deren Träger aber ließ sie fast sämtlich laufen. Warum hält man nicht auch die Schläger fern? Es gibt Handhaben, und sei es im Artikel 18 des Grundgesetzes. Die Demonstrations-Veranstalter müßten am dankbarsten sein; sie erzählen doch immer nachher, daß sie nichts könnten für jene Mitmarschierer, die uns den antiamerikanischen Frieden so blutig demonstrieren.



KLAUS BÖHLE

Die nächsten 40 Jahre

Von Herbert Kremp

Die Frage, die nach den Betrachtungen der letzten Woche Aufmerksamkeit verdient, betrifft die nächsten 40 Jahre in der Weltpolitik. In diesen Jahrzehnten wird sich herausstellen, ob Europa, der westliche Teil der eurasischen Landmasse, fähig ist, sich politisch zu organisieren und etwas von der Rolle zurückzugewinnen, die mit den beiden Weltkriegen verlorenging. Es wird sich weiter herausstellen, ob die Sowjetunion ihre imperiale Position halten kann; sie sitzt in Osteuropa auf den Bajonetten und sieht sich in Afghanistan in schwere Kämpfe verwickelt. Sie hat China und Jugoslawien verloren und sucht dafür in Südostasien und am Mittelmeer Kompensation. In Kuba und Nicaragua begegnen ihre weitgespannten Ambitionen der amerikanischen Weltmacht. Angesichts der ideologisch eingeschränkten Wirtschaftskraft sind die Kräfte der Sowjetunion überdehnt.

Wahrscheinlich aus diesem Grunde hat Moskau auf die Wiederbelebung des amerikanischen Selbstbewußtseins in den vergangenen Jahren so empfindlich reagiert. Im Kreml dämmert die Erkenntnis, daß der Liberal-Konservatismus, der den Geist der meisten westlichen Länder prägt, überlegene individuelle und gruppenmäßige Kräfte freisetzt – vor allem wirtschaftlich-technologische Initiativen, die den schwer stampfenden marxistisch-leninistischen Geleitzug auf nachgerade historische Distanz bringen. Das Gefühl, abgehängt zu werden und jede Attraktivität zu verlieren, befällt die Sowjets in einem Augenblick rüstungsmäßiger Überlegenheit. Sie werden ihre durch eine Art innerweltliche Askese errungene militärische Stärke mit allen Mitteln zu erhalten suchen, da sie über kein anderes Faszinosum verfügen, ihren über die innere Linie ausgedehnten territorialen Besitzstand zu halten.

Diese einfache Überlegung schränkt die Aussichten auf Abrüstung und Rüstungsbegrenzung ein. In Genf und um Genf herum wird nicht viel geschehen, weil sich die Sowjetunion von den Zwängen einer vorwiegend militärischen Weltbetrachtung nicht zu lösen vermag. Das einzige, was an ihr noch beeindruckt, ist das Drohpotential. Insofern ist auch die „Entspannung", die in der politischen Sprache des Ostens und des Westens in Wechselgestalt auftritt, eine Hoffnung mit Drogengeschmack. Der Westen kann nicht einseitig abrüsten und begrenzen, wie einige Zauberkünstler meinen. „Den Anfang machen" wäre gleichbedeutend mit dem Anfang vom Ende der Freiheit. Denn ihre Existenz und Auswirkung auf alle Lebensbereiche zu beschränken, wenn nicht zu beseitigen, bleibt aus innerer Logik das Ziel der sowjetischen Politik. Die Anwendung von Gewalt ist grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Freilich läßt sich Freiheit so wenig ausrotten wie Religion. Das ist eine historische Erkenntnis, die der historische Materialismus – ein Messianismus – aber nicht teilt.

Die Zukunft gehört also der „Spannung", die unter Kontrolle gehalten werden muß und gehalten werden kann. Wir blicken auf 40 Jahre Frieden in Europa zurück, wobei man – so seltsam das klingt – zwischen „großem" und „kleinem" Frieden unterscheiden muß. Gegen Ungarn beispielsweise führte die Sowjetunion 1956 einen regelrechten Krieg, die Tschechoslowakei wurde 1968 durch einen militärischen Einmarsch wieder ausgerichtet. Die Exekutionen endeten nur deshalb an den Grenzen des russischen Besitzstandes, weil andernfalls der „große Frieden" gebrochen worden wäre. Davor scheut die Sowjetunion so lange zurück, wie sie ein entschlossenes (und geschlossenes) Handeln des Westens vermuten muß. Sie wird sich deshalb mit allen Methoden der Propaganda, Subversion und Desinformation bemühen, die in liberalen Gesellschaften stets gefährdete Geschlossenheit und Entschlossenheit von innen heraus aufzubrechen. Deshalb werden die kommenden 40 Jahre im Westen eine Zeit erregter Diskussionen sein.


Die Zukunft gehört der Spannung: Gorbatschow FOTO: KEERLE / STUDIO X

Es hat den Anschein, als würden die Deutschen dabei die Worte führen – einander widersprechende Worte. Die Bundesrepublik stört in sowjetischen Augen die „Nachkriegsordnung", wie sie in Moskau verstanden wird; wahrscheinlich nicht nur die Bundesrepublik, sondern die Deutschen insgesamt. Sie repräsentieren das schwierigste nationalstaatliche Problem der Epoche. Weil Spaltungen von Völkern nach der Erfahrung keine Dauer innewohnt, sie vielmehr im zweiten Jahrvierzig (das ist eine biblische Vorstellung) auf irgendeine Weise zu Ende gehen, wird der Jahrestag der deutschen Kapitulation mit einer Erregung begangen, die vor 25 Jahren unvorstellbar gewesen wäre. Die Generation der Verantwortlichen und Opfer, der Sieger und Verlierer hat ihre Lebensbahn durchlaufen und errichtet, weithin sichtbar, noch einmal ihre Markierung. Auf die konkrete Weltpolitik übertragen bedeutet dies, daß die sowjetische „Nachkriegsordnung" den vom Kriegsausgang her bezogenen Schein der Rechtfertigung verliert und der Dynamik neuer Kräfte ausgesetzt ist, die 40 Jahre „in der Wüste" reiften.

Die deutsche Diskussion berührt die Weltordnung. Der bequeme Satz, die Deutschen seien ein „wirtschaftlicher Riese und ein politischer Zwerg" ist ungültig, wenn er überhaupt je Gültigkeit besaß. Es gibt auf deutschem Boden zwei Meinungen: Die eine stellt die Zukunft des Landes in die Perspektive eines (nationalen) Neutralismus, der eine Abwendung vom Westen zur Folge hätte. Die entgegengesetzte (Mehrheits-)Meinung sieht die Bundesrepublik im Verbund des Westens, weil er die Freiheit und ihre Dynamik sichert, während der deutsche Sonderweg im Soge des sowjetischen Imperiums enden würde. Diese Positionen, deren eine von der Realität, deren andere von Realitätsverlust gekennzeichnet ist, werden in der Politik der kommenden 40 Jahre eine große Rolle spielen.

IM GESPRÄCH M. Lubachiwsky

Slipyjs Nachfolger

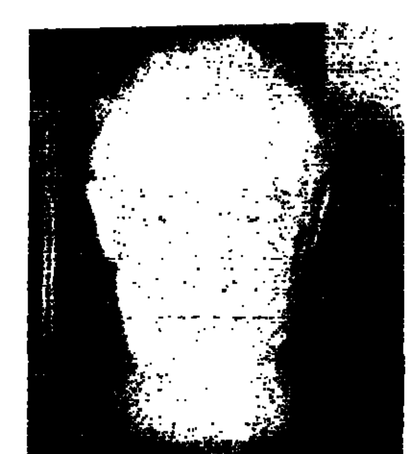
Von Joachim G. Görlich

Papst Johannes Paul II. hat wieder einmal ostpolitische Zeichen gesetzt: Am 24. Mai erhält der Repräsentant der größten nichtorthodoxen Konfession in der UdSSR, der Primas der Ukrainischen Katholischen Kirche des byzantinischen Ritus, Großerzbischof Myroslaw Iwan Lubachiwsky, den Kardinalshut. Er ist der Nachfolger von Kardinal Slipyj.

Das neue Mitglied des Kardinalskollegiums ist 1914 in Dolina bei Lemberg geboren und war später wie viele Ukrainer polnischer Staatsbürger. 1938 wurde er vom Metropoliten Graf Andrej Szeptickij zum Priester geweiht. Der Metropolit schickte ihn 1939 zuerst zum Studium nach Innsbruck, 1942 in die Schweiz und 1944 nach Rom ans Gregorianum. 1947 wurde er Dozent am Priesterseminar der Ukrainischen Kirche in Stanford (USA), baute einige Pfarrgemeinden in den USA auf und übersetzte deutsche theologische Werke ins Ukrainische. 1968 wurde er Spiritual des Seminars in Washington, drei Jahre später Theologieprofessor in Philadelphia; er kehrte kurz nach Stanford zurück, um dann dem Ruf Kardinal Slipyjs in den Vatikan zu folgen. Nach dessen Tod führte er de facto dort dessen Amtsgeschäfte – nachdem er von Johannes Paul II. zum Bischof geweiht wurde – und machte sich bei den ukrainischen Katholiken einen Namen.

Der neue ukrainische Kardinal, der auch fließend die Sprache seines Papstes spricht und sich dessen Wohlwollens erfreut, hat auch einen guten Draht zu den sogenannten „polnischen Vatikankreisen", mit dem Präfekten für die Ostkirchen, Kardinal Rubin, an der Spitze – der ein Landsmann von Lubachiwsky aus Galizien ist und wiederum perfekt Ukrainisch kann.

Lubachiwsky pflegt auch den Kontakt zu jenen Vertretern des polnischen Bereichs, in deren Bistümer die meisten der rund 500 000 polnischen Ukrainer des östlichen Ritus leben. Das trifft vornehmlich auf seinen neuen Kardinalskollegen, den


Ein Ukrainer im Vatikan: Kardinal Lubachiwsky FOTO: AP

Breslauer Erzbischof Gulbinowicz, zu. Im Gegensatz zur UdSSR, wo seine Kirche offiziell 1945 dem Moskauer orthodoxen Patriarchat einverleibt wurde und Gläubige wie Priester verfolgt werden, werden sie in Polen toleriert.

In der UdSSR leben rund vier Millionen Gläubige des byzantinischen Ritus, die meisten in Galizien, das von der UdSSR annektiert wurde. Trotz Verfolgung hat sich dort ein „Zentralkomitee Ukrainischer Katholiken" gebildet, das permanent die Wiederzulassung dieser Kirche sowie ihre strikte Trennung vom Moskauer Patriarchat fordert. Im Untergrund erscheint auch eine „Chronik der Ukrainischen Katholischen Kirche".

Im Westen leben heute rund zwei Millionen Gläubige der Ukrainischen Katholischen Kirche. Die meisten davon in den USA und Kanada. Dabei ist das kanadische Toronto mit 60 000 Gläubigen eine Hochburg dieser Kirche. In der Bundesrepublik gibt es ständige Gemeinden in Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart, München – hier residiert im Schatten der Ukrainischen Universität die „Gesellschaft für die Patriarchalverfassung der Ukrainischen Katholischen Kirche" – sowie Ulm.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Zu Reagans Absage an Brandt äußert sie sich:

Freilich wollte Brandt den Präsidenten nicht als Parteichef, sondern als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission sprechen und ihm ein Papier überreichen. Dies mag den formalen Grund zur Ablehnung hergegeben haben, der materielle ist unschwer auszumachen. Die Feindseligkeit, mit der die SPD speziell dieser Administration in Washington begegnet, die vielen offenen und versteckten Angriffe auf ihre Politik, die demonstrativ spärliche Beteiligung an den Feierlichkeiten in Bergen-Belsen und Bitburg (mit Politikern der zweiten Garnitur) und obendrein noch die Gegenveranstaltung in Neustadt, auf der Lafontaine und Wischnewski die Politik des Gastes in Grund und Boden verdammten: das alles konnte nicht ohne Folgen bleiben.

BERLINER MORGENPOST

Sie untersucht die TV-Berichterstattung zum Reagan-Besuch:

Unerträglich vor allem Herr Pleitgen während der Bitburg-Berichterstattung: Der Mann mag ja etwas gegen Reagan haben, das ist ja sein Bier. Aber er mag den Präsidenten doch erst einmal ausreden lassen, bevor er beckmessert ... Auch im ZDF gab es eine Menge Leerlauf. Aber dann beim Bericht über Bitburg wenigstens objektiv, auch viel informativer als in der ARD. Was die Koordination an diesem Tag betraf, so war sie freilich ein Witz: Beide Stationen übermittelten zur gleichen Zeit die gleichen Bilder.

Hamburger Abendblatt

Die Zeitung beschäftigt sich mit der Hambacher Rede:

Dieser Tag in Hambach war Ronald Reagans großer Tag. Es war der Tag des Jubels und der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Die Rede des amerikanischen Präsidenten war ein Meisterstück. Indem er die besten Traditionen deutschen Geisteslebens beschwor, deutsches Selbstwertgefühl stärkte und gleichzeitig den Blick in die Zukunft richtete, sicherte er sich die Zustimmung seiner jugendlichen Zuhörer. Ronald Reagan versteht es, Menschen zu begeistern.

LE FIGARO

Zur Bilanz des Reagan-Besuchs schreibt die Pariser Zeitung:

Die sechs Tage, die Reagan in Deutschland verbracht hat, werden für das Ansehen der Gastgeber und – die Zukunft wird es zeigen – für die Wiederwahl von Kohl 1987 wohltuend sein. Tatsächlich hat der Gewinner der eigenen Wiederwahl und nicht eine Randfigur, die von der amerikanischen öffentlichen Meinung abgelehnt wird, wie die Presse jenseits des Atlantiks Reagan schildert, Kohl zum Star gemacht und ihm gestern am Fuß der mittelalterlichen Mauern von Hambach die Chance gegeben, sich das Profil eines deutschen Patrioten zu schneidern.

Die Angst der alten Jungfer vor dem Weltraum

Mitterrands doppeltes Nein ist sachlich nicht begründet / Von August Graf Kageneck

Mitterrands doppeltes Nein auf dem Bonner Gipfel erweist sich im nachhinein als klar innenpolitisch motiviert und daher aus europäischer und atlantischer Sicht doppelt anfechtbar. Als innenpolitisches Manöver hatte es sich für die Partner bereits in Bonn entpuppt.

Wie man weiß, wichen die französischen Positionen hinsichtlich einer weiteren Gatt-Runde zum Abbau neuer Handelsschranken und hinsichtlich der Weltraumstrategie Präsident Reagans lange vor dem Gipfel nicht von denen der anderen Sechs ab. Mitterrand selbst hatte sich acht Tage vorher im Fernsehen zum letzteren Thema durchaus offen geäußert.

Was sein plötzliches Nein zur Gatt-Runde angeht, so ist die Berufung auf den Ratsbeschluß der EG vom 19. März in Brüssel nicht ganz stichhaltig. Dieser hatte sich einer neuen Welthandelsvereinbarung keineswegs verschlossen und – unter Berücksichtigung französischer Wünsche – lediglich eine gewisse Parallelität zwischen Abbau der Handelsschranken und Festigung des Währungssystems empfohlen.

Mitterrand muß andere Gründe gehabt haben. Sie gehen nur zum Teil auf die bewegte Innenpolitik Frankreichs zurück. In diesem Lande stehen Wahlen bevor, die möglicherweise eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse und damit ein Ende des „sozialistischen Experiments" herbeiführen. Mitterrand gibt die Partie noch nicht verloren, zumal da er selbst als Präsident bis 1988 im Amt ist.

Aber der Gedanke, sich die beiden letzten Jahre seines Mandats mit einer bürgerlichen Mehrheit im Parlament herumschlagen zu müssen, muß ihm unangenehm sein. Er tut daher alles, um eine linke Mehrheit in der Nationalversammlung, so buntscheckig sie sein mag, zu erhalten. Daher sein Auftritt in Bonn als Verteidiger französischer Industrie- und Agrarinteressen. Ein Auftritt, der den kleinen und mittleren Unternehmern und den Bauern, zwei gewichtigen Stimmenreservoiren, schmeicheln soll. Daß er sich dabei mit dem Mäntelchen des „guten Europäers" umkleidet, läßt einen Zipfel seines schlechten Gewissens erkennen.

Aber Mitterrands Motive liegen tiefer. Sie sind sozusagen immanent französischer Natur. „Ich bin ein überzeugter Europäer, aber ich bin ein französischer Patriot", sagte er den ihn begleitenden französischen Reportern in Bonn. Mitterrand schlüpfte in die Stiefel de Gaulles, wie das seine beiden Vorgänger Pompidou und Giscard jedesmal taten, wenn französische Interessen in Europa oder sonstwo auf dem Spiel standen.

Der General hatte 1966 den Amerikanern und der NATO den Stuhl vor die Tür gesetzt und wenig später seinen Stuhl in Brüssel geräumt, als die Politik der Gemeinschaft nicht nach seinen Wünschen verlief. Das schmeichelte den Franzosen, denn sie sind alle, unbeschadet ihres Parteibuches, stolze Patrioten. Damit legte de Gaulle seinen Nachfolger auf seine Politik fest. Und auch der Sozialist Mitterrand kann sich dem nicht entziehen. Im Gegenteil: der Beifall der Gaullisten und Kommunisten zu seinem Bonner Nein zeigt, daß seine Taktik gesessen hat und sich an den Urnen für ihn auszahlen müßte.

Es kommt ein Weiteres hinzu: Giscard hat sein Land einmal eine fröstelnde alte Jungfer genannt, die sich vor jedem Fensteraufstoßen fürchtet und am liebsten alleingelassen werden möchte. Das Bild stimmt leider, und Frankreich ist bis heute so geblieben. Jedenfalls in seinen offiziellen Bekundungen. Mitterrands Nein zur gemeinsamen SDI-Forschung mit den Amerikanern zeigt dies.

Man hört, daß er eine Abwanderung der Gehirne fürchtet. Wußte er wirklich nicht, daß schon zwei große elektronische Konzerne Frankreichs eng mit den Amerikanern in der Weltraum-Rüstungstechnologie zusammenarbeiten? Und daß allein in der Bundesrepublik schon dreihundert Unternehmer diesen Weg eingeschlagen haben? Er kann den Sog, der von der riesigen amerikanischen Rüstungsforschung ausgeht und vielleicht die größte Chance der europäischen Industrie in diesem Jahrhundert ist, nicht mit dem längst überholten Argument aufhalten, hier werde Europa industriell kolonialisiert und zum „Zulieferer" Amerikas degradiert. Im Gegenteil, wenn er Frankreichs Firmen wirklich an der SDI-Mitarbeit hindern wollte und – was fraglich ist – könnte, dann erst wären Frankreichs technische Genies wirklich versucht, nach Amerika abzuwandern.

Bedauerlich ist, daß Frankreichs wichtigster und verläßlichster Partner, die Bundesrepublik Deutschland, nun wieder dahin geraten ist, wo General de Gaulle sie schon in den sechziger Jahren gern hintrieb: an die schmerzliche Wahl zwischen ihren atlantischen und ihren europäischen Verpflichtungen. Es ist keine kluge französische Politik, Bonn eine solche Alternative zu stellen. Die alte Jungfer sollte statt dessen den Mut zeigen, wieder eine junge Marianne zu sein und sich den Herausforderungen zu stellen: allons, enfants de la patrie!

Der schwierige Versuch auch kulturell Hauptstadt zu sein

Der Bonner Generalmusikdirektor ohrfeigt den Generalintendanten und nennt die Oper „eine Schmiere". Es folgt der Rausschmiß. Keine Provinzposse, sondern Ausdruck der Schwierigkeiten einer Kleinstadt, auch kulturell Hauptstadt sein zu wollen.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Eine Watsch'n brachte es an den Tag: Die Wehen, mit denen die Bundeshauptstadt ihr geistiges, ihr kulturelles Selbstverständnis zur Welt bringt, sind noch immer nicht beendet. Der städtische Generalmusikdirektor ohrfeigte den städtischen Generalintendanten in aller Öffentlichkeit und ließ der körperlichen Züchtigung jetzt auch noch eine verbale folgen. In einem fünfseitigen „Spiegel"-Interview nannte Bonns Chef-Musiker Gustav Kuhn die Oper „eine Schmiere", einen „stinkenden Opern-Käse", die Stadt Bonn „provinziell", und das Publikum „brüllt sich einen weg". Da war es auch den geduldigen Bonner Stadtvätern genug: Gestern erhielt der Generalmusikdirektor die fristlose Kündigung. Er selbst hat die Angelegenheit bereits in die Hände seines Anwaltes gelegt.

Was sich hier abspielt, hat über das Persönliche hinaus einen äußerst komplizierten Hintergrund. Das kleine Bonn muß seit 36 Jahren Aufgaben wahrnehmen, denen es von seiner Kapazität her nicht gewachsen sein kann. Das wirkt sich am publikumswirksamsten im Kulturbereich aus. Die traditionellen Institute wie Kunstmuseum, Orchester, Oper, Theater versuchen seit Jahrzehnten einem Leistungsanspruch zu genügen, der darin besteht, daß die Hauptstadt eines führenden Industriestaates auch nach außen eine überregionale Strahlkraft besitzen sollte.

Aber Anspruch und Möglichkeiten deckten sich selten. Das Sprech-Theater kam unter seinen Leitern Karl Pempelfort und Hans-Joachim Heyse nie über seinen provinziellen Rahmen hinaus. Es war immer im Zugzwang. Das verkrampfte die Bemühungen. Vor allem Heyse hetzte hinter den letzten Modeströmungen hinterher, bis ihm künstlerisch vollends die Luft ausgegangen war.

Die Oper hatte unter Pempelfort ein eigenes Gesicht, auch wenn dieses Gesicht nicht gerade die anspruchsvollsten Herzen zu entzünden vermochte. Man orientierte sich am Modell der Komischen Oper Berlin. Über die Inszenierung versuchte man wettzumachen, was an stimmlichem Glanz fehlte. Unter Heyse verfiel dieses Konzept. Es geriet in den Sog eines modernistischen Schielens nach der internationalen Szene.

Das Kunstmuseum schaffte es da schon besser, sich im bescheidenen Rahmen Profil zu geben. Vor allem sein früherer Direktor Eberhard Marx baute eine der besten Sammlungen deutscher Kunst nach 1945 auf, die es in Deutschland gibt. Er und sein Nachfolger Dierk Stemmler kauften mit wenig Geld und gutem Blick Kunstwerke schon zu einem Zeitpunkt, an dem sie noch zu bezahlen waren. Gelohnt wurde es den beiden „Einkäufern" nicht. Das Gesammelte mußte zum größten Teil im Magazin verschwinden, weil man sich nicht dazu entschließen konnte, ein entsprechendes Museum zu bauen.

Am besten wurden die Repräsentationsaufgaben noch im musikalischen Bereich erfüllt. Volker Wangenheim formte ein solides Orchester. Beethoven-Feste und die Pflege moderner Musik sowie attraktive Gastspiele sorgten dafür, daß Bonn auf diesem Sektor stets etwas Ungewöhnliches zu bieten hatte.

Aber je mehr sich der Bund etablierte, um so größer wurden die Forderungen. Naturgemäß fehlt einer Stadt von 300 000 Einwohnern der geistige Humus, der die Kulturszene sozusagen selbsttragend von unten her abstützt. Bonns früherer Kulturdezernent Fritz Brüse versuchte, eine Art Brennspiegel-Konzept durchzusetzen. Der föderalistische Aufbau der Bundesrepublik schien das sinnvoll zu machen: In Bonn sollte sich die Republik repräsentieren. Bundespräsident Walter Scheel entwickelte die Idee von „Deutschen Festspielen" in Bonn. Eine Bundeskunsthalle sollte her. Aber der Föderalismus wandte sich gegen sich selbst. Mit einem Satz gesagt: Aus allem wurde nichts.

Als der Bund dieses Gerangel leid war, versuchte er es mit einem probaten Allheilmittel: mit Geld. Er deckt die Fehlbeträge, die der Stadt im Kulturhaushalt bei „repräsentativen Aufgaben" entstehen, bis zu 70 Prozent. Dafür verlangt er aber auch etwas. Und da liegt, salopp gesprochen, der Hund begraben.

Die übereifrigen Bonner suchten auf Teufel komm raus nach Spitzenkräften. Die aber sind rar. Und im Bestreben, überhaupt einigermaßen erfolgversprechende Führungspersönlichkeiten verpflichten zu können, erfüllte man bedingungslos deren Forderungen.

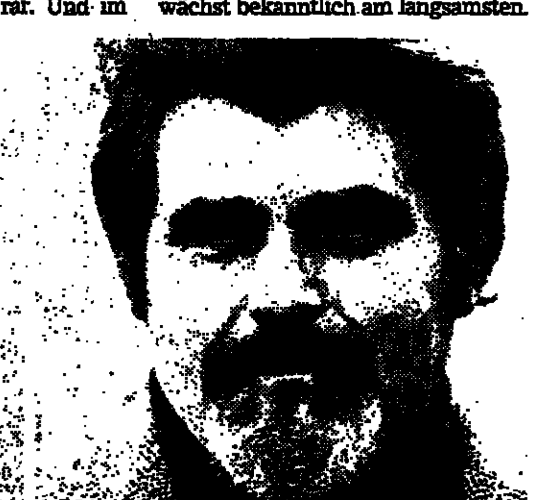
Es kamen mit Generalintendant Jean Claude Riber, Schauspielchef Peter Eschberg und Generalmusikdirektor Gustav Kuhn Verträge zustande, deren Kompetenzen sich gegenseitig ausschlossen. Riber „prügelte" sich alsbald mit Eschberg, Kuhn mit Riber. Das Orchester seinerseits muckte gegen Kuhn auf. Kunstmuseums-Direktor Dierk Stemmler hat inzwischen auch das Handtuch geworfen. Er wanderte nach Mönchengladbach ab.

In einem Fall zogen sich Bonns verwirrte Stadtväter an den eigenen und des Bundes Haaren aus dem Sumpf. Man beschloß, Schauspiel und Oper zu trennen. Für acht Millionen Mark baut man die Godesberger Kammerspiele aus, zwei Millionen Mark mehr Personalkosten wird das verschlingen pro Jahr. Im Stadtteil Beuel entstand in einer Fabrik eine zusätzliche Schauspielstätte. Aber Riber und Kuhn ließen sich nicht trennen: Das Orchester muß schließlich in der Oper mitwirken. Zwischendurch versöhnten sich die beiden Streithähne wieder, aber die künstlerischen Vorstellungen paßten nicht unter einen Hut, obwohl Kuhn erst vor 14 Tagen in der „Opernwelt" Ribers Arbeit eine „sinnvolle Alternative" nannte. Nun ist sie „Schmiere".

Was Riber in der Oper bietet, entspricht dem nie zu Ende gedachten Grundproblem: glänzende Stimmen, berühmte Namen, schön verpackt. Das ist genau das, was sich für viel Geld schnell realisieren läßt. Es mag taktisch und für den Augenblick richtig sein. Aber auf diesem Weg läßt sich Bonns Grundproblem auch nicht lösen.

Hinter den Kulissen werden längst Alternativen diskutiert. Kollege Eschberg geht da einen mühsameren, weniger glanzvollen Weg: Aufbau eines guten Ensembles, namhafte Regisseure. Am Ziel ist auch er noch nicht.

Bonns derzeitiger Kulturdezernent Hans-Jochen von Uslar-Gleichen setzt auf Humusbildung: 300 000 Mark jährlich an Projektmitteln und eine alte Tapetenfabrik sollen Bonns eigene freie Kräfte fördern. Obendrein baut man ein neues Kunstmuseum. Aber noch sind die Bonner Hüte zu groß für den Kopf. Und der wächst bekanntlich am langsamsten.



Der eine schlug, der andere siegte: Gustav Kuhn (links) und Jean-Claude Riber
FOTOS: DPA/SVEN SIMON



Die großen Drei an Rhein und Ruhr: SPD-Ministerpräsident Johannes Rau, FDP-Spitzenkandidat Achim Rohde, CDU-Herausforderer Bernhard Worms
FOTOS: LOTHAR KUCHARZ (2)/SVEN SIMON

Rechnung mit vielen Unbekannten

Wahlkampfzeit in Nordrhein-Westfalen – doch nur nach dem politischen Kalender. Das Werben um die mehr als zwölf Millionen Stimmen am 12. Mai läßt sich mühsam an. Und jede Partei erhofft aus ihrer Sicht etwas mehr Motivation vom Weltwirtschafts-Gipfel in Bonn.

Von WILM HERLYN

So etwas haben die Bürger des bevölkerungsreichsten Bundeslandes noch nicht erlebt: einen Wahlkampf fast ohne Themen, in dem eine Partei sogar gänzlich ohne Programm auftritt. Die SPD erlaubt sich das, denn ihr Programm heißt Johannes Rau. „Wir in Nordrhein-Westfalen und unser Ministerpräsident" heißt die Parole der Sozialdemokraten, und das ist ihnen genug.

Ganz im Gegensatz dazu die Grünen. Ihr Landesprogramm („Unser dickstes Ei") umfaßt 528 Seiten und wiegt – kartoniert und gebunden – etwas mehr als ein halbes Pfund. Null Papier gegen 17 Hauptthesen, die sich noch in unzählige Unterthesen gliedern, und nicht einmal Grüne können die genaue Ziffer nennen. Auch ein Null an Gedanken? Wohl eher die Scheu, am 12. Mai mit einer negativen Leistungsbilanz vor die Wähler treten zu müssen.

Denn das Land schiebt einen Schuldenberg von mehr als 70 Milliarden Mark vor sich her, die jährlichen Zinsen allein verschlingen sechs Milliarden. Die absolute Mehrheit der Mandate im Landtag half nicht zu regieren, denn es gab keine Verfügungsmasse. Alles, was 1980 an Reformen versprochen wurde, mußte zurückgenommen werden: Schulbücher müssen wieder bezahlt werden, ebenso der Platz im Kindergarten, der Schulweg wurde teurer statt kostenlos.

Als hinderlich erscheint, daß die Regierung sich den neuen Techniken verweigerte, den neuen Medien und Technologien, auf Dirigismus setzt und auf staatliche Technik- und Innovationsförderung. Die Unternehmen fühlen sich beengt und bevormundet, und es ist kein Wunder, daß in diesen Tagen die 16 Industrie- und Handelskammern des Landes in einem Thesenpapier Johannes Rau aufforderten, bessere Rahmenbedingungen „für mehr Marktwirtschaft und weniger Staat" zu schaffen.

Wer meinte, die Alternativen würden es verstehen, sich den Bürgern verständlich zu machen und an Kontur zu gewinnen, sieht sich getäuscht. Untereinander sind sich die Grünen nicht grün. Die Landtagskandidaten – meist aus den Reihen der Fundamentalisten – blockieren die „Realisten" im Landesvorstand, und ihre Debatte um die Straffreiheit für gewaltfreien Sex zwischen Kindern und Erwachsenen verschreckte sogar die Basis. Die noch im Januar vorausgesagten acht Prozent sind dahingeschmolzen auf knappe fünf Prozent mit weiterer Tendenz nach unten, so daß der Einzug in den Landtag unsicher ist. Auch die Ergebnisse an der Saar verunsichern die Grünen in NRW.

Rau setzt auf die absolute Mehrheit

Auf einen dürfen sie aber nicht zählen, auf Johannes Rau (wenn er bei seinem Versprechen bleibt). Denn nach langem Hin und Her, Wenn und Aber und unverfänglichen Umschreibungen gab er kürzlich nun doch zu Protokoll: „Über die Grünen kann man mich nicht zum Ministerpräsidenten machen. Ich bleibe dabei: Es geht nicht!" Ein solches Wort gilt auch für eine Tolerierung von Rot durch Grün und nicht nur für eine mögliche Koalition.

Rau weiß, daß die Entscheidung am 12. Mai auch ein Votum über seine persönliche Karriere ist. Gewinnt er und seine SPD, wird die Partei versuchen, ihn als Kanzlerkandidaten für 1987 aufzubauen. Auch wenn er das nicht gerne hört und entsprechende Fragen abwehrt. Im Triumvirat blieb er auf Distanz. Während für Hans-Jochen Vogel die parlamentarische Kärrnerarbeit im Bundestag bleibt, geht Willy Brandt wie immer eigene Wege. Der Weg Raus nach Bonn führt über eine absolute Mehrheit in Düsseldorf.

Einen hilfesuchenden Blick zur Bundeshauptstadt wirft die Landes-CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Bernhard Worms. Der wird nicht müde, seine Freundschaft zu Helmut Kohl zu beteuern, und der Kanzler läßt ihn nicht hängen. In der Schlußphase des Wahlkampfes prangt er an den Litfaßsäulen und wirbt um Vertrauen für seinen Gefolgsmann. Ob er gleiches auch für den zweiten Mann, für seinen ehemaligen Generalsekretär Kurt Biedenkopf, gemacht hätte, ist fraglich. Immer wenn der Kanzler westfälisch-lippisches Gebiet betrat, hatte der Westfalen-Vorsitzende Biedenkopf andere Termine. Zusammen sah man sie nie.

Der kluge Professor („Der Kopf") macht ohnehin, seinem Charakter entsprechend, einen eigenen Wahlkampf, fleißig und beharrlich zwar, aber auch schon mit der Verlustzuweisung in der Rechnung, wenn es für die CDU – wieder einmal – am Wahltag schief ausgehen sollte. Denn, so verkündet er, „ich möchte nach dem 12. Mai Fraktionsvorsitzender sein" – ohne Rücksicht darauf, was mit Worms wird. Die Präsenz des Kanzlers – noch nie nahm einer seiner Vorgänger eine NRW-Wahl so ernst – beweist auch: Bonn liegt mit auf der Waagschale. Denn meist gilt die Regel, daß wer in Bonn die Macht besitzt, auch Düsseldorf hat – und umgekehrt.

Das wird dem 12. Mai seine besondere Würze und Spannung geben. Zumal es auch ein Halbzeit-Test für Helmut Kohl und die liberal-konservative Regierung in Bonn ist. Denn immerhin wählen zwölfeinhalb Millionen Bundesbürger, ein Drittel aller Wahlberechtigten. Und welche Partei könnte an einem solchen Votum schon vorbeigehen? Verliert die CDU, ist auch Helmut Kohl lädiert. Und die SPD kann Hoffnung auf einen Wechsel 1987 schöpfen.

Doch einen Sieger wird es – dessen sind sich alle Demoskopen gewiß – in jedem Fall geben: die Freien Demokraten, die 1980 in einem emotionengeladenen „Schmidt oder Strauß"-Wahlkampf wie zwischen Mahlsteinen zerrieben wurden. Ihre Rückkehr ins Parlament scheint gesichert. Und es ist die einzige Chance für die CDU, mit der FDP zusammen eine dünne Mehrheit stellen zu können. Denn nach den landläufigen Schätzungen wiegen Union und Liberale so schwer wie die SPD, und Zünglein an der Waage könnten die Grünen sein.

Der Aufstieg der Liberalen unter Achim Rohde ist das erstaunlichste Ereignis in der Parteienlandschaft dieser Legislaturperiode. 27 000 Mitglieder stark war der Landesverband – 5000 wendeten sich nach der Wende ab. Der Schock lähmte die Partei, und weder die Vorsitzenden Burkhard Hirsch noch später Jürgen W. Möllemann konnten sie aus ihrer Agonie lösen. Nach einer deprimierenden Kommunalwahl im vergangenen Herbst aber ging ein Ruck durch die Liberalen. Sie wollten es noch einmal wissen – und erleben jetzt eine Renaissance, fast in Euphorie. Ein neues „Wir-Gefühl" einigt die Freien Demokraten zwischen Weser und Rhein und erfüllt sie mit Zuversicht.

Bei Strauß ist noch alter Ärger spürbar

Die eigentümlichste Rechnung aber macht Franz-Josef Strauß auf: Ihn wurmt nicht nur Worms, den er für nicht sonderlich geeignet hält. Er ärgert sich noch heute darüber, daß ihm vor allem die rheinische CDU und der Arbeitnehmer-Flügel vorwerfen, er habe damals als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl im Herbst 1980 die Schlacht um NRW verloren und mindestens zwei Prozentpunkte abgegeben. So sinnt er auf Rache und rechnet vor: Rund 43 Prozent habe damals die NRW-CDU erhalten – da er nicht mehr Kanzlerkandidat sei, müßten nun zwei Prozentpunkte mehr an die Union fallen. Und zwei Punkte noch dazu als Kanzlerbonus, den Helmut Kohl mitbringe wie weiland Helmut Schmidt für Johannes Rau. Mache zusammen 47 Prozent für die Union. Daran will er am Montag nach der Wahl die CDU messen. Sprach's und kehrte Nordrhein-Westfalen nach nur zwei Auftritten den Rücken.

CDU und SPD setzen unterschiedliche Schwerpunkte bei Gedenkfeiern zum 8. Mai

Geißler sieht bei SPD ‚Verwischung der Werte'

THOMAS KIELINGER, Bonn

Mit scharfer Klinge hat Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, gestern in Bonn die Sozialdemokraten angegriffen und ihnen aus Anlaß der Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes vorgeworfen, sie ließen keine deutliche Unterscheidungsfähigkeit zwischen Freiheit und Totalitarismus mehr erkennen und seien in ihrer Mehrheit einem „Neutralismus der Werte" anheimgefallen, der „eigentlichen Wurzel des politischen Neutralismus" der SPD. Damit hänge zusammen, daß von der Opposition heute „die Sowjetunion verharmlost und die Vereinigten Staaten politisch kriminalisiert" würden.

Der CDU-Generalsekretär konfrontierte die SPD in seinen Erläuterungen mit einer Erkenntnis Kurt Schumachers aus den Anfangsjahren der Bundesrepublik: „Nie wieder Diktatur auf deutschem Boden, nie wieder Krieg von deutschem Boden." Dies sei die „Lehre" die die Deutschen auch heute, 40 Jahre nach Kriegsende, aus dem 8. Mai zu ziehen hätten. Für die Mehrheit der gegenwärtigen SPD, so fuhr Geißler fort, sei dieses Junktim der Begriffe, das früher zum Grundkonsens der politischen Parteien der Bundesrepublik gehört habe, zerbrochen.

Unter Hinweis auf die Einladung zu den gestrigen „Nürnberger Friedensgesprächen" der SPD, wo es – in den Worten Willy Brandts – geheißen hatte: „Der Appell, den wir aus dem historischen Datum ableiten, richtet sich in die Zukunft. Er lautet: Nie wieder Krieg", folgerte der Generalsekretär „Nie wieder Diktatur ist für die SPD ... offenbar kein Thema mehr." Wörtlich formulierte er:

„Auch heute fälscht die SPD den grundlegenden politischen Gegensatz zwischen Diktatur und Freiheit um in die unwirkliche und überholte Alternative von Faschismus oder Sozialismus und gießt damit bewußt oder unbewußt Wasser auf die Mühlen der sowjetischen Propaganda, die ein elementares Interesse daran haben muß, den moralischen Unterschied zwischen einer freiheitlichen und totalitären Staatsordnung zu verwischen." Zu dieser „Verwischung der Werte" gesellt sich nach Meinung des CDU-Politikers auch eine „Verschleierung der eigentlichen Ursachen der heutigen Konflikte".

Als jüngsten Beleg für diese geistige Entwicklung zitierte Geißler einen Satz aus der Rede des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaines auf der Anti-Reagan-Veranstaltung in Neustadt am vergangenen Sonntag: „In der Tradition des Hambacher Festes appellieren wir an die beiden Supermächte, ihre Vor- und Hinterhofmentalität endlich aufzugeben, die sie von Verbrechen zu Verbrechen stolpern läßt." Geißler sprach in diesem Zusammenhang von einer „moralisch und geschichtlich unverantwortlichen Umwertung der Begriffe."

In den Unionsparteien hat sich im Umfeld der Überlegungen, wie man den 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation zeitgemäß und politisch relevant beschreibt, seit längerem diese von Geißler beschriebene sprachliche und geistige Linie durchgesetzt. Schon zu Anfang des Jahres hatte der CDU-Generalsekretärs das Problem der Wertverwischung zwischen Totalitarismus und Freiheit in das Zentrum seiner konzeptionellen Arbeit zum 40. Jahrestag des 8. Mai eingebaut. Während in seiner Partei hier und da Sorge über den eventuellen Vorwurf einer „Rhetorik des Kalten Krieges" geäußert wurde, baute Geißler konsequent an der semantischen und geistigen Verdeutlichung der Problematik weiter.

Eine erste Kostprobe lieferte der Politiker vor der eigenen Fraktion am 16. April, als er in einem ungewöhnlichen Beitrag zur SDI-Debatte darauf hinwies, daß die Spannungen zwischen Ost und West in erster Linie nicht auf das beiderseitige Arsenal an Raketen zurückzuführen sei, sondern „daß diese Spannungen begründet sind in der Unvereinbarkeit zwischen Freiheit und Diktatur." Der sowjetischen Propaganda sei es gelungen, „eine politische und moralische Gleichsetzung der USA und der Sowjetunion in weiten Bereichen der Öffentlichkeit herzustellen."

Als Geißler nach der Sitzung des CDU-Vorstandes am 22. April seine diesbezüglichen Vorwürfe gegen die SPD öffentlich vortrug, reagierte die Baracke durch SPD-Vorstandssprecher Clement, der CDU-Generalsekretär sei „der begabteste Demagoge der Nachkriegszeit". Desungeachtet beharrt die Union jetzt auf der Geißlerschen definitorischen Klärung, die Geißler selber gestern mit dem griechischen Philosophen Epiktet abstützte: „Nicht die Dinge verwirren die Menschen, sondern die Ansichten über die Dinge."

Diepgen: Zerbrechliches Gleichgewicht

F. DIEDERICHS, Berlin

In seiner Ansprache auf der Gedenkveranstaltung von Senat und Abgeordnetenhaus anläßlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes hat Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen eine dauerhafte politische Stabilität und Frieden in Europa von der Überwindung der deutschen Teilung abhängig gemacht. Diepgen betonte, was zur Zeit Frieden, Freiheit und Stabilität erhalte, befinde sich in einem künstlichen Gleichgewicht und sei sehr zerbrechlich.

In Anwesenheit der drei westalliierten Berliner Stadtkommandanten dankte Diepgen den westlichen Verbündeten für deren „Augenmaß im Sieg gegenüber dem Verlierer". Zuvor hatte im Rathaus Schöneberg der ehemalige britische Botschafter Sir Frank Roberts den 8. Mai 1945 als „Anfang eines Prozesses" bezeichnet, der „innerhalb einer kurzen Zeitspanne Deutschland erneut einen ehrenvollen Platz unter den westlichen Demokratien einräumte". Dieser Prozeß habe auch die Freundschaft, die es traditionsgemäß zwischen Deutschland und Großbritannien vor dem 1. Weltkrieg gegeben habe, wiederaufleben lassen. Hierfür sei jedoch mit der Teilung der deutschen Nation in zwei Staaten mit sehr unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ein „hoher Preis" gezahlt worden.

Der Berliner Politologe Professor Richard Löwenthal hob in seiner Ansprache Berlin als Ort hervor, an dem „im Widerstand gegen die Blockade dieser Stadt" das gegenseitige Vertrauen zwischen den demokratisch gesinnten Deutschen und den Westmächten im wesentlichen geboren worden sei. Löwenthal äußerte die Auffassung, die These von zwei deutschen Staaten habe sich in der „DDR" nicht durchsetzen können.

Mit spontanen Mißfallensäußerungen bedachten Teilnehmer der Gedenkfeier die Rede des ehemaligen Berliner FU-Professors Ossip Flechtheim, der als „geistiger Vater" der Berliner AL gilt und von ihr auch als Redner durchgesetzt worden war. Flechtheim hatte die Feierstunde zu einer generellen Abrechnung mit der gegenwärtigen Bonner Politik genutzt und Beschlüsse wie die Volkszählung oder den fälschungssicheren Personalausweis scharf kritisiert. Der Redner hatte diese „Provokationen" vorher selbst angekündigt.

Gast aus Lidice rühmte Moskaus ‚Friedensliebe'

PETER SCHMALZ, Nürnberg

Die Frage muß erlaubt sein: Wie hätten die Zuhörer in der Nürnberger Meistersingerhalle reagiert auf einen Redner, der die Friedenspolitik der Amerikaner lobt und der bekräftigt, die USA seien „führend in den Bemühungen zur Sicherung des Friedens". Hätte es Pfiffe und Buh-Rufe gegeben bei diesem „Nürnberger Friedensgespräch", zu dem der SPD-Bundesvorstand in die Frankenstadt eingeladen hatte? Oder hätte der Redner auch nur freundlichen und warmen Beifall geerntet wie Marie Jarosova aus dem tschechischen Lidice, die kaum von den Leiden ihrer Stadt unter dem Nazi-Terror, sehr viel aber über die „konsequente und langfristig orientierte Friedenspolitik der UdSSR" sprach.

Es scheint schwierig, über den Frieden zu sprechen, wenn Versöhnung und Propaganda verwechselt werden. Und da wirkte schon wohltuend, als der Vertreter der französischen Gemeinde Oradour von der Bedeutung sprach, „daß Friede in ganz Europa gilt". An dem Gespräch hatten Vertreter der kriegsgeschädigten Städte Coventry, Köln, Rotterdam, Dresden, Warschau, Leningrad und Minsk teilgenommen.

Mit der Hoffnung, der 8. Mai möge in der deutschen Geschichte „wie ein Mahnmal gegen Krieg und Gewalt, gegen Unmenschlichkeit, gegen Rassenwahn und Barbarei stehen", hatte Johannes Rau das Friedensgespräch eröffnet. Er sprach als stellvertretender Parteivorsitzender, aber als Ministerpräsident kam ihm die Chance nicht ungelegen, fünf Tage vor der eigenen Landtagswahl medienwirksam ins Fernsehbild gerückt zu werden.

Dennoch: den Wahlkämpfer Rau hielt er zurück, selbst die Mahnung, nicht nur den Frieden nach außen, sondern auch unter „ökonomischen Belastungen" den Frieden im Innern zu sichern, wirkte zurückhaltend. „Wir können nicht so ohne weiteres darauf bauen, daß die innere Stärke der Menschen, die in den letzten Jahrzehnten mitgeholfen haben, Kriege zu verhindern, auch in Zukunft weiter wirkt. Das Weiterreichen schlimmer und düsterer Erfahrungen, das Vermitteln des Erlebten wird schwieriger von Jahr zu Jahr."

Während Rau eine klare Aussage über deutsche Ostgrenzen umging und nur von der Demonstration des festen Willens, „mit unseren Nachbarn in West und Ost den Frieden partnerschaftlich zu organisieren", sprach, machte nach ihm Parteichef Willy Brandt keinen Hehl aus seiner Meinung über die Qualität der Nachkriegsgrenzen. Die Sozialdemokraten, so Brandt, werden „um eine möglichst breite Zustimmung aller Bürger kämpfen, daß die Grenzen, wie sie aus Hitlers Krieg hervorgegangen sind, von uns nicht in Frage gestellt werden, und die Bundesrepublik niemandem gegenüber territoriale Ansprüche erhebt".

Dem Bundeskanzler, den er ebenfalls namentlich nicht nannte, warf Brandt einen „dumpfen Nationalismus" vor und beklagte, ein „Mangel an Geist und Takt habe vergessen lassen, welchen Opfern zuerst zu gedenken war und daß die Wiederauflage von Gesten zur Farce geraten und damit peinlich wirken kann". Da mußte er weder den US-Präsidenten noch den Soldatenfriedhof von Bitburg erwähnen, um in der gut gefüllten Nürnberger Meistersingerhalle verstanden zu werden.

Brandt dagegen präsentierte sich den Zuhörern als derjenige, der „mit dem Händedruck von Erfurt" die deutsche Antwort auf die Vereisung im Verhältnis der beiden „großen Waffenmächte" gegeben habe. Sich derart in Positur gesetzt, reklamierte Brandt „eine neue Phase dieser West/Ost-Politik", deren Ziele er in fünf Punkten bündelte: Deutschland finde sich nach allem, was war, zu allererst im gemeinsamen Willen zur Entspannung, deren Ziel eine dauerhafte Friedensordnung sei; Deutschland habe eine gesteigerte Pflicht zur Rücksichtnahme auf seine Nachbarn; die weniger mächtigen Staaten hätten das Recht, die „beiden Übermächtigen zu drängen, ihre Macht zu begrenzen und Regeln zur Sicherung des Weltfriedens zu bereinbaren"; vom amerikanisch-russischen Gipfel sei zu erwarten, daß die beiden „die Drohung mit dem alles vernichtenden Weltkonflikt beenden" und über Abbau aller Nuklearwaffen, Verzicht auf Weltraumwaffen sowie Umleitung der „wahnwitzigen Rüstungsmittel" für zivile Zwecke verhandeln. Fünftens schließlich forderte Brandt nuklearfreie Zonen und einen Ausbau des Handels, denn „wer miteinander Handel treibt, der schießt nicht aufeinander".

Rogers: Ein Krieg kann keine Konflikte lösen

cvb. Brüssel

Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes hat NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers die NATO als die „größte Friedensbewegung in der Welt" bezeichnet. In der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" schreibt Rogers, wer an den Kämpfen an der Invasionsfront in der Normandie teilgenommen oder die Schauplätze der damaligen Ereignisse besucht habe, „kann sich des deprimierenden Eindrucks des Wahnsinns, der Nutzlosigkeit und der Zerstörungen eines Krieges zur Lösung von Konflikten nicht erwehren".

Wenn es in Europa keinen Krieg mehr geben soll, dann müsse die NATO ihre bisherige erfolgreiche Kriegsverhinderungspolitik auch in Zukunft fortsetzen. Eine Generation junger Menschen sei in Europa aufgewachsen, die die Verwüstungen und Tragödien eines Krieges niemals erleben mußte. Dies sei die Folge der vom NATO-Bündnis gezeigten Einigkeit. „Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, daß es keine neuen Schlachtfelder zu besichtigen, keine neuen Friedhöfe mit den Toten unserer Völker zu füllen und keine neuen Denkmäler zu bauen gibt."

Ihm sei jedoch bewußt, schreibt Rogers, daß bei manchen Menschen hinsichtlich bestimmter Aspekte der sicherheitspolitischen Konzeptionen, Pläne und Ziele der NATO Unklarheiten bestünden. Zur Verhinderung einer Aggression verfolge die NATO die Abschreckungsstrategie der flexiblen Reaktion, die sich auf strategische nukleare Kräfte (US-Interkontinentalwaffen), nichtstrategische nukleare Kräfte (Mittelstreckenwaffen), und konventionelle Kräfte stütze.

Die größte Schwäche der NATO bestehe im konventionellen Bereich. „Uns fehlen zur Zeit ausreichende konventionelle Streitkräfte zur Abschreckung eines rein konventionell geführten Angriffs auf Westeuropa. Im Fall eines derartigen Angriffs sähen sich die politischen Instanzen der NATO schon bald vor die Notwendigkeit gestellt, den Einsatz nuklearer Mittel- und Kurzstreckensysteme zu autorisieren."

Aus dieser Lagebeschreibung zieht der General den Schluß: „Solange unsere Mitgliedstaaten sich weigern, die Kosten einer angemessenen konventionellen Verteidigung zu tragen, verpfänden sie die Verteidigung des Bündnisses an die nukleare Reaktion." Rogers fügt hinzu: „Diese Erkenntnis versuchen wir, die wir Uniform tragen, zu vermitteln, aber sie scheint sich nicht in Maßnahmen zur Bereitstellung ausreichender konventioneller Streitkräfte niederzuschlagen."

Dazu trage der Mythos bei, daß Frieden und Sicherheit in Europa nicht bedroht seien oder daß die NATO die militärische Stärke des Warschauer Pakts überschätze. Rogers: „Es ist ironisch, daß dieser Mythos von der Selbstzufriedenheit genährt wird, die ja gerade das Ergebnis des Erfolgs der NATO ist: Frieden in Europa."

Tatsache sei, daß die Sowjetunion ihre militärische Stärke quantitativ und qualitativ unablässig steigere. „Das Schwungrad der sowjetischen militärischen Wachstumsmaschine rotiert mit unverminderter Drehzahl und führt zu immer größeren Lücken zwischen den militärischen Möglichkeiten der NATO und denen des Warschauer Pakts."

Wer Streitkräftevergleiche zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO ablehne und sein Urteil lediglich auf die von ihm vermuteten Absichten der Sowjetunion stütze, sollte sich daran erinnern lassen, daß die Sowjetunion schon mehrfach die Bereitschaft gezeigt habe, militärische Macht zu politischen Zwecken einzusetzen. (SAD)

DW. Bonn

Der Wehrdienst ist nach den Worten von Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) aktiver Friedensdienst „und trägt dazu bei, eine freie und glückliche Zukunft unseres Volkes zu sichern". In einem Tagesbefehl zum 8. Mai, dem 40. Jahrestag des Kriegsendes, rief Wörner gestern den Soldaten der Bundeswehr zu, sie sollten auch in Zukunft ihren Dienst guten Gewissens und mit Stolz leisten. Es gehe darum, durch Verteidigungsbereitschaft im Atlantischen Bündnis den Frieden in Freiheit zu schützen.

Union klagt in Karlsruhe gegen WDR-Gesetz

AP/dpa. Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird vor dem Bundesverfassungsgericht ein Normenkontrollverfahren gegen das vom nordrhein-westfälischen Landtag verabschiedeten Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk beantragen. Sie halte es in wesentlichen Teilen für grundgesetzwidrig und daher für nichtig, sagte gestern der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Rudolf Seiters. Er nannte sechs Gründe:

Das Gesetz verschaffe dem WDR einen praktisch ungebundenen wirtschaftlich-unternehmerischen Aktionsradius und eine praktisch unbegrenzte Erlaubnis zur Werbung. Der WDR erhalte einen Machtzuwachs, der im Widerspruch zu dem von der Verfassung verlangten pluralistisch strukturierten Meinungsmarkt stehe. Die Erlaubnis für den WDR, Programmzeitschriften herauszugeben und kostenlos zu verteilen, greife wettbewerbsverzerrend in den Medienmarkt ein und beeinträchtige die Pressefreiheit. Die Zusammensetzung der Gremien sei nicht repräsentativ. Eine eigene Vertretung von WDR-Angestellten im Verwaltungsrat sei systemwidrig. Der Schulrundfunk-Ausschuß gefährde die Staatsferne des Mediums.

20 Jahre Beziehungen Bonns zu Tel Aviv

Co. Bonn

Das Präsidium der Deutsch-Iraelischen Gesellschaft hat auf die Bedeutung des 20. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel am 12. Mai hingewiesen. Der Einsatz der Botschafter beider Staaten habe ein Fundament geschaffen, das die Begegnung zwischen jungen Deutschen und Iraelis „zu einem zukunftsorientierten Bestandteil der Gegenwart gemacht" hätten.

Die Tendenz, symbolische Besuche während offizieller Visiten „zu unzulässiger und disqualifizierender Aufrechnung wehrloser Opfer zu mißbrauchen", erhöhe das Risiko einer langfristigen Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen Deutschen und Juden, erklärte DIG-Präsident Erik Blumenfeld. An die israelischen Freunde richtete die DIG die Mahnung, nicht zur Zuspitzung der Diskussion beizutragen.

Streikposten der IG Metall verurteilt

dpa, Böblingen

Ein Streikposten der IG Metall ist gestern vom Amtsgericht Böblingen wegen falscher Verdächtigung zu einer Geldstrafe in Höhe von 2400 Mark verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der Mann den Werkleiter einer im Frühjahr 1984 bestreikten Firma in Herrenberg bewußt falsch beschuldigt habe, ihn – den Gewerkschafter – mit dem Auto angefahren zu haben.

Vier-Tage-Woche und Sonntagsarbeit?

dpa, Bonn

Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat in der „Bild"-Zeitung erneute flexiblere Arbeitszeiten und weitere Arbeitszeitverkürzungen gefordert. Das werde schließlich zur Vier-Tage-Woche führen. Da jedoch kostspielige Maschinen nicht drei Tage lang stillstehen könnten, sehe er auch die Notwendigkeit von Samstags- und Sonntagsarbeit voraus, sagte Lambsdorff.

„Der Zustand der Partei ist erschreckend"

Grüne Politiker blicken mit großer Sorge in die Zukunft

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bei den Grünen wird mit wachsenden Sorgen der eigenen Zukunft entgegengesehen. So wird in internen Beratungen bereits nicht mehr ausgeschlossen, daß es mindestens zu Abspaltungen kommen wird. Wie groß die Befürchtungen inzwischen sind, machte wenige Tage vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Parteisprecher Rainer Trampert deutlich. In einem vertraulichen handschriftlichen Brief an den elfköpfigen Bundesvorstand erklärte er: „Bei weniger als 5 % wird wohl erstmals die totale Zerreißprobe der Grünen verhindert werden müssen."

Bundestagsabgeordnete und Landespolitiker, die einen „Gesprächskreis Grüner Sonntag" gegründet haben, kamen bei ihrem ersten Treffen Ende April in Bonn zu einer noch katastrophaleren Einschätzung. „Der Zustand der Partei ist erschreckend, benötigt wird Mitgliederzuwachs und damit zusammenhängend die Umkehr der Enteignung der Partei durch die Fraktionen", stellt Martin Sträßer vom bayerischen Grünen-Vorstand in dem sechsseitigen Protokoll fest. Abhilfe wollen die 24 Teilnehmer nach WELT-Informationen nicht zuletzt wegen der Bundestagswahlen 1987 mit einer Programm- oder Sichtungskommission zu schaffen versuchen, die der Parteitag in Hagen Ende Juni einsetzen soll. Dazu meinte Renate Mohr von der Bundestagsfraktion nach dem Treffen unter anderem, daß es vom Ergebnis eines erforderlichen „langen Diskussionsprozesses" abhänge, „ob eine Einigung möglich oder eine Trennung von Teilen der Partei nötig wird".

Unter Leitung des Bonner Abgeordneten Heinz Suhr wurde weiter festgestellt, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen „ungeheuer zugenommen" haben. So würden den Koalitionsfragen, die „enttabuisiert" werden müßten, „nur noch ideologisch" diskutiert. Die Grünen, die „zu sehr zwischen Partei und Bewegung hin und her gerissen" seien, müßten sich aber entscheiden, „ob sie unter sich bleiben oder die Wünsche des Wählers umsetzen wollen". Denn es gebe die „paradoxe Situation", daß sie „Gesetze mit verabschieden, deren Umsetzung aber ablehnen".

Die „kritische Intelligenz", wurde weiter bemöngelt, werde „viel zu wenig aktiv" und trete „verstärkt" aus, „weil Entscheidungsprozesse auch für geringfügige Dinge unerträglich lange dauern". Auch an der Basis nehme der „Frust" über die „höheren Parteiebenen" zu. Es bestehe die Gefahr, daß Gremienarbeit die Entwicklung dort nicht mitbekomme.

„Von Kaputtsparen keine Rede"

Staatssekretär Vogt vor „Krankenhaustag" / Neue Bundespflegesatz-Verordnung

PETER JENTSCH, Bonn

Die Krankenhäuser dürfen nach Auffassung der Bundesregierung bei „der zentralen Frage der Kostendämpfung nicht länger im Abseits stehen". Mit diesen Worten bekräftigte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, gestern aus Anlaß der Eröffnung des 13. Deutschen Krankenhaustages und der Fachausstellung „Interhospital" in Düsseldorf das Bestreben der Bundesregierung, die Politik der Beitragsstabilität in der gesetzlichen Krankenversicherung fortzusetzen.

Niemand wolle die Krankenhäuser „kaputtsparen", betonte Vogt. Immerhin habe sich das Krankenhaus zu einem volkswirtschaftlich bedeutenden Leistungssektor entwickelt. Mit 3100 Kliniken, 780 000 Beschäftigten, einem geschätzten Anlagevermögen von mehr als 200 Milliarden Mark und einem Jahresumsatz von gut 47 Milliarden Mark sei die Krankenhauswirtschaft einer der größten „Wirtschaftszweige" in der Bundesrepublik.

Allerdings werde die Ausnahmestellung dieses Sektors innerhalb des Medizinbetriebs auch dadurch deutlich, daß die Aufwendungen der Krankenkassen für die stationäre Behandlung mittlerweile 32 Prozent der gesamten Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung überschritten hätten. „Damit steht und fällt die Finanzierbarkeit unseres Sozial- und Gesundheitswesens mit der Finanzierbarkeit der stationären Versorgung," betonte Vogt. Auch die Bundesregierung wolle die fortschrittliche medizinische Versorgung der Krankenhäuser erhalten. Aber aus beiden Zielen ergebe sich das Gebot, Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Krankenhausversorgung miteinander zu verbinden.

Ein erster Schritt in diese Richtung sei mit der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung eingeleitet worden. Sie habe unter anderem das starre duale Finanzierungssystem (die Benutzerkosten wurden von den Kassen finanziert, die Investitionskosten vom Staat, Anm. der Red.) aufgelokkert und Kassen und Kliniken die Möglichkeit eröffnet, Investitionsverträge abzuschließen, um damit Leistungen kostengünstiger und patientengerechter zu erbringen.

Jetzt lege die Bundesregierung eine novellierte Bundespflegesatzverordnung vor, mit der die Änderungen der Neuordnung der Krankenhausfinanzierung im Pflegesatzrecht in die Praxis umgesetzt werden solle und die heute im Kabinett beraten werde. Vor allem zwei Punkte dieser Verordnung „werden die Preisgestaltung des Krankenhauses und damit die Krankenhauswirtschaft tiefgreifend verändern":

1. Das System der staatlichen Festsetzung der Pflegesätze werde abgeschafft. Künftig müßten die Pflegesätze zwischen Kassen und Kliniken ausgehandelt werden; einigten sie sich nicht, könnten sie auch nicht mehr „zum Staat laufen". Vielmehr entscheide dann eine staatlich unabhängige, von den Beteiligten selbst eingerichtete Schiedsstelle.

2. Auch die bequeme, aber kostentreibende Praxis nachträglicher Kostenerstattung werde abgeschafft. Künftig müsse das Krankenhaus den Preis für seine Leistungen im voraus kalkulieren und mit den Kassen vereinbaren.

Diese Maßnahmen verstärkten den Anreiz für die Kliniken, wirtschaftlich zu handeln. Denn mit der im voraus festzulegenden Vergütung (Budgetierung) erhalte das Krankenhaus vor Beginn seiner Wirtschaftsperiode einen verbindlichen Finanzrahmen, „mit dem es rechnen kann, aber auch auskommen muß". Mit diesem Budget, das den Patienten oder ihren Kassen über die Pflegesätze in Rechnung gestellt werde, würden dem Krankenhaus zugleich Gewinn- und Verlustmöglichkeiten eröffnet. Vogt: „Die Eigenverantwortlichkeit des Krankenhauses und sein Interesse an realer Kostensenkung (durch Gewinnmöglichkeiten) werden hiermit gestärkt." Darüberhinaus werde auch die Position der Krankenkassen in den Budget- und Pflegesatzverhandlungen gestärkt.

Blüm: „Wende bei den Pflegekosten"

E.N. Bonn

Als „kopernikanische Wende" in der Entwicklung der Krankenhaus-Pflegekosten hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die neue Bundespflegesatzverordnung bezeichnet, die aus seinem Haus stammt und gestern im Kabinett verabschiedet worden ist. Die Verordnung, der der Bundesrat noch zustimmen muß, führe aus dem „Erstattungsdenken" heraus, erhalte den hohen Leistungsstand der deutschen Krankenhäuser, nutze aber gleichzeitig die dort nach Überzeugung Blüms vorhandenen „erheblichen Wirtschaftlichkeitsreserven", sagte Blüm. Die Krankenhäuser müßten künftig ihre Preise vorauskalkulieren und aushandeln. Sie könnten Gewinne verbuchen, müßten aber auch Verluste tragen. Zu den zehn Regelungen der neuen Verordnung gehören stärker leistungsbezogene Vergütungsformen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bonn stellt weniger östliche Polemik fest

NATO-Staaten bereiten sich auf KVAE-Konferenz vor

BERNT CONRAD, Bonn

Die NATO-Partner hoffen, in der am 14.Mai beginnenden nächsten Runde der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) das Terrain für die konkrete Formulierung von Texten im kommenden Herbst vorbereiten zu können. Der Westen will zu diesem Zweck erfolgsorientiert verhandeln. Das haben nach Bonner Angaben Vorbesprechungen der westlichen Delegationsleiter in Oslo ergeben, die in dieser Woche in Brüssel fortgesetzt werden sollen.

Um voranzukommen, wollen sich die NATO-Staaten in Stockholm jetzt auf die Punkte konzentrieren, in denen eine Einigung mit den Sowjets am ehesten möglich erscheint. Dazu gehören die Ankündigung größerer militärischer Aktivitäten, die regelmäßige Einladung von Manöverbeobachtern und die Information über Truppenhauptquartiere.

Experten meinten dazu: „Die Sowjets brauchen stets Zeit, um sich an westliche Konzeptionen zu gewöhnen." Im übrigen seien sie immer erst gegen Schluß der Verhandlungen zu Konzessionen bereit. Nach Bonner Darstellung hat in der letzten KVAE-Runde, die von einer Intensivierung der Arbeit geprägt war, die östliche Polemik abgenommen. Die Russen hätten zwar konkret noch „nichts gegeben", hätten aber ihre eigenen Vorschläge teilweise nur noch schwach verteidigt. Damit sei deutlich geworden, daß sie vieles nur noch als „Spielmaterial" mitschleppten.

Als bedenklich empfanden es westliche KVAE-Teilnehmer, daß die Sowjets versuchten, früher gemachte Konzessionen wieder zu revidieren. Dies gelte vor allem für auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen getroffene Vereinbarung, bei den Stockholmer Verhandlungen militärische Aktivitäten auf See nur dann zu berücksichtigen, wenn sie mit Land-Aktivitäten in Europa in Zusammenhang stehen. Davon wollen die Russen offenbar wieder herunter. Die westliche Reaktion lautete: Wer derart glasklare Abmachungen in Frage stellt, gefährdet seine Glaubwürdigkeit als Verhandlungspartner.

Unklar ist noch, wie sich die Übernahme der sowjetischen Parteiführung durch Michail Gorbatschow auf die KVAE-Verhandlungen auswirken wird. Nach Ansicht von Experten könnten sich etwaige daraus resultierende Änderungen nur langfristig bemerkbar machen.

Großes Interesse an positiven Ergebnissen haben offenbar die osteuropäischen Bündnisnispartner der Sowjetunion. Aus dem Kreis ihrer Delegationen war am Rande der Stockholmer Konferenz mehrfach zu hören: „Wir könnten ja viele eurer Vorschläge akzeptieren. Aber die Sowjetunion ist sehr vorsichtig." Bei vertraulichen Gesprächen dieser art sollen einige Ostblock-Diplomaten erhebliche Courage bewiesen haben.

Bonner Diplomaten gehen davon aus, daß die Sowjetunion trotz ihrer bisher restriktiven Haltung ein Interesse an der Fortsetzung des KSZE-Prozesses und damit auch an einem Erfolg der KVAE habe. Dabei könnte sich auch der das Drängen der Osteuropäer nach greifbaren Erfolgen auswirken, an dem Moskau nicht ganz vorbei gehen könne.

Barschel: Benachteiligung nicht länger hinnehmen

Heftige Vorwürfe aus Kiel gegen die Bundesregierung

GEORG BAUER, Kiel

In bisher ungewohnt scharfer Form hat der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel Kritik am Verhalten des Bundes bei der Vergabe von Großforschungseinrichtungen geübt. Der christdemokratische Regierungschef, der in diesem Jahr auch Vorsitzender der Konferenz Norddeutschlands ist, warf Bonn vor, es vernachlässige den norddeutschen Raum und verletze permanent seit 1977 seine Pflichten gegenüber den vier Bundesländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Mit Nachdruck meinte Barschel: „Wir wollen deutlich machen, daß das nicht länger hingenommen werden kann."

Er wies auf das im Mai 1977 abgeschlossene Bund-Länder-Abkommen hin, indem sich die Bundesregierung, damals noch unter Führung von SPD und FDP, verpflichtet habe, bei der Gründung von Großforschungseinrichtungen und ähnlichen Instituten eine regionale Verteilung anzustreben.

Den Wünschen der vier Küstenländer steht die Politik Bonns gegenüber, Forschungsmittel nicht nach regionalem Gesichtspunkten, sondern nach wissenschaftlichen Aspekten zu vergeben. Verständnis äußerte Barschel in diesem Zusammenhang für Forschungsminister Heinz Riesenhuber, der bemüht sei, durch die Gelder den größtmöglichen wissenschaftlichen Output zu erzielen.

Hintergrund der Stellungnahme Uwe Barschels, der heute nach Bonn reist, ist die von Bonn ins Auge gefaßte Gründung des sogenannten Instituts für Marinegeowissenschaften, das die Norddeutschen gerne bei sich beheimatet wissen möchten. Interesse signalisieren vor allem Kiel und Hamburg. Um das Institut bemühen sich aber fast sämtliche Universitäten in der Bundesrepublik. Nach Meinung des Ministerpräsidenten habe aber Schleswig-Holstein als maritimer Standort die besten Aussichten.

Als Organisationsschema schlug er als eine mögliche Alternative vor, das Institut nicht der Kieler Universität anzugliedern, sondern als Außenstelle des Forschungszentrums Geesthacht zu gründen. Bei dieser Form hätte der Bund 90 Prozent der Kosten zu tragen, die für Bundesländer hingegen nur je zweieinhalb Prozent. Bei der Angliederung an eine Universität verteilen sich die Kosten hingegen 50 zu 50 Prozent.

Den Standortvorteil will Kultusminister Bendixen, der den Ministerpräsidenten nach Bonn begleitet, bei einem Gespräch mit Forschungsminister Riesenhuber unterstreichen. Dann wird auch zur Sprache komme, daß etwa von den 25 Max-Planck-Instituten 21 in Bayern und Baden-Württemberg sind, aber nur drei in Schleswig-Holstein und Hamburg. Ebenso sieht die Bilanz, die Barschel vorlegte, bei den Instituten der Fraunhofergesellschaft aus. 19 hätten ihren Sitz in Bayern und Baden-Württemberg, kein Institut hingegen in Schleswig-Holstein oder Hamburg. Er werde, so kündigte Barschel an, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Konferenz in Kiel setzen.

Auf der Pressekonferenz bilanzierte der Christdemokrat auch den von der Landesregierung initiierten Umweltschutztag Schleswig-Holstein, bei dem am Wochenende das nördlichste Bundesland mit einem Netz von rund 1500 Veranstaltungen überzogen wird. Für diese beiden Tage hat der Regierungschef auch sein Kabinett in die Pflicht genommen.

Gemeinsam gegen Hunger und Armut in Nordafrika

Zusätzliche Initiativen der Europäer zur Hilfe gefordert

BERNT CONRAD, Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Stercken hat sich für eine Kooperation zwischen den Staaten am Horn von Afrika und der Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. Eine solche Initiative sollte nach seiner Meinung schon in der nächsten EG-Außenministersitzung im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit erörtert werden.

Ausgangspunkt ist die Anfang des Jahres bekundete Absicht Dschibutis, Somalias, Kenias, Ugandas, Äthiopiens und Sudans, gemeinsame Maßnahmen gegen den Hunger und die Folgen der Trockenheit in der Region zu ergreifen. Geplant war, daß sich die Außenminister der beteiligten Staaten im Mai und die Regierungschefs im November zur Beschlußfassung über ein gemeinsames Programm treffen sollten.

Gegen diese Aktion wurden nach Angaben Sterckens, der die Region mehrfach besucht hat, teilweise Bedenken erhoben, weil einzelne Staaten eine Beeinträchtigung kollektiver Konzepte befürchteten. „Grundsätzlich jedoch waren und sind die Staaten am Horn von Afrika der Auffassung, daß die Fortsetzung des Gespräches von Dschibuti der einzig erfolgversprechende Schlüssel ist, um vor allem die Konflikte zwischen den beteiligten Staaten abzubauen, die ein wesentliches Hindernis darstellen, den Kampf gegen den Hunger wirkungsvoller zu führen."

In dieser Lage hält Stercken eine zusätzliche Initiative der Europäer für notwendig. Nach seiner Ansicht sollten die „außerordentlichen Hilfeleistungen, die von den Mitgliedstaaten der EG und durch die Gemeinschaft selber am Horn von Afrika erbracht worden sind, die EG auch befähigen, sich dieser Staatengruppe als Gesprächspartner zu empfehlen". Zu erinnern sei an die positive Wirkung der EG-Kooperationsbereitschaft gegenüber den Asean-Staaten und der mittelamerikanischen Contadora-Gruppe.

Sterckken: „Hier eröffnet sich eine große Chance für Europa, durch gezielte wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Unabhängigkeit der Staaten am Horn von Afrika beizutragen."

Keine Angst vor Bevölkerungsexplosion

Professor Friedrich August von Hayek schreibt an einem Buch mit dem Titel „Die fatale Einbildung“, das eine neue Sozialismus-Debatte auslösen soll. Er ist davon überzeugt: Sie tut not.

Wer erinnert sich heute noch der großen Sozialismus-Debatte in den dreißiger Jahren, die sich an der zweiten Auflage des Buches „Gemeinwirtschaft“ von Ludwig von Mises entzündet hatte? Da stritt von Hayek an der Seite seines Lehrers Ludwig von Mises. Diese Auseinandersetzung trieb von Hayek dazu, 1944 sein Werk „Der Weg zur Knechtschaft“ zu publizieren, das er „den Sozialisten in allen Parteien“ widmete. Das Buch schlug wie eine Bombe ein; denn von Hayek warnte vor den Gefahren des Totalitarismus im Gewande des Faschismus oder Sozialismus und legte die Verbindungslinien zwischen Sozialismus und Faschismus offen. Er deckte die Risiken des Trends zum Wohlfahrtsstaat für die persönliche Freiheit auf. Die von linken Sozialdemokraten hoffnungsvoll beschworene Konvergenz der Wirtschaftssysteme erklärte er schon damals für einen Irrtum und nannte jeden „dritten Weg“ einen untauglichen Versuch. Mit diesem Werk erschütterte von Hayek das Theoriengebäude des Sozialismus.

Mit seinem neuen Buch will er das Thema vertiefen. Ein Ansatzpunkt ist das, was er die „ausgedehnte Ordnung“ nennt. Im Gespräch definiert von Hayek: „Diese Ordnung beruht darauf, *daß die Menschen gelernt haben*, gewissen Regeln zu folgen, und diese Regeln sind die der traditionellen Moral, auf die der aufgeklärte Intellektuelle bisher mit Verachtung herabgesehen hat. Auch diejenigen, die nicht religiös sind – und in diesem Sinn bin ich nicht religiös – müssen zugeben, daß unsere Vernunft nicht die höchste Instanz ist.“ – Das Gespräch mit Professor von Hayek führte Wilfried Hertz-Eichenrode.

WELT: Wenn nicht Gott, wenn nicht die Vernunft, was soll die höchste Instanz sein?

von Hayek: „Außer der Vernunft gibt es eine moralische Tradition, die uns veranlaßt, uns so zu verhalten, daß eine Übereinstimmung zwischen den Lebensnotwendigkeiten und unseren Bemühungen entsteht. Sie versetzt uns in die Lage, viel mehr Menschen am Leben zu erhalten, als wir es könnten, wenn wir es bewußt tun würden. Das wirkliche Problem des Sozialismus ist nicht mehr, daß es – wie man glaubte – gewisse Leute gibt, denen es besser geht als den vielen anderen, sondern wie wir die viereinhalb Milliarden Menschen, die heute auf der Welt existieren, am Leben erhalten können. Viele der ehrlichen Sozialisten beginnen zuzugeben, daß sie den eigentlichen, das Leben erhaltenden Prozeß nicht bewußt kontrollieren können. Nun sind diese armen Menschen sehr unglücklich, weil sie sich einer Illusion beraubt sehen, und mehr und mehr finde ich, daß die ehrlichen Sozialisten Menschen sind, mit denen ich mich sehr gut verstehe und die ich am Ende des Gespräches meistens trösten muß.“

Die Heiterkeit des alten Herrn vergoldet den Acker, den seine Gedanken tief pflügen. Wie also ist das mit der Moral? Der Professor nimmt einen neuen Anlauf: „Die Vorstellung, daß wir unsere Moral ausleben könnten, daß Moral hieße, die Welt für uns vergnüglich zu machen, ist ein Irrtum. Die Tradition der westlichen Moral, die auf den beiden Ideen von Privateigentum und Vertrag gegründet ist, hat sich gegen die Wünsche der Menschen durchgesetzt; aber sie hat dazu geführt, daß sich die Menschheit so vermehren konnte. Die Erhaltung der Milliarden Menschen hängt davon ab, daß wir alle jene Quellen *ausnützen*, die *nur dann* gefunden werden können, wenn wir jedem einzelnen die Möglichkeit geben, sich die besten Chancen zu suchen. Praktisches Beispiel im umgekehrten Sinn: Die Situation, daß Rußland nicht mehr imstande ist, seine eigene Bevölkerung zu ernähren, geriete zum Weltproblem, würde das sowjetische System über den Machtbereich Moskaus hinaus ausgedehnt.“

WELT: Herr Professor, Sie haben die Theorie aufgestellt, daß Moral nicht ein Ergebnis bewußter Entscheidungen der Menschen im Sinne einer Ordnung der Werte sei, sondern ein Anpassungsprozeß, also eine Evolution. Was folgt aus dieser These für unsere Zeit?

von Hayek: „In der Vergangenheit haben die Menschen die Moral nur befolgt, weil sie geglaubt haben, sie sei von einer höheren, einer religiösen Macht vorgeschrieben. So wurde durch Gewohnheiten ein höheres Maß der Anpassung an die Umstände herbeigeführt, die der Mensch nie intellektuell ausgesucht oder geschaffen hat. Das muß so auch der Intellektuelle anerkennen. Ebenso die Tatsache, daß die traditionelle Moral Beschränkungen unserer Wünsche darstellt, daß wir Dinge, die wir gerne tun möchten, nicht tun dürfen. Unsere Moral wäre so nie erfunden worden. Sie ist das Ergebnis eines außerrationalen Prozesses, der uns eine geistige Ausrüstung zur Verfügung gestellt hat, die verschieden von unserem Intellekt ist, die neben ihm besteht und uns mehr bietet als der individuelle Intellekt. Sie ist das Ergebnis einer Gruppenauswahl. Das ist das zentrale Problem meines neuen Buches.“

WELT: Gruppenauswahl – wann und wie?

von Hayek: „Wir verdanken unsere Intelligenz der Auswahl von Individuen, die die Tatsachen am besten kennen. Aber die Regeln der Gesellschaftsordnung beruhen nicht auf Erfahrungen, die Menschen als Individuen machen konnten, sondern auf dem Umstand, daß jene Menschen, die in Gruppen die geeignetsten Verkehrsregeln unter sich ausgebildet hatten, von der Entwicklung ausgewählt wurden, weil sie sich schneller vermehren konnten. Die Moral ist also ein Ergebnis der Gruppenauswahl, die unser Intellekt nie geschaffen hat, die der gewöhnliche Verstand auch nicht versteht, und die wir eigentlich nur retrospektiv im Rückblick erkennen können, wenn wir fragen, wie denn unsere Wirtschaftsordnung zustande gekommen sei. Das ist eine sehr unangenehme Situation für die Nationalökonomie.“

Und hier kommt von Hayek auf Albert Einstein als Paradebeispiel für seine Ideen: „Einstein hat vom angeblichen Unheil gepredigt, daß wir für Gewinn und nicht für den Nutzen produzieren. Tatsache ist jedoch genau dies: Der Gewinn erlaubt es uns, für Nutzen zu produzieren, den wir nicht kennen. Allein die ausgedehnte Ordnung hat es möglich gemacht, daß wir Menschen dienen, die wir gar nicht kennen, und daß wir selbst von Menschen bedient werden, die wir nicht kennen.“

WELT: Das ist sehr abstrakt formuliert …

von Hayek: „Ich habe es bei anderer Gelegenheit so ausgedrückt: Die Weltwirtschaft ist so ausgedehnt, daß unsere Arbeit ständig Ergebnissen dient, von denen wir nichts wissen und auch nichts wissen können, und – umgekehrt – daß wir am Leben erhalten werden, weil Menschen sich bemühen, uns das zu beschaffen, was wir haben wollen, obwohl sie uns nicht kennen.“

WELT: Der Israeli, der im Negev Orangen züchtet, kennt den Deutschen nicht, der die Orangen ißt, und die Mannesmann-Männer, die in Deutschland eine Maschine bauen, kennen den Israeli nicht, der diese Maschine nutzt?

von Hayek: „Ja, zum Beispiel. Aber ich komme noch einmal auf Einstein zurück. Wenn wir für bekannten Nutzen produzieren sollen, dann bedeutet das eine Rückkehr zur primitiven Wirtschaft, als wir noch wußten, wem wir dienten. Die Zusammenarbeit in der ausgedehnten Ordnung – diese ganze Anordnung, daß wir Zwecken dienen, die wir konkret nicht kennen, und von Menschen bedient werden, die wir konkret nicht kennen – hat jene intensive Ausnutzung der vorhandenen Produktionskräfte möglich gemacht, der wir es verdanken, daß wir viereinhalb Milliarden Menschen auf dieser Welt am Leben erhalten können.“

WELT: Fortschritt von der Horde zum Weltmarkt?

von Hayek: „Ganz richtig.“

Wie das alles funktioniert, hat ein Deuter der Gedanken von Hayeks am Preissystem zu erklären versucht. Es sei ein System von Signalen, das den Menschen in die Lage versetzt, sich an Ereignisse und Umstände anzupassen, von denen er nichts weiß; unsere moderne Ordnung und unser Wohlstand beruhen auf der Möglichkeit einer Anpassung an Vorgänge, die wir nicht kennen (Kurt R. Leube).

Die Frage ist, ob solche „spontane Ordnung“ wirklich alle Menschen ernähren kann. Dazu von Hayek: „Wir müssen unterscheiden. Die Vermehrung der Menschen in jenen Teilen der Welt, wo sich die Bevölkerung selbst erhalten und entwickeln kann, ist nicht nur ungefährlich, sondern es wäre auch höchst ungerecht, sie zu verhindern. Wenn wir den Südamerikanern sagten, sie dürften sich in diesem riesigen Kontinent, der das Zehnfache der gegenwärtigen Bevölkerung ernähren kann, nicht vermehren, dann hieße das, wir wollten es ihnen verbieten, eine hohe Zivilisation zu entwickeln. Denn nur eine viel dichtere Besiedlung kann es ihnen möglich machen, den Wohlstand zu steigern. Dagegen ist es eine furchtbare Gefahr, wenn wir es einer Bevölkerung, die sich nie wird selbst erhalten können, durch unsere Hilfe ermöglichen, sich zu vermehren. Denn soweit wir es heute beurteilen können, wird sie nie aus eigenen Mitteln leben können. Mit solcher Hilfe übernähmen wir eine Verantwortung, der wir nicht gerecht werden können.“

WELT: Soll das heißen, wir dürfen den Menschen in den Hungergebieten überhaupt nicht helfen?

von Hayek: „Die Frage ist doch: Wieviel Hilfe darf man leisten, ohne Verantwortung zu übernehmen, die man früher oder später nicht erfüllen kann? Über diese Probleme ist noch viel zuwenig nachgedacht worden.“

Der Professor nennt die Hungergebiete tragische Spezialfälle, die nicht seine These widerlegen, daß die Bevölkerungsvermehrung in der Regel nicht Ursache einer Verarmung sei. Denn die Hauptwirkung der Bevölkerungsvermehrung sei eine immer größere Differenzierung der Menschen, eine immer größere Vervielfältigung der Tätigkeiten. Wenn Menschen sich vermehren, immer mehr verschiedene Fähigkeiten hervorbringen und in immer komplexeren Systemen untereinander arbeiten, so sei kein Grund, anzunehmen, dies könne zu einem abnehmenden Ertrag führen.

WELT: Keine Angst also vor der Bevölkerungsexplosion?

von Hayek: „In den Spezialfällen ist die Furcht durchaus berechtigt. Der allgemeine Glaube jedoch, die Bevölkerungsvermehrung könnte zu einer Verarmung führen, ist völlig unbegründet.“



Professor Friedrich August von Hayek

Der Grandseigneur der Wirtschaftswissenschaften feiert heute seinen 86. Geburtstag. Hayek erhielt für sein Werk 1974 den Nobelpreis. Die Begründung erwähnt die „bahnbrechenden Arbeiten auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie und die tiefgründige Analyse der wechselseitigen Abhängigkeit wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Phänomene“. Früher in Österreich tätig, ging er 1931 als Professor an die London School of Economics. Dort entstand sein berühmtes Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ (The Way to Serfdom, 1944), ein ausdrucksvoller und leidenschaftlicher Versuch, die liberale Gesellschaft gegen alle Anfechtungen zu verteidigen. 1979 vollendete von Hayek das dreibändige Werk „Recht, Gesetzgebung und Freiheit“. Hayek lebt in Freiburg.

FOTO: MANFRED RICHTER

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, vom Ableben unseres Pensionärs und ehemaligen Prokuristen des Schiffbaus unserer Hauptverwaltung, Herrn

Dipl.-Ing. Otto Petersen

geb. 22. 1. 1906 gest. 3. 5. 1985

Kenntnis zu geben.

Herr Petersen hatte sich während seiner 20jährigen Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft durch seine menschlichen Qualitäten und beruflichen Kenntnisse die Achtung und Anerkennung sowohl bei seinen Kollegen und Mitarbeitern als auch bei unseren Geschäftspartnern erworben.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Germanischer Lloyd

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 10. 5. 1985, um 10.30 Uhr in der Johanneskirche in Rissen statt. Anschließende Beisetzung im engsten Familienkreise auf dem Altonaer Friedhof.

Wir trauern um Herrn

Hüttendirektor i. R.

Otto-August Siering

der am 3. Mai 1985 im Alter von 81 Jahren verstorben ist.

Otto-August Siering wurde im Oktober 1954 zum kaufmännischen Vorstandsmitglied unserer Rechtsvorgängerin, der Hüttenwerk Oberhausen AG, bestellt. Als langjähriger Sprecher des Vorstandes hat er die Entwicklung dieses Unternehmens mit großem persönlichem Einsatz und Mut zu unternehmerischen Entscheidungen in sozialer Verantwortung maßgeblich gestaltet. Auch in zahlreichen Vereinigungen, Ausschüssen und Beiräten der Wirtschaft hatte die Stimme von Otto-August Siering Gewicht. Im April 1969 trat er in den Ruhestand und schied damit aus einer Aufgabe, der er sich zutiefst verbunden fühlte und in der er große Anerkennung gefunden hatte.

Bei Otto-August Siering verband sich hervorragende Sachkenntnis mit einem geradlinigen Wesen, das ihn viele Freunde gewinnen ließ. In Achtung und Dankbarkeit werden wir dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren.

Thyssen Niederrhein AG
Hütten- und Walzwerke
Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat, Belegschaft

Oberhausen, den 6. Mai 1985

Die Beisetzung findet auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt. Anstelle eventuell zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende zugunsten des Hermann-Gmeiner-Fonds Deutschland e. V. auf das Konto der Deutschen Bank München 111 11 11.

Am 29. April 1985 hat mich mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Großvater und Bruder

Dr. jur. Hugo Bremkamp

nach langer, schwerer Krankheit im 85. Lebensjahr für immer verlassen.

Wir danken ihm für alles, was er uns gab. Seine große Liebe und Fürsorge werden uns fehlen.

Hanni Bremkamp geb. Adolphs
Dr. Dieter Bremkamp
und Frau Dr. Rita geb. Distel
Detlev Bremkamp
und Frau Bärbel geb. Trucks
Volker Bremkamp
und Frau Heidi geb. Klei
die Enkelkinder
Dagmar, Inez, Hendrik und Ingo
Dr. Hermann Bremkamp

2070 Großhansdorf
Heidkoppel 21

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille im engsten Familienkreis stattgefunden.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir anstelle zugedachter Blumen um eine Spende an die Krebshilfe, Kto.-Nr. 90 90 90 bei der Deutschen Bank AG, Bonn, BLZ 380 700 59, Kennwort Dr. Bremkamp.

Herr Generaldirektor i. R.

Dr. jur. Hugo Bremkamp

Träger des Großen Verdienstkreuzes
des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

ist am 29. April 1985 im 85. Lebensjahr verstorben.

Über 50 Jahre war Herr Dr. Bremkamp unserer Gesellschaft und ihren Vorgängerinnen verbunden – davon sechs Jahre als Vorstandsmitglied und 28 Jahre als Vorsitzender des Vorstandes der Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft sowie weitere zehn Jahre als Aufsichtsratsmitglied der Nord-Deutschen und Hamburg-Bremer Versicherungs-AG sowie ihrer Nachfolgegesellschaft, der Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG.

In diesen Jahren hat sich der Verstorbene mit seinem großen Wissen und seinen reichen Erfahrungen um die Entwicklung unserer Gesellschaft in hohem Maße verdient gemacht.

In Verehrung und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem bedeutenden Mann, dessen Persönlichkeit und Wirken uns unvergessen bleiben werden.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der
Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG

Hamburg, im Mai 1985

Kurt Hahne

* 4. Februar 1907 † 30. April 1985

Nach schwerer Krankheit hat mich mein über alles geliebter Mann verlassen.

Wir trauern um unseren Vater und Großvater.

In Liebe und Dankbarkeit

Bistra Hahne geb. Balabanoff
Peter Hahne und Frau Claudia
Michael Hahne

Beerdigung am Dienstag, dem 14. Mai 1985, um 11.00 Uhr von der Kapelle 9, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf

---

Familienanzeigen und Nachrufe können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:	Telex:
Hamburg (0 40) 3 47–43 80, oder –42 30	Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin (0 30) 25 91–29 31	Berlin 1 84 611
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 und 5 24	Kettwig 8 579 104

Chinas Parteichef sichert Pjöngjang Unterstützung zu

rtr/dpa, Peking

Chinas Parteichef Hu Yaobang ist in einem geheimgehaltenen Treffen am Wochenende mit Nordkoreas Präsident Kim Il-Sung zusammengekommen. Wie die Nachrichtenagentur Neues China gestern berichtete, hätten beide Politiker bei der Begegnung, bei der auch der Sohn des Präsidenten, Kim Jong-Il, zugegen war, über die bilateralen Beziehungen und Wege zur Verminderung der Spannungen zwischen Nord- und Südkorea gesprochen. Parteichef Hu habe dabei nachdrücklich die Position Pjöngjangs bei dem ins Stocken geratenen innerkoreanischen Dialog unterstützt und sich für die Verwirklichung der von Nordkorea vorgeschlagenen Parlamentarier-Gespräche mit dem Süden eingesetzt. Die demonstrative Betonung der Freundschaft zwischen beiden Ländern in dem Agenturbericht folgt auf eine Phase der Abkühlung, die sich auf die von Nordkorea mißtrauisch verfolgte Häufung informeller Kontakte zwischen Peking und Seoul eingestellt hatte.

Burt weist Vorwürfe zurück

Co. Bonn

Der Abteilungsleiter Westeuropa im amerikanischen Außenministerium und künftige Botschafter in Bonn, Richard Burt, hat sich in einer offiziellen Verlautbarung der US-Botschaft gegen die Vermutung gewandt, er habe Präsident Reagan vorgeschlagen, nicht mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt zusammenzutreffen. Burt versicherte: „Ich habe immer einen Dialog zwischen der amerikanischen Regierung und allen Vertretern des gesamten politischen Meinungsspektrums in der Bundesrepublik Deutschland befürwortet."

Von seiten der SPD waren angesichts der Vermutungen über Burts Rolle schon negative Konsequenzen für dessen künftige Botschaftertätigkeit angekündigt worden.

USA: Streit um Bitburg klingt ab

AFP, Washington

Amerikanische Juden wollen die Kontroverse um den Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg dämpfen. Auf jüdischer Seite zeigt man sich bereit, die seit fast einem Monat andauernden Auseinandersetzungen abzubauen, zumal sich Reagan nach Ansicht vieler politischer Beobachter „nicht schlecht aus der Affäre gezogen hat", wie der republikanische Senator John Danforth (Missouri) betonte.

Howard Friedman, ein Verantwortlicher der jüdischen Gemeinschaft, sagte gestern: „Reagan bleibt unser Präsident. Wir schätzen seine ständige Unterstützung Israels, der sowjetischen Juden und was er für die äthiopischen Juden getan hat." Der Vorsitzende der Konferenz der wichtigsten jüdischen Organisationen, Kenneth Bialkin, hielt seine Kritik an dem Bitburg-Besuch aufrecht, kündigte jedoch an, daß jüdische Verantwortliche ein Treffen mit Reagan „in den nächsten Wochen" wünschten, um die Auswirkungen der Polemik in Grenzen zu halten.

London: 4000 Mann mehr für die Rheinarmee

Weißbuch vorgelegt / Keine Abstriche bei der Marine

REINER GATERMANN, London

Die britische Regierung begegnete in einem Verteidigungsweißbuch den seit einigen Wochen kursierenden Gerüchten, daß sie eine Reduzierung ihrer Oberwasser-Streitkräfte plane. Verteidigungsminister Michael Heseltine erklärte, Großbritannien werde „für eine absehbare Zukunft" wie bisher 50 Zerstörer und Fregatten unterhalten.

Durch die Betriebsüberlastung verschiedener Versorgungsbereiche innerhalb der Streitkräfte an Privatunternehmen rechnet der Minister damit, rund 4000 Soldaten zur Verstärkung der Fronttruppen freizubekommen. Sie sollen hauptsächlich in der Rheinarmee eingesetzt werden.

Das Weißbuch gibt wenig Auskunft über längerfristige Aspekte der britischen Verteidigung. Neben der Bestätigung, keinerlei Abstriche an eingegangenen Verpflichtungen sowohl gegenüber der NATO als auch Drittländern vorzunehmen, wird die Beibehaltung einer unabhängigen Strategie der nuklearen Abschreckung unterstrichen.

Sorgen bereitet allerdings die ständig schrumpfende Handelsflotte des Landes; dadurch werde es immer schwieriger, alle innerhalb der NATO übernommenen Aufgaben zu erfüllen. Mitte dieses Jahres wird ein Bedarfsplan der Marine für die verschiedenen von ihr benötigten Schiffstypen der Handelsflotte und deren Möglichkeit, ihn zu decken, vorliegen.

Neue Fregatten

Der Verteidigungsminister teilte mit, daß demnächst Offerten für den Bau von drei neuen Fregatten eingeholt würden und man sich Gedanken über den Ersatz der bisherigen Amphibienflotte mache, die vor allem für die Verteidigung der NATO-Nordflanke von großer Bedeutung sei.

Durch Rationalisierungen und Überlassung gewisser Aufgaben, vor allem im Versorgungs- und Transportbereich an Privatfirmen, hofft der Minister die Kampftruppen um 4000 Mann verstärken zu können; unter anderem sollen zahlreiche Kantinen und Läden künftig von privaten Unternehmern betrieben werden. Ähnliches gilt für den Güter- und Personentransport. Rund 300 Arbeitsplätze werden so umgestaltet, daß sie statt von Soldaten von Frauen eingenommen werden können. Alleine 1000 Mann sollen bei den Ersatzeinheiten eingespart werden, die für krankes oder ausgeschiedenes Personal einspringen.

Der weit überwiegende Teil dieser „freigestellten" Soldaten wird der Rheinarmee zugeteilt, für die ein weiteres Panzerregiment vorgesehen ist – die vierte Verstärkung seit 1979. Die Streitkräfte werden allerdings weiterhin unter Personalmangel leiden. Alleine die Luftwaffe benötigt aufgrund des technischen Ausbaues ihrer Kampfeinheiten zusätzlich 7000 Mann.

Mehr private Aufträge

Michael Heseltine verfolgt eine strikte Politik, „mehr für sein Geld zu bekommen". Deswegen hat er das Angebotsverfahren beim Einkauf militärischer Ausrüstung erheblich ausgebaut. Inzwischen kommen mehr als 60 Prozent aller neuen Kontrakte auf diesem Weg oder durch andere Vergleiche zustande.

Außerdem untersucht der Minister die Möglichkeit, zwei Marinewerften zumindest teilweise in Privathände zu übergeben. Er erhofft sich davon eine Realsteigerung der Verteidigungsausgaben von drei Prozent, obwohl der nominelle Budgetzuwachs von 17 auf 18 Milliarden Pfund (1984/85 auf 1985/86) bestenfalls die Inflationsrate deckt.

Was den finanziellen Verteidigungsaufwand anbetrifft, nimmt Großbritannien innerhalb der NATO bei allen Vergleichen den zweiten Platz nach den USA ein. Das Inselreich stellt 5,3 Prozent seines Bruttosozialprodukts der Verteidigung zur Verfügung. In den USA sind es 6,9, in Frankreich 4,1 und in der Bundesrepublik 3,3 Prozent.

Pro Kopf der Bevölkerung gebe nach diesen Berechnungen die USA 1057 Dollar aus und Großbritannien 406, gefolgt von Norwegen (391), Frankreich (367) und der Bundesrepublik (334). Bei den gesamten Verteidigungsausgaben stehen die USA mit 250 Milliarden Dollar an der Spitze vor Großbritannien (22,7) und der Bundesrepublik (20,4).

Polen stoppt US-Sonderflüge

rtr, Warschau

Das polnische Außenministerium hat am Montag die Transportflüge für die amerikanische Botschaft in Warschau gestoppt. Die Unterbindung des Kurierflugverkehrs wurde in einer im Fernsehen verlesenen amtlichen Verlautbarung mit der „herabsetzenden Behandlung" durch die USA begründet. Die Vereinigten Staaten hatten vier polnische Diplomaten ausgewiesen, nachdem Polen zuvor zwei US-Diplomaten aufgefordert hatte, das Land zu verlassen. Die polnische Regierung hatte den Ausgewiesenen vorgeworfen, am 1. Mai an einer Demonstration des verbotenen Gewerkschaftsverbandes „Solidarität" teilgenommen zu haben.

Sacharow droht mit Austritt

rtr, Washington

Der sowjetische Regimekritiker Andrej Sacharow will am Freitag aus der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften austreten, falls seine Frau Jelena Bonner zur medizinischen Behandlung kein Ausreisevisum in den Westen erhält.

Ein Sprecher des amerikanischen Sacharow-Instituts sagte, eine entsprechende Botschaft Sacharows sei aus Gorki, wo das Ehepaar in innerer Verbannung leben muß, geschmuggelt worden. Der Friedensnobelpreisträger gehört seit 1953 der Akademie der Wissenschaften an. Andere Auszeichnungen und Privilegien hatte er mit seiner Verbannung im Januar 1980 verloren.

Kabul umwirbt die Stämme, um die Bevölkerung zu gewinnen

Rückbesinnung auf die Tradition der Loya Jirga / Zugeständnisse gegenüber dem Islam

MUNIR D. AHMED, Hamburg

Afghanistans Regierung besinnt sich auf religiöse und volkstümliche Traditionen. Präsident Karmal empfängt islamische Würdenträger; Zeitungen zeigen ihn beim Gebet. Die Regierung bewilligt großzügig Gelder für Reparaturen an Moscheen und zur Verteilung unter den Vorbetern. Vor kurzem wurde der Schriftgelehrte Maulawi Abdul Wali Hodschat zum Minister für islamische Angelegenheiten ernannt. Er übernimmt zugleich die Aufsicht über religiöse Stiftungen und soll sicherstellen, daß deren Mittel nicht zweckentfremdet werden. Ihm steht ein islamischer Konsultativrat zur Seite.

In der afghanischen Gesellschaft kommt den Stämmen eine zentrale Bedeutung zu. Gegenwärtig unternimmt die Regierung große Anstrengungen, um sich mit diesen zu arrangieren. Stammesführer werden nach Kabul eingeladen, wo sie von der Staats- und Parteiführung um Mithilfe bei der Bewältigung der Probleme aufgefordert werden.

Auch die Einberufung einer Loya Jirga (Großen Ratsversammlung) durch den Revolutionsrat zielt in diese Richtung. Man greift damit auf eine Tradition der paschtunischen Stämme zurück. Die Loya Jirga, an der Stämme durch ihren Fürsten teilnehmen, findet nur in Ausnahmefällen statt, wenn es zum Beispiel gilt, Kriege unter den Stämmen zu beenden oder andere Entscheidungen nationaler Tragweite zu treffen.

König Amanullah, der in den zwanziger Jahren versuchte, die afghanische Gesellschaft durch einschneidende Maßnahmen wie die Aufhebung des Schleiergebots für Frauen, zu reformieren, scheiterte an der Loya Jirga. Die nach Kabul beorderten Stammesführer verweigerten ihm die Gefolgschaft. Die Kunde von den „fremdländischen Sitten", die der Herrscher dem Volk verordnen wollte, erreichte die Stämme in Windeseile. Niemand kam Amanullah aufgrund seiner Reformpolitik zu Hilfe, als er 1929 von dem Bandenchef Habibullah verjagt wurde.

Im Jahre 1964 wurde die Loya Jirga vom König Zahir Schah einberufen, um die Verfassung zu billigen, die – zum ersten Mal in Afghanistan – die Bildung politischer Parteien vorsah. Die kommunistische Khalq-Partei konnte nun offiziell an den Parlamentswahlen teilnehmen. Zu ihren Mandatsträgern in den folgenden Legislaturperioden gehörten Karmal und sein Vorgänger Amin.

Wenige Monate nach seiner Machtübernahme im Dezember 1979 gab Karmal verfassungsrechtliche Grundlagen für eine neu zu konzipierende Verfassung bekannt. Darin wurde festgehalten, daß die Verfassung durch die Loya Jirga verabschiedet werden müsse. Im Artikel 35 wird sie als der Oberste Rat der Demokratischen Republik Afghanistan bezeichnet.

Als am 13. April die Einberufung der Loya Jirga „im laufenden Jahr" bekanntgegeben wurde, war keine Rede von der zu verabschiedenden Verfassung. Es hieß lediglich, die Loya Jirga wird einberufen, um über Frieden und Sicherheit im Lande zu beraten. Binnen einer Woche standen 2000 Jirga-Mitglieder fest, die angeblich durch Wahlen in den Provinzen bestimmt worden waren. Die Machthaber hatten dafür gesorgt, daß nur ihnen genehme Stammesvertreter benannt wurden. Hinzu kamen zahlreiche Parteikader, um die Mehrheit des Regimelagers sicherzustellen.

30 000 Menschen sollen sich auf den Straßen Kabuls eingefunden haben, um die Mitglieder der Großen Ratsversammlung willkommen zu heißen. Die wichtigste Entscheidung der Loya Jirga, die Ende April getroffen worden war, betraf die nachträgliche Billigung des Einmarsches der sowjetischen Truppen in Afghanistan. Der Regierung Karmal wurde angeblich das Vertrauen ausgesprochen. Sie soll ferner aufgefordert worden sein, mit aller Härte gegen die Rebellen vorzugehen.

Junta-Prozeß: Wie ein Deutscher entführt wurde

dpa, Buenos Aires

Im Prozeß gegen neun Ex-Juntamitglieder in Argentinien ist zum ersten Mal der Fall eines verschwundenen Deutschen behandelt worden. Ana Maria Zieschank gab dem Gericht einen erschütternden Bericht über die Entführung ihres Sohnes Claudio und die Rechtlosigkeit der Bürger zu jener Zeit.

Claudio Zieschank, 24, war am 26. März 1976 von bewaffneten Männern in Zivil auf offener Straße entführt und zunächst nach Hause gebracht worden, wo die Wohnung vergeblich nach Waffen durchsucht wurde.

Noch am selben Tag wurde die deutsche Botschaft in Buenos Aires informiert. In dem zuständigen Kommissariat wurde der Mutter aber erklärt, man kenne keinen Claudio Zieschank und habe auch nicht bei der Botschaft angerufen. Im Kommissariat sah Frau Zieschank, wie sie aussagte, eine deutsche Zeitschrift liegen, die man bei der Wohnungsdurchsuchung mitgenommen hatte.

Für Frau Zieschank begann ein Behördenweg ohne Ende, von einem Richter zum anderen, von einer Polizeistelle zum Militär und von dort zum Pfarrer. Ohne Erfolg.

Auf Drängen der Öffentlichkeit habe der frühere Bundeskanzler Schmidt an den damaligen Präsidenten Videla geschrieben und die Antwort erhalten, man habe die Papiere ihres Sohnes bei einem Unfall gefunden. Erst vor einem Jahr erfuhr Frau Zieschank aus Gerichtsakten, daß am 26. Mai 1976 zwei Leichen aus dem La Plata geborgen wurden – eine davon war ihr Sohn.

Japan entging der Teilung

FRED DE LA TROBE, Tokio

Wie Japan 1945 dem Schicksal Deutschlands entging und von einer Teilung verschont blieb, hat die japanische Fernsehgesellschaft „Asahi" in einer Dokumentarsendung dargestellt. Der Bericht beruht auf kürzlich freigegebenen Akten aus den nationalen Archiven in Washington sowie auf Informationen des amerikanischen Außenministeriums und der US-Botschaft in Tokio.

Vierzig Jahre nach Kriegsende wird damit zum ersten Mal der Hintergrund jener Ereignisse geschildert, die das Schicksal Japans nach 1945 entscheidend beeinflussen sollten. Schon bald nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour begann Washington Pläne für die Besetzung und Verwaltung eines besetzten Nippons auszuarbeiten.

Das Verteidigungsministerium entwarf ein Konzept, das die Aufteilung der vier japanischen Hauptinseln in fünf Besatzungszonen und der Metropole Tokio nach dem Vorbild Berlins in vier Sektoren vorsah. Ein Komitee des amerikanischen Außenministeriums setzte sich dagegen für die alleinige Besetzung Japans durch die USA ein.

Nach dem ersten Plan sollten Hokkaido und der nördliche Teil Honshus eine sowjetische Zone bilden. Zentral-Honshu sollte unter US-Verwaltung kommen und das Gebiet zwischen Kobe und Hiroshima unter chinesisch-amerikanische Oberhoheit. Als britische Zone waren Süd-Honshu und Kyushu und als chinesische Shikoku vorgesehen.

Mit den beiden gegensätzlichen Plänen liefen sich in Washington zwei Parteien den Rang ab. Die Verfechter der Teilung hatten ihre Hauptstütze im Finanzminister Henry Morgenthau, der sich – wie im Falle Deutschlands – für eine Entindustrialisierung Japans einsetzte.

Die Gegenpartei warnte vor den verheerenden Folgen, die eine Teilung des Landes haben mußte, das eine so geschlossene Gesellschaft und zentralisierte Regierung besaß. Es waren dies eine Reihe von Japanologen im US-Außenministerium sowie Diplomaten mit Japan-Erfahrung wie der ehemalige US-Botschafter in Tokio, Joseph C. Grew, der im Kriege zum Staatssekretär aufrückte.

Die Entscheidung zugunsten dieser Partei fällte Präsident Truman kurz nach dem Tode Roosevelts. Zwar schlug Stalin einen Tag nach dem Kriegsende im Pazifik Truman noch die Teilung Hokkaidos in eine sowjetische und eine amerikanische Besatzungszone vor, doch der Präsident lehnte ab. Neben der Mandschurei, dem südlichen Teil der Insel Sachalin und den Süd-Kurilen konnten die Sowjets nur vier Inselgebiete nördlich von Hokkaido besetzen, deren Rückgabe Tokio immer wieder gefordert hat.

„Asahi" konnte die Frage nicht schlüssig beantworten, welchen Weg ein geteiltes Japan gegangen wäre. Hätte sich die Demokratie festigen lassen, und wäre es zu dem engen Schulterschluß mit den USA gekommen? Mit einem gespaltenen Tokio wäre Japan wahrscheinlich nicht zur industriellen Großmacht aufgerückt. „Asahi" stellt dankbar fest, daß eine kleine Gruppe weitsichtiger Männer Japan ein schweres Los erspart hatten. (SAD)

Grausamkeiten in der CSSR angeprangert

AP, Wien

In einem Aufruf zum 40. Jahrestag des Kriegsendes hat die tschechoslowakische Menschenrechtsbewegung Charta 77 Freiheit und allgemeine Amnestie für alle politisch Verfolgten in der CSSR gefordert. In dem gestern in Wien bekanntgewordenen Appell an CSSR-Staats- und Parteichef Gustav Husak und Ministerpräsident Lubomir Strougal heißt es, daß bei einem Vergleich der CSSR mit anderen europäischen Ländern die „heutigen Ergebnisse die Grausamkeiten der vergangenen 40 Jahre nicht rechtfertigen".

Die Menschenrechtsbewegung prangert den „Protektionismus der Parteimitglieder und Funktionäre" an und fordert die Wiedereingliederung der Opfer politischer Säuberungsaktionen.

Schriftsteller verschwunden

DW. Bukarest

Der rumänische Schriftsteller und Kritiker des kommunistischen Systems, Dorin Tudoran (39), ist spurlos verschwunden. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt mitteilte, habe Tudoran vor mehr als drei Wochen – am 15. April – einen unbefristeten Hungerstreik begonnen, um seiner Forderung nach einer Ausreisegenehmigung für seine Familie und sich zu unterstreichen. In einem Brief an den rumänischen Staatspräsidenten Ceaucescu hatte Tudoran betont, nicht Rumänien, sondern die Diktatur in Rumänien verlassen zu wollen. Bereits zuvor war er ständig vom rumänischen Geheimdienst beschattet und abgeschirmt worden.

Inzwischen ist nicht einmal mehr eine Telefonverbindung in Tudorans Wohnung möglich. Das Bukarester Fernamt stellt keine Verbindung her. Auch die rumänischen Botschaften in Bonn, Paris und London sowie das rumänische Außenministerium sind nicht bereit, über das Schicksal des Schriftstellers Auskunft zu geben.

Dorin Tudoran ist einer der bekanntesten Dichter und Essayisten Rumäniens. Seit 1973 erhielt er mehrere Auszeichnungen für seine Werke. Von 1977 bis zu seinem Verbandsaustritt 1981 war er Kuratoriumsmitglied des rumänischen Schriftstellerverbandes. Seit 1981 ist Tudoran Mitglied des internationalen Pen-Centers (Paris).

Nichts Belastendes gegen Magdalena Kopp

W.K. Bonn

Gegen die aus französischer Strafhaft vorzeitig abgeschobene Extremistin Magdalena Kopp, die Verbindungen zu den Terroristen „Carlos" und Johannes Weinrich gehabt haben soll, liegt in Deutschland strafrechtlich nichts Belastendes vor. Das erklärte die Generalbundesanwaltschaft. „Carlos" hatte nach der Festnahme der 37jährigen 1982 in Paris vergeblich versucht, ihre sofortige Freilassung zu erpressen. Der damals wegen Sprengstoffvergehens mit ihr verurteilte Schweizer Terrorist Bruno Brequet befindet sich noch in Haft.

KRITIK

„Freiheit zum Nulltarif nicht möglich"

Sich der Geschichte unseres Staates zu nähern, ist wohl für das Fernsehen eine ungemein schwerere Aufgabe als für jeden Schreibenden. Trotz der Absicht, diese Schwierigkeiten zu wägen, erscheint es mehr als problematisch zu akzeptieren, was Peter Staisch und Harald Prokosch mit der Sendung „Der 5. 5. 55" (ARD) ausbreiteten.

An jenem Maitag vor dreißig Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland mit allen Rechten eines souveränen Staates in die Nordatlantische Allianz aufgenommen. Es wäre Anlaß zu einem Beitrag gewesen, das Verständnis für den Erfolg dieser Mitgliedschaft unseres Landes im freien Westen zu vertiefen oder, da ja teilweise im Schwinden begriffen, neu zu wecken. Nichts davon, wäre da nicht ein ungemein klar sprechender Bundeskanzler gewesen. Ohne Helmut Kohl hätten wir nur wieder den faden Aufguß einer öffentlich-rechtlichen Anstalt über die heutige gebetsmühlenartige „Friedensdiskussion" zu hören bekommen.

War es der fast schon ungeheuerliche Zynismus politischer Redakteure oder „nur" der Zwang medial-didaktischer Darstellung, daß einem dreißigjährigen Hauptmann der Bundeswehr ein gleichaltriger „Friedenskämpfer" mit seinem Denken und Handeln angesichts der NATO gegenübergestellt wurde? Die Frage muß unbeantwortet bleiben. Jedenfalls sollte auch den Autoren der Sendung klar sein, daß die freiheitliche Ordnung unserer Republik der Erfolg unserer von Adenauer forcierten „Westbindung" ist.

Kohl, der heutige Amtsinhaber, hat das deutlich gesagt: „Es ist in ganz Westeuropa zu beobachten, daß der Gedanke, daß Freiheit zum Nulltarif ohne Opfer, auch persönliche Opfer etwa junger Männer, daß sie ihren Wehrdienst leisten oder Opfer der nationalen Volkswirtschaft, damit sie die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, nicht mehr ganz selbstverständlich (ist)... Friede in Freiheit fällt uns nicht als milde Gabe des Himmels zu, wir müssen etwas dafür tun. Und das ist ein Stück des Problems.

Dann ist ein zweites hinzugekommen: Die sowjetische Propaganda hat gegriffen. Sie hat dazu geführt, daß etwa bei uns in der Bundesrepublik jetzt die Zahl derer zugenommen hat, die moralisch eine westliche Demokratie wie die Führungsmacht der Vereinigten Staaten gleichsetzen mit der kommunistischen Diktatur der Sowjetunion... Diese moralische Gleichsetzung einer Demokratie mit westlichen Normen von Bürger- und Menschenrechten mit einer kommunistischen Diktatur ist ein ungeheurer Skandal." RÜDIGER MONIAC



Nicht nur Helga (Manuela Joest, zweite von rechts), auch ihre Freundinnen schwärmen für den jungen John Hardie (Chris Ahrens). FOTO: WDR/NDR

Vor dem Weltuntergang: Rolf Hädrichs TV-Film „Backfischliebe" nach einem Roman von V. Bartlett

Die Grammatik der Gefühle und der Sprache

Zumindest verbatim sind uns die englischen Nachbarn in emotionalen Angelegenheit überlegen. Wenn die Töchter und Söhne Albions heftiges Gefallen aneinander finden, so stürzen sie kopfüber in die Liebe hinein. Wie anämisch-blaß klingt das deutsche „sich verlieben" gegenüber dem englischen „to fall in love".

Ebenso treffend wissen die Engländer den Zustand erstmaligen Verliebtseins zu schildern: sie nennen ihn „calf love". Genauso unbeholfen staksig nämlich wie ein Kalb durch seine ersten Lebenstage stolpert der junge John Hardie in dem Fernsehspiel „Backfischliebe" durch das Feuer der Gefühle, das ein junges Mädchen in ihm angefacht hat. Es ist die junge Helga von Westermann, jüngste Tochter der Familie, bei der John einen Sommer verbringt, um seine Deutschkenntnisse aufzubessern.

Es ist ein besonderer Sommer, in dem John zum ersten Mal Deutschland kennenlernt: Man schreibt das Jahr 1939, aber von den politischen Entscheidungen, die das Reich schon bald erschüttern sollten, merkt man im diesem idyllischen Flecken Schleswig-Holsteins, wo die Westermanns ein weitläufiges Gut besitzen, so gut wie nichts. Nur manchmal weht etwas vom Geist der unheilschwangeren Gegenwart durch die gediegen ausgestatteten Räume: wenn der Volksempfänger eingeschaltet wird, markige Marschmusik durchs Haus schallt und der Führer spricht. Aber die Großmutter, eine resolut-lebenskluge Dame, sorgt dafür, daß der Kasten immer schnell ausgeschaltet wird.

John (glänzend getroffen von dem Laiendarsteller Chris Ahrens) merkt von dem, was um ihn herum vorgeht, ohnehin nichts. Er verzehrt sich nach der kapriziösen Helga, die ihn allerdings nur als Spielzeug betrachtet, um ihren anderen Freund eifersüchtig zu machen. Als John das endlich mitkriegt, wendet er sich – nach heftigen Anfällen von Liebeskummer, auf die ein schwerer Kater folgt – der zweiten Tochter im Hause zu, der etwas mütterlichen Friedel, die ihn bereitwillig tröstet und ihm mit Rilke

Backfischliebe – WEST III, 20.00 Uhr

über die schwere Zeit hinweg- und zu einer neuen Liebe verhilft.

Eine große Versuchung kommt über John, als er Friedel an einem sonnigen Morgen schlafend sieht in einem Zustand, den man zu jenen Zeiten nicht gerade als züchtig bezeichnet hätte: Die Bettdecke zu Boden gerutscht, das Negligé ein wenig derangiert und mehr ent- als verhüllend. Doch ehe es zum „Schlimmsten" kommt, tritt die Großmutter ins Zimmer und weist dem vermeintlichen Wüstling die Tür. Als kurz darauf der Vater ihm mitteilt, daß er nun zurück nach Hause müsse, hat John immer noch nicht mitbekommen, daß nicht der fatale Augenblick in Friedels Zimmer seine Abreise notwendig macht, sondern der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Der britische Autor Vernon Bartlett (1895-1983) lieferte mit seinem autobiografischen Roman „Calf Love" die Vorlage zu dem Film „Backfischliebe", den Rolf Hädrich inszeniert hat. Bartlett beschreibt darin seine Erinnerungen an Deutschland, verbunden mit den ersten Liebesstürmen. Allerdings erlebte Bartlett seine „calf love" bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Der Schriftsteller Philip Purser hat – gemeinsam mit Hädrich – den Roman bearbeitet und in das Jahr 1939 verlegt.

Heiterkeit und Melancholie, Ernsthaftigkeit und Ironie sind in diesem TV-Film meisterhaft verwoben. Die von John nur mangelhaft beherrschte deutsche Sprache findet ihre Entsprechung in den ebenfalls nur mangelhaft beherrschten Regeln des Liebesspiels, bei dem der Achtzehnjährige zunächst so heftig scheitert.

Der Gefühlszustand des Protagonisten wiederum hat seine Entsprechung in den rauschhaft-sommerlich komponierten Bildern: Solange John auf Wolken schwebt in der Hoffnung auf Erwiderung seiner Liebe, sind die Bilder sonnenhell, die Räume lichtdurchflutet, ist der Garten paradiesisch mit vielen unberührten Flekken.

Doch dann, nach der ersten Enttäuschung, die durch ein heftiges Unwetter kontrapunktiert wird (ein Klischee, gewiß, aber nichts anderes würde hier passen), werden die Bilder um einen Schatten dunkler, geht die Dur-Tonart des Films allmählich in Moll-Farben über. Dennoch wird die Handlung niemals sentimental; im Gegenteil: Selbst zum Schluß sorgt Hädrich noch für ironische Dreingaben, wenn er John, nachdem er die halbnackte Friedel gesehen hat, zu den Klängen des Pilgerchores aus „Tannhäuser" schuldbewußt durchs Haus schleichen läßt.

Die Absurdität des beginnenden Krieges wird umso schmerzhafter spürbar, wenn den volksverdummenden Parolen vom „Feind", die aus dem Radio schallen, in John ein fleischgewordener „Feind" des Landes am Tisch sitzt, Mitglied der Familie geworden ist, geschätzt wegen seiner guten Manieren, geliebt wegen seines unwiderstehlich jungenhaften Charmes. Selbst der stramme Nazi Karl von Westermann, Bruder des Gutsbesitzers, findet Gefallen an dem jungen Gast, der der bellend-jovialen Freundlichkeit des stolzen Uniformträgers mit verständnisloser Höflichkeit begegnet.

John wird noch einmal nach Deutschland zurückkommen – als Soldat mit den Truppen General Montgomerys. Während der Zug, der ihn aus seinem Paradies nach Hamburg zurückbringt, schnaufend losdampft, kleiner wird und das Bild schließlich festfriert, erläutert ein Sprecher aus dem „off": „Er starb, als er das zweite Mal nach Deutschland kam."

Der Film, der am Samstag auch in den dritten Programmen der Nordkette zu sehen ist, wird im September landesweit im Ersten Programm ausgestrahlt. RAINER NOLDEN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Das zerbrochene Haus
12.10 Report
Mit Franz Alt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

11.00 Aus dem Bundestag
Gedenkstunde zum 8. Mai
16.00 Tagesschau
16.10 Zwangssoldaten
Die Bewährungstruppe 999
Film von Manfred Helling
16.55 Träume, die keine blieben
Walter Bruch
Bericht von Ernst von Khuon
17.20 Schau ins Land
Streiten zwei – so haben beide Unrecht
Eine Spielserie mit Alltagsabenteuern von Lida Winiewicz und Wolfgang Glück
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
19.00 Ökumenischer Gottesdienst
aus dem Kölner Dom
zum 40. Jahrestag des Kriegsendes
Es sprechen Bischof Eduard Lohse, Hannover, und Joseph Kardinal Höffner, Köln
20.00 Tagesschau
20.15 8. Mai
Die Sendung zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation
Vierzig Jahre nach der „Stunde Null" will Emil Obermann mit Dokumentarfilmen, Gesprächsrunden und aktuellen Beiträgen jene schicksalshaften Tage wieder in Erinnerung bringen.
23.00 Einsatz in Manhattan
Im Kreis des Verbrechens
Kevin Le Jon hat einen Riesencoup gelandet. Wertpapiere für rund eine Million Dollar konnte er dem korrupten Bankier Ramsey Brewer entwenden.
23.45 Tagesschau

ZDF

13.00 heute
13.25 Bilder aus Europa
14.10 Heute im Europäischen Parlament
Reden des US-Präsidenten Ronald Reagan und des EP-Präsidenten Pierre Pflimlin
16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Die Seidenstraße
Letzter Teil: Kaschgar – Mohammed plus Mao
20.15 Kennzeichen D
„Befreit" – was sonst? Die „DDR" 40 Jahre nach der Kapitulation / Im Studio: Jurek Becker über den 8. Mai in beiden deutschen Staaten / Ohne Mißbilligung: Das SS-Treffen in Nesselwang / Vom Dialog ausgeschlossen: Was Willy Brandt Ronald Reagan sagen wollte
21.00 Der 8. Mai 1985
Die Gedenkstunden in Bonn, Straßburg und Köln
21.30 Zum Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges
Arnold Schönberg: Ein Überlebender aus Warschau
21.45 heute-journal
22.05 UEFA-Pokal
Videoton Szekesfehervar – Real Madrid
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Niemandszeit
1.00 heute



Ist die Herrschaft aus dem Haus, werden die Dienstboten ausgelassen – wie hier im „Haus am Eaton Place" (ZDF, 17.50 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Backfischliebe
Von Philip Purser und Rolf Hädrich
Nach einem Roman von Vernon Bartlett
21.40 40 Jahre danach
Zum Bürgermeistertreffen der vom Zweiten Weltkrieg betroffenen Städte
22.30 Deutschland, Deutschland ...
Revue der letzten und der ersten Tage
1. Größenwahn
0.25 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Les cuisines régionales françaises
19.00 Von der Weitergabe der Weiblichkeit
19.30 Abschied von der bunten Wiese
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Französische Maler des 19. Jahrhunderts
21.45 Unterwelt
Amerikanischer Stummfilm (1926)
23.30 Actualités
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.30 Haus mit Hexe zu verkaufen
18.50 Kamalo, der Teppichweber
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
Wie geht es weiter mit der hessischen Landespolitik?
21.00 Treffpunkt Spinnstube
21.30 Drei aktuell
22.00 Wieviel Fahrkarten wurden verkauft
22.10 Johnny West
Spielfilm von Ronald Koller

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Geld
Talkshow für Jugendliche
20.15 Reisewege zur Kunst: Lissabon
21.00 Berliner Ballade
Deutscher Spielfilm (1948)
Mit Gert Fröbe u. a.
22.25 Deutschland, Deutschland
Revue der letzten und der ersten Tage
0.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Draußen vor der Tür
Von Wolfgang Borchert
20.15 Z. E. N.
20.20 Rafael Kubelik dirigiert
Gustav Mahler: Symphonie Nr. 1
21.15 Rundschau
21.45 Gefährliche Schönheit
Italienischer Spielfilm (1953)
Mit Gina Lollobrigida u. a.
23.20 Rundschau
23.25 News of the Week



13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
15.00 Indian River
15.30 Musicbox
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Können Tiere denken?
In diesem Dokumentarfilm wird an Hand von Experimenten mit Spinnen, Käfern und Affen dargestellt, daß Tiere aufgrund der ihnen angeborenen Instinkte und der erworbenen Gewohnheiten eine Kombinationsgabe entwickeln können, die mit dem Phänomen des menschlichen Denkvermögens sehr verwandt ist.
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport-Report
Fußball-Bundesliga: Im Blickpunkt der VfL Bochum und der VfB Stuttgart
Moderation: Claus Seebeck
19.35 Kein Pardon für Schutzengel
5. Folge: Am Rand des Wahnsinns
20.00 Festival der schönen Stimmen
Heute: Giuseppe Verdi
mit: Mirella Freni, Franco Bonisolli, René Kollo, Rolando Panerai, Giorgio Zancanaro und dem Chor der deutschen Staatsoper Berlin
20.30 Love Boat
Mit den Episoden:
Spaghetti in der Kabine
Der Pfarrer und die Tänzerin
Auf eigenen Füßen
Anschl. Ihr Wochen-Horoskop
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Die Uhr läuft ab
Englischer Spielfilm (1974)
Regie: Casper Wrede
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Der Sklave Calvisius
9. Als Lehrer bei den Germanen
Schulbus 13
9. Birgit sorgt für Aufsehen
19.00 heute
19.30 Das Dorf
Leben und Überleben in Dübritz
1. „Nächste Woche ist Frieden"
Fernsehfilm von Peter Steinbach
Mit Renate Bleibtreu, Franz Buchrieser, Peter Steinbach u. a.
Regie: Claudia Holldack
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Finale der Europapokalsieger Austria Wien – RSC Anderlecht 1978
Eine Reminiszenz
23.00 „... am 8. Mai '45 neu geboren":
„Zeugen des Jahrhunderts" erinnern sich
Von der Stunde Null zur Bundesrepublik Deutschland
23.45 3SAT-Nachrichten

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Demagogischer Trick

„SPD würdigt Lage der Vertriebenen": WELT vom 2. Mai

Die SPD hat in einem sogenannten Werkstattgespräch am 24. April 1985 und jetzt in ihrem „Nürnberger Manifest" zum 8. Mai zwar die Vertreibung von 12 Millionen Deutschen ein Unrecht genannt, aber mehr als Erinnerung und sentimentale Pflege von Kultur und Brauchtum werden nicht gestattet. Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Dr. Peter Glotz, sagte im Werkstattgespräch: „Wer wortakrobatische Rechtsvorbehalte an die Stelle von Politik setzt, der schadet der deutschen Sache." Im „Manifest" heißt es: „Wer die polnische Westgrenze auch nur rhetorisch in Frage stellt und damit ganz Europa gegen die Bundesrepublik aufbringt, schadet dem Volk, für das zu sprechen er vorgibt." Das kann und darf so nicht hingenommen werden.

Auch wenn der Hinweis auf den von Hitler – allerdings zusammen mit Stalin, was gern verschwiegen wird – entfesselten Zweiten Weltkrieg in den SPD-Erklärungen von niemandem bestritten werden kann, so ist damit das neue Unrecht, zumal es als solches auch dargestellt wird, doch nicht als logische Folge und unerschütterlicher Schicksalsschlag resignierend und zustimmend hinzunehmen, so daß wir Deutsche uns nur noch mit dem Unrecht abzufinden hätten. Unrecht fordert seit eh und je das Recht heraus. Darum die Frage, warum „Rechtsvorbehalte" nach Auffassung der SPD den Zusatz „wortakrobatisch" erhalten müssen. Noch am 9. Februar 1984 stimmte die SPD zusammen mit CDU/CSU und FDP in einem Beschluß des Deutschen Bundestages all diesen „wortakrobatischen Rechtsvorbehalten" zu, versagte aber ein Jahr später am 27. Februar 1985 ihre Zustimmung. Inzwischen hatte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Dr. Hans Apel, bereits erklärt, daß die deutsche Frage nicht mehr offen sei.

Auch diese Frage ist zu stellen, warum uns, die Deutschen in Freiheit, die SPD zum Schweigen verurteilen will, wenn es um die Konsequenzen des Unrechts geht, das auch die SPD so nennt. Es muß doch noch einem Demokraten und also auch jedem Demokraten des deutschen Volkes, erlaubt sein, ja es ist ihm sogar entsprechend seinem Selbstverständnis als Demokrat und Deutscher aufgetragen, gegen das Unrecht aufzubegehren, es mit allen politischen und friedlichen Mitteln zu überwinden. In den jüngsten Formulierungen der SPD klingt jedoch die Gleichung heraus: Das Nein zum Unrecht ist ein Ja zur Gewalt und vielleicht sogar das Spiel mit einem Krieg. Das ist ein demagogischer Trick.

Nichts ist endgültig geregelt, was nicht gerecht geregelt ist, dieses Wort, das Abraham Lincoln nachgesagt wird, drückt die offizielle deutsche Politik aus. Im übrigen kann sie sich ein Beispiel am Verhalten der Tschechen und Polen unter Hitler nehmen, die sich nie bereit erklärt hatten, sich mit dem Unrecht „Protektorat Böhmen und Mähren" und „Generalgouvernement" abzufinden. Demokraten können nicht gezwungen werden, zu Unrechtstatbeständen, die von Diktaturen geschaffen worden sind, ja zu sagen.

Auch die SPD muß sich davor hüten, Hitler das ewige Leben zu vermitteln, indem der Diktator und seine Verbrechen für alle Zeiten dafür herhalten müssen, aus dem Unrecht, das unserem Volk widerfahren ist, Recht werden zu lassen. Vertreibung und Annexion schaffen kein neues Recht. Niemand wird um des Rechtes willen neues Unrecht stiften wollen und dürfen, aber das kann nicht besagen, daß die Sowjetunion mit ihrem expansiven Imperium und die Geschichte identisch seien. In einem freien Europa der freien Vaterländer wird es auch das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung geben. Von diesem Selbstbestimmungsrecht sprechen sowohl die Präambel unseres Grundgesetzes als auch der Brief zur deutschen Einheit und die Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages. Wo sind die Zeiten hin, als die SPD vor ihrer Regierungsübernahme im Herbst 1969 verkündet hatte: Der deutschen Politik ist es aufgetragen, soviel wie möglich von Deutschland für das deutsche Volk zu retten!

Wer sich mit dem Unrecht abfindet, wird mitschuldig an der Teilung Deutschlands. Es reicht nicht, Unrecht nur Unrecht zu nennen, notwendig ist immer wieder das Recht auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk einzufordern und mit allen demokratischen und friedlichen Mitteln zur Überwindung des Unrechts beizutragen.

Dr. Herbert Hupka, MdB

Renten

„Leserbrief: Nein, Herr Blüm": WELT vom 29. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von der Leserin aufgeführten finanziellen Leistungen der jetzigen staatstragenden Generation könnten noch um einiges ergänzt werden: Sie (diese Generation) ermöglicht Entwicklungshilfen und bezahlt die „Rehabilitation" von Kriminellen.

Angesichts der Tatsache, was auf diesem Gebiet für ein immenser Aufwand getrieben wird, ist es geradezu ein Skandal, daß loyalen Bürgern, die jetzt Rentner und Hinterbliebene sind bzw. werden, sukzessiv die Bezüge gekürzt werden.

Es stellt sich die Frage: Wie straffällig muß man eigentlich werden, um in diesem Staat in den Genuß von Vergünstigungen zu kommen? Denn: Leistungen und Opfer, so, wie sie die Schreiberin des Leserbriefes aufgeführt hat, werden durch Reformen, wie sie jetzt geplant sind, doch regelrecht diskreditiert.

Ist man sich an maßgebender Stelle eigentlich darüber im klaren, daß hier die Glaubwürdigkeit des Staates auf dem Spiel steht? Was zum Beispiel sollen jene Menschen machen, die vor Jahren – im Vertrauen auf die „Sicherheit" des sozialen Systems – familiäre und finanzielle Dispositionen getroffen haben, die auf die Zusage bzw. scheinbare Berechenbarkeit einer gesetzlich abgesicherten Hinterbliebenenversorgung gegründet waren? Ich denke da etwa an jene, Frauen zumeist, die ihren Beruf vorzeitig aufgegeben haben, um in der Familie Kinder, Alte oder Kranke zu pflegen.

Sie haben die Chance eines eigenen, wesentlich höheren Renteneinkommens verspielt (haben möglicherweise das Sozialamt damit entlastet!) und müssen sich jetzt ihre sehr viel geringeren Bezüge auch noch auf die Hinterbliebenenrente anrechnen lassen.

Diese Mitbürger müssen die neuen Regelungen nicht nur als eine Verletzung ihres Vertrauens empfinden, sondern auch als eine solche von Treu und Glauben.

Mit freundlichen Grüßen
E. Schükerk,
Eversen

Deutsche in Not

„Brücke der Verständigung oder eine Bedrohung für das Land?"; WELT vom 11. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den Artikel ist der WELT zu danken. Die Ablehnung des von 21 Deutschen in Oberschlesien gestellten Antrages zur „Gründung eines Verbandes der Deutschen" läßt klar erkennen, daß der Kurs, Minderheiten brutal zu unterdrücken und ihnen jegliche Grundfreiheiten zu versagen, immer noch eingehalten wird, ja daß die Ausschreitungen gegen freiheitlich denkende Bürger, wie der skandalöse Priestermord Popieluszko zeigte, zum menschenverachtenden Terror pervertiert.

Der Wunsch zur Gründung eines Verbandes der Deutschen gründet sich ja nur auf die permanente Verweigerung des Minderheiten- und Volksgruppenrechts, wie z. B. Nichtzulassung deutscher Sprache oder Schriften, Verbot von Gottesdiensten, Pflege des Volkstums etc.

Angesichts der von Warschau offen gezeigten Härte gegen Minderheiten sind unsere rund 1,1 Millionen Landsleute jenseits von Oder und Neiße tagtäglich bedroht, sind wir hier im freien Westen gefordert, so lange nicht den Mund vor Untaten des Warschauer Regimes zu schließen, bis unser Druck aus dem Westen spürbare Erleichterungen für unsere Landsleute in Ostdeutschland im alltäglichen Leben bringt.

Mit freundlichen Grüßen
F. Pede,
Berne 1

*

Es ist hoch anzuerkennen, daß die WELT mit diesem Artikel unseren deutschen bzw. schlesischen Landsleuten in den von Polen verwalteten schlesischen Gebieten in ihrem Kampf zur Erlangung der simpelsten Menschenrechte Hilfestellung leistet.

Zu dem geschilderten Verhalten des Auswärtigen Amtes muß man die Herren des Amtes fragen, wie ernst sie ihre im Art. 116 des Grundgesetzes festgeschriebene Verpflichtung zum Schutz deutscher Staats- und Volkszugehöriger nehmen.

Auch sind die „scheinbaren Aktivitäten" seitens der deutschen Botschaft in Warschau scharf zu verurteilen, sie erwecken oberflächlich betrachtet Hoffnungen und schaden unseren in großer Not und Unfreiheit lebenden Landsleuten um so mehr, wie man aus Briefen von „drüben" erfährt.

Für eine weitere Beobachtung und Berichterstattung in dieser Angelegenheit wäre ich sehr dankbar.

Hochachtungsvoll
A. Kunze,
Bielefeld

Dachau

„Wie die Kommunisten Einfluß nehmen auf Kundgebungen zum 8. Mai"; WELT vom 27. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte in diesem Zusammenhang, als Ergänzung zu Ihrem Artikel, auf die Praxis im ehemaligen KZ Dachau aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung hinweisen:

- Der offizielle Veranstalter ist das Internationale Dachaukomitee mit Sitz in Brüssel.
- Die Verlesung der Teilnehmer bei der Kranzniederlegung führt der VVN durch. So kann es „rein zufällig" geschehen, daß die erste Besuchsgruppe aus der DDR ist.
- Beim Blick in die Gruppe der rund 5000 Teilnehmer sieht man neben dem Münchner OB ein riesiges Meer von Fahnen und Transparenten. Das größte Transparent wird von der DKP gegen die Weltraumrüstung zentral und TV-wirksam gehalten. Daneben zig fortschrittliche Gruppen wie die Grünen, DFG-VK usw.
- Das I-Tüpfelchen stellt jedoch die Verbreitung der Broschüre „Dank Euch Ihr Sowjetsoldaten" dar, die innerhalb des KZ-Museums ausliegt und in übelster Weise unseren Staat verunglimpft.

Abschließend möchte ich die Frage stellen, wie es denn möglich sein kann, daß auf diese höchst einseitige Weise Vergangenheit und die Gedenkstätte ideologisch mißbraucht werden und unsere Verantwortlichen scheinbar hilflos zuschauen.

Mit freundlichen Grüßen
H. A. Schwarz,
München 40

„Stürmer" in Reinkultur

„Die ‚Satire' wird zum Fall WDR"; WELT vom 2. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

das war der „Stürmer" in roter Reinkultur. Einzig mögliche Antwort: Alle NRW-Bürger melden für die Urlaubszeit ihre Geräte ab! Warnstreik! Solchen Journalisten, die diesen Namen nicht verdienen, kann man nur durch Geldentzug beikommen!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Kampsmeyer,
Hiddenhausen 4

*

„Scharfe Proteste gegen ‚Satire' in WDR-Sendung"; WELT vom 1. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese dummdreiste, in jedem Falle unverantwortliche Anti-Reagan/Kohl-Satire sollte wenigstens jene demokratisch noch zuverlässigen SPD-Politiker aufschrecken, die uns den WDR immer noch als überparteilich hinstellen wollen; die sich genüßlich die Hände reiben, wenn im Rundfunk kräftig gegen Bonn im allgemeinen und die Konservativen im besonderen geschossen wird.

Die vermeintlich SPD-freundliche Berichterstattung und Kommentierung im WDR hat in Wahrheit die Grünen erstarken lassen, die dadurch ihre Wahlkampfkasse schonen können. Man wagt es gar nicht auszusprechen, wem diese geistig-ideologische Logistik alles in die Hände spielt – rücksichtlos, ohne Verantwortung, vielleicht sogar der eigenen Karriere dienend und dann noch auf unsere Kosten. Diese öffentlich rechtliche Narrenfreiheit wird uns noch teuer zu stehen kommen.

Mit freundlichen Grüßen
W. Weckbacher,
Dortmund 1

Wort des Tages

„Nur in der öffentlichen Meinung kann die souveräne Gewalt ihre Stütze finden, sie muß sich mit ihr verständigen und mit ihr zusammengehen. Früher bot die Religion diese Stütze; heute, wo die religiöse Indifferenz alle Klassen durchdrungen hat, ist sie es nicht mehr."

Maurice de Talleyrand-Périgord, franz. Staatsmann (1754–1838)

Opus Dei

„De Mita: Papst-Worte sind keine Wahlhilfe"; WELT vom 15. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Bericht wird u. a. von der katholischen Personalprälatur Opus Dei gesagt, sie fordere ein „einheitliches Vorgehen katholischer Laien" auf politischem Gebiet. Das trifft nicht zu.

Geist, Realität und Rechtsnormen dieses Organs der katholischen Kirche verbieten es der Prälatur ausdrücklich, ihre Gläubigen – oder gar andere Katholiken – in zeitlichen Fragen zu bevormunden. Im Rahmen des Glaubens, der katholischen Moral sowie der kirchlichen Disziplin sind die Laien des Opus Dei frei, sich auch politisch in persönlicher Verantwortung zu betätigen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. R. v. Frankenberg,
Leiter des Informationsbüros des Opus Dei in Deutschland,
Köln 41

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Der Gründer, ehemaliger Mitherausgeber und erste Chefredakteur des „Münchner Merkur", Dr. **Felix Buttersack** feiert am Freitag seinen 85. Geburtstag. Buttersack, der neben anderen Miteigentümern vor drei Jahren seinen Anteil an dem Münchner Zeitungshaus verkauft hatte, lebt jetzt überwiegend in Spanien und in der Schweiz. Buttersack wurde in Ellwangen geboren. Er entstammt einer alten württembergischen Familie von Juristen, Theologen, Ärzten, Bürgermeistern und Kaufleuten. Er studierte Literaturgeschichte, Philosophie, Wirtschaftsgeschichte und Geschichte. Seit 1926 war er in der Feuilletonredaktion des „Berliner Lokalanzeiger", zuletzt als deren Leiter. Von 1931 bis 1933 gehörte er dem Programmbeirat der Berliner Funkstunde an. 1946 wurde Buttersack Chefredakteur von Radio München, dem Vorläufer des heutigen Bayerischen Rundfunks. Ein Jahr später erhielt er die Lizenz für den „Münchner Merkur", dessen Chefredakteur er auch bis 1963 war.

AUSZEICHNUNGEN

Mit der Goldmedaille für Tribologie 1984 ist in dieser Woche Professor Dr. **Heinz Peeken**, Direktor des Instituts für Maschinenelemente und Maschinengestaltung an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen ausgezeichnet worden. Der britische Botschafter in Bonn, Sir **Julian Bullard**, würdigte anläßlich der feierlichen Überreichung in seiner Residenz vor Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sowie der Wissenschaft und Industrie die hervorragenden Leistungen Peekens auf dem Gebiet der Tribologie und seine Verdienste in diesem Fachgebiet als Wissenschaftler, Ingenieur und Lehrer. Tribologie, eine in hohen Maße international geprägte Disziplin, ist die Lehre von der wissenschaftlichen Erforschung und technischen Anwendung der Gesetzmäßigkeiten und Erkenntnisse für die Sachgebiete Reibung, Verschleiß und Schmierung einschließlich Schmiermittel.

Im September 1969 gründete die britische Institution of Mechanical Engineers (IMechE) den „Tribology Trust", dessen Aufgabe in der Würdigung außergewöhnlicher Leistungen sowie der Forderung von Forschung und Lehre in diesem neuen Wissenschaftszweig besteht. Seit 1972 wurde die Goldmedaille für Tribologie dreizehn Mal verliehen. Mit Professor Peeken ist erstmals ein deutscher Wissenschaftler in den Kreis der lorbeergekrönten Tribologen aufgenommen worden. Vier Amerikaner, vier Engländer, zwei Russen und je ein Holländer und Japaner waren die verdienstvollen Vorreiter dieser relativ jungen Wissenschaft. Das Wort „Tribology" wurde am 9. März 1966 erstmals in England in einem amtlichen Bericht erwähnt. Mittlerweile steht es in den Wörterbüchern fast aller Industrieländer.

*

Der Literaturpreis der Stadt Bad Wurzach wird in diesem Jahr Professor Dr. **Golo Mann** für sein Buch „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" zuerkannt. Die Stadt Bad Wurzach im Allgäu vergibt den Literaturpreis an einen lebenden Autor oder eine lebende Autorin deutscher Muttersprache für ein in deutscher Sprache verfaßtes Werk, das einen engen Bezug zur Geschichte des deutschen Volkes und Sprachraumes der Zeit von etwa 1750 bis zur Gegenwart haben muß.

*

In Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Wirtschaft ist **Erich Ströhlein** aus Hagen in Düsseldorf das Verdienstkreuz I. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch den Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium **Wolfgang Vollmer** überreicht worden. Ströhlein, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Rundfunk- und Fernsehgroßhändler, hat sich um die Steigerung der Aubildungsplätze verdient gemacht.

*

Der Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes, Prälat Dr. **Georg Hüssler**, erhält in diesem Jahr den Traugott-Bender-Preis der baden-württembergischen CDU. Der zur Erinnerung an Person und Wirken des verstorbenen früheren baden-württembergischen Justizminister **Traugott Bender** gestiftete Preis wird alle zwei Jahre an Persönlichkeiten vergeben, die durch ihr Beispiel das Bewußtsein für die Bedeutung christlicher Freiheit und Verantwortung im gesellschaftlichen und politischen Handeln stärken. Die Auszeichnung wird Hüssler am 21. Mai in Karlsruhe überreicht.

RUHESTAND

Dr. **Hans Herbert Weimar** und Dr. **Both Bösel** (beide 65), Vorstandsmitglieder der Behringwerke AG in Marburg, des größten deutschen Herstellers von Impfstoffen und Seren, sind in den Ruhestand gegangen. Der 1952 von den Farbwerken Hoechst zu den Behringwerken gewechselte Dr. Weimar war lange Jahre Leiter des Finanz- und Rechnungswesens des Unternehmens, ehe er 1965 in den Vorstand berufen und 1976 zum Arbeitsdirektor bestellt wurde. Seit 1980 war er außerdem stellvertretender Werksleiter. Dr. Bösel war nach seinem Medizinstudium und einer Tätigkeit als Kinderarzt 1950 in die Behringwerke eingetreten, 1959 übernahm er die Leitung der inländischen Vertriebsorganisation und 1977 wurde er in den Vorstand berufen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Der neue Weg für aktive Verkaufs-Profis. Die außergewöhnliche Karriere-Chance.

Beraterpersönlichkeiten Vertriebsgruppen

Wir erweitern zielstrebig unseren Vertrieb in den Bereichen eigenkapital- und renditeorientierte Vermögensanlagen.

- geschlossene gewerbliche Immobilienfonds
- Verbrauchermärkte – Unternehmerbeteiligungen
- bestens vermietete ETWs und Büros
- günstige Finanzierungen in DM und Fremdwährungen
- verzinsliche Edelmetallkonten und sonstige Finanzdienstleistungen

Sie lösen bei Ihren Interessenten Finanz- und Anlageprobleme durch Überzeugungskraft – genaue Kenntnis Ihres Angebotes und des wirtschaftlichen und steuerlichen Umfeldes?!

Wir bieten Ihnen bei loyalem Einsatz eine selbständige Repräsentanz mit außergewöhnlichen Einkommenserwartungen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir unterstützen Sie durch gezielte Werbung und Verkaufsförderung.

Senden Sie Ihre aussagekräftige Bewerbung. Wir reagieren schnell.





Goldene Pforte · 7530 Pforzheim · Tel. 0 72 31 / 35 80 91

Wir suchen

Vertriebsgruppe-Anlageberater für Erwerbermodelle Berlin-Altbau

Attraktive Objekte, sehr gute Bausubstanz, Vollfinanzierung, professionelle Abwicklung.

Zuschriften erbeten unter V 1502 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Garantieanmietung

Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie; Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!

IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1 Tel. 02 28 2 69 04 51

Existenzgründung

Wenn Sie über gute Allgemeinbildung verfügen, bieten wir Ihnen eine sichere Existenz. Mit ca. 120 000,– DM bis 150 000,– DM p. a. Sie werden durch uns gründlich geschult. Sollten Sie über Kreditmöglichkeiten von DM 15 000,– verfügen, so richten Sie Ihre vollständige Bewerbung unter A 1705 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche gut eingeführte Industrievertretung
in Hamburg oder Schleswig-Holstein, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen abgegeben wird. Übernahmekosten VHS.
Angebote unter B 1640 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bundesverband Mittelstandswerbung e. V.

Postfach 14 20, 7900 Ulm, sucht zum Aufbau von Agenturen im Bundesgebiet geeignete Mitarbeiter auf selbständiger Basis. Die Tätigkeit umfaßt Organisation, Verwaltung und Inkasso.

Einzelheiten unter Telefon 0 73 56 – 22 81, bis 20 Uhr

Kl. Maschinenfabrik

sucht zur Ergänzung des jetzigen Herstellerprogramms

zusätzliche Produkte

(Metall/Kunststoff). Auch Kooperation oder Übernahme.

Angebote unter X 1636 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Wir bieten Ihnen die selbständige Gebietsrepräsentanz als

Leiter/in des Beratungszentrums

in Ihrem näheren Wohnbereich.

Die Aufgabe erfordert eine kaufmännische Führungskraft, die in ständiger Zusammenarbeit mit uns Spitzeneinkommen erzielt. Unsere bahnbrechende Idee und der unbegrenzte Bedarf sichern Ihre Existenz mit sofortigen regelmäßigen Einnahmen. Keine Vermittlung und kein Verkauf. Erforderliche Lizenzgebühr unter DM 20 000,–. Die Vermittlung des erforderlichen „Know-how" und ständige Betreuung erfolgen durch uns. Schreiben Sie uns! Wir nehmen schnell Kontakt mit Ihnen auf! Sie werden begeistert sein!

SDR

Mit System zum Erfolg

SDR-Direktwerbung ist in 10 Jahren zum größten privaten Direktwerbeunternehmen in Schweden geworden. In Deutschland wollen wir unseren Erfolg wiederholen und unser Konzept an Sie weitergeben.

Wir suchen

VERTRAGSPARTNER

die sich mit unserem Know-how selbständig machen

Unsere Anforderungen an Sie:

Zunächst brauchen Sie nur ein Auto, ein Telefon und einen Kopierer.
Sie benötigen ein Startkapital von ca. DM 10 000,– und finanzielle Reserven für die Startphase.
Sie brauchen ein gewisses kaufmännisches Verständnis und sollten eine Verkäuferpersönlichkeit sein.
Vor allem aber müssen Sie über Tatkraft, Ehrgeiz und den Willen zum Erfolg verfügen.

Unsere Unterstützung für Sie:

Intensive Einarbeitung und Produktschulung
Hilfe beim Aufbau Ihrer eigenen Existenz
ständige Betreuung und Beratung durch den Hauptsitz in Hamburg
ein erfolgreiches, einmaliges Konzept für die Direktwerbung.

Natürlich können wir uns Ihnen in diesem Rahmen nicht wirklich vorstellen. Haben wir aber Ihr grundsätzliches Interesse geweckt, so wenden Sie sich bitte unter Angabe der Kennziffer an den Anzeigendienst unserer Personalberatung, wo man ausführliches Informationsmaterial für Sie bereit hält.

Mercuri Urval – Baumwall 7 – 2000 Hamburg 11 – Tel. 0 40 / 36 50 28

Mercuri Urval

Zur Realisierung eines Feriendorfes auf den Balearen

sucht Architekt einen

MITINITIATOR

Als Partner käme z. B. ein erfolgreicher Konzeptionär und Vertriebsprofi in Frage.

Kapitaleinsatz aus Paritätsgründen erforderlich.

Kontakte über:

U. B. S.
Untern.-Ber. u. Büro.Org. GmbH
Ludgeristr. 56, 4400 Münster
Tel. 02 51 / 51 14 36

Holländische Handelsagentur bietet an (kleinere), deutsche Unternehmen im Benelux-Gebiet zu vertreten. Auch Marktforschung möglich. **Handelsunternehmen Blaauwendraad, De Vooysplantsoen 56, NL-3571 ZS Utrecht, Tel. 00 31/30 71 42 24**

Manager auf Zeit

Betriebs- u. Maschinenbau-Ingenieur frei für

- Organisationsaufbau mit Umsatzgarantie
- Sanierungen
- Sonderaufgaben
- Übergangslösungen

25jähr. Berufserfahr. i. Stahl-, Maschinen- u. Apparatebau sowie Montagen.

Johann-W. Becker
Lenbachstraße 41, 4300 Essen 1
Telefon 02 01 / 70 67 24

VR China

Wir liefern die Daten für 207 in China vorgesehene Projekte. Auch mittelständische Betriebe gefragt. Wir sind Agentur für Handelsmagazin „Intertrade". Info: W. Braasch, Postfach 11 69, 7806 Bad Herrenalb

---

Geschäftsdrucke

In Kleinauflagen enorm preisgünstig. Selbstdurchschreibende Briefbogen, Rechnungen, Lieferscheine, etc. Gleich Gratis-Muster für Ihre Branche anfordern. Kommt postwendend, unverbindlich und kostenlos.
RAUSCH DRUCK orgaset' Postf. 10 23 04/G 4 89 Augsburg, Tel. 08 21/7 70 91 ○ Tx. 53 785

Tätige Beteiligung (Team)
für Bierdorf in Hamburg gesucht. Durchschnittsumsatz 1,1 Mio. DM.
Angebote unter C 1641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Schweizer Im- und Export AG

möchte sich vergrößern. Wir suchen Verbindungen zu freien Mitarbeitern. Wir bieten Erfolgsbeteiligung oder Festhonorar.

Angeb. unter R 1806 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Privater Kfz-Transfer
– zuverlässig an jeden Ort.
Kurierdienst
Diskreter Vermögenstransfer.
Chauffeurdienst
auch stundenweise, langjährige Fahrpraxis,
führen wir zuverlässig und diskret in ganz Europa und dem Mittelmeerraum für Sie jederzeit aus!
Zuschr. erb. u. Y 1813 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Export-Finanzierungsprobleme

- Erschöpfte Finanzierungsmöglichkeiten
- Keine Deckung des politischen und wirtschaftlichen Risikos
- Problem-Akkreditive etc.

Erfahrenes Hamburger Unternehmen mit Niederlassungen in Übersee kauft Ihnen Ihr Problemgeschäft regreßfrei ab.

Anfragen erb. unt. WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen.

Für die Bundesrepublik und Berlin suchen wir

Handelsvertreter/innen

für handgefertigte exklusive Keramik (Lampen, Blumenübertöpfe, Vasen u. Figuren). Sie sollten möglichst schon die Bereiche Geschenkartikel, Blumenläden, Einrichtungshäuser bearbeiten.

Ang. u. P 1805 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Metall- und Holzfertigungsbetrieb

im süddeutschen Raum sucht zur Auslastung **Zusammenarbeit und Kooperation** für qualitativ hochwertige und innovative Produkte. Diese Produkte können auch durch den eigenen Vertrieb im süddeutschen Raum verkauft werden.

Zuschriften erbeten unter Y 1637 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Welche Firma
möchte sich im Frankfurter Raum erweitern und sucht zuverlässigen Mitarbeiter zwecks Auslieferungslager im handwerklichen Bereich. Lager 70 m², Lkw 27 DB vorhanden.
Ang. unt. Z 1638 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bekannter deutscher Pfeifendesigner (siehe Pipe-Club 1/85) sucht
VERTRIEBSPARTNER
für den außerdeutschen Raum.
Tel. 04 21 / 54 09 34

Telex-Nr. 857624
Tel. 0201/480024

DM 4,70!

je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr. 49, 4300 Essen 15

Prinzessin und Herzogin

sucht adäquate nominelle Geschäftsverbindung / Beteiligung evtl. auch auf persönl./fam. Basis.

Ausführl. Angebote erbeten unter W 1701 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsübergabe

oder ggf. tätige bzw. stille Teilhaberschaft ab DM 500 000,– wegen Geschäftserweiterung an Unternehmen im Bereich Industrie-Elektronik (bes. bekannt als Zulieferer der Haushaltsgeräte-Industrie), geboten. Umsatz ca. 1,5 Mio., stark ausbaufähig, guter Kundenstamm, umfangreiches Know-how. Nur ernsthafte Interessenten mit Kapitalnachweis.

Zuschr. erb. u. 1807 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Direktions-Assistenten

mit weitgehend selbständiger Tätigkeit von **mittlerer Eisengießerei u. Maschinenfabrik** in **Ostwestfalen** zum baldmöglichen Eintritt gesucht!

Einschlägige Erfahrungen zur **tatkräftigen Unterstützung der Geschäftsleitung** und gute englische Sprachkenntnisse erwünscht.

Bei Wohnungsbeschaffung kann geholfen werden. Alle Schulzweige am Ort.

Bewerbungen, die streng vertraulich behandelt werden, erbeten unter C 1487 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

NEUE EXISTENZ MIT UNSERER HILFE

Selbständig machen als Eheanbahnung. Geringes Eigenkapital erforderl. Monatl. Eink. ca. DM 10 000. Bewerb. unter V 1834 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64 4300 Essen.

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

STELLENGESUCHE

Verkaufsprofi

48 J., Praktiker mit Erfahrung im Handel u. Industrie. Marketingkenntnisse (guter betriebswirtsch. u. techn. Background), verhandlungssicher auf allen Ebenen, hohe Überzeugungskraft, verantw. unternehmerisches Denken u. Handeln, in ungek. Stellung, erfolgreich in Kfz-Zubehör u. Unterhaltungselektronik tätig, sucht entwicklungsfähige herausfordernde Aufgabe mit langfr. Perspektive in Norddeutschland.

Angebote u. Y 1791 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MITTELAMERIKA

Kaufm. Leiter, Betriebswirt, 37, vh., seit 7 Jahren in Mittelamerika *für deutsche Anlagen-AG tätig, ungekündigt,* Wohnsitz Costa Rica, sucht gegen Ende 1985 neue Aufgabenstellung in Costa Rica oder Bundesrepublik.

Zuschriften unter G 1799 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Technische Führungskraft

Maschinenb.-Ing. u. Industrial-Engl., 45 J., verh., langj. Führungspraxis, 6 J. IE- u. Fertigungsorg., 3 J. Produktionsleiter, 2 J. techn. Marketing, 3 J. Produktentwicklung, 3 J. Techn. Leiter, überwiegend kunststoff- und metallverarbeitende Industrie, fl. engl., sucht Aufgabe als

Gesamtbetriebsleiter/Techn. Leiter

oder „rechte Hand der Geschäftsleitung".

Zuschriften erbeten unter M 1803 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännischer Leiter

46 J., verh., Betriebswirt u. Bilanzbuchhalter. Schwerpunkte: Finanzen, Rechnungswesen, Kostenrechnung, EDV, Personal, Verwaltung. Erfahrener Praktiker, beste Referenzen, sucht anspruchsvolle Führungsposition.
Aussagefäh. Ang. unt. A 1815 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

Technischer Exportkaufmann

Mitte 40, ungekündigt, an führender Stelle in Exportfirma tätig. Erfahrungsgebiete: Afrika, Nah- u. Mittelost inkl. mehrjährigem Auslandsaufenthalt. Sachgebiete: Maschinenbau, Labortechnik, selbständig, ideenreich u. entscheidungsgewohnt, sucht Aufgabengebiet im norddeutschen Raum.

Angeb. erb. unter P 1761 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Weil ich aus konjunkturellen Gründen meinen Betrieb verkleinere, suche ich für meinen fähigsten Mitarbeiter - 40 Jahre, Betriebswirt (grad.) - zum 1.7.1985, evtl. 1.9.1985, in Hamburg eine neue Aufgabe. Ich verbürge mich aus meiner eigenen Erfahrung für

- Loyalität, Fachwissen und Arbeitseinsatz.

Betriebswirt

- **Fachlich können Sie erwarten:** Beherrschung aller Controlleraufgaben im innerbetriebl. Rechnungswesen, strat. Planung, amerik. Berichtswesen, Konzernerfahrung, Praxis in der Finanzbuchhaltung, gute Personalführung, engl. Sprachkenntnisse.

Zuschriften werden erbeten unter N 1804 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännische Führungskraft – Bau

Betriebswirt, 51 J., erfolgreicher Werdegang (ppa.) in Groß- und Mittelbetrieben des Baugewerbes; langjährige Erfahrungem im Finanzwesen, Controlling, EDV-gesteuertes RW, kurzfr. Erfolgsrechng., Organisation, Personal, Recht, Steuern, Versicherungen und Verhandlungen mit Subunternehmern, Banken und Behörden, sucht neuen Wirkungskreis.

Angebote unter D 1642 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Project- & Sales-Manager

Ing., 54, dynam., marktorientiert, spezif. Auslandserfahrung m. guten Verbindungen, sucht anspruchsvolle unternehmerische Tätigkeit. Projekt- und Auftragsbeschaffung, Investitionsplanung, Financing Know-how, Gen. Project Management.
Auch Aufbau/Leitung einer Auslandsniederlassung. Produkteneinführung. Marketing, Export und Vertrieb von Investitions- u. Konsumgütern.
Vorzugsweise in Afrika, Arabien u. engl. spr. Übersee, langj. erfolgr. Aktivitäten in den gen. Regionen.
Zuschr. erb. u. C 1795 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstruktionszeichner

35 J., verh., 2 Kinder, Berufserfahrung als gelernter techn. Zeichner im Rohrleitungs- und Stahlbau, Grundkenntnisse im computerunterstützten Zeichnen für Maschinenbau (CAD-System) sowie CAD-Aufstiegsmöglichkeit, sucht dauerhafte Position im Konstruktionsbüro oder Industrie in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.
Angebote erb. u. PO 48 796 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Industriemeister

29 Jahre, universell einsetzbar, GGVS-Schein, Führerschein alle Klassen, sucht Dauerstellung.

Angeb. erb. u. G 1755 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Franzose, 56 J., sehr gut Deutsch sprechend

14 Jahre Erfahrung in Metall- u. Textilexport nach Deutschland, möchte Vertretung für deutsches Unternehmen in Frankreich übernehmen. Eventuell bereit, Lehrgang in Deutschland mitzumachen. Derzeitiger Wohnsitz Nordfrankreich bei Lille.
Angebote aller Branchen werden berücksichtigt.
Zuschr. erb. u. D 1862 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt (VWA)

30 J., momentan im Innendienst bei einer Versicherung tätig. Schwerpunkt der Diplomarbeit Finanzierung/Investition, sucht im Banken- oder Versicherungszweig adäquate Tätigkeit im Ruhrgebiet.
Zuschr. u. C 1751 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

41 J., mit Maschinenbauausbildung, Vertrieb von breiter Produktpalette in Fernost, Pazifik, Australien, 12 J. Leiter von Überseefilialen eines bekannten Handelshauses, ungekündigt, sucht neue herausfordernde Tätigkeit in Übersee oder Inland.
Angeb. erb. u. X 1812 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welcher Firma mit guten Prod. fehlen entspr. Kontakte zum Handel?
VKL, gute Verk.-Nachweise, bietet sich an, auch freiberufl.
Angeb. u. E 1797 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutscher Kaufmann

(Industrie) 47 J., seit 10 Jahren im Tessin wohnhaft, langjährige Erfahrung in Italien, sucht Einsatz.
U. Schüller
CH-6965 Cadro-Lanaggio/Lugano

Rechtsanwalt

27 J., ledig, belastbar u. einsatzfreudig, Schwerpunktausbildung in forensisch orientierter Allgemeinpraxis u. Strafjustiz, gute Referenzen; sucht in Hamburg Aufgabenstellung in Sozietät, freie Mitarbeiterschaft o. ä. angenehm.

Zuschr. erb. u. R 1762 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

ERZIEHERIN

21 J., r.-kath., staatl. Anerkennung Aug. 85, sucht ab 1. 9. 85 Stelle im Kinderhort/-heim oder bei Familie (nicht ortsgebunden). Ang. u. T 1808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstmitarbeiter

32 Jahre, kreativ, hohe Einsatzbereitschaft, seit neun Jahren Praxis im kfm. AD für Pharmagroßhandel, sucht neue AD-Aufgabe vorzugsweise im Raum Süddeutschland.
Angeb. u. F 1754 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Führungskraft

Dipl.-Kfm., Finanz-, Rechnungs- u. Personalwesen, 45 J., sucht neue Aufgabe im Großraum Hamburg/Bremen.
Angeb. erb. u. N 1760 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)

für Vermessungswesen, 34 J., sucht freiberufliche Tätigkeit im In- u. Ausland.
Ang. unter A 1793 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer

seit 13 J., Maschinenbau-Ing., 42 J., verh., ungekünd., in Investitionsgüterindustrie u. Schiffsmaschinen, Englisch, verhandlungssicher im In- u. Ausland, sucht neuen verantwortungsvollen Tätigkeitsbereich.
Angebote erb. u. W 1811 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer – Fördertechnik

Geschäftsf., 43 J., Dipl.-Ing. (TH) leitet eine Maschinenf. mit 150 Besch., die Maschinen und Anlagen weltweit vertreibt.

Außer dem Blick für das techn. Machbare mit Gespür für marktgerechte Produkte sind die intern. Vertriebserfahrungen sowie das fundierte betriebswirtsch. Wissen hervorzuheben.

Angestrebt wird die gleiche Tätigkeit in einer mittleren Maschinenfabrik.

Ang. u. Z 1792 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wohnungswirt

37 J., mit über 14jähr. prakt. Erfahrung i. d. Verwaltung v. Wohnungseigentum, Mietwohnungen u. Gewerbeobjekten (Steuermodelle, Kapitalanlagen, soz. Wohnungsbau etc.), z. Z. in leitend. Pos. tätig, sucht zum 1. 10. 85 oder später entsprechend verantwortl. Position i. d. Wohnungswirtschaft o. ä. Unternehmen.

Zuschriften erb. unter D 1796 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suchen Sie jemanden, der etwas bewegt?

Marketing-Profi

33 J., 7 Berufsjahre, Vertriebserfahr./Key Account, dynam. u. sehr belastbar, englisch, Wunsch: Group-PM, Marketing-Leiter o. ä., Markenartikel/Food, Start: 1. 10. 85 od. 1. 1. 86, Ist-Gehalt: 100 TDM p. a.
Zuschr. erb. u. E 1643 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkäufer aus Leidenschaft. 36 Jahre, Abschluß Höhere Handelsschule, Kaufhaus und Einzelhandelserfahrung. Seit 2 Jahren selbständig im Außendienst tätig. – Ich suche eine aussichtsreiche und ausbaufähige Aufgabe. Gute Englischkenntnisse. – Angebote erbeten unter H 1800 an WELT-Verlag, Postfach *10 08 64, 4300 Essen.*

Automobil-Kaufmann

seit 1952 die Motorisierung entscheidend mitgeprägt, sucht neues, adäquates Betätigungsfeld. Nicht unbedingt branchengebunden – auch freie Mitarbeit oder tätige Teilhaberschaft. Verhandlungsgeschick, Überzeugungskraft in Wort und Schrift. Seriöse, repräsentative Persönlichkeit. Autotel., Funk., Eurosign., Raum: 4/5/6. Nur seriöse – dem Text entsprechende Angebote – erbeten unter D 1752 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERKAUFSPROFI
(Repräsentant)

mit Erfolgsnachweisen, branchenungebunden, sucht Vertretung für das Münsterland. Andere Interessen werden evtl. auch wahrgenommen.
Ang. u. K 1801 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschenkartikelbranche
Filialleiterin

versiert in allen Bereichen, langj. Erfahrung in ungek. Stellung, sucht neuen attraktiven Wirkungskreis in gleicher Position Raum Hamburg.

Angeb. erb. unt. L 1758 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stellen für
Bundesanstalt für Arbeit

Agraringenieurin

26, landwirtschaftlich techn. Assistentin, Studium GH Kassel-FB Internationale Agrarwirtschaft; franz., engl. und span. Sprachkenntnisse, EDV-Kenntnisse, 1½ J. in Organisation tätig; sucht interessantes und vielseitiges Aufgabengebiet in der Pflanzenproduktion, In- oder Ausland.
Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Brühlstraße 4
3000 Hannover 1, ☎ 05 11/107-19 12, FS 921428

Diplom-Geographin

26, Studium Univ. Hannover, Präd.-Ex. 2/84, Schwerpunkte: Wirtschaftsgeographie, BWL, VWL, EDV-Kenntnisse Fortran; berufl. Erfahrungen durch Praktika, u. a. im Ausland erworben, Strukturanalysen, Entwicklungsplanung, Auftragsbearbeitung im Export, Wirtschaftsenglisch; sucht Tätigkeit im Import/Export, Auslandsgeschäft, Auslandsprojekte.
Auskünfte erteilt: Herr Langer
Fachvermittlungsdienst Hannover, Brühlstraße 4
3000 Hannover 1, ☎ 05 11/107-19 41, FS 921428

Welches Unternehmen möchte von meinen langjährigen Erfahrungen profitieren?

Fachmann für das Rechnungswesen

(48 J.) mit hervorragenden Kenntnissen im Finanz- und Steuerwesen sowie EDV-Erfahrung sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. unter Y 1703 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

MARKETING/MARKENARTIKEL

Dipl. VW, Anfang 40, mit mehrjähriger Führungspraxis als Marketingleiter (ppa) in marktführendem Unternehmen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, verantwortlich für Werbung, VF, Produktentwicklung, PR, Mafo, außerdem ergebnis- und vertriebsorientiert, sucht neue attraktive Aufgabe möglichst auf *GL-Ebene.*

Kontaktaufnahme erb. unt. B 1794 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen

---

Wirtschaftsingenieur, promoviert

2. Bildungsweg, 44 J., umfassende Berufserfahrung in Industrieverband, Unternehmen der Energiewirtschaft (Stab), sucht Führungsaufgabe vorrangig in entsprechendem Bereich.

Kontaktaufnahme erbeten unter L 1802 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Welches mittelständische Bauunternehmen sucht gerade in dieser schwierigen Zeit den

Techn. Leiter / Oberbauleiter

der mit imstande ist, es zu erhalten und weiter erfolgreich zu führen. 47 J., FÜHRUNGSSTARK, DYNAMISCH, STARK BELASTBAR, große Erfahrung in konventionellem u. schlüsselfertigem Bauen. Versiert in finanztechnischen Fragen.

Wenn in einem Unternehmen die volle Kraft eines unternehmerisch denkenden u. handelnden Mannes, der einen 12–14-Stunden-Arbeitstag gewohnt ist, gesucht wird und Platz zur Entfaltung seiner Möglichkeiten geboten werden kann, erbitte ich Ihre Aufforderung zu einem Gespräch.

Zuschr. unter B 1816 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

— Tor zur Welt —

Außen-, weltwirtschaftl., verkehrswirtschaftl. und norddeutsche Wirtschaftsfragen sind mein Feld: **Diplom-Volkswirt, Dr.,** Anf. 40, langjähr. Erfahrungen als Wirtschaftsreferent Hamburger Wirtschaftsorganisationen, z. Z. selbständig als freier Wirtschaftspublizist und -journalist. Gründliche, umfasss. Allgemeinbildung; Prädikatsexamina; *auch für Routinearbeiten nicht zu schade.* Ges. ab 1985/86 wieder eine feste, dem Leistungswillen entsprech. Aufgabe.
Zuschr. unter E 1753 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Montageleitung und Verkauf

sind mein Metier. HTL-Techniker Maschinenbau, 44 Jahre. Erfahrung im Anlagenbau, Hallenbau, HKLS, Dach- und Wand, Innenausbau. 17 Jahre Auslandserfahrung im Ostblock, Naher u. Mittlerer Osten möchte sich verändern.

Angebote unter F 1798 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geittel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 585, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 585

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp

SPORT-NACHRICHTEN

Verweis für Neubarth

Bremen (dpa) – Der Kontroll-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes wird kein Verfahren gegen Fußball-Profi Frank Neubarth vom Bundesliga-Klub Werder Bremen einleiten. Neubarth, so Bremens Manager Willi Lemke, müsse wegen seines Faustschlages gegen den Bochumer Knüwe im Punktspiel am 20. April lediglich mit einem Verweis rechnen. Den Faustschlag hatten Schieds- und Linienrichter nicht gesehen, er war lediglich in einer Fernsehaufzeichnung deutlich erkennbar.

Gröppel trat zurück

Köln (dpa) – Der Kölner Franz Gröppel ist wegen „unüberbrückbarer Probleme mit dem deutschen Verband" von seinem Posten als Vorsitzender des Landesverbandes der Modernen Fünfkämpfer Nordrhein-Westfalens zurückgetreten.

Football-Profi Lattany

Colombus (sid) – Der Amerikaner Mel Lattany, mit 9,96 Sekunden Drittschnellster Läufer aller Zeiten über 100 Meter, wird Anfang Juni einen Vertrag als Football-Profi unterschreiben. Lattany hatte sich nicht für die Olympischen Spiele in Los Angeles qualifizieren können.

Jianhua über 2,26 Meter

Tokio (dpa) – Der Chinese Zhu Jianhua, mit 2,39 Metern Inhaber des Hochsprung-Weltrekords, siegte bei einem Sportfest in Tokio mit der enttäuschenden Höhe von 2,26 Meter.

Ajax entließ Trainer

Amsterdam (sid) – Fußball-Klub Ajax Amsterdam, Tabellenführer der ersten holländischen Liga, hat seinen Trainer Aad de Mos entlassen. Der holländische Rekordmeister hatte zuletzt zwei Spiele hintereinander verloren.

Aachen mit Gewinn

Aachen (sid) – Fußball-Zweitligaklub Alemannia Aachen schließt erstmals seit elf Jahren wieder eine Saison mit einem finanziellen Überschuß ab. Der Reingewinn der Spielzeit 1983/84 wurde auf der Generalversammlung mit 329 900 Mark angegeben.

Sanders kandidiert

Hannover (sid) – Günter Sanders, Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes, kandidiert für einen Sitz im sogenannten „Pro Council", der für die Turnierorganisation der männlichen Profis zuständig ist. Dieses Gremium setzt sich aus drei Vertretern des Weltverbandes, drei Abgeordneten der Spielergewerkschaft ATP und je einem Turnierdirektor aus Amerika, Europa und Asien/Australien/Afrika zusammen. Sanders bewirbt sich um die Nachfolge des europäischen Vertreters Jacques Hermenjat (Schweiz).

Weltbestzeiten

San Donato (sid) – Der Italiener Maurizio Damilano, stellte mit 1:44:54 und 2:06:27 Stunden Geher-Weltbestzeiten über 25 und 30 Kilometer auf. Die alten Bestmarken hielt Ralf Kowalsky aus der „DDR" (1:45:53 und 2:06:54).

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Asien-Gruppe B 1: Irak – Qatar 2:1 (Irak in der zweiten Runde). – **Erste englische Division, Nachholspiele:** Arsenal – Southampton 1:0, Aston – Luton 0:1, Chelsea – Sheffield 2:1, Everton – Queens Park 2:0, Ipswich – Stoke 5:1, Manchester United – Nottingham 2:0, Newcastle – Tottenham 2:3.

HANDBALL

Freundschaftsspiel: Deutsche Nationalmannschaft – Gelnhausen 31:19.

TENNIS

Grand Prix Turnier in München, Herren, erste Runde: Hipp – Bauer (beide Deutschland) 7:6, 6:7, 6:3, Bekcka – Gehring (beide Deutschland) 6:3, 1:6, 7:6, Motta (Brasilien) – Kuharzky (Ungarn) 6:3, 6:4, Benhabiles (Frankreich) – Allen (Australien) 6:7, 6:4, 7:6, Osterthun (Deutschland) – Masur (Australien) 4:6, 6:4, 6:4, Aguilera (Spanien) – Zivojinovic (Jugoslawien) 6:3, 6:2, Eberhard (Deutschland) – Brown (USA) 5:7, 6:4, 6:4, Arraya (Peru) – Villenbourg (USA) 7:6, 6:1, Sanchez (Spanien) – Elter (Deutschland) 6:7, 6:4, 6:2. – **Turnier der Meister** (617 000 Dollar) in Forest Hills, Qualifikation: Noah (Frankreich) – Campbell (Südafrika) 6:0, 6:4, 1. Runde: Lendl (CSSR) – Steyn (USA) 7:6, 6:3, Mustard (Neuseeland) – Ocleppo (Italien) 7:5, 3:6, 6:1, Dickson – Lapidus (beide USA) 6:3, 6:2.

SPRINGREITEN

Turnier in Mannheim, S-Springen, Stechen: 1. Sloothaak (Diepholz), Landwind, 0 Fehler/29,9 Sekunden, 2. Wiltfang (Thedinghausen), Zigeuner, 0/32,6, 3. Ernst (Verden), Napoli, 0/32,9, 4. Sloothaak, Falbel, 0/34,7, 5. Becker (Großostheim), Lexington, 0/35,0, 6. Kalender (Marburg), Gigolo, 0/35,2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 863 144,60, 2: 58 096,20, 3: 6324,50, 4: 106,80, 5: 8,30. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 60 346,00, 2: 1639,80, 3: 88,30. – **6 aus 45:** Klasse 1: 695 788,10, 2: 39 558,90, 3: 9369,20, 4: 93,60, 5: 7,60. – **Rennquintett,** Rennen A: Klasse 1: 825,10, 2: 31,10. – Rennen B: Klasse 1: 1870,30, 2: 801,40. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 624 067,20. (ohne Gewähr).

LEICHTATHLETIK / Olympiavierte, 23 Jahre alt, hat keine Lust mehr

Roswitha Gerdes: Es gibt Wichtigeres, als immer nur linksherum zu laufen

KLAUS BLUME, Bonn

„Ich bin ja so jung und habe die Zukunft noch vor mir." Das sagte sie im Juli des letzten Jahres im Trainingslager St. Moritz. Roswitha Gerdes war da gerade 23 Jahre alt geworden und galt als eines der größten deutschen Talente auf der Mittelstrecke. In Los Angeles wurde sie bei den Olympischen Spielen vierte über 1500 Meter, was einige Zeitungen mit dem Superlativ „sensationell" feierten. Jetzt schrieb sie dem Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) einen Brief, in dem sie ihren Rücktritt vom aktiven Hochleistungssport mitteilte, höflich und knapp. Die Begründungen: Sie habe mehr erreicht, als erwartet, nun gebe es keine Motivation mehr.

Auch die Frankfurterin Birgit Friedmann, die erste Weltmeisterin im 3000-m-Lauf, hat nun mit 25 Jahren Schluß mit der Lauferei gemacht. Aber nicht, weil sie keine Lust mehr verspürt, sondern weil ihr die Ärzte nach zweijähriger Verletzungspause sagten, daß sie als Athletin nie mehr so leistungsfähig sein werde, wie ehedem. Für die Medizinstudentin im neunten Semester war es nicht allzu schwer, zu begreifen, was das bedeutet: Aufhören oder Schinderei ohne Ziel und Erfolg. Sie entschied sich fürs Aufhören.

Doch warum beendete Roswitha Gerdes die sportliche Laufbahn in einem Alter, in dem die Läuferkarriere erst beginnt? Lothar Pöhlitz, der zuständige Bundestrainer, hat versucht, sie zum Weitermachen zu überreden. Er hat ihr gesagt, es lohne sich für sie allemal, sie sei noch lange nicht an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und mit den heutigen modernen Trainingsmethoden wäre es möglich, sogar noch im Alter von 30 Jahren Weltrekorde aufzustellen.

Doch Roswitha Gerdes ließ sich nicht überreden, auch nicht nach einer zweiwöchigen Bedenkzeit. Sie blieb dabei: Im Hochleistungssport wiederhole sich alles nur. Das sei ein ständiger, eher stupider Kreislauf – Sieg und Niederlage und dabei stets nur linksherum. Nein, nicht mehr mit ihr, da gäbe es Wichtigeres im Leben. Pöhlitz, der ehemalige „DDR"-Trainer: „Drüben hindert man die Sportler am Aufhören, hier haben sie die Freiheit, es zu tun. Roswitha hat lange darüber nachgedacht. Ihre Entscheidung ist sehr ernsthaft."

Eine verblüffende Entscheidung, weil Roswitha Gerdes nicht nur zu den talentiertesten, sondern auch zu den ehrgeizigsten Läuferinnen im Lande gehörte. 1982 war es, als sie anfragte, ob sie im Auto mitgenommen werden könne, nach Brüssel, zum großen internationalen Leichtathletik-Sportfest. Der Verband habe sie über 1500 m gemeldet. Im Athletenhotel, wo alle Aktiven für ihren Wettkampf eingetragen wurden, wußte man nichts von einer Startmeldung. „Und überhaupt, wer ist Roswitha Gerdes? Nie gehört. Auf meinem Sportfest läuft sie nicht", zeterte der Organisator Wilfried Meert, ein bekannter belgischer Leichtathletik-Journalist. Manfred Germar, der Präsident des Gerdes-Vereins ASV Köln, intervenierte – vergeblich. Über 800 m könne er sie unterbringen, bot Meert an. Roswitha Gerdes sagte nein. Sie sei schließlich nicht nach Brüssel gekommen, um nur mitzulaufen, sie wolle etwas für ihre Karriere tun. Es dauerte fast zwei Stunden, bis Meert erschöpft aufgab. Roswitha Gerdes durfte vor 50 000 Zuschauern über 1500 m starten – und wurde Vierte in persönlicher Bestzeit. Meert sagte: „Sie darf wiederkommen, sie paßt in mein Programm."

Bald Entwicklungshelferin in Kenia? Roswitha Gerdes.
FOTO: SCHIRNER

Als sich die Saison 1983 zu Ende neigte, plante sie für Olympia. Sie fragte den Frankfurter Journalisten Robert Hartmann, einen exzellenten Kenner der afrikanischen Leichtathletik, über Kenia aus. Als sie alles zu wissen glaubte, opferte sie ihr Erspartes und machte sich im Winter gemeinsam mit ihrem Freund für sechs Wochen nach Ostafrika auf, ins private Trainingslager, 2100 m hochgelegen. Höhentraining auf eigenes Risiko – im Land der Nandis, dort wo schon die Kenia-Läufer Keino und Kiprugut, Rono und Jipcho ihre Sturmläufe geübt haben.

Pöhlitz erinnert sich: „Im April 1984 dachte sie aber trotzdem schon mal ans Aufhören. Sie sagte: Wenn es dieses Jahr wieder nichts wird, ist Schluß." Dann ging es nach Los Angeles, und Roswitha Gerdes bettelte bei Pöhlitz: „Trainer, laß mich an der Eröffnungsfeier und am Einmarsch teilnehmen." Dreimal habe sie ihn gedrängt. Obwohl er es für richtiger hielt, sie für die Rennen zu schonen, gab Pöhlitz nach. Heute sagt er: „Vielleicht hat sie sich damals schon gedacht: Noch einmal werde ich bei Olympia nicht als Sportlerin dabei sein, also will ich auch die Eröffnung erleben."

Über 800 m und über 1500 m führte sie nach Beendigung der letzten Saison die deutschen Bestenlisten an, und Pöhlitz machte gemeinsam mit Henning von Papen, dem Vereinstrainer von Roswitha Gerdes, Pläne für diesen Sommer. Doch als sie endlich fertig waren, sagte Roswitha Gerdes: ohne mich. Sie werde zwar auch künftig noch laufen, doch nicht vor Publikum, sondern allein und der Gesundheit wegen. Ansonsten gehe das Medizinstudium vor, und dann habe sie schließlich Kenia etwas besser kennengelernt: „Vielleicht gehe ich nach dem Examen als Entwicklungshelferin in die Nandi-Hills." Für Roswitha Gerdes gibt es Wichtigeres als nur zu laufen, von Rekord zu Rekord und immer nur linksherum ...

FUSSBALL / Dortmund bangt um neue Lizenz

4,5 Millionen Schulden, aber kein Ausverkauf

sid, Dortmund

Der Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Borussia Dortmund, Reinhard Rauball, hatte eine „lautlose Sanierung" proklamiert. Es wird sie nicht geben. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat dem immer noch vom Abstieg bedrohten Verein die Lizenz-Verweigerung in erster Instanz angekündigt. Ein Vorgang, der bei Borussia Dortmund alte Wunden aufgerissen hat. Der teilweise Abbau von 4,5 Millionen Mark Schulden ist gefordert, akzeptable Vorschläge, wie dies verwirklicht werden soll, müssen bis zum 20. Mai in der DFB-Kommandozentrale in Frankfurt eingereicht werden.

Der Brief des DFB hat im Vorstand von Borussia Dortmund hektische Betriebsamkeit entfacht. „Wir werden uns etwas einfallen lassen. Möglicherweise gibt es genug. Fest steht: Einen Ausverkauf wird es nicht geben", sagt Schatzmeister Jürgen Vogt. In den letzten Tagen war spekuliert worden, Dortmund müsse wichtige Spieler abgeben.

Der Vorstand muß also weiter Klinken putzen, wie schon seit November, als bei Rauballs Wahl zum Präsidenten die Zahl von 8,3 Millionen Mark Brutto-Verbindlichkeiten (inklusive langfristige Verbindlichkeiten, festgelegte Rücklagen usw.) für Panikstimmung sorgte. Mit den Erlösen aus dem Transfer von Bernd Klotz nach Mannheim (500 000 Mark), der Bandenwerbung (450 000 Mark) sowie Einsparung der Punktprämie von rund einer Million Mark konnten die Liquidität und der Spielbetrieb gesichert werden.

Auf der Suche nach zusätzlichen Einnahmequellen denkt Vogt unter anderem an weitere Zuwendungen der Stadt Dortmund, die allerdings schon auf ihr Honorar aus der Bandenwerbung verzichtet hat und angesichts einer Arbeitslosenquote von rund 17 Prozent kaum weitere Hilfe für den Profi-Fußball vertreten kann. Dazu möchte Vogt mit zusätzlichen Werbegeldern in zwei Wochen den Gutachter-Ausschuß überzeugen. Er denkt zum Beispiel an einen Vorgriff auf die Honorare für die Trikotwerbung aus den nächsten Jahren.

Vogt ist zuversichtlich und skeptisch zugleich: „Dortmund genießt beim DFB kein großes Vertrauen." Damit verweist er auf die letzte Saison, als der Vorstand um den damaligen Präsidenten Frank Roring die DFB-Auflage, für zwei Millionen Mark Spieler zu verkaufen, ignorierte. Aus dieser Zeit stehen dafür immer noch Teile der Ablösezahlungen von rund 1,5 Millionen Mark für die Zugänge Wegmann, Schüler und Egli aus. „Mit den betroffenen Vereinen haben wir spätere Zahlungsziele vereinbart", erklärt Vogt und dankt den Gläubigern für ihre Geduld. Denn ohne diese Rücksicht sähe die Lage noch viel düsterer aus.

Die Dortmunder müssen außerdem einkalkulieren, dem entlassenen Manager Hans-Dieter Tippenhauer eine Abfindung zu zahlen. In erster Instanz wurde Tippenhauer vom Arbeitsgericht der volle Streitwert von 460 000 Mark anerkannt.

Einen raschen Abbau der Schulden konnten Rauball und seine Vorstandskollegen den DFB-Gutachtern ohnehin nicht versprechen. Mit einer Kalkulation von 23 000 Zuschauern pro Heimspiel – in der laufenden Saison kamen bisher durchschnittlich 26 000 – machten sie ihre Rechnung für die neue Saison auf. Damit würde jedoch nur weiterhin die Zahlungsfähigkeit gesichert. Der Weg der Entschuldung ist also selbst bei größerem sportlichen Erfolg, für den Trainer Pal Csernai in der nächsten Saison sorgen soll, äußerst langwierig und steinig.

Trotz dieser Situation, die Vogt nicht beschönigt, bleibt der Schatzmeister zuversichtlich: „Ich bin sicher, wir werden die Lizenz erhalten, wenn auch mit zahlreichen Auflagen. Reinhard Rauball hat einen guten Namen beim DFB. Ihm traut man die Sanierung zu. Und ich bin auch kein Unbekannter. Von mir liegen etwa 17 Bilanzen aus meiner früheren Zeit als Schatzmeister vor."

*

Der 1. FC Kaiserslautern streitet mit Hellas Verona um den Wechsel des Nationalspielers Hans-Peter Briegel zu Beginn der laufenden Saison. Jürgen Friedrich, der neue Präsident des Bundesliga-Klubs, konnte bei Gesprächen in Verona zwei Dinge nicht klären: Unklar ist weiterhin, ob es zu einem Ablösespiel für Briegel in Kaiserslautern kommt, das vertraglich fest vereinbart ist. Und es bestehen Differenzen in der Frage, ob sich Kaiserslautern an der Provision für Briegels Manager Volker Schmidt (58 000 Mark) beteiligen muß. Verona fordert einen Anteil der Summe, die es bereits bezahlt hat, Kaiserslautern will nicht zahlen.

TENNIS

Becker auf Platz 50

dpa, Bonn

Deutschlands 17 Jahre altes Tennis-Talent Boris Becker klettert in der Weltrangliste weiter nach oben. In der neusten, gestern veröffentlichten Liste steht er auf Platz 50 und löste Hansjörg Schwaier (56) als besten deutschen Spieler ab. Unter den hundert besten Spielern der Welt werden danach nur noch zwei Deutsche geführt: Michael Westphal (62) und Wolfgang Popp (85). An der Spitze stehen unverändert John McEnroe, Ivan Lendl, Jimmy Connors und Mats Wilander. McEnroe führt auch mit 320 490 gewonnenen Dollar die Preisgeld-Liste an. Hier liegt Boris Becker mit 47 812 Dollar bereits auf Platz 35.

Bei den Damen stehen gleich fünf deutsche Spielerinnen unter den ersten 50. Steffi Graf, 14 Jahre alt, sprang auf Platz 14, vor ihr (Platz 7) liegt noch Claudia Kohde. Außerdem sind vertreten: Bettina Bunge (21), Sylvia Hanika (22) und Myriam Schropp (47). Auch hier gibt es an der Spitze keine Veränderungen, Martina Navratilova führt vor Chris Evert-Lloyd (beide USA) und Hana Mandlikova (CSSR).

FC EVERTON

Erstes Ziel ist erreicht

sid/dpa, Liverpool

Zum Feiern bleibt keine Zeit. Mit einem 2:0-Sieg über Queens Park Rangers – dem 27. gewonnenen Spiel in Serie – sicherte sich der FC Everton zwar seinen achten englischen Fußball-Meistertitel. Doch Manager Howard Kendall betrachtet diesen Erfolg nur als ersten Schritt zu einem dreifachen Triumph. Schon am Sonntag steht im Wembleystadion das englische Pokalfinale auf dem Programm. Gegner ist Manchester United. Drei Tage später kämpft Everton in Rotterdam gegen Rapid Wien um den Europapokal der Pokalsieger.

„Wir haben so lange im Schatten unseres Nachbarn FC Liverpool gelebt", meinte Kendall, „da wäre es wunderbar, auch noch die beiden anderen Trophäen zu holen."

Der Kampf um den Verbleib in der ersten englischen Fußball-Division hat zu erneuten Ausschreitungen geführt. Nachdem der Tabellendritte Manchester City beim abstiegsgefährdeten Klub Notts Country nach 45 Minuten mit 0:3 zurücklag, stürmten enttäuschte Manchester-Fans das Spielfeld. Notts Country gewann schließlich mit 3:2.

UEFA-POKAL

Reals letzte Chance

sid, Düsseldorf

Für den spanischen Fußball-Klub Real Madrid geht es um die letzte Chance. „Wir müssen sie wahren, um in der neuen Saison wenigstens wieder in den UEFA-Cup zu kommen", sagte Madrids Spieler Uli Stielike vor dem ersten Finalspiel um den UEFA-Pokal heute abend (20.00 Uhr) beim ungarischen Vertreter Videoton Szekesfehervar. Das Rückspiel findet am 22. Mai in Madrid statt.

In der spanischen Meisterschaft lag der Klub zuletzt 17 Punkte hinter dem Meister FC Barcelona. Trainer Amancio wurde daraufhin entlassen. Auch im Pokal schied Madrid vorzeitig aus. Lediglich Erfolge auf internationaler Ebene konnten das trübe Bild der Mannschaft wieder etwas aufhellen.

„Wir müssen in Ungarn da anfangen, wo wir zuletzt beim 3:0 im Halbfinale gegen Inter Mailand aufgehört haben", fordert Interimstrainer Luis Molowny. Mit drei Stürmern will er gegen die Mannschaft aus Szekesfehervar antreten.

Das *ZDF* berichtet heute ab 22.05 Uhr in einer dreißigminütigen Aufzeichnung aus Ungarn.

Starrsinn gegen Fernseh-Abgebot

Über die angebliche Vernachlässigung des Galopp-Rennsports durch das Fernsehen ist vor allem im Kreise des Turfs immer wieder gesprochen worden. Mit drei Worten wurde die Situation beschrieben: Selten – kurz – schlecht. Oft genug wurde bei Intendanten, Chefredakteuren, Sportchefs und Redakteuren um deren Gunst gebuhlt. Der Aufwand stand selten im Verhältnis zum Ertrag, sprich Sendezeit.

Jetzt hat die ARD das Angebot serviert, am 7. Juli 1985 das 116. Deutsche Derby in Hamburg in einer Sondersendung live von 18.15 Uhr bis 19.00 Uhr zu übertragen. Wohl gemerkt: An einem Sonntag zur allerbesten Sport-Sendezeit. Ob die Live-Sendung allerdings zustande kommt, ist beim derzeitigen Stand der höchst kontrovers geführten Diskussionen leider fraglich. Für jeden normalen Sport-Interessierten gewiß völlig unverständlich.

Bislang ist das Derby, größtes Rennen des Jahres, immer gegen 16.30 Uhr gestartet worden. Geht man auf das Fernsehangebot ein, müßten sich die Startboxen um 18.30 Uhr öffnen. Eine zeitversetzte Übertragung ist nicht nach dem Geschmack des Fernsehens, sicher auch zu verstehen. Die Hamburger Derby-Woche hat in den letzten Jahren häufig unter ständigen Regenfällen gelitten. Wenn das Derby

STAND ● PUNKT

gelaufen wurde, waren zuvor schon meist 50 Rennen und mehr über das dann systematisch umgepflügte Grasgeläuf gegangen. Es ist deshalb undurchführbar, das Derby bei einem Veranstaltungsbeginn um 14.30 Uhr als vorletztes Rennen auszutragen, um die Live-Übertragung zu sichern.

Wird das Angebot des Fernsehens abgelehnt, braucht der Galopprennsport bei der bekannten Eitelkeit der Fernsehgewaltigen auf absehbare Zeit mit Wünschen kaum noch vorstellig zu werden. Unumstößliche Tatsache ist jedoch, daß es dem Galopprennsport derzeit aus vielen Gründen nicht gut geht. Es wird nach neuen Konzepten gesucht, um aus der Talsohle herauszukommen. Da ist Starrsinn wohl kaum angebracht.

Die Funktionäre, Züchter, Besitzer, Trainer und Jockeys müssen endlich einmal nicht nur an ihre persönlichen Interessen, sondern an das Ganze denken. Wenn Championtrainer Heinz Jentzsch (ein Gegner des Fernsehangebots) seine Pferde bald nur noch vor leeren Tribünen sattelt, nutzen ihm auch Derby-Siege nichts mehr. Er würde es gewiß verkraften, wenn die Rennen am Derby-Tag um 16.00 beginnen würden, das Programm auf acht Rennen reduziert würde – und ein Millionen-Publikum das Rennen des Jahres an den Bildschirmen verfolgen könnte.

KLAUS GÖNTZSCHE

Mehr Privatland für sowjetische Bevölkerung

cgs. Wien

Die sowjetische Bevölkerung wird vom kommenden Jahr an eine größere Bodenfläche als bisher privat – und damit außerhalb der Kolchosen und Sowchosen (Staatsgüter) – bewirtschaften können. Einen entsprechenden Beschluß faßte laut Tass das Politbüro der KPdSU.

Mit dem bisher geringen privaten Bodenanteil haben die sowjetischen Landwirte einen großen Teil der Lebensmittelversorgung in der UdSSR gesichert. Obst kommt zu 50 Prozent, Kartoffeln stammen sogar bis zu 75 Prozent aus dem privaten Anbau. Während in den staatlichen Lebensmittelgeschäften und Märkten oft Versorgungsengpässe herrschen, ist auf den sogenannten freien Kolchosmärkten vieles zu haben – allerdings zu stark überhöhten Preisen.

Das Politbüro erklärte jetzt, das private Bebauen landwirtschaftlicher Flächen sei eine „sinnvolle Freizeitbeschäftigung" und diene zugleich der Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Bauern und Stadtbewohner, die von dieser Möglichkeit künftig Gebrauch machen wollen, wurden vor „illegalem Gewinnstreben" sowie vor dem unbefugten Bau von Landhäusern (sogenannten Datschen) auf dem landwirtschaftlichen Grund gewarnt.

Sartzetakis löst Athens Parlament auf

Verfassungsreform verabschiedet / Neuwahlen im Juni

DW. Athen

Der sozialistische Ministerpräsident Andreas Papandreou ist seinem Ziel, die Macht des Ministerpräsidenten auf Kosten der des Staatspräsidenten auszuweiten, einen großen Schritt nähergekommen. Das griechische Parlament hat gestern in zweiter Lesung einer entsprechenden Verfassungsreform, die die sozialistische Regierung vorgelegt hatte, zugestimmt. Nach der Abstimmung löste Parlamentspräsident Iannis Alevras entsprechend einem Beschluß von Staatspräsident Christos Sartzetakis das Parlament auf. Die Verfassungsreform kann entsprechend der griechischen Konstitution erst von einem neugewählten Parlament endgültig in Kraft gesetzt werden. Die gegenwärtige Legislaturperiode wäre normalerweise erst im Oktober zu Ende gegangen.

Das Parlament stimmte der Reform mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit aus den Stimmen der Sozialisten (Pasok), der Kommunisten und der Unabhängigen gegen das Votum der oppositionellen konservativen Neuen Demokratie (ND) zu.

Bei den auf den 2. Juni dieses Jahres angesetzten Neuwahlen wird mit einem engen Kopf-an-Kopf-Rennen der regierenden Pasok und der Konservativen gerechnet. Die Sozialisten um Ministerpräsident Papandreou wollen ihren Sieg vom Oktober 1981, bei dem sie die Zahl ihrer Abgeordneten von 92 auf 172 nahezu verdoppeln konnten, bestätigen.

Die Neue Demokratie, die 1981 von 173 auf 115 Mandate zurückgefallen war, erstrebt den Machtwechsel. Die pro-sowjetischen Kommunisten, die in dem aufgelösten Parlament 13 Abgeordnete stellten, spekulieren darauf, daß keine der großen Parteien die absolute Mehrheit erreicht, so daß ihnen in einer Koalition mit den Sozialisten eine Schlüsselrolle zukäme.

Die von den Sozialisten betriebene Verfassungsänderung hatte schon im März dieses Jahres zu einer schweren innenpolitischen Krise geführt, auf deren Höhepunkt der konservative Staatspräsident Konstantin Karamanlis zurückgetreten war.

Er hatte sich geweigert, dem Plan der Sozialisten zuzustimmen. Sein Nachfolger, der parteilose Richter Sartzetakis, gelangte mit den Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten ins Amt. Seine Wahl ist von der Neuen Demokratie nie anerkannt worden. Die Opposition hatte stets Zweifel an der Aufrichtigkeit des Wahlmodus geübt.

Hessen stoppt Produktion von Brennelementen

HEINZ HECK/DW, Bonn

Der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) hat gestern der Reaktor-Brennelement Union GmbH (RBU) in Hanau die Verarbeitung und Lagerung höher und hoch angereicherten Urans sowie Plutoniums verboten. Ein RBU-Sprecher erklärte dazu, das Unternehmen sei von der Entscheidung „völlig überrascht" worden und könne die Begründung nicht nachvollziehen. Steger erklärte gestern auf einer Pressekonferenz, er habe das Bundesinnenministerium als oberste atomrechtliche Aufsichts- und Genehmigungsbehörde informiert.

Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) will sich morgen vom hessischen Wirtschaftsministerium über Inhalt, Ausmaß und Rechtsgründe der Entscheidung berichten lassen. Bei seinen Maßnahmen werde sich Zimmermann ausschließlich an den Vorschriften des Atomgesetzes orientieren, erklärte ein Ministeriums-Sprecher.

Die RBU montiert nach eigenen Angaben seit etwa 15 Jahren Brennelemente aus den von der Hanauer Schwestergesellschaft Alkem gefertigten plutoniumhaltigen Brennstäben sowie Brennstäben, die hoch angereichertes Uran enthalten. Dies erfolge „auf einer gesicherten Rechtsgrundlage nach Paragraph 9 Atomgesetz". Die Geschäftsleitung prüfe zur Zeit die Auswirkungen der Entscheidung des hessischen Wirtschaftsministers auf die Tätigkeit und Beschäftigungssituation bei Alkem.

Steger erklärte gestern, die RBU habe im Dezember 1975 einen Antrag entsprechend der Atomgesetze gestellt und damit die Voraussetzungen für die Fortführung der Produktion erfüllt. Das Ministerium habe aber erst jetzt festgestellt, daß die von RBU im November 1984 hierzu eingereichten Antragsunterlagen die Verarbeitung und Lagerung höher und hoch angereicherten Urans sowie Plutoniums nicht vorsehen. Insofern sei die Tätigkeit des Unternehmens nicht deckungsgleich mit der in dem Antrag von 1975 beschriebenen. Daher habe sein Ministerium als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde der RBU den Umgang mit diesen Stoffen aus juristischen Gründen untersagt. Auf die Herstellung von Brennelementen für Leichtwasserreaktoren habe das Verbot keine Auswirkungen.

Neben dem Bundesinnenministerium ist auch die Staatsanwaltschaft Hanau, die wegen des Verdachts auf illegalen Betrieb der Unternehmen Alkem, Nukem und RBU ermittelt, von Steger informiert worden.

Streit um SDI: Genscher favorisiert Pariser Plan

Kanzleramt sucht neue Partner für Forschungsbeteiligung

BERNT CONRAD, Bonn

In Bonn wird damit gerechnet, daß die Frage einer deutschen Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine Weltraumverteidigung (SDI) nach dem Nein Frankreichs zu heftigen Diskussionen innerhalb der Bundesregierung führen wird. Während aus dem Kanzleramt zu hören ist, Bonn müsse nun mit anderen interessierten europäischen Partnern eine gemeinsame Position für eine Forschungsbeteiligung suchen, scheint bei Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Neigung zu wachsen, sich gar nicht auf das Forschungsprogramm einzulassen und statt dessen das europäische Technologie-Projekt Frankreichs zu unterstützen.

Schon vor dem Weltwirtschaftsgipfel hatten sich innerhalb des Regierungslagers drei unterschiedliche Haltungen abgezeichnet:

1. Bundeskanzler Helmut Kohl plädierte intern und öffentlich mit Nachdruck für eine deutsche Teilnahme an der SDI-Forschung, wenn die Amerikaner die dafür notwendigen Voraussetzungen, vor allem einen vollen Technologietransfer garantierten und wenn eine gemeinsame europäische Position dafür gefunden werden könne. Kohl beurteilte diese Möglichkeit optimistisch.

2. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher stimmte mit den vom Kanzler genannten Voraussetzungen überein, hielt aber die Möglichkeit befriedigender amerikanischer Rahmenbedingungen für unwahrscheinlich und vermied jeden öffentlichen Hinweis auf die Wünschbarkeit einer deutschen Beteiligung.

3. Von anderen Regierungsmitgliedern, wie Verteidigungsminister Manfred Wörner, wurde angenommen, daß sie eine deutsche Teilnahme an der SDI-Forschung notfalls auch ohne die Mitwirkung weiterer Europäer für denkbar hielten.

Die Differenzen zwischen diesen drei Positionen fielen kaum ins Gewicht, solange sämtliche europäischen Partner ihre endgültige Entscheidung offenhielten und solange von den Amerikanern noch keine detaillierte Auskunft eingegangen war. Das Ausscheiden Frankreichs aus dem Kreis möglicher SDI-Forschungsteilnehmer und die erkennbare britische Abneigung gegen eine Festlegung auf europäische Positionen könnte jetzt aber die Debatte in der Koalition anheizen.

Dabei wird in Kreisen des Auswärtigen Amtes und der FDP die Befürchtung geäußert, ein Bonner Alleingang bei der SDI-Forschung würde das deutsch-französische Verhältnis auf nachhaltige Weise belasten. Hinzu komme, daß die Amerikaner auch beim jüngsten Reagan-Besuch überhaupt noch nichts über die Einzelheiten einer deutschen Beteiligung sagen konnten. Vermutlich wollten sie am liebsten ohne irgendeinen politischen Rahmen mit Firmen zusammenarbeiten. Damit wäre ein Technologietransfer nicht gegeben.

Im Unterschied zu dieser negativen Sicht herrscht im Kanzleramt die Absicht, den bisher eingeschlagenen Weg weiterzugehen, das heißt nach interessierten Partnern für eine gemeinsame europäische Position zu suchen und gleichzeitig mit den Amerikanern über die Rahmenbedingungen zu sprechen.

Gestern wurde im Bundessicherheitsrat das weitere Vorgehen erörtert. Am kommenden Montag wird Kanzleramtsminister Schäuble mit Fachministern und Wirtschaftsvertretern diskutieren. Demnächst soll eine deutsche Expertenkommission in Amerika die Voraussetzungen für eine deutsche Forschungsbeteiligung prüfen.

Ignoriert Strafjustiz die Finanzgerichte?

● Fortsetzung von Seite 1

Richter einen Rechtsanspruch auf Aussetzung des Strafverfahrens bis zur Klärung der rein steuerrechtlichen Fragen beanspruchen. Zur Zeit hält die Auslegungskonkurrenz zwischen der Strafrechtspflege und der Finanzgerichtsbarkeit an. Aus der Vielzahl der anhängigen Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung durch Parteispenden ist kein einziger Fall einer Aussetzung des Prozesses bekanntgeworden. Bekanntgeworden ist dagegen eine Aussage des Kölner Generalstaatsanwaltes Bereslaw Schmitz, daß eine Vorabentscheidung der in den Parteispendenverfahren maßgeblichen steuerrechtlichen Fragen weder vorgeschrieben noch erforderlich sei. Professor Josef Isensee hat sich mit dieser Stellungnahme des Generalstaatsanwaltes auseinandergesetzt, der als Erklärung für seine Haltung hinzugefügt hatte, die steuerrechtlichen Verfahren seien nicht schwierig. Isensee: „Die Rechtsmeinung, die hier zur Handhabung der Ermessensvorschrift geäußert wird, könnte – gemessen an den Kriterien der verwaltungsrechtlichen Dogmatik – geradezu ein Schulbeispiel abgeben für einen typischen Ermessensfehler: Ermessensnichtgebrauch." Der Aussage von Schmitz, auch aus Gründen der Gleichbehandlung könne sich die Staatsanwaltschaft nicht zur Aussetzung entschließen, hielt Isensee entgegen: „Genereller Ermessensboykott aus Sorge vor ungleicher Ermessensausübung."

Aufsehen hat die vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Benno Erhard, dazu abgegebene Erklärung erregt. Er bezeichnete es als „unbefriedigend", daß es bereits eine Fülle strafgerichtlicher Verurteilungen mit zum Teil beachtlich harten Strafen gebe, in denen die Beurteilung der Frage, ob das den Angeklagten zur Last gelegte Verhalten steuerrechtlich überhaupt als Steuerhinterziehung zu werten sei, durch die dazu in erster Linie berufene Finanzgerichtsbarkeit abgewartet worden sei. Es sei zu befürchten, daß es nun vermehrt Fälle geben werde, in denen Angeklagte im Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung verurteilt würden, während ihnen das Finanzgericht dann bescheinige, sich dem Finanzamt gegenüber „korrekt" verhalten zu haben. Erhard sprach von einem „Zustand der Rechtsunsicherheit", aber er sprach auch davon, daß Strafgerichte und Staatsanwaltschaften „in den Geruch" gekommen seien, „politisch motiviert zu handeln". Ein solcher Eindruck „muß weg". Die Gerichte selbst könnten durch eine Aussetzung ihrer Verfahren bis zur Klärung durch Finanzgerichte dazu beitragen.

Der Paragraph 396 AO bietet dafür die rechtspraktische Lösung. Dort heißt es, hängt die Beurteilung einer Tat als Steuerhinterziehung davon ab, ob ein Steueranspruch besteht, ob Steuern verkürzt oder nicht gerechtfertigte Steuervorteile erlangt sind, so kann das Steuerstrafverfahren ausgesetzt werden, bis das Besteuerungsverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Die Ermessensentscheidung liegt hier, wenn es sich noch um „Ermittlungen" handelt, bei der Staatsanwaltschaft, in „Verfahren" nach der Anklageerhebung beim Gericht.

Die frühere „Mußregelung" ist in den Jahren 1965 bis 1977 zur „Kannregelung" umgewandelt worden. Durch diese Ermessensregelung, aber auch die Weigerung der Justiz, Strafverfahren auszusetzen, gerät der Steuerbürger zwischen zwei Fronten, denn er hat keine Orientierung, welche Instanz nun seine Verhaltensweisen bewertet, die verbindlich entscheidet, ob sie rechtmäßig oder unrechtmäßig waren. Das grundrechtliche Gebot der Rücksichtnahme auf Persönlichkeitsrechte wird dadurch kaum noch beachtet, wie spektakuläre Strafverfahren zeigen. Professor Isensee sieht die Gefahr, daß jetzt ergehende Urteile später durch Entscheidungen der Finanzbehörden und der Finanzgerichte „desavouiert" werden. Aber das geltende Strafprozeßrecht treffe keine Vorsorge, ein derartiges Dilemma zu beheben.

Der Grundsatz von „Treu und Glauben", von dem Professor Klein in seinem heutigen Referat ausgehen wird, dürfte auch bei weiteren Gerichtsverfahren eine Rolle spielen, auch wenn diese erst nach Ausschöpfung des strafgerichtlichen Instanzenweges durch den Bundesfinanzhof oder das Bundesverfassungsgericht möglich sind. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hatte, als es um die Amnestie-Debatte im Parlament im Mai 1984 ging, davon gesprochen, daß die Parteispender „Vertrauensschutz" verdienten. Das Gutachten des Bundesfinanzhofes von 1952 und auch die Verwaltungspraxis hätten für die Spender keine Klarheit gebracht, in welchem Maße Spenden steuerrechtlich abzugsfähig seien und in welcher Höhe Berufsverbände und andere Vereinigungen Spenden an Parteien weitergeben dürften. Staatsbürgerliche Vereinigungen seien bis zuletzt noch für gemeinnützig erklärt worden. Der frühere Präsident des Bundesfinanzhofes, List, habe bestätigt, daß die Praxis der Verwaltung keine gesetzliche Grundlage gehabt habe. Deswegen sei den Spendern nun kein Vorwurf zu machen, und es sei ihnen Vertrauensschutz zuzubilligen, betonte Stoltenberg damals.

Isensee, der einen eindeutigen Standpunkt zugunsten der Finanzgerichtsbarkeit einnimmt und der auf die Gefahr von „Interpretationskonflikten" verweist, vertritt die Auffassung: „Das Steuerstrafrecht ist der Büttel des Steuerschuldrechts, nicht sein Herr. Das Strafgericht ist daher nicht berufen, an der Finanzverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit vorbei oder gegen sie, selbstherrlich, den Normenbestand zu interpretieren, den es schützen soll". Hier richte, so meint Isensee in einem Beitrag für die „Neue Juristische Wochenschrift", „die Gewaltenteilung eine Barriere auf. Die verbindliche Auslegung der Steuergesetze kommt in erster Linie der Finanzverwaltung zu".

Überfälliger Kurswechsel

Ha. (Brüssel) – Einen längst überfälligen Kurswechsel hat der EG-Ministerrat mit seinem gestern beschlossenen Konzept für die Beseitigung technischer Handelshemmnisse vorgenommen. Statt wie bisher in endlosen Beratungen um Detailbestimmungen über die Sicherheit von Spielzeug oder von Elektrogeräten zu ringen, wollen sich die EG-Experten in Zukunft auf die Festlegung allgemeiner Ziele beschränken, die Definitionen der spezifischen Vorschriften jedoch den europäischen oder nationalen Fachgremien überlassen.

Der Vorteil dieses Verfahrens liegt nicht nur darin, daß die für die Industrienormung zuständigen Organe kompetenter und praxisbezogener arbeiten, als Ministerialbeamte dies können. Den Regierungen wird durch das neue Konzept auch schwerer gemacht, unerwünschte Importe durch Hinweise auf angebliche technische Unzulänglichkeiten von ihrem Markt fernzuhalten.

Die bisherige Harmonisierungspraxis wurde durch das für EG-Richtlinien geltende Einstimmigkeitsgebot belastet. Jeder Mitgliedstaat konnte sich an einer Zahl hinterm Komma festhalten und so die Richtlinie blockieren, ohne die keine automatische Zulassung des betreffenden Erzeugnisses möglich ist. Außerdem führten die Experten einen fast ausweglosen Kampf gegen den technischen Fortschritt, da jede Norm regelmäßig fortgeschrieben werden mußte. Künftig werden, soweit keine europäischen Normen bestehen, die nationalen Bestimmungen durch Mehrheitsbeschluß EG-weit anerkannt. Damit erspart sich die EG viel Spott für Perfektionismus und bürokratische Bocksprünge.

Publizität

Py. – Unternehmen, die nach Umwandlung in eine Aktiengesellschaft an die Börse gehen wollen, „proben" zuvor die Publizität, zu der sie dann auch künftig verpflichtet sind. Viele Newcomer erfüllen diese Aufgabe gut und erleichtern sich damit selbst den Weg zum Anleger. Das Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt, das vor bald 20 Jahren unter Prof. Johannes C. D. Zahn als Privatbankiers einen weithin beachteten großen Schritt in die freiwillige Publizität getan hatte, hat sich in den Folgejahren, seit ausländische Großbanken die Kapitalmehrheit halten, auf Publizitäts-Trippelschritten beschränkt. Selbst große Beteiligungsveränderungen wurden erst bestätigt, wenn die Nachricht schon in den Zeitungen stand. Die vorgelegte Trinkaus-Bilanz hätte sich angeboten, mit künftigen Pflichtübungen zu beginnen. Statt dessen verbreitete man Nebel, neue Kennzahlenversionen und Prozentsätze ohne Basisgröße. Wenn man auch nichts verbergen wollte, so bot Trinkaus doch ein schlechtes Beispiel.

WERBEWIRTSCHAFT / Die Stimmung ist gedämpft, aber Umsatzzuwachs erwartet

In den ersten drei Monaten dieses Jahres lief das Geschäft schwerfällig

HANNA GIESKES, Bonn

Mit gemischten Gefühlen beurteilt die deutsche Werbewirtschaft ihre Aussichten für dieses Jahr: Während Industrie und Handel optimistisch sind, ist die Stimmung vor allem bei den Werbeträgern deutlich gedämpft. „Dennoch rechnen die meisten von uns auch 1985 mit steigenden Werbeumsätzen", sagte der Vizepräsident des Zentralausschusses der Werbewirtschaft (ZAW), Jürgen Schrader, gestern in Bonn.

Schrader begründete den leisen Pessimismus der Werbeträger mit dem „schwerfälligen Werbegeschäft bei Publikumszeitschriften und Problemen beim Anzeigenverkauf der Tageszeitungen im ersten Quartal dieses Jahres". Gleichwohl gebe die hoffnungsvolle Grundhaltung auf der Anbieterseite Anlaß zu der Erwartung, daß die Wirtschaft auch in diesem Jahr „werbefreudig" bleiben wird. Er rechne mit einem Zuwachs um drei bis vier Prozent, sagte der ZAW-Vize weiter.

Im vergangenen Jahr haben die Einnahmen der Medien aus dem Werbegeschäft erstmals die Hürde von 15 Milliarden Mark überstiegen; die Steigerungsrate betrug 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr; damals hatte der Zuwachs 6,4 Prozent erreicht.

Schrader betonte, daß der Zuwachs ohne den „ungewöhnlich langen Arbeitskampf in der Druckindustrie" höher ausgefallen wäre, der sich dämpfend auf die Werbung vor allem bei den Tageszeitungen ausgewirkt habe. Am Ende des Streiks habe der ZAW seine Prognose für das Werbewachstum von sieben auf sechs Prozent zurücknehmen müssen; die Einbußen bezifferte Schrader mit 140 Millionen Mark.

Das Jahr 1984 war gekennzeichnet von einem „gespaltenen Werbemarkt", berichtete Schrader weiter: Während einige Branchen wie Banken, Textilindustrie, Möbelhersteller und der Versandhandel ihre Werbeumsätze teilweise überproportional erhöht hätten, seien in werbeintensiven Bereichen wie Handel, Waschmittel, Foto, Optik und Buchverlage die Etats gekürzt worden. So schalteten auf der einen Seite die Publikumszeitschriften verstärkt Anzeigen, um für sich selbst zu werben, während die Zigarettenindustrie ihre Werbeaufwendungen erheblich zurückgefahren habe, nachdem sie 1983 ihre kostspieligen Preiskämpfe im wesentlichen über Anzeigen in Tageszeitungen ausgetragen hatte.

Dies demonstriert nach Ansicht von ZAW-Hauptgeschäftsführer Horst Schneider, „daß die Zeiten zyklischen Verhaltens in der Werbung endgültig vorbei sind". Etats würden heute nicht mehr an der Konjunktur orientiert, sondern an der eigenen Position im Wettbewerb. Kürzungen könne sich kaum noch ein Anbieter erlauben, „denn wer pausiert, verliert".

So steckt auch in den 84er Werbeumsätzen von 15,1 Milliarden Mark für alle zehn vom ZAW erfaßten Werbeträger ein zum Teil deutliches Plus. An der Spitze stehen die Wochen- und Sonntagszeitungen mit einem Zuwachs von 13,6 Prozent, gefolgt von den Adreßbüchern mit knapp 13 (Vorjahr 6,3) Prozent. Einen Zuwachs von fast zehn Prozent erreichte die Kino-Werbung, die 1983 noch einen Rückgang um fast fünf Prozent hatte hinnehmen müssen.

Die Publikumszeitschriften konnten mit einem Zuwachs um acht Prozent ihr Werbewachstum verdoppeln, während die Fernsehveranstalter lediglich aufgrund einer Erhöhung der Einschaltpreise um 5,5 Prozent zulegten. Die Tageszeitungen sahen ihren Werbezuwachs mit 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr (acht Prozent) fast halbiert, und zwar von 427 Millionen Mark 1983 auf 266,7 Millionen im Jahr darauf. Insgesamt erzielten sie 1984 Werbe-Umsätze von etwas über sechs Milliarden Mark.

Damit sind die Tageszeitungen unangefochten größter deutscher Werbeträger vor den Publikumszeitschriften mit 2,6 Milliarden. Von den „Neuen Medien" sei einstweilen keine Konkurrenz zu spüren, heißt es beim ZAW, jedoch machten Anzeigenblätter den Tageszeitungen zunehmend Werbeeinnahmen streitig. Vor allem der Handel schaltete seine Werbung mehr und mehr in diesen Blättern, und einige große Handelsunternehmen gäben mittlerweile bereits eigene „Zeitungen" heraus.

BERLINER BÖRSEN-JUBILÄUM

Engagiertes Plädoyer des Notenbankchefs für die Aktie

CLAUS DERTINGER, Berlin

Mit einem engagierten Plädoyer für eine Renaissance der Aktie als Finanzierungs- und Anlageinstrument erfreute Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl gestern die Börsianer anläßlich der 300-Jahr-Feier der Berliner Börse. Trotz der allgemeinen Erkenntnis, daß die Unternehmen zur Absicherung gegen Rückschläge mehr Risikokapital brauchten, sei viel zuviel Kapital in falsche Kanäle geflossen und nur ein verschwindend geringer Teil über den Aktienmarkt in haftendes Eigenkapital verwandelt worden. Der Widerspruch zwischen industrieller Entfaltung und Verkümmerung des Aktienwesens müsse aufgelöst werden.

Als Schritte in diese Richtung nannte Pöhl den Abbau der Doppelbelastung im Rahmen der Vermögensteuer und die Beseitigung der ertragsunabhängigen Komponente der Gewerbesteuer sowie eine Dividendenpolitik, mit der die Aktiengesellschaften selbst ihr Interesse an der Aktienfinanzierung bekunden. Der Bundesbankpräsident appellierte gleichzeitig an den Gesetzgeber, dafür zu sorgen, daß Aktien auch für Pensionsfonds eine größere Rolle spielen können. Wirtschafts- und steuerpolitisch müßten dafür die Weichen so gestellt werden, daß die Rendite von Aktien nicht niedriger ist als die von Rentenwerten, sondern höher.

Die Banken rief Pöhl auf, sich vor allem um junge innovative Unternehmen, die gerade in Berlin eine erfreuliche Rolle spielen, zu kümmern. Er warnte davor, die Zulassungsbedingungen zum künftigen geregelten Markt für solche Unternehmen zu hoch anzusetzen.

Im Zusammenhang mt der weiteren internationalen Öffnung des deutschen Kapitalmarktes empfahlder Notenbankchef Bundesländern und Großstädten, ebenso wie der Bund langfristige Projekte verstärkt über Anleihen und andere festverzinsliche Papiere zu finanzieren. Auch die Industrie sollte sich des Anleihemarktes bedienen.

Pöhl begrüßte die Pläne für eine engere Kooperation der Börsen, weil Regionalbörsen nicht mehr so recht in das Bild zunehmender internationaler Integration der Finanzmärkte paßten. Er kritisierte bei dieser Gelegenheit die ungenügende Liberalisierung mancher Geld- und Kapitalmärkte in der EG und forderte zugleich für deutsche Banken im Ausland gleiche Wettbewerbschancen, wie sie ausländische Institute hier genießen. Großen Wert legt Pöhl darauf, daß der Emissionsmarkt für D-Mark-Auslandsanleihen in der Bundesrepublik verankert bleibt. Reserviert äußerte er sich gegenüber Vorschlägen zur Schaffung einer Banken-„Freihandelszone". Novitäten sollten da ihre Grenze haben, wo die Wirksamkeit der Geldpolitik geschwächt wird.

Der starke Franc

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wohl niemand hätte es für möglich gehalten, daß der französische Franc seine zum letzten Mal im März 1983 neu festgelegte Parität im Europäischen Währungssystem (EWS) so lange bewahren könnte. Er war damals im Durchschnitt nur um zweieinhalb Prozent abgewertet worden, aber um acht Prozent gegenüber der gleichzeitig aufgewerteten D-Mark – nach zehn Prozent im Juni 1982 und achteinhalb Prozent im Oktober 1981.

Allerdings stand auch nicht zu erwarten, daß sich die Franc-Abwertungen in diesem Tempo fortsetzen würden. Denn die sozialistische Regierung hatte inzwischen ihrer anfänglichen „Volksbeglückungspolitik" abgeschworen. Auf Grund rigoroser Austerity-Maßnahmen ging die Kaufkraft der Bevölkerung in den letzten zwei Jahren um zweimal 0,7 Prozent zurück.

Gleichzeitig schwächte sich die Inflation ab. Mit zuletzt 6,4 Prozent (Jahresvergleich März) ist sie allerdings immer noch fast dreimal so hoch wie die deutsche Rate (2,3 Prozent). Und seit der letzten Franc-Abwertung summieren sich die Unterschiede in den Preissteigerungen der beiden Länder auf immerhin rund elf Prozentpunkte.

Ganz so hoch, wie es die Inflationsraten andeuten, ist die derzeitige Überbewertung des Franc gegenüber der D-Mark aber wohl nicht. Denn bei der letzten Paritätsbereinigung war der Franc etwas unterbewertet worden, um Frankreich zur Absicherung seines Stabilisierungsplanes insbesondere den Export in die Bundesrepublik, seinem mit Abstand größten Auslandskunden, zu erleichtern. Inzwischen behindert aber der teure Franc diese Ausfuhr und begünstigt die Einfuhr deutscher Waren.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist die französische Leistungsbilanz seit Anfang dieses Jahres wieder tief in die roten Zahlen gerutscht. Demzufolge hätte sich der Franc-Kurs eigentlich abschwächen müssen. Tatsächlich aber zog er weiter an. Mit zuletzt 3,0484 Franc lag die D-Mark in Paris deutlich unter ihrer Parität (3,0665 Franc) und erreichte einen neuen Tiefstand der letzten 18 Monate.

Wahrscheinlich wäre die deutsche Valuta noch stärker gefallen, wenn die Banque de France nicht in großem Umfang interveniert hätte. Allein am letzten Freitag soll sie eine Milliarde Mark am Markt gekauft haben. Inzwischen bestehen zwei Drittel ihrer Devisenreserven (116 Milliarden Franc Ende März) aus D-Mark. Das ist etwa das Doppelte der mittel- und langfristigen D-Mark-Schulden Frankreichs.

Die Franc-Stärke wurde bisher vor allem der internationalen Mark-Schwäche zugeschrieben, zu der es auf Grund der Dollar-Hausse gekommen ist. Es bleibt jedoch festzustellen, daß sich der Franc auch während der zwischenzeitlichen Abschwächung des Dollar sehr gut gegenüber der D-Mark behauptet hat. Möglicherweise lockte das höherverzinsliche Pfund die aus dem Dollar geflüchteten Anleger mehr als die D-Mark.

Allerdings liegen die französischen Zinssätze trotz ihrer kontinuierlichen Ermäßigung seit Anfang 1984 immer noch um etwa fünf Prozent über den deutschen. Eine solche Marge, welche die Inflationsdifferenz leicht übertrifft, mag kurzfristigen Anlegern immer noch als verlockend erscheinen.

Längerfristig haben sie aber zu bedenken, daß die französischen Wirtschaftsperspektiven schlechter, die deutschen dagegen besser geworden sind. Damit erhebt sich die Frage, ob Präsident Mitterrand einen expansiveren Kurs einschlagen wird, vor allem, um die Arbeitslosigkeit bis zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 einzudämmen.

Noch schädlicher für den Ausgang dieser Wahlen könnte sich aber eine aus einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel resultierende Franc-Abwertung erweisen. Zum vierten Mal innerhalb von vier Jahren hätte dann Mitterrand an der Währungsfront eine schwere Niederlage erlitten. Das wäre eine überraschende Chance für die Opposition.

So spekuliert man gegenwärtig eher darauf, daß die französische Regierung weiter auf Stabilisierungskurs bleibt. Eine andere Frage ist allerdings, wie sich die D-Mark/Dollar-Relation entwickelt. Sollte es zu einer starken Dollar-Baisse kommen, dann wäre die Franc/D-Mark-Parität trotz der französischen Devisenkontrollen und der stark erhöhten Währungsreserven wohl kaum zu verteidigen.

AUF EIN WORT

„Wir haben 267 000 Arbeitslose am Bau. Aber wir sollten keine neuen Wohnungen bauen, um Maurer zu beschäftigen, sondern die Bürger menschenwürdig unterbringen. Dazu müssen die reichlich vorhandenen Wohnungen modernisiert werden, was für die Bauwirtschaft einen starken Beschäftigungsschub auslösen könnte."

Dr. Rolf Kornemann, Direktor des Verbandes Rheinischer Wohnungsunternehmen, Düsseldorf FOTO: DIE WELT

Trennt Dresdner Bank sich von OLB?

Hannover (dos) – Das Land Niedersachsen geht davon aus, daß die Dresdner Bank AG sich von ihrer Mehrheitsbeteiligung an der Oldenburgischen Landesbank AG (OLB) trennen wird. In einer Mitteilung des niedersächsischen Finanzministers heißt es, die Gespräche mit dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Röller, über eine Fortsetzung der Zusammenarbeit der OLB-Hauptaktionäre seien ergebnislos beendet worden. Das Land Niedersachsen hält zusammen mit der NordLB-Tochter Bremer Landesbank 25,1 Prozent des OLB-Kapitals, die Dresdner Bank rund 65 Prozent.

ÜBERSEETAG

Bangemann dringt auf einen Abbau von Subventionen

HANS-J. MAHNKE, Hamburg

„Beim Subventionsabbau sind wir noch nicht entscheidend vorangekommen, hat ein Wandel noch nicht stattgefunden." Dies erklärte Bundeswirtschaftsminister Bangemann auf dem traditionellen Herrenessen vor dem Übersee-Club in Hamburg. Vielmehr habe es sogar einige Rückschläge gegeben. Dabei erinnerte Bangemann vor allem an die Hilfen für die Landwirtschaft. Dies könne jedoch nicht bedeuten, daß dieses Thema allmählich von der Tagesordnung verschwindet. Viel wäre schon gewonnen, wenn das Prinzip der zeitlichen Befristung und der Degressivität strikter angewendet würde.

Die Subventionsgewährung sei nicht nur national, sondern auch international ein Störfaktor ersten Ranges. In den letzten Jahren habe sich mehr und mehr ein Subventionswettlauf zwischen den Staaten entwickelt, der auf Kosten der ökonomischen Effizienz und zu Lasten der Steuerzahler geht.

Niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß eine Senkung der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer möglich wäre, wenn es zu keinem nachhaltigen Abbau der bestehenden Steuervergünstigungen und Subventionen kommt. Bangemann favorisiert einen Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer in der Nähe von 50 Prozent. Überdies sollte der progressive Tarif linearisiert werden.

Viel Kraft erfordere in den kommenden Jahren auch die dauerhafte Sicherung des Fundaments des Sozialsystems. Die Rente sollte beitragsbezogen bleiben. Daneben seien die Möglichkeiten für eine private Altersvorsorge auszubauen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Erfolg bei Harmonisierung technischer Vorschriften

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen deutlichen Fortschritt im Kampf gegen die technischen Handelshemmnisse haben die EG-Partner gestern in Brüssel erzielt. Sie einigten sich auf ein neues Verfahren zur Harmonisierung von Sicherheitsvorschriften und technischen Normen, das an die Stelle der oft langwierigen Beratungen über detaillierte Einzelrichtlinien treten, zugleich einen Beitrag zur Entbürokratisierung der Rechtssetzung in der Gemeinschaft leisten soll.

Kern der neuen Konzeption ist der Gedanke, sich bei der Harmonisierung der Vorschriften auf die Feststellung der grundlegenden Sicherheitsanforderungen zu beschränken und die technischen Spezifikationen jeweils den für die Industrienormen zuständigen Gremien (Cen und Cenglec) zu übertragen.

Soweit keine gemeinsamen europäischen Normen bestehen, sollen dabei die jeweiligen nationalen Normen gemeinschaftsweit anerkannt werden. Die Normen bleiben zwar freiwillig, doch werden die Verwaltungen dazu verpflichtet, bei Erzeugnissen, die nach harmonisierten Normen oder anerkannten nationalen Normen hergestellt wurden, eine Übereinstimmung mit den in den EG-Richtlinien geforderten grundlegenden Anforderungen anzunehmen. Die Qualität der nationalen Normen wird auf Gemeinschaftsebene durch die EG-Kommission geprüft, die bei ihrer Entscheidung jedoch an das Votum des Ausschusses von Regierungsbeamten gebunden ist.

Die Rolle dieses Ausschusses war bis zuletzt zweifelhaft. Schließlich überzeugte, daß die Stellungnahmen eine qualifizierte Mehrheit erforderten. Die EG-Richtlinien erfordern dagegen Einstimmigkeit.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Japan größter Gläubiger

Tokio (dpa/VWD) – Japan ist Ende vergangenen Jahres zum größten Gläubigerland unter den industriell entwickelten Staaten der Welt geworden. Die Netto-Auslandsguthaben betragen über 60 Mrd. Dollar (rund 171 Mrd. DM), weit mehr als die 37,7 Mrd. Dollar (96 Mrd DM) des Vorjahres.

Mehr Aufträge bei Stahl

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die deutsche Stahlindustrie hat auch im März dieses Jahres ein Auftragsplus verbuchen können. Wie die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie gestern mitteilte, stiegen die Bestellungen gegenüber dem Vormonat um 54 000 auf 1,749 Mill. Tonnen an.

Kooperation wird verstärkt

Hannover/München (dpa/VWD) – Der Braunschweiger Georg Westermann Verlag und der Oldenbourg Verlag (München) beabsichtigen, ihre Zusammenarbeit über den Bereich „Schulbuch" hinaus zu vertiefen. Dies wurde von beiden Unternehmen mitgeteilt. Beide Unternehmen kooperieren dem Vernehmen nach seit mehr als 20 Jahren erfolgreich auf dem Schulbuchsektor.

Hoher PanAm-Verlust

New York (dpa/VWD) – Einen Verlust von 140 Mill. Dollar (rund 450 Mill. DM) wird die US-Fluggesellschaft Pan American nach Schätzung ihres Verwaltungsratsvorsitzenden C. Edward Acker im 1. Quartal dieses Jahres ausweisen. Die ersten drei Monate gelten in der Branche wegen des geringeren Passagieraufkommens als Durststrecke.

Kapitalmarkt erholt

Paris (J.Sch.) – An den internationalen Kapitalmärkten wurden im April 19 Mrd. Dollar mittel- und langfristig aufgenommen. Das waren 3,7 Mrd. mehr als im Vormonat. Die Erholung zeigt sich auch im Jahrsvergleich mit plus 2 Mrd. Dollar. Der wichtigste Grund war, daß die westlichen Industriestaaten (OECD) die Märkte verstärkt in Anspruch nahmen und zwar zu 85 Prozent gegen 73 Prozent im März. Allein die USA kontrahierten laut OECD 5,1 Mrd. Dollar. Die Entwicklungsländer dagegen begnügten sich mit 0,8 (2,0) Mrd. Dollar und die Ostblockstaaten mit 0,6 (0,4) Mrd. Dollar.

200-Millionen-DM-Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Für eine 200-Mill.-DM-Spanien-Anleihe sind im Hause der federführenden Dresdner Bank AG, Frankfurt, die Verträge unterzeichnet worden. Die Konditionen: 7 5/8 Prozent, Laufzeit zehn Jahre, Ausgabekurs 100 Prozent.

Kartell angemeldet

Berlin (dpa/VWD) – Die Gründung der Beton-Rohr Vertriebs GmbH und die Bildung eines Kartells haben vier Hersteller von Betonrohren und Schachtmaterialien in Norddeutschland, Bückeburg, beim Bundeskartellamt, Berlin, angemeldet.

Deutsche Brauerei in China

München (dpa/VWD) – Als erstes deutsch-chinesisches Gemeinschaftsunternehmen werden die Spaten-Franziskaner-Bräu KGaA, München, und die AMS Anlagenplanung GmbH, Hamburg, eine Brauerei in der zentralchinesischen Stadt Wuhan in der Provinz Hubei errichten. Dies sei das erste bundesdeutsche Wirtschaftsprojekt dieser Art, wurde gestern auf der Interbrau '85 erklärt.

Defizit im Osthandel

Bonn (VWD) – Im Handel der Bundesrepublik mit den osteuropäischen und ostasiatischen Staatshandelsländern (ohne DDR) hat sich im vergangenen Jahr ein Defizit von 3,1 Mrd. DM ergeben gegenüber einem leichten Überschuß von 0,4 Mrd. DM in 1983.

PHARMAPREISE

Bayer wehrt sich gegen eine staatliche Reglementierung

J. GEHLHOFF, Leverkusen

„Mit aller Entschiedenheit" setzte sich Bayer-Chef Strenger bei der Vorlage der 1984er Bilanz des Chemiekonzerns gegen die nicht nachlassenden Versuche zur Wehr, die Arzneimittelkosten und damit die deutsche Pharmaindustrie vorrangig für die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenkassen verantwortlich zu machen. Anlaß für seine Phillipika: Die (bislang erfolglose) Aufforderung des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen an alle Ärzte, nach Patentschutz-Ablauf für den Wirkstoff des besonders erfolgreichen Herz/Kreislauf-Bayer-Präperats Adalat ab März 1985 nur noch billigere Nachahmer-Präparate zu verordnen.

Strenger: An den Kosten der Gesetzlichen Krankenversicherung seien Arzneimittel heute nur mit knapp 15 (1971 noch 16,8) Prozent beteiligt, davon kaum zur Hälfte der Produzent, mit dem Rest Großhandel/Apotheke und Staat (Steuer). Der Spielraum zum Kostendämpfungsbeitrag sei für die Industrie also relativ klein.

Die Entwicklung eines neuen Medikaments koste heute mehr als 200 Mill. DM und verschlinge bis zum gewinnbringenden Vertrieb mehr als zwei Drittel der 20 Patentschutz-Jahre. „Wer nur billige Nachahmer-Produkte bezahlen will, weigert sich, seinen Beitrag zum Fortschritt in der Medizin zu leisten."

Obendrein schädige er eine Branche, die eine der wenigen „High technology"-Industrien der deutschen Wirtschaft sei. Sie steigerte ihre Ausfuhr 1984 um 12,7 Prozent auf 8,7 Mrd. DM und sei der größte Arzneimittelexporteur der Welt.

AXEL SPRINGER AG / Unternehmen soll auf eine breitere Basis gestellt werden

Bald klassische Aktiengesellschaft

gil. Bonn

Der Verleger Axel Springer will durch Aufnahme neuer Anteilseigner langfristig Ruhe und Stetigkeit in sein Haus bringen, das Unternehmen auf eine breitere Basis stellen, aber den publizistischen Freiraum für die Redaktionen voll erhalten. Dies sei, so wird von der Unternehmensspitze versichert, auch ein Beitrag zur Dekonzentration – eine Einschätzung, die das Bundeskartellamt teile.

Wie bereits berichtet, plant Axel Springer (73), 49 Prozent der Aktien, die von einer Holding (Axel Springer Gesellschaft für Publizistik KG, Berlin) gehalten werden, über die Deutsche Bank AG einem Kreis „erster Adressen aus der deutschen Wirtschaft" als Vermögensanlage anzubieten. Diese Transaktion unter der Maklerschaft der Deutschen Bank ist noch nicht abgeschlossen.

Damit wäre eine Mehrheit der verlegerischen Interessen – 26,1 Prozent der Aktien verblieben bei Springer, 24,9 Prozent hält die Familie Burda, Offenburg – garantiert. Die künftigen neuen Anteilseigner verfügten über 49 Prozent, freilich in Form von vinkulierten Namensaktien (lat.: vinculum, die Fessel), eine relativ seltene Gestaltungsform im Aktienrecht. Darin kommt der Wille des Verlegers zum Ausdruck, Aktienverkäufe an seine Zustimmung bzw. die der Gesellschaft zu binden. Eine Börseneinführung ist nicht geplant.

Auf die Frage, ob sich im künftigen Aufsichtsrat trotz der Vinkulation nicht eine Mehrheit gegen Springer ergeben könnte, meinte ein Sprecher des Hauses, dies „ist in Aktiengesellschaften zwar nie von der Hand zu weisen", aber in Satzung und Vertragsabsprachen sei der Einfluß der publizistischen Seite fest verankert. So wird der künftige Aufsichtsrat des Hauses Springer (derzeit drei Mitglieder) auf neun Mandate erweitert, von denen die Verlegerseite fünf Sitze stellen soll. Das spiegelt den Wunsch Axel Springers wider, in publizistischen und verlegerischen Fragen „das letzte Wort" zu sprechen.

Damit mache er deutlich, daß die publizistischen Interessen einen deutlichen Vorrang vor denen der Vermögensanleger hätten. Diese Kaufinteressenten, mit denen derzeit verhandelt werde, wüßten dies und suchten deshalb auch keinen entsprechenden Einfluß. Das Druck- und Verlagshaus Springer, in dem unter mehreren Zeitungen und Zeitschriften auch die WELT erscheint, engagiert sich stark in den neuen Medien und kooperiert dort mit anderen Presseunternehmen.

Auf vereinzelte Branchenkritik von Wettbewerbern an der Beteilungsverbreiterung angesprochen, meinte ein Unternehmenssprecher: „Dem Verleger muß es einfach erlaubt sein, sein Haus zu bestellen."

DEUTSCH-SAUDISCHE BEZIEHUNGEN

Warenaustausch schrumpfte

HEINZ HECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Bangemann sieht in dem zurückgehenden Warenverkehr „kein alarmierendes oder etwa ein politisches Signal sich verschlechternder deutsch-saudischer Wirtschaftsbeziehungen". Zu Beginn der 7. Tagung der bilateralen Wirtschaftskommission erklärte er ferner, die Beziehungen beider Länder ließen sich „nicht von der internationalen Wirtschaftslage abkoppeln". Beispielhaft nannte er tiefgreifende Veränderungen auf den Weltrohölmärkten und die schrumpfenden Erdöleinnahmen Saudi-Arabiens.

Riad habe darauf mit einer Verminderung des staatlichen Auftragsvolumens reagiert. Aus der Sicht der westlichen Industrieländer habe sich der „große Auftragsmarkt Saudi-Arabien wieder auf eine natürliche Absorptionskapazität zurückentwickelt". Dazu die Zahlen: „Gegenüber 1982, dem bisher erfolgreichsten Jahr unseres bilateralen Warenaustausches, sind unsere Exporte um 22 Prozent zurückgegangen und unsere Rohöleinfuhren sogar wertmäßig auf nur noch 26 Prozent geschrumpft."

Die Aufgabe der deutschen Wirtschaft sieht er darin, neue Betätigungsformen zu entwickeln „und die zweifellos immer noch vorhandenen Marktchancen in ihrer wesentlich versteckteren Form aufzuspüren". Vier Faktoren führt er ins Feld: Qualität deutscher Produkte, Zuverlässigkeit in der Vertragserfüllung und Bereitschaft zu projektbegleitendem Technologietransfer sowie technische Nachbetreuung.

Als weiteren Ansatzpunkt für die Festigung der Wirtschaftsbeziehungen nennt er Gemeinschaftsunternehmungen, zumal die saudische Politik darauf ziele, mit Hilfe ausländischer Partner moderne Technologie und unternehmerische Erfahrung ins Land zu holen. Die auf der 5. Kommissionstagung vereinbarte deutsch-saudische Investitions- und Promotionsgesellschaft Sageco bemühe sich gezielt um die Gründung solcher gemischten Unternehmen. Bangemann kritisierte aber, daß die saudische Wirtschaftspolitik diese gegenüber einheimischen Investoren benachteiligt. An der Sageco ist auf deutscher Seite die zu 100 Prozent dem Bund gehörende DEG beteiligt. Deutsche Direktinvestitionen in Saudi-Arabien haben nach amtlicher Statistik eine Viertel Milliarde Mark erreicht.

ÖSTERREICH / Geringe Nachfrage nach Renten

Privatanleger zurückhaltend

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Nur wenig gebessert hat sich heuer die Nachfrage des privaten Publikums auf dem österreichischen Kapitalmarkt. Ehe im April eine generelle Emissionspause folgte, wurden im ersten Quartal Anleihen mit einem Volumen von nur 16,3 Mrd. Schilling (2,3 Mrd. Mark) begeben. Dies bedeutet zwar gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres eine erhebliche Steigerung, doch rechtfertigt das Zeichnungsergebnis diese Beanspruchung kaum: Etwa zwei Drittel mußten die Kreditinstitute ins eigene Portefeuille nehmen – das war kaum weniger als während der schlechtesten Monate des Vorjahres, aber auf jeden Fall viel mehr, als dem langjährigen Durchschnitt von 58 Prozent entspricht.

Die Schwäche auf dem österreichischen Kapitalmarkt hatte mit der Einführung der siebeneinhalbprozentigen Zinsertragssteuer per Jänner 1984 begonnen. Trotz einer nur vorsichtigen Beanspruchung verblieben der Kreditwirtschaft im ersten Quartal 79 Prozent des aufgelegten Nominales. Erst im Herbst, nach der Ankündigung einer Reduzierung der Zinsertragssteuer auf 5 Prozent, belebte sich die Nachfrage insbesondere auch seitens der Devisenausländer.

Insgesamt gab der Markt aber anstelle des angestrebten Nettoemissionsvolumens von 77 Mrd. Schilling letztlich nur magere 24 Mrd. Schilling her. Die Bankkundschaft – darunter auch die Versicherungen – erwarb nur 45 Prozent – die niedrigste Quote, die während der letzten fünf Jahre verzeichnet wurde. Auf nichtinstitutionelle Anleger entfielen sogar nur 23 Prozent.

Abgesehen von einem geringen Realeinkommensspielraum bremste im vergangenen Jahr eine nur geringe Realverzinsung (2,3 Prozentpunkte) den inländischen Absatz. Andererseits erfreuten sich ausländische Emissionen bei österreichischen Anlegern größter Beliebtheit.

Eine große Konkurrenz für festverzinsliche Wertpapiere besteht aber auch zunehmend in anderen, staatlich geförderten Formen der Vermögensbildung, wie den verschiedenen Sparformen der Lebensversicherung oder den Genußscheinen. Derzeit operieren in Österreich fünf Beteiligungsfondsgesellschaften, die binnen zwei Jahren über 40 Genußscheinfonds 3,6 Milliarden Schilling an Risikokapital aufbringen konnten. Eine Änderung der Förderung läßt im laufenden Jahr noch einen Anlegerboom bei Genußscheinen erwarten, so daß das Genußschein-Kapital ein Volumen von fünf Mrd. Schilling überschreiten könnte.

Die Konditionen für Anleihen bleiben vorerst unverändert bei 8,25 Prozent. Allerdings soll bei den nächsten Emissionen durch Ausgabekurse unter 100 die Rendite auf 8,3 bis 8,4 Prozent erhöht werden.

TRINKAUS & BURKHARDT / Umwandlung in KGaA – Gang an die Börse offen

Suche nach potentem Investor hält an

HARALD POSNY, Düsseldorf

Das Düsseldorfer Bankhaus Trinkaus & Burkhardt, seit 200 Jahren Einzelfirma oder Kommanditgesellschaft unter der Leitung persönlich haftender Gesellschafter, ist von der Gesellschafterversammlung einstimmig rückwirkend zum 1. Januar 1985 in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA) umgewandelt worden. Herbert H. Jacobi, Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bank, begründete diesen Schritt auch damit, daß nach der Umwandlung die Plazierung des seit einigen Jahren bei der Midland-Bank-Gruppe „geparkten" Beteiligungspakets von rund 25 Prozent der Indosuez-Bank erleichtert wurde.

Die Midland-Bank will ihre Beteiligung (zur Zeit rund 92 nach 86,3 Prozent im vergangenen Jahr) dauerhaft bei 70 Prozent beschränken. Bei der Plazierung des „geparkten" Anteils denkt Jacobi nach wie vor an deutsche Investoren, institutionelle Anleger oder vermögende Privatpersonen, keinesfalls jedoch an Banken.

Die noch nicht beschlossene Börseneinführung – „und dies ohne jeden Zeitdruck" (Jacobi) – bedeute jedoch nicht die Schaffung eines breiten Publikumspapiers. Im Zuge der Umwandlung wird das Kapital von 187 auf 200 Mill. DM erhöht, 85 Mill. DM Grundkapital und 115 Mill. DM offene Rücklagen. Derzeit werden 8 Prozent des Kommanditkapitals von den Alt-Kommanditisten und von den persönlich haftenden Gesellschaftern gehalten.

Für Jacobi und den Mehrheitsaktionär bietet die KgaA größere Flexibilität in der Gestaltung der Kapitalstruktur, aber auch in der Bilanzierungs- und Thesaurierungspolitik. Zudem passe eine kapitalbezogene Rechtsform besser zu einem Haus der T & B-Größenordnung sowie in die Midland-Strategie, die Trinkaus die Eigenständigkeit auf dem deutschen Markt erhalten wolle. An der geschäftspolitischen Ausrichtung des Instituts ändere sich nichts.

Das Jahr 1984 hat die Bank erfolgreich gemeistert, im Blick auf die Anteilsplazierung ist der Hinweis, daß der Gewinn des Jahres „beachtlich über dem bereits befriedigenden Ergebnis des Vorjahres liegt" – wie immer –, wenig aussagekräftig. Das Provisionsergebnis mache 55 bis 60 Prozent der Zinserträge aus und decke die Verwaltungsaufwendungen bei weitem. Das Bruttobetriebsergebnis sei nochmals um 5 Prozent gesteigert worden. Die von den Banktöchtern in Luxemburg und Zürich erwirtschafteten Gewinne von 5,6 Mill. DM wurden thesauriert.

Das Bilanzsummenwachstum ist 1984 stärker ausgefallen und vor allem eine Folge des ausgeweiteten Interbankengeschäfts. Die höheren Forderungen an Kunden resultierten vornehmlich aus erhöhten Beständen an Schuldverschreibungen. Offene Risiken in Schuldenländern betragen weniger als ein Prozent des Kreditvolumens, das sind rund 50 Mill. DM.

Trinkaus-Bank	1984	±%
Gelder von Banken (Mill. DM)	2 127	+ 18,0
Gelder von Kunden	1 700	+ 3,9
Forder. an Banken	1 192	+ 17,0
Forder. an Kunden	1 796	+ 9,8
Kreditvolumen	3 763	+ 9,3
Bilanzsumme	4 331	+ 6,6
Geschäftsvolumen	4 642	+ 8,4
Konzern-Bilanzsumme	5 917	+ 8,1
Eigenkapital	187	–
in % d. Bil.-Summe	4,3	(4,6)
in % d. Verbindlk.	4,7	(5,0)
Liquide Mittel	1 287	+ 7,2
in % d. Verbindlk.	32,0	(32,0)

SCHWEIZ / Deutscher Honorarkonsul verliert Prozeß

Illegaler Grundstückskauf

IRENE ZÜCKER, Genf

Die Schweiz intensiviert jetzt ihre Bemühungen, sich dagegen zu schützen, daß zu viel Grund und Boden in den Besitz von Ausländern übergeht.

Gemäß dem vom Bundesgericht in Lausanne angeregten Muster-Prozeß gegen zwei deutsche Immobiliengesellschaften ordnete erstmals das Obwaldner Obergericht die Liquidation von zwei Firmen an und sprach den Erlös dem Kanton Obwalden zu. Die beiden Tarnfirmen des in München lebenden deutschen Honorarkonsuls und Bauunternehmers Hanns Maier werden aufgelöst. Maier verliert sein ganzes Geld.

Um seine Firmen als schweizerische ausgeben zu können, verlegte Maier 1971 seinen Wohnsitz nach Giswil und gründete die Bau und Touristik AG und die Wohnbau AG. „Förderung des Tourismus, insbesondere im Bergkanton Obwalden" wurde als Firmenzweck im Handelsregister eingetragen. Nach außen hielten Schweizer die Mehrheiten.

Denn Maier hatte zwei Einheimische als „Strohmänner" eingespannt, einen Giswiler Hotelier und einen Zürcher Rechtsanwalt, die mit seinem Geld die Mehrheit der Aktien zeichneten.

Einziges Ziel der beiden Firmen: Maier wollte die Bestimmungen über den Erwerb von Grundstücken für Ausländer umgehen. Denn Nichtschweizer brauchen eine Kauferlaubnis, weil inzwischen über 20 Prozent aller Ferienwohnungen Ausländern gehören.

Ein Luzerner Untersuchungsrichter klärt zur Zeit die Frage, ob nicht auch andere von Maier beherrschte Firmen, die in den Kantonen Luzern, Schwyz, Aargau, Zürich und Graubünden domozilieren, illegale Grundstückskäufe tätigten.

NAMEN

Reinhold Mäule wurde zum zum Vorstandsmitglied der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen, bestellt. Er wird Nachfolger von **Herbert Löhle**, der Mitte 1986 in den Ruhestand treten wird.

Kurt Schirmer, Direktor und Geschäftsführer des Unternehmensbereichs „Professionelle Electronic" bei der Grundig AG, Fürth, ist im Alter von 61 Jahren gestorben.

Georg Faber, General Manager Austin Rover Fahrzeuge, verläßt die deutsche Vertriebstochter in Neuss.

Dr. **Werner B. Fischer**, von 1968 bis 1980 langjähriger persönlich haftender Gesellschafter der KKB Bank KGaA, Düsseldorf, und seither deren Aufsichtsratsvorsitzender, wurde 70 Jahre.

Manfred K. Atzert wurde zum Geschäftsführer der Teldec Schallplatten GmbH, Hamburg, ernannt. Er ist Nachfolger von **Willy Zurschmiede**, der nur für eine befristete Zeit die kaufmännische Leitung der Teldec übernommen hatte.

THIMM / Wachstum über Branchendurchschnitt – Spielraum für Preiserhöhungen

Bei den Erträgen auf einem guten Weg

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Thimm Verpackungswerke KG, Nordheim, nach eigenen Angaben inzwischen die Nummer sieben unter den deutschen Wellpappen-Herstellern, verzeichnete 1984 ein deutlich über dem Branchendurchschnitt liegendes Wachstum. In besonderem Maße, so der geschäftsführende Gesellschafter Klaus Thimm, gilt dies für den Umsatz, der innerhalb der gesamten Industrie um 10,6 Prozent, bei Thimm aber um 13,7 Prozent auf 149,5 (131,4) Mill. DM zunahm. Die Produktion erhöhte sich gleichzeitig branchenweit um vier Prozent auf 3,7 Milliarden Quadratmeter und bei Thimm um 5,2 Prozent auf 201 (191) Mill. Quadratmeter.

Die Differenz zwischen Produktion und Umsatz mache deutlich, daß der Industriezweig im Berichtsjahr die Verkaufspreise anpassen konnte, wenngleich dies noch immer nicht im notwendigen Umfang gelang. Bei Thimm selbst lag das Erlösniveau Ende 1984 um rund 17 Prozent über dem des Vorjahres. Im ersten Quartal 1985 seien die Preise erneut um vier Prozent angehoben worden. Vor diesem Hintergrund habe sich die Ertragsentwicklung gegenüber 1983 erheblich verbessert. Dennoch will Thimm noch immer nicht von einem „befriedigenden Ertragsniveau" sprechen; erst bei einer Umsatzrendite von gut 10 Prozent vor Steuern sei dieses Prädikat gerechtfertigt.

Sorge bereitet unverändert der Bereich der „braunen Ware" und der Massenverpackungen. Auf diesem Gebiet werde das Kardinalproblem der Branche, die Durchsetzung höherer Preise, besonders deutlich. Obwohl Thimm intensiv darum bemüht sei, den Anteil der höherwertigen bedruckten Wellpappe (Thimm Color) am Gesamtumsatz (derzeit 30 Prozent) ständig zu erhöhen, müsse aus Gründen der Auslastung die Fertigung der Massenware beibehalten werden. Nach den Worten Thimms sind derzeit auf dem Gebiet der Displays Anlagen im Bau, die erhebliche Produktivitätsfortschritte in der Verarbeitung bringen werden. Auch hier werde die Verschiebung des Produktionsprogramms zu höherwertigen Verpackungen sichtbar.

Nachdem 1984 die Investitionen mit 2,6 (6,8) Mill. DM erheblich unter den Planansätzen blieben, wird jetzt im Stammwerk Nordheim ein 15-Mill.-DM-Investitionsprogramm auf den Weg gebracht, das die Automatisierung der Fertigung bis 1987 auf hohem Niveau vorsieht. Auch im Werk Alzey soll der Nutzungsgrad der Mechanisierung durch den Einsatz der Computersteuerung erhöht werden. Die Abschreibungen erreichten 1984 rund 5,5 (5,2) Mill. DM. Die nicht näher bezifferten Sonderabschreibungen seien voll genutzt worden.

Zuversichtlich beurteilt Thimm die Aussichten im laufenden Jahr. In den ersten drei Monaten ergab sich ein Umsatzplus von 19 Prozent. Die darin enthaltene Preissteigerung, die im Markt voll durchgesetzt wurde, habe die Renditesituation weiter verbessert. Nach den Worten Thimms darf der Umsatzzuwachs des ersten Quartals aber nicht auf das gesamte Jahr hochgerechnet werden, wenngleich erneut mit einem zweistelligen Plus gerechnet wird.

WERKZEUGMASCHINEN / Kapazitätsengpässe

„Echtes Expansionsjahr"

dpa/VWD, Hannover

Die Werkzeugmaschinenhersteller in der Bundesrepublik gehen davon aus, daß 1985 wieder ein „echtes" Expansionsjahr wird. Wie die Vertreter der Industrie anläßlich der 6. EMO Europäische Werkzeugmaschinen-Ausstellung (17. bis 25. September 1985 in Hannover) sagten, hätten sich die Auftragseingänge im 1. Quartal 1985 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 61 Prozent erhöht. Das größte Problem der Branche seien nun Kapazitätsengpässe, da Zulieferteile für die Fertigung kurzfristig nicht lieferbar seien.

Die Branche – das Herzstück der Investitionsgüterindustrie – geht davon aus, daß die Jahresproduktion 1985 um 15, möglicherweise sogar um 20 Prozent über dem Vorjahresniveau bei einer verbesserten Ertragssituation liegen wird. Das Auftragsvolumen liege bei 11,1 Mrd. DM, wovon 5,8 Mrd. DM auf das Ausland entfielen. 1984 blieb die Produktion mit 9,47 Mrd. DM in etwa auf dem Niveau von 1983 (nominal plus 0,7 Prozent, real minus 2,7 Prozent). Die Hersteller meinen, daß 1985 Preisanhebungen im Rahmen der Kostenerhöhungen von 4 bis 5 Prozent zu realisieren sind.

Im Außenhandel wurde 1984 ein Zuwachs bei den Exporten auf über 6 Mrd. DM verzeichnet, was einem Plus von real 0,4 Prozent und nominal von 3,8 Prozent entsprach. Allein in die USA wurden 1984 die Exporte mit 800 Mill. DM verdoppelt. Bei der Ausfuhr ist die Bundesrepublik den Angaben zufolge weiterhin führend mit einem Weltexportanteil von 22,3 Prozent, vor Japan mit 19,2 Prozent. Der Inlandsabsatz der deutschen Produktion ging real um 7,6 Prozent und nominal um 4,2 Prozent auf 3,4 Mrd. DM zurück. Die Einfuhr erhöhte sich um 13,8 (real 10,4) Prozent auf 1,7 Mrd. DM.

Die Kapazitätsausnutzung der Branche nähere sich mittlerweile der 90-Prozent-Marke, vor einem Jahr seien es rund 75 Prozent gewesen. Die Rezession der vergangenen Jahre sowie notwendige Strukturanpassungen der Branche hätten zu einem erheblichen Beschäftigungsrückgang geführt. Bei über 400 Betrieben beschäftige der Werkzeugmaschinenbau etwa 83 000 Mitarbeiter, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von etwa 1 Prozent entspreche. Der Beschäftigungsstand soll in diesem Jahr gehalten werden.

FRANKREICH / Diskussion um Arbeitszeitflexibilität

Patronat gegen Tariflöhne

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In seine Forderung nach größerer Arbeitszeitflexibilität hat der französische Unternehmerverband CNPF jetzt auch den gesetzlich garantierten Mindestlohn (SMIC) miteinbezogen. Nur durch eine grundlegende Reform könne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert werden. Er rührt damit an eine den Gewerkschaften besonders heilige soziale Errungenschaft.

Der Smic ist in Frankreich die unterste Lohngrenze. Er wird durch Regierungsbeschluß festgesetzt, wobei er an die Preissteigerungsraten angepaßt wird. Seit dem 1. April beträgt der Smic 25,54 Franc die Stunde (für Stundenlöhner) beziehungsweise 4316 Franc im Monat oder umgerechnet 1440 DM. Gegenwärtig werden etwa 1,5 Millionen Arbeitnehmer nach dem Smic entlohnt.

Zwischen 1974 und 1984 erreichte die an dem Index gemessene französische Inflation 207 Prozent. Die Löhne stiegen im Durchschnitt um 274 Prozent – der Smic dagegen um 349 Prozent. Dadurch wurde nach Auffassung des CNPF die Lohnhierarchie stark verfälscht. Vor allem der Abstand zwischen den Smic-Empfängern – meist ungelernte Arbeiter – und der nächstfolgenden qualifizierten Kategorie sei für diese in entmutigender Weise geschrumpft.

Vor allem aber würde der rigide Smic die Unternehmen an Neueinstellungen hindern. Um dieses Problem zu lösen, schlägt der Verband vor, die Smic-Schwelle zu senken und darauf variable Zuschläge zu zahlen, die durchaus das derzeitige Smic-Niveau erreichen oder sogar übertreffen könnten – falls dies die Lage des Unternehmens erlaubt. Auch könnte so den individuellen Verdiensten des Personals besser Rechnung getragen werden.

RATENKREDITE / Vor allem für Auto-Finanzierung

Wettbewerb wird schärfer

INGE ADHAM, Frankfurt

„Superkonditionen", mit denen Hersteller über eigene Finanzierungsinstitute den Absatz bestimmter Autotypen forcieren, machen den im Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKG) zusammengeschlossenen Ratenkreditinstituten zu schaffen. Etwa die Hälfte ihres einst „angestammten" Geschäfts in diesem Bereich ging nach Schätzungen von Verbandsmitgliedern verloren, auch wenn die Finanzierung von Pkw immer noch an erster Stelle bei der Verwendung von Konsumentenkrediten liegt, danach folgen Einrichtungsgegenstände, Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte, Urlaub und Hobby.

Der scharfe Wettbewerb um die Kreditnehmer zwischen Spezialinstituten und anderen Banken sorgte dafür, daß der Unterschied in der effektiven Jahresverzinsung der herausgelegten Kredite im gewerblichen Bereich (derzeit 8½ bis 8¾ Prozent für größere Kredite) praktisch verschwunden ist und auch im Konsumentenkreditgeschäft deutlich kleiner geworden ist.

Das Kreditvolumen bei Konsumentenkrediten der im BKG zusammengeschlossenen 72 Institute, die zum Teil auch Leasing und Factoring betreiben, nahm im vergangenen Jahr um 3,8 Prozent auf 12,78 (12,29) Mrd. DM zu; der Umsatz expandierte um 5 Prozent, dabei ermäßigte sich der durchschnittliche Kreditbetrag im Neugeschäft auf 3662 (4059) DM, der effektive Jahreszins lag im Durchschnitt bei 15,5 (i. V. 15,7) Prozent. In diesem Jahr rechnen die Institute mit ähnlichem Wachstum.

Nicht an ein Anhalten der mit einem Plus von bis 20 Prozent im Neugeschäft des ersten Quartals geradezu rasanten Entwicklung im gewerblichen Bereich rechnen die Institute. Im Mittelpunkt der Nachfrage stehen Ausrüstungsinvestitionen. Insgesamt lag das Kreditvolumen im gewerblichen Bereich im vergangenen Jahr um 8 Prozent über dem Vorjahr (4,2 nach 3,9 Mrd. DM), das Neugeschäft expandierte dabei um 5 Prozent, der durchschnittliche Kreditbetrag reduzierte sich auf 42 000 (49 000) DM. Mit der Ertragsentwicklung sind die Institute zufrieden.

DORNIER / Arbeitnehmer drücken aufs Tempo

„Unverzüglich eine Lösung"

WERNER NEITZEL, München

Bei den zur Zeit laufenden Bemühungen um eine neue Gesellschafterstruktur beim Luft- und Raumfahrt-Konzern Dornier sollte „unverzüglich eine einvernehmliche Lösung" herbeigeführt werden. Diese Forderung der Arbeitnehmerseite an die Verhandlungspartner richtete in München Alois Laus (IG Metall), stellvertretender Dornier-Aufsichtsratsvorsitzender, nachdem die Gespräche zwischen Daimler-Benz-Vorstandsmitgliedern und Claudius Dornier, der sich gegen die in Aussicht genommene Lösung sperrt, zunächst keine erkennbaren Erfolge brachte. Weitere Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen stattfinden. Bekanntlich muß bis zum 15. Mai gemäß den ausgehandelten Verträgen eine Lösung erzielt werden.

Laus hob hervor, daß die Belegschaft kein Vertrauen mehr habe zu einer Kapitalmehrheit in Familienhand. Man verlange vielmehr nach einem industriellen Mehrheitsgesellschafter. Von Anfang an habe man in einer Verbindung zu Daimler-Benz die optimale Lösung gesehen. Dies gelte sowohl für die Sicherheit der Arbeitsplätze, der Arbeitnehmer und die Standorte Friedrichshafen und München.

In einer Sperrminorität für Claudius Dornier, wie von diesem zumindest zeitweise gefordert, sehe man den kleinsten gemeinsamen Nenner. Laus richtete an alle Beteiligten den Appell, diesen Weg mitzugehen. Ein zu langes Hinauszögern gefährde das Unternehmen. In einigen Bereichen sei bei potentiellen Auftraggebern bereits Verunsicherung spürbar. Im Interesse der 9000 Beschäftigten, die im weiteren Sinne mit zur Familie Dornier zählten, regte Laus an, daß man sich Gedanken über die Einrichtung einer Stiftung für Aus- und Weiterbildung machen möge.

STRABAG BAU / Dividendenhöhe noch offen

Positives Ergebnis im Inland

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die zu den größten deutschen Baukonzernen gehörende Strabag Bau AG, Köln, erwartet für 1984 „ein Bilanzergebnis, das die Ausschüttung einer Dividende ermöglicht". Mit diesem lapidaren Hinweis nach reichlich vier Monaten des neuen Geschäftsjahres überläßt der Vorstand in einem Zwischenbericht den Anteilseignern (darunter zu mehr als 25 Prozent das Neußer Bankhaus Wilh. Werhahn) das Rätselraten. Für das Geschäftsjahr 1984 waren aus dem um fast zwei Drittel auf 7,7 Mill. DM geschrumpften AG-Jahresüberschuß noch 7 (10) DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet worden. In Börsenkreisen wird mit dieser Dividende auch für 1984 gerechnet.

Auf das mögliche Ergebnis bereitet der Vorstand mit Hinweis auf die schwächer gewordene Nachfrage nach Bauleistungen und dem dadurch verschärften Wettbewerbs vor, der im Inland zu einem Preisniveau geführt hat, das vielfach keine volle Kostendeckung mehr ermöglichte. Dennoch sei 1984 im Inland erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet worden. Das anteilige Ergebnis des Auslandsbereichs wurde wiederum durch erfolgreiche Risikovorsorge beeinflußt.

Der Strabag-Konzern erreichte 1984 eine Gesamtleistung von rund 3 Mrd. DM (plus 13,7 Prozent). Der Auslandsanteil daran erhöhte sich auf rund 1,1 Mrd. DM. Die Auftragseingänge lagen im Berichtsjahr um 5,5 Prozent über den Vorjahreswerten. Da der Leistungsanstieg insgesamt höher als die Zunahme der Auftragseingänge war, lag der Auftragsbestand zum Jahresende mit 2,7 Mrd. DM unter dem Vorjahreswert.

Die Investitionen blieben mit rund 100 Mill. DM deutlich unter den Durchschnittswerten früherer Jahre. Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern betrug 20 500. Im 1. Quartal 1985 lag die Gesamtleistung mit 471 Mill. DM leicht über Vorjahr, die Auftragseingänge mit 377 Mill. DM etwas darunter. Der Gesamtauftragsbestand erreichte rund 2,6 Mrd. DM.

DEUTSCHER KOMMUNIKATIONS-TAG

Brücke von Theorie zur Praxis

PETER WEERTZ, Berlin

Mit dem Leitthema „Zukunft durch Kommunikation" beginnt morgen in Berlin der dritte Deutsche Kommunikations-Tag. Veranstalter ist der BDW Deutsche Kommunikationsverband zusammen mit der Deutschen Public Relations-Gesellschaft (dprg) und den Verbänden der Werbewirtschaft. Es geht den Veranstaltern um die innovative Weiterentwicklung eines Milliardenmarktes – von Werbung, Verkaufsförderung, Öffentlichkeitsarbeit, Marketing und Marktforschung.

Dieser Milliardenmarkt mit einem Umsatz von rund 16 Mrd. DM und etwa 50 000 Beschäftigten ist nach Ansicht des Kommunikations-Verbandes einem starken Wandel ausgesetzt. Nach dem „Industrie-Zeitalter" formiere sich die Kommunikations-Gesellschaft, die Information und Begegnung in den Mittelpunkt des Interesses rücke, meinte Verbands-Vizepräsident Friedrich Reinshagen vor der Eröffnung des Kongresses. Er erinnert dabei an die Probleme der Wirtschaft und ihre Verständigungsschwierigkeiten mit Technologie und Umwelt. Neue Arbeitsfelder, die über die bisherige Tätigkeit der Werbewirtschaft hinausgehen, sieht Reinshagen auch in den Fragen nach einer bürgernahen und glaubwürdigen Politik.

Der Kongreß will sich daher mit der wachsenden Bedeutung der Kommunikationsarbeit in einer sich wandelnden Gesellschaft auseinandersetzen. Zugleich werden die Experten den Einfluß der neuen Medien und Kommunikationstechniken auf ihr Arbeitsgebiet untersuchen.

Nicht zuletzt will sich der Kongreß darum bemühen, eine Brücke zwischen Theorie und Kommunikationspraxis zu schlagen.

BAYER / Noch keine Pausenzeichen für Chemiekonjunktur – Höhere Investitionen auch für Kapazitätserweiterungen

Nach prächtigem Abschluß nicht zufrieden

J. GEHLHOFF, Leverkusen

Den höchsten Gewinn ihrer Geschichte und die größte Dividendensumme aller deutschen Aktiengesellschaften schüttet die Bayer AG, Leverkusen, ihren 350 000 Aktionären mit der für 1984 vorgeschlagenen Dividende von 9 (7) DM aus (Hauptversammlung am 19. Juni). Hermann Josef Strenger, Vorstandsvorsitzender dieser mit 2,56 (2,53) Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft, jedoch hat vor allem zwei Gründe, solche Superlative aus dem erwartungsgemäß prächtigen Abschluß zu relativieren.

Acht Jahre lang sei das Unternehmen in wirtschaftlich schwierigem Umfeld durch eine „Ertragsflaute" gewandert. Die sich jetzt andeutende Rückkehr zu den Renditen der frühen 70er Jahre führte bislang erst zu einem Niveau, das mit Blick auf die wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft wie auf die Auslandskonkurrenten „noch nicht befriedigend" sei. Konkreter: Mit Umsatzrenditen von 4,1 (3,4) Prozent (AG) und 3,7 (2) Prozent (Welt) werde man von den Amerikanern (mindestens 10 Prozent), der britischen ICI und auch von den Schweizern klar übertrumpft. Der für die Welt-Bilanz angestrebte Eigenkapitalanteil von 33 Prozent habe sich auch mit nun 28 (26,7) Prozent noch lange nicht geändert.

Das aktuelle Geschäft rechtfertigt beim Bayer-Chef solche Selbstzucht noch höherer Anforderungen. Im ersten Quartal 1985 waren bei Bayer-Welt der Umsatz mit 12 Mrd. DM um 11,1 Prozent und der Gewinn vor Steuern mit 820 Mill. DM um 28,9 Prozent höher als vor Jahresfrist; bei der AG waren es Plusraten von 6,9 Prozent auf 4,85 Mrd. DM Umsatz mit 65,9 (65) Prozent Exportanteil und von 23,4 Prozent auf 395 Mill. DM Gewinn vor Steuern.

Natürlich verweist Strenger auf zahlreiche „Unwägbarkeiten", die ein fröhliches Hochrechnen dieses jüngsten Quartals (denen im April sogar ein AG-Umsatzplus von 17 Prozent folgte) auf das nächste Jahresergebnis verbieten. Aber Flautezeichen am Chemie-Konjunkturhimmel sieht er für Bayer nicht. Und zu dem für den Konzern besonders wichtigen Nordamerika-Gschäft, das 1984 mit 10,2 Mrd. DM Umsatz erstmals sogar den deutschen Heimatmarkt überflügelte, gibt er sich im derzeitigen Rätseln über den Fortgang des USA-Konjunkturaufschwungs gewiß, daß das Nordamerika-Geschäft für den Konzern auch 1985 „ein stabiler Faktor" bleiben werde.

Auf den Auslandsmärkten, wo Bayer 1984 aus eigenen Auslandsfabriken 40 Prozent des Weltumsatzes erzielte, liegt das Schwergewicht des Ertragsfortschritts. Der wurde 1984 noch gedämpft durch eine 726 Mill. DM „Organschaftsverlust" teure Bereinigung des Problems „Scheide-Chemie" (das bekannte Anthrachinen-Debakel). Rechnet man da die noch vom nun ausgeschiedenen Partner Ciba-Geigy AG zu tragende Verlusthälfte dem Bayer-Weltergebnis hinzu und zieht die im übrigen positiven Ergebnisanteile sonstiger „Konzernfremder" bei Bayer-Töchtern ab, so hat sich das DVfA-Nettoergebnis je Bayer-Aktie 1984 gleichfalls stattlich um 26,3 Prozent auf 22,03 DM bei der AG und am 43,3 Prozent auf 38,05 DM im Weltabschluß verbessert.

Nicht nur deshalb und wegen der 1984er Dividende sieht Strenger im derzeitigen Börsenkurs eine „Unterbewertung" der Bayer-Aktie. Auch wegen der Aussichten für 1985, das (zumindest) „ebenso gut wie 1984" ausfallen werde.

Zuversicht zeigt denn auch der für 1985 und 1986 geplante Anstieg der Welt-Sachinvestitionen auf je 2 bis 2,1 Mrd. DM mit „traditionell" 40 Prozent Auslandsanteil und nun überproportional steigenden Ausgaben für Kapazitätserweiterungen. Größer bleibt der Forschungsaufwand, der 1984 mit 1,96 (1,69) Mrd. DM erstmals die Sachinvestitionen übertraf und 1985 auf 2,1 Mrd. DM wachsen soll. Davon wird bereits die Hälfte im Ausland ausgegeben, vor allem zur Nutzung des riesigen US-Forschungspotentials. Strenger kommentiert diesen Riesenaufwand „als Folge unserer Strategie, das Geschäft immer mehr zu höherwertigen Produkten zu verlagern".

Bayer (Welt)	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	43 032	+ 15,3
dav. Bayer AG	16 215	+ 10,7
Auslandsanteil (%)	78,6	(76,8)
Belegschaft	174 755	–
dav. Bayer AG	61 615	+ 0,4
Personalaufwand	11 621	+ 8,0
Gesamtinvestitionen	2 082	+ 1,9
Sachinvestitionen	1 842	– 1,6
Cash flow [1]	5 862	+ 24,6
netto [1]	3 675	+ 25,6
Gewinn vor Steuern	2 901	+ 34,1
Jahresüberschuß [2]	1 174	+ 55,7
dto. Bayer AG	680	+ 31,0
Ausschüttung	460	+ 29,9

[1] Gewinn vor Steuern und Abschreibungen und Zuführung Pensionsrückstellungen; netto = ohne Steuern und Ausschüttung. [2] Mit ERgebnisanteilen Konzernfremer 1 339 (756) Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Beiersdorf erhöht

Hamburg (dpa/vwd) – Die Beiersdorf AG, Hamburg, erhöht ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1984 um eine auf 9,50 DM je nominal 50 DM-Aktie. Dies schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung am 25. Juni vor. In den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres stiegen die Umsätze gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit im Inland um 8,7 Prozent und im Ausland um 17,9 Prozent.

MUK erhöht Ausschüttung

Hamburg (VWD) – Die Markt- und Kühlhallen AG (MUK), Hamburg, will für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von 7 (6) DM je 50-DM-Aktie ausschütten (Hauptversammlung am 27. Juni). Seit der Fusion mit den Linde-Kühlhäusern 1984 ist am erhöhten MUK-Grundkapital von 29,8 Mill. DM die Linde AG mit knapp 30 Prozent, das Bankhaus Merck, Finck u. Co mit 35 und die Victoria Versicherung mit knapp 10 Prozent beteiligt. Der Rest ist Streubesitz.

KKB scheidet aus

Frankfurt (adh) – Die zum Bereich der Citibank gehörende KKB-Bank wird zum Jahresende aus dem Bankenfachverband Konsumenten- und gewerbliche Spezialkredite (BKG) ausscheiden. Als Hintergrund für diesen Schritt ist die konsequente Entwicklung des Institutes weg von der traditionellen Ratenkreditbank hin zur Geschäftsbank mit einem breiten Rahmen von Dienstleistungen zu sehen.

Berliner Bank: 6 Mark

Berlin (VWD) – Der Hauptversammlung der Berliner Bank AG am 21. Juni 1985 wird für 1984 auf das voll gewinnberechtigte Kapital von 185 Mill. DM eine Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie und auf die zur Hälfte gewinnberechtigten Aktien aus der Kapitalerhöhung 1984 eine Ausschüttung von 3 DM vorgeschlagen. Durch die Kapitalerhöhung um 65 Mill. DM war die bis dahin voll im Besitz des Landes Berlin befindliche Berliner Bank teilprivatisiert worden. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung weiter hervorgeht, wird ein Bilanzgewinn von 26,1 (20,7) Mill. DM ausgewiesen.

Plus in allen Bereichen

Köln (dpa/VWD) – Die Deutsche Lufthansa AG, Köln, hat im 1. Quartal 1985 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum eine „Zunahme in allen Bereichen" gemeldet. Wie das Unternehmen mitteilte, habe der Zuwachs aufgrund des bereits erreichten hohen Niveaus nicht mehr den boomartigen Charakter des vergangenen Jahres. Wegen des frühen Ostertermins sei die Zahl der Passagiere überdurchschnittlich um fast 7 Prozent auf knapp 3,6 Mill. gestiegen. Das Frachtaufkommen hat um 1,5 Prozent auf 128 401 Tonnen zu genommen. Im Bereich Luftpost war eine Steigerung um fast 10 Prozent auf 16 767 Tonnen zu verzeichnen.

Gelsenwasser: 13 Prozent

Gelsenkirchen (dpa/VWD) – Die Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, größtes privatwirtschaftliches Wasserversorgungsunternehmen der Bundesrepublik mit starken Interessen auch im Erdgasgeschäft, will für 1984 auf das Grundkapital von 125 Mill. DM 13 Prozent Dividende zahlen, das schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung am 19. Juni vor. Die geplante Ausschüttung entspricht praktisch der der beiden Vorjahre, in denen jeweils 12 Prozent Dividende und 1 Prozent Bonus gezahlt wurden. Das Unternehmen weist für 1984 einen Bilanzgewinn von unverändert 16,25 Mill. DM aus.

AUDI / Schon 37 Modelle mit Katalysator im Angebot

In diesem Jahr Fragezeichen

HARALD POSNY, München

Abgasdiskussion und kein Ende: Die Audi AG, Ingolstadt, erster deutscher Autohersteller, der die Allgemeine Betriebserlaubnis für Katalysatorfahrzeuge schon Ende 1983 beantragt und erhalten hatte und mittlerweile 37 Modelle mit Katalysator anbietet, spürt den Mangel an klaren notwendigen europäischen Abgasgrenzwerten und die anhaltende Verunsicherung der Käufer. So setzt Wolfgang R. Habbel, Vorstandsvorsitzender der Audi AG, „ein deutliches Fragezeichen" hinter die Frage nach einem für 1985 ebenso guten Jahr wie 1984.

Obwohl etwas günstiger als im Marktdurchschnitt (minus 17,4 Prozent) hatte Audi im 1. Quartal 1985 bei den Neuzulassungen mit knapp 34 000 Einheiten einen Rückgang von 14,6 Prozent. Bei den Auftragseingängen lag das Unternehmen um 8,3 Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Dennoch hofft Habbel, das Geschäft im Sommer nachholen zu können. Als Mindestziel wird die Produktionszahl von 1984 angestrebt. Augenblicklich macht nur das Europageschäft Freude. Hier überstiegen die Verkäufe von 37 000 Stück die Vorjahresverkäufe des 1. Quartals um 13 Prozent.

In den USA ging der Absatz nach einem Plus von 48,5 Prozent auf 71 000 Wagen in den ersten 3 Monaten dieses Jahres um 8,6 Prozent zurück, dennoch sieht Habbel hier für Audi einen Markt von 70 000 bis 80 000 Wagen unter den vier Anbietern von „European high class"-Fahrzeugen. Dem Zwang zur technologischen Hochleistung wird 1985 mit Investitionen (aus eigenen Mitteln finanziert) zwischen 800 und 850 Mill. DM, davon 50 Prozent für Produktinnovationen, Rechnung getragen.

Trotz des Nettoverlusts von streikbedingt nicht gebauten 16 000 Autos, was vor Steuern einen Ergebnisausfall von 110 Mill. DM brachte, hatte Audi ein außerordentlich erfolgreiches Jahr 1984: Die hohe Umsatzsteigerung rührt vom größeren Anteil hochwertiger, reichhaltiger ausgestatteter Fahrzeuge, namentlich im USA-Export. Dies hat sich nicht zuletzt auf die Ertragssituation ausgewirkt: Eine Umsatzrendite von 2,1 Prozent läßt sich sehen, ebenso das Ergebnis je Aktie von 57,64 (54,21) DM.

Die Liquiditätslage von Audi hat sich weiter verbessert. Die Investitionen waren zu 161 Prozent durch den Cash flow gedeckt, langfristige Mittel erreichten 50 (40) Prozent der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen war voll (77) Prozent durch langfristige Mittel finanziert. Die Eigenkapitalquote ist mit 24 Prozent konstant geblieben. Angesichts ungenügender Kapazitätsauslastung von 80 (1984: 85 bis 90) Prozent ist derzeit an eine Personalaufstockung nicht zu denken.

Audi AG	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	8 726	+ 8,8
Produktion (Stück) [1]	372 407	– 4,2
Absatz (Audi)	362 034	+ 0,2
Exportanteil (%)	59,0	(52,6)
Inl.-Zulassungen	143 924	– 14,9
Marktanteil (%)	6,1	(7,1)
Mitarbeiter [2]	35 403	+ 5,4
Personalaufwand	1 927	+ 1,7
Sachinvestitionen	495	+ 26,3
in % d. Umsatzes	5,7	(4,9)
Sachabschreibungen	533	+ 8,6
Cash-flow [3]	806	+ 1,6
in % d. Umsatzes	9,2	(9,9)
Jahresergebnis [4]	185	+ 3,9
Gewinnabführung VW	148	+ 2,1
Rücklagendotierung	37	+ 12,1
Ausschüttung [5]	–	(0,1)

[1] einschl. 27 674 (30 397) Porsche 924/944; [2] Jahresende; [3] Jahresergebnis + Anl.-Abschr. u. -abgänge – Zuschreibungen ± Veränd. d. Pensionsrückst. ± Veränd. d. Eigenkapitalanteils am Sonderp. m. Rücklageanteil. [4] nach Steuern vor Ergebnisabführung u. vor Veränd. d. Rücklagen; [5] bis 31.12.1983 an Genußschein-Inhaber.

UNION-INVESTMENT

USA und Italien sind Börsenstars

cd. Frankfurt

Die Union-Investment-Gesellschaft, hinter der genossenschaftliche Banken sowie in- und ausländische Privatbanken stehen, betrachtet Lebensversicherungsnehmer, deren Verträge auslaufen, als eine besonders interessante Zielgruppe für die Investmentbranche. Deshalb will die Union die Kooperation mit Versicherungsgesellschaften forcieren und Fonds auflegen, die vom Außendienst der Assekuranz vertrieben werden.

Die Genehmigung werde beantragt, sagte Wolfgang Deml, Sprecher der Geschäftsleitung, der damit rechnet, daß sich das Investmentgeschäft weiter belebt, nachdem die Union in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 84/85 für 195 Mill. DM netto Anteile verkauft hat. Dadurch und durch Wertsteigerungen stieg das Vermögen der sechs Wertpapier-Publikumsfonds auf 4,9 Mrd. DM. Absatzrenner waren die Rentenfonds, besonders der schwerpunktmäßig in den USA investierenden Unirenta.

Die Union rechnet mit weiterhin sinkenden Zinsen und hat jetzt die Wall Street zur Favoritenbörse auserkoren. Viele andere, bisher favorisierte Märkte verlieren dagegen nach Einschätzung von Geschäftsführer Klaus Kirstein etwas an Anziehungskraft. An der deutschen Börse zeichneten sich aus fundamentaler Sicht keine nachhaltigen Kurssteigerungen mehr ab, doch könnten Auslandskäufe für Schwung sorgen. In Europa hält die Union in diesem Jahr Italien für den Börsenstar. Auch Gold könne mittelfristig wieder an Glanz gewinnen.

DWS: Chancen für deutsche Aktien

cd. Frankfurt

Knapp eine Mrd. DM Spargeldzuflüsse und Wertsteigerungen zwischen 3,6 und 10,4 Prozent ließen das Vermögen der neun Wertpapier-Publikumsfonds der DWS, die der Deutschen Bank nahesteht, in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 84/85 trotz 786 Mill. DM Ausschüttungen per Ende März auf knapp 11 Mrd. DM steigen.

Die DWS-Aktienfonds-Sparer trennten sich allerdings per Saldo von Anteilen; sie realisierten Gewinne. Verkaufsschlager war der international anlegende Rentenfonds Inter-Renta, der allein mehr als 1,3 Mrd. DM absetzte und jetzt knapp 5,5 Mrd. DM managt. Die Geschäftsleitung rechnet mit einem noch zunehmenden Vertrauen ausländischer Investoren in die D-Mark und in deutsche Aktien und daher mit einer weiter freundlichen Aktientendenz, von der der Fonds Investa mit verstärktem Anlageschwerpunkt in Chemiewerten (20,1 nach 16,9 Prozent) profitieren sollte.

Mit einer Wertsteigerung um 10,4 Prozent war der Investa Spitzenreiter unter den DWS-Fonds. Am deutschen Rentenmarkt sieht die DWS noch Zinssenkungschancen. Wegen der internationalen Zins- und Devisenkursschwankungen werden kurzfristige Risiken beim Fonds Inter-Renta, der 8,3 Prozent Wertzuwachs erreichte, nicht ganz ausgeschlossen.



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1984

Aktivseite	DM	Passivseite	DM
Langfristige Ausleihungen	9 873 593 666,57	Begebene Schuldverschreibungen (einschl. Lieferungsverpflichtungen)	9 794 253 572,49
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	3 546 308,17	Aufgenommene langfristige Darlehen	294 598 900,–
Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben	9 392 750,98	Kurz- u. mittelfristige Verbindlichkeiten	108 814 975,90
Kurz- und mittelfristige Forderungen	635 000 838,75	Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	318 282 444,03
Eigene Schuldverschreibungen	44 361 691,51	Durchlaufende Kredite	10 968 898,25
Zinsen für langfristige Ausleihungen	238 268 944,67	Rückstellungen	13 198 708,10
Durchlaufende Kredite	10 968 898,25	Sonstige Verbindlichkeiten	1 050 671,07
Grundstücke und Gebäude	2 137 754,76	Rechnungsabgrenzungsposten	35 094 240,45
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 321 604,–	Grundkapital	27 500 000,–
Sonstige Vermögensgegenstände	8 067,67	Offene Rücklagen	205 700 000,–
Rechnungsabgrenzungsposten	75 956,24	Bilanzgewinn	10 214 071,28
	10 819 676 481,57		10 819 676 481,57

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1984

Aufwendungen	DM	Erträge	DM
Zinsen für Schuldverschreibungen und Darlehen	767 149 760,97	Zinsen aus Hypotheken, Kommunaldarlehen und sonstigem	764 167 433,46
Andere Zinsen	3 363 774,64	Andere Zinsen	74 577 355,20
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft	27 262 427,21	Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	34 274 105,47
Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	8 360 350,19	Andere Erträge	906 969,43
Personalaufwendungen	15 899 714,99	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	253 565,–
Sachaufwand	6 441 101,51		874 179 428,56
Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	688 085,82	Jahresüberschuß	20 409 126,25
Steuern	24 353 274,80	Gewinnvortrag	4 945,03
Sonstige Aufwendungen	251 812,18		20 414 071,28
Jahresüberschuß	20 409 126,25	Einstellung in offene Rücklagen	10 200 000,–
	874 179 428,56	Bilanzgewinn	10 214 071,28

Der vollständige Jahresabschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthält, wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Hauptversammlung vom 6. Mai 1985 hat beschlossen, den im Jahresabschluß ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 10 214 071,28 DM wie folgt zu verwenden:

5 500 000,– DM zur Ausschüttung einer

Dividende von 10,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM,

1 375 000,– DM zur Ausschüttung einer

Zusatzdividende (Bonus) von 2,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM,

zahlbar am 7. Mai 1985 auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 27 500 000,– DM, Zuweisung zu den sonstigen Rücklagen nach § 7 HBG 3 300 000,– DM, Gewinnvortrag 39 071,28 DM. Die Dividende wird unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 44 der Aktien ausgezahlt.

Dem Aufsichtsrat unserer Bank gehören an: Dr. Christoph von der Decken, Hamburg, Vorsitzender, Dr. Wolfgang Leeb, Frankfurt/Main, stellv. Vorsitzender, Udo Bandow, Hamburg, Dr. Manfred Hohage, Hamburg, Gerhard Ohmsen, Hamburg, Dirk Schrödter, Hamburg.

Arbeitnehmervertreter: Rainer Schmidt, Hamburg, Siegfried Schumann, Hamburg, Werner Valk, Hamburg.

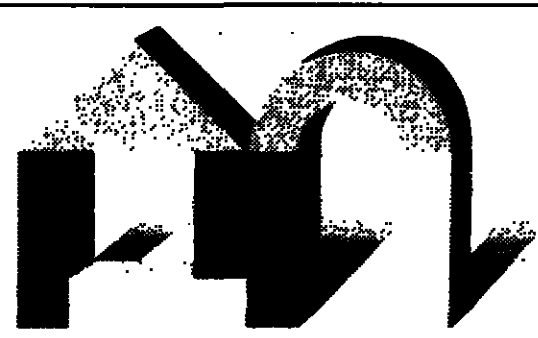
Vorstand: Dr. Clauß Leibrock, Hamburg, Dr. Manfred Meissner, Hamburg, Dr. Wolfgang Weitze, Hamburg.

Hamburg, im Mai 1985

Hypothekenbank in Hamburg



Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35910-0



Bauen auf solider Basis

Aus dem Jahresabschluß 1984:

	Millionen DM
Darlehensbestand	7.606
Begebene Schuldverschreibungen und Lieferverpflichtungen	7.155
Aufgenommene Darlehen	277
Grundkapital und offene Rücklagen	177
Bilanzsumme	8.368
Dividende (18%)	DM 9,–

Der vollständige Jahresabschluß mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wurde im Bundesanzeiger Nr. 84 am 7. 5. 1985 veröffentlicht.

Die Hauptversammlung hat am 3. Mai 1985 beschlossen, für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von DM 9,– je Aktiennennbetrag von DM 50,– auszuschütten. Die Dividende wird unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 38 ausgezahlt.

Hannover, im Mai 1985



DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK (ACTIEN-GESELLSCHAFT)
3000 Hannover 1, Georgsplatz 8 · Tel. (0511) 1245-0

Hypothekenbüros:
1000 Berlin 15, Uhlandstr. 165/166, Tel. (030) 8827331
4300 Essen 1, Hachestr. 34, Tel. (0201) 234001
6000 Frankfurt 1, Bockenheimer Landstr. 10, Tel. (069) 728140
2000 Hamburg 1, Paulstr. 5, Tel. (040) 326525 u. 326119
3000 Hannover 1, Georgsplatz 8, Tel. (0511) 1245-0
5000 Köln 1, Neusser Str. 20, Tel. (0221) 720619
6800 Mannheim 1, Werderstr. 17, Tel. (0621) 442088
8000 München 2, Kardinal-Faulhaber-Str. 15, Tel. (089) 229084/85
7000 Stuttgart 1, Kronprinzstr. 24, Tel. (0711) 221904/05



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 6. Mai 1985 wurde die Ausschüttung einer Dividende für das Geschäftsjahr 1984 in Höhe von DM 10,– sowie einer Zusatzdividende (Bonus) von DM 2,50,

insgesamt DM 12,50 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,–,

zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von DM 27 500 000,–, beschlossen.

Die Dividende wird ab 7. Mai 1985 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 44 der Aktien ausgezahlt. Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Zahlstellen sind

in Hamburg:	unsere Kasse, Hohe Bleichen 17 Dresdner Bank AG Berliner Handels- und Frankfurter Bank Deutsche Bank AG Vereins- und Westbank AG M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
in Berlin:	Bank für Handel und Industrie AG Berliner Handels- und Frankfurter Bank Deutsche Bank Berlin AG
in Düsseldorf:	Dresdner Bank AG Berliner Handels- und Frankfurter Bank Deutsche Bank AG
in Frankfurt/M.:	Dresdner Bank AG Berliner Handels- und Frankfurter Bank Deutsche Bank AG

Hamburg, den 7. Mai 1985

Hypothekenbank in Hamburg



Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Renten freundlicher

Der nach unten schwankende Dollar hat die Stimmung auf dem Rentenmarkt aufgelockert. Im öffentlichen Bereich erstreckte sich das Anlageinteresse nun mehr auch auf mittlere und längere Laufzeiten. In der Spitze zogen hier die Kurse bis zu 0,30 Prozentpunkte an. Insgesamt wurde aber auch hier eine steigende Nachfrage konstatiert. Lebhaft war das Interesse für die neuen Nullcoupon-Anleihen, die Anleihe der Commerzbank wurde bereits leicht über ihrem Emissionskurs gesucht, die Österreich-Anleihe leicht darunter.

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	100,65bG	100,65
F 6 dgl. 77	9/87	98,7	98,7
F 6 dgl. 78 II	7/88	98,55	98,15

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Einbußen in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	6. 5.	3. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	337,75	336,00
Juli	323,75	321,00
Sept.	324,25	321,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	249,44	248,64
Amber Durum	241,59	251,59
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	127,80	126,70
Juli	131,20	130,60
Okt.	137,40	136,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	125,70	125,50
Juli	125,30	125,70
Okt.	119,30	119,90
Hafer Chicago (c/bush)		
Mai	162,00	162,00
Juli	156,50	158,00
Sept.	157,00	157,00
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	284,00	281,25
Juli	278,50	277,25
Sept.	268,50	267,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
Mai	147,00	148,00
Juli	136,60	135,80
Okt.	123,10	123,00

Genußmittel

	6. 5.	3. 5.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	146,50	145,75
Juli	146,15	146,50
Sept.	146,25	146,70
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	2320	2360
Juli	2072	2084
Sept.	2024	2041
Umsatz	2479	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	3,14	3,25
Sept.	3,26	3,41
Okt.	3,40	3,55
Jan.	3,70	3,87
März	4,19	4,36
Umsatz	9575	10075
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,15	3,03
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Mai	geschl.	2161–2165
Juli	geschl.	2208–2210
Sept.	geschl.	2252–2253
Umsatz	–	2131
Kakao London (£/t) Terminkontrakt Mai	geschl.	1798–1800
Juli	geschl.	1841
Sept.	geschl.	1882–1829
Umsatz	–	3365
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	geschl.	99,20–100,00
Okt.	geschl.	103,00–103,40
Dez.	geschl.	108,60–109,00
Umsatz	–	1459
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	690,00	695,00
weißer Sarawak	865,00	870,00
weißer Muntok	875,00	880,00
Orangensaft New York (c/lb)		
Mai	158,25	159,25
Juli	154,10	156,25
Sept.	151,80	154,25
Nov.	150,00	152,40
Jan.	149,70	151,95
Umsatz	700	300

Öle, Fette, Tierprodukte

	6. 5.	3. 5.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	48,00	48,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	34,00	34,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	32,80	31,40
Juli	31,08	30,10
Aug.	30,50	29,50
Sept.	28,75	28,75
Okt.	28,95	27,95
Dez.	28,25	27,30
Jan.	27,80	27,00
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	32,50	33,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	21,50	21,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,00	19,25
Talg New York (c/lb) top white	19,25	19,75
fancy	18,75	19,25
bleichfähig	17,50	18,00
yellow max. 10% fr. F.	16,00	16,50
Schweine Chicago (c/lb) Juni	45,60	44,85
Juli	48,05	47,30
Aug.	48,20	47,85
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Mai	81,75	61,37
Juli	83,30	82,57
Aug.	82,75	61,85
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	42,00	42,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Mai	583,50	577,25
Juli	587,50	581,75
Aug.	589,25	583,00
Sept.	590,50	589,00
Nov.	598,00	593,00
Jan.	603,50	603,50
März	619,25	614,50
Sojaschrot Chicago ($/sht) Mai	119,50	121,40
Juli	124,80	126,70
Aug.	128,00	129,80
Sept.	130,80	132,60
Okt.	133,50	135,50
Dez.	138,70	140,50
Jan.	140,50	142,50
Leinsaat Winnp. (can. $/t) Mai	364,00	362,80
Juli	370,00	367,80
Okt.	373,30	371,90
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	–	–
	7. 5.	6. 5.
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1035,00	1040,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	710,00	710,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	685,00	685,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	248,50	249,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	755,00	705,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	302,00	299,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	6. 5.	3. 5.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
Mai	68,15	67,20
Juli	65,17	64,69
Okt.	64,45	64,30
Dez.	64,60	64,45
März	65,74	65,58
Mai	66,22	66,10
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1	41,50	42,00
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2		
Mai	geschl.	520–522
Aug.	geschl.	536–537
Okt.	geschl.	535–536
Umsatz	–	117
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
Mai	55,00	55,00
Juli	55,40	55,40
Okt.	55,50	55,50
Dez.	55,60	55,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
Mai	620,0–640,0	630,0–638,0
Juli	636,0–637,0	650,0–652,0
Okt.	625,0–630,0	641,0–642,0
Umsatz	45	100
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	geschl.	580,00
undergraded	geschl.	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager Mai	geschl.	geschl.
Juni	geschl.	geschl.
Kautschuk London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	geschl.	66,00–69,00
Juni	geschl.	69,00–71,50
Juli	geschl.	70,00–72,50
Aug.	geschl.	71,00–73,50
Tendenz: –		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) Mai	187,50–188,50	189,75–190,25
Juni	188,50–189,00	190,25–190,75
Nr. 2 RSS Mai	188,50–189,50	190,00–191,00
Nr. 3 RSS Mai	185,50–186,50	187,00–188,00
Nr. 4 RSS Mai	179,00–180,00	180,50–181,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt) BWC	geschl.	945,00
BWD	geschl.	945,00
BTC	geschl.	930,00
BTD	geschl.	930,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 5.	6. 5.
Aluminium: Bas. London laufend. Monat	356,88–357,27	geschl.
drittfolg. Monat	363,62–364,01	geschl.
Blei: Basis London laufend. Monat	120,82–121,01	geschl.
drittfolg. Monat	119,28–119,47	geschl.
Nickel: Basis London laufend. Monat	1759,36–1761,28	geschl.
drittfolg. Monat	1759,35–1761,28	geschl.
Zink: Basis London laufend. Monat	275,95–276,33	geschl.
drittfolg. Monat	276,33–276,12	geschl.
Produz.-Preis	307,20	geschl.
Reinzinn 99,9%	4019–4058	3927–3956

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 5.	6. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*1)	521,06–524,33	501,67–504,95
Blei in Kabeln	128,50–129,50	129,75–130,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Randbarren	455,00–458,50	455,00–458,00
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	7. 5.	6. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	460–478	453
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	497–500	500
MS 63	514–521	498–503

Zinn-Preis Penang

	6. 5.	3. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	27,89	27,79

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 5.	6. 5.
Leg. 225	378–395	378–395
Leg. 226	380–397	380–397
Leg. 231	410–430	410–430
Leg. 233	420–440	420–440

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 5.	6. 5.
Platin (DM je g)	29,858	30,658
Gold (DM je kg Feingold) Barren-Vkfpr.	32 350	32 880
Rücknahmepr.	31 600	32 110
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	32 600	33 160
Rücknahmepr.	31 780	31 890
verarbeitet	34 200B	34 790B
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 010	32 430
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	648,00	661,20
Rücknahmepr.	629,10	628,40
verarbeitet	676,50B	690,20B

Internationale Edelmetalle

	7. 5.	6. 5.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	313,50	311,25
15.00	–	geschl.
Zürich mittags	311,00–311,50	310,75–311,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	geschl.	98 250
Silber (p/Feinunze) London Kasse	509,10	geschl.
3 Monate	524,45	geschl.
6 Monate	539,85	geschl.
12 Monate	568,65	geschl.
	6. 5.	3. 5.
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	geschl.	222,85
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	geschl.	92,20

New Yorker Preise

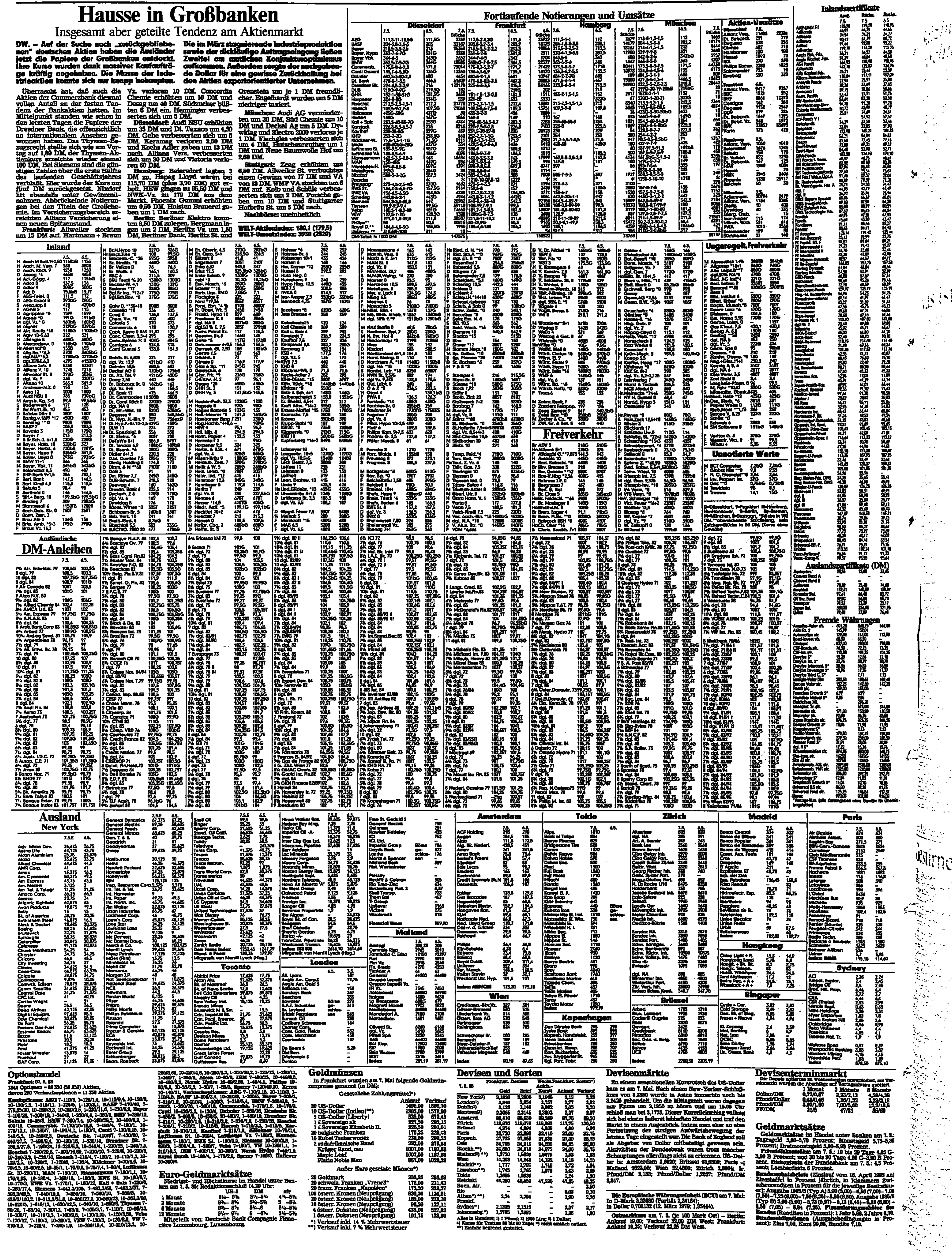
	6. 5.	3. 5.
Gold H & H Ankauf	309,90	312,75
Silber H & H Ankauf	614,00	620,50
Platin fr. Händlerpr.	277,00–288,00	277,00–280,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	109,00–110,00	110,50–111,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) Mai	611,00	616,00
Juni	615,00	619,50
Juli	618,00	622,50
Sept.	626,00	631,00
Dez.	640,00	646,50
Jan.	646,30	651,20
März	655,70	672,00
Umsatz	14 000	15 000

New Yorker Metallbörse

	6. 5.	3. 5.
Kupfer (c/lb) Mai	61,55	61,15
Juni	61,90	61,50
Juli	62,20	62,00
Sept.	62,80	62,50
Dez.	63,25	62,95
Jan.	63,75	63,20
März	64,15	63,55
Umsatz	8200	6200

Londoner Metallbörse

	7. 5.	6. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	926,00–927,00	geschl.
3 Monate	943,50–944,50	geschl.
Blei (£/t) Kasse	313,50–314,00	geschl.
3 Monate	309,50–310,00	geschl.
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1328,0–1332,0	geschl.
3 Monate	1228,0–1230,0	geschl.
abends Kasse	–	geschl.
3 Monate	–	geschl.
(Kupfer-Standard) Kasse	1233,0–1234,0	geschl.
3 Monate	1219,0–1220,0	geschl.
Zink (£/t) Kasse	716,00–717,00	geschl.
3 Monate	717,00–718,00	geschl.
Zinn (£/t) Kasse	9640–9645	geschl.
3 Monate	9583–9585	geschl.
Quecksilber $/Fl.)	–	geschl.
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	geschl.



Hausse in Großbanken

Insgesamt aber geteilte Tendenz am Aktienmarkt

DW. – Auf der Suche nach „zurückgebliebenen" deutschen Aktien haben die Ausländer jetzt die Papiere der Großbanken entdeckt. Ihre Kurse wurden dank massiver Kaufaufträge kräftig angehoben. Die Masse der Industrieaktien konnte sich nur knapp behaupten. Die im März stagnierende Industrieproduktion sowie der rückläufige Auftragseingang ließen Zweifel am amtlichen Konjunkturoptimismus aufkommen. Außerdem sorgte der nachgebende Dollar für eine gewisse Zurückhaltung bei den Aktien exportorientierter Unternehmen.

Überrascht hat, daß auch die Aktien der Commerzbank diesmal vollen Anteil an der festen Tendenz der Bankaktien hatten. Im Mittelpunkt standen wie schon in den letzten Tagen die Papiere der Dresdner Bank, die offensichtlich an internationalem Ansehen gewonnen haben. Das Thyssen-Bezugsrecht stellte sich wie am Vortag auf 1,80 DM, der Thyssen-Aktienkurs erreichte wieder einmal 100 DM. Bei Siemens sind die günstigen Zahlen über die erste Hälfte des laufenden Geschäftsjahres verblaßt. Hier wurde der Kurs um fünf DM zurückgesetzt. Nixdorf litt ebenfalls unter Gewinnmitnahmen. Abbröckelnde Notierungen bei den Titeln der Großchemie. Im Versicherungsbereich erreichten Allianz Versicherung einen neuen Spitzenstand.

Frankfurt: Allweiler stockten um 15 DM auf. Hartmann + Braun Vz. verloren 10 DM. Concordia Chemie erhöhten um 10 DM und Desag um 40 DM. Südzucker büßten 6 DM ein. Henninger verbesserten sich um 5 DM.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 35 DM und Dt. Texaco um 4,50 DM. Gehe verbesserten sich um 5 DM. Keramag verloren 3,50 DM und Kochs Adler gaben um 13 DM nach. Allianz Vers. verbesserten sich um 30 DM und Victoria verloren 60 DM.

Hamburg: Beiersdorf legten 3 DM zu. Hapag Lloyd waren bei 115,70 DM (plus 3,70 DM) gut erholt. HEW gingen zu 95,50 DM und NWK-Vz. zu 179 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi erhöhten um 0,50 DM. Holsten Brauerei gaben um 1 DM nach.

Berlin: Berliner Elektro konnten 9,50 DM zulegen. Bergmann lagen um 2 DM, Herlitz Vz. um 1,50 DM, Berliner Bank, Herlitz St. und Orenstein um je 1 DM freundlicher. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert.

München: Audi AG verminderten um 30 DM, Süd Chemie um 10 DM und Deckel Ag um 5 DM. Dywidag und Electro 2000 verloren je 1 DM. Flachglas verbesserten sich um 4 DM, Hutschenreuther um 1 DM und Neue Baumwolle Hof um 2,60 DM.

Stuttgart: Zeag erhöhten um 6,50 DM. Allweiler St. verbuchten einen Gewinn von 17 DM und VA von 13 DM. WMF VA stockten um 6 DM auf. Kolb und Schüle verbesserten sich um 2 DM. Porsche gaben um 10 DM und Stuttgarter Hofbräu St. um 5 DM nach.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 180,1 (179,5)
WELT-Umsatzindex: 3950 (2520)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

Brüssel

Hongkong

Singapur

Madrid

Paris

Sydney

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Salzburg, so fürchte dich

M. v. Z. – Die Bewohner von Legnago, Provinz Verona, erklären Milos Formans oskarbeladenen Film für eine böswillige Verleumdung und sagen dennoch „grazie Amadeus". Denn der Film, der Legnagos größten Sohn, den 1750 geborenen Antonio Salieri, als Mozarts Giftmörder vorstellt, hat ihm und seinem Geburtsort Weltberühmtheit gebracht. Fernsehteams und Journalisten aus zwei Erdteilen besuchten Legnago und fanden anstatt der erhofften Empörung einen hochzufriedenen Bürgermeister und einen Kulturdezernenten, die von großen Plänen berichteten.

Schon gestern wurde zu Antonio Salieris 160. Todestag in der Kathedrale sein Requiem aufgeführt. Und zum 19. Mai hat Legnago das Philharmonische Orchester der Scala zu einem Konzert im Teatro Salieri geladen. Als späten Dank dafür, daß die Scala im Jahre 1778 mit Salieris Oper „Europa riconosciuta" eröffnet wurde. Aus dem Salieri-Festival, das man hier seit über zehn Jahren veranstaltet, soll mit Amadeus' Hilfe ein internationaler Treffpunkt für Musikfreunde werden.

„Wie der Kaiserhof in Wien, der ihn zum Hofmusiker ernannte, wie Beethoven und Schubert, die seine Schüler waren, wußte man hier in Legnago schon immer von Salieris Bedeutung, aber erst Formans Geschichtsfälschung hat die Welt auf unseren großen Mitbürger aufmerksam gemacht", sagt der Bürgermeister. „Jetzt werden wir alles daransetzen, ihn als Mensch und als Musiker zu rehabilitieren." Heimlich träumt man in Legnago schon davon, das Salieri-Festival zu einem Pendant von Salzburg zu machen. Grazie Amadeus!

Die 12. Internationale Buchmesse von Jerusalem

Was ist ein Herausgeber?

Sechs Tage lang, vom 5. bis zum 10. Mai, drängen sich jetzt wieder Schwärme von Menschen durch die drei Kilometer langen Bücherstände der Internationalen Jerusalemer Buchmesse. Es ist die zwölfte ihrer Art. Ihr ständig wachsender Umfang hat sie inzwischen zur größten Buchmesse hinter der von Frankfurt gemacht. Über tausend Verleger aus vierzig Ländern stellen etwa hunderttausend Bände aus, von Kinderliteratur über Belletristik bis zu technischen Handbüchern. Wie so viele Attraktionen Jerusalems, verdankt die Buchmesse ihre Existenz und Dynamik dem Bürgermeister Jerusalems, Teddy Kollek, der auch heute noch ihr offizieller Schirmherr ist.

Im Rahmen eines Empfanges deutschsprachiger Schriftsteller in Israel, zu dem der Bleicher-Verlag Stuttgart und das Hamburger Grossohaus Wegner (das etwa 100 deutsche Verlage bei dieser Messe vertritt) eingeladen hatten, sprach der Botschafter der Bundesrepublik Nils Hansen. Ein interessantes Werk, das bei dieser Gelegenheit dem Fachpublikum vorgestellt wurde, ist die deutsche Ausgabe der Biographie von Robert St. John über Elieser Ben Jehuda, Vater der Renaissance der hebräischen Sprache.

Im Rahmen der Messe wird alljährlich der Jerusalem-Preis für „die Freiheit des Individuums in der Gesellschaft" verliehen. Dieses Jahr empfing der tschechische Exil-Autor Milan Kundera die Auszeichnung. Er ist der 12. Preisträger und der erste aus einem Ostblockland. Unter seinen Vorgängern waren Graham Greene, Simone de Beauvoir, Eugène Ionesco, Max Frisch, Bertrand Russell und Octavio Paz. Nach den Worten der Jury wurde der Preis Kundera zugesprochen „in Anerkennung seines Schaffens, in dem er den Kampf des Individuums um die Bewahrung seiner Freiheit und seiner Einzigartigkeit gegen die Kräfte der Geschichte, der Autorität und der Politik zum Ausdruck bringt".

Unter den Ländern, die sich zum ersten Mal beteiligen, befinden sich Ungarn, die Türkei, Brasilien und Ägypten. Eine ungewöhnliche Präsentation ist eine Auswahl von Faksimiles aus der Bibliothek des Vatikans. Unter dem Titel „Widerspiegelung des menschlichen Geistes in der Kultur" bietet sie u. a. verfilmte Transkriptionen von Michelangelos Zeichnungen, Briefe von Martin Luther, eine Bibel aus dem 15. Jahrhundert für das „einfache Volk" und ein Buch mit Karten des Ptolemäus aus dem Alexandrien des zweiten Jahrhunderts.

Eine Weltpremiere ist die erste öffentliche Ausstellung der Kennicott-Bibel aus der Oxford Bodelian Bibliothek, die ebenfalls in Faksimile gezeigt wird. Das 922 Seiten umfassende Werk, eines der schönsten und am prachtvollsten illustrierten hebräischen Manuskripte, die es gibt, wurde 1476 in La Coruna in Spanien beendet. Ein englisches Team von Spezialisten brauchte fünf Jahre, um 500 handgefertigte Faksimile-Exemplare zu erstellen. Jedes kostet 4700 Dollar.

Schließlich sei noch die Ausstellung eines seltenen Manuskripts des Maimonides erwähnt. Maimonides, der jüdische Philosoph des Mittelalters, dessen 850. Todestag dieses Jahr begangen wird, und sein Einfluß auf die christliche Scholastik und auf die moderne Philosophie sind das Thema eines Treffens führender Philosophen aus aller Welt, das parallel zur Messe vom S. H. Bergman-Institut für Philosophische Studien der Hebräischen Universität veranstaltet wird.

Die Hebräische Universität organisiert im Rahmen der Messe auch ein Symposium über Fragen der modernen Lesekultur. Insbesondere sollen dabei die Probleme einer vielsprachigen Gesellschaft behandelt werden. Ein dreitägiges Seminar über die Rolle des Herausgebers im heutigen Kulturbetrieb wird vom Aspen Institut für Humanistische Studien veranstaltet. Hier diskutiert man Fragen wie „Was sind die Kriterien für die Annahme oder Zurückweisung eines Manuskriptes?", „Wie entdeckt man literarische Talente?", „Bedeutet Herausgeben heutzutage nur Busineß und keine Kunst?".

Aber was immer die Qualen der Autoren und Verleger sein mögen, das lesende Publikum kommt auf der Jerusalemer Buchmesse auf seine Kosten.

LILLI EYLON

Ein Meister des Essays: Otto Heuschele wird 85

Gestirne der Ordnung

Otto Heuschele, der heute seinen 85. Geburtstag feiert, ist ein Autor ohne Allüren und Anmaßung, ein unermüdlicher Publizist, der immer wieder seine zahlreiche Lesergemeinde in ganz Deutschland überrascht und ermutigt. Seine Art zu schreiben beweist, daß man auch in unserer Zeit einfach, solide und unprätentiös das Notwendige sagen und ein geistiges Leben im Dialog mit einer unverwelkt gebliebenen Überlieferung führen kann. Eines seiner jüngsten Bücher, „Ein Leben mit Goethe", deutet an, wie sehr Goethe – nicht nur der Dichter, sondern auch der Forscher, Erzieher und Weisheitslehrer – den schwäbischen Schriftsteller seit vielen Jahrzehnten intensiv beschäftigt.

Ergänzend dazu erschien vor einigen Wochen die mit schönen Reproduktionen von Bildern alter Meister versehene Auswahl „Goethe – Begleiter in allen Lebenslagen", zu der Heuschele eine tiefgründige und bekenntnishafte Einleitung beigesteuert hat. In ihr stehen einige Sätze, die sich mit der Goethe-Ferne so vieler Deutscher unserer Zeit kritisch-nobel auseinandersetzen: „Schwankend ist unsere Gegenwart, die Fundamente sind in Bewegung geraten, die Zukunft erscheint unsicher. In solchen Zeiten ist es schlecht, sich dem Verwirrten und Verwirrenden hinzugeben. Wie der Seefahrer Ausschau hält nach den Gestirnen, die unerschütterlich ihre Bahn ziehen, so wollen wir uns in Zeiten wie denen, die wir heute bestehen müssen, an jene Gestirne halten am Himmel der Menschheit, die sich als zuverlässige Ordner des menschlichen Lebens erwiesen haben. Zu ihnen zählt Goethe, den wir nicht im einzelnen Werk, sondern im Kosmos des Gesamtwerks suchen wollen."

Ein anderer Band, den Otto Heuschele, auch im Patriarchenalter unvermindert tätig, ebenfalls erst vor kurzem erscheinen ließ, zeigt ihn als teilnehmenden Freund, verehrungsvollen Begleiter und kundigen Interpreten einiger großer Deutscher unseres Jahrhunderts: „Begegnungen und Fügungen". Er enthält Erinnerungen an Albert Schweitzer, Hermann Hesse, Reinhold Schneider, Theodor Heuß, aber auch an den Hölderlin- und Nietzsche-Forscher Wilhelm Michel, den Lyriker Fritz Usinger und andere zu Unrecht fast vergessene Autoren.

Heuschele ist ein bewahrender, geschichtsverbundener und tröstlicher Geist, der abseits aller literarischen und kulturpolitischen Moden seinen Weg verfolgt hat: als Lyriker, Romancier, Erzähler, Aphoristiker und – nicht zu vergessen! – auch als ein Meister des deutschen Essays, wie er sich etwa in dem Buch „Umgang mit dem Genius" erweist.

Heimatverbundenheit und Weltoffenheit, Deutschtum und europäischer Weitblick sind bei ihm keine Gegensätze. Sein umfangreiches Werk ist die Frucht eines Lebens, das sich der Bildung, der Ordnung und der schöpferischen Bewahrung verschrieben hat. Es verdankt sich dem grundlegenden Vertrauen in einen letzten, nicht mehr zu bezweifelnden Sinn des Daseins und in der Zuversicht, daß trotz aller Erschütterungen und Krisen elementare Tugenden und Qualitäten wie Ehre, Würde, Ritterlichkeit und Schönheit zu den unaufhebbaren Grundbedingungen eines Lebens im anspruchsvolleren Sinne des Wortes gehören.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

Eine der prägenden Gestalten am Bauhaus – Der Maler Georg Muche und die Liebe zu den Maschinen

Begegnung mit Vario, dem Klischograph

Heute wird Georg Muche 90 Jahre alt. Bei derlei Gelegenheiten liest man häufig, im Werk des Jubilars spiegele sich ein Stück Kunstgeschichte in ihrem wechselvollen Verlauf. Hier allerdings ist diese Floskel unangebracht. „Der Fall Muche zeigt mir – dies durchaus subjektiv verstanden –, wie das Erscheinen einer neuen Kunstart, eines neuen Künstlertyps, immer wieder Ereignis werden kann, so sehr, daß er, im besten Sinn, ganze Richtungen ad absurdum zu führen und Vertreter einer weniger starken Idee aus dem Sattel zu heben vermag."

Oskar Schlemmer notierte diese Gedanken vor rund 30 Jahren in sein Tagebuch. Sie seien hier wiederholt, denn es läßt sich kaum eine schönere und treffendere Huldigung an den greisen Künstler zu seinem Geburtstag finden als diese „durchaus subjektive" Notiz seines einstigen Bauhaus-Kollegen, die aber durchaus objektive Geltung hat; denn sie stellt der Originalität Georg Muches ein klares Zeugnis aus.

Zeit seines Lebens hat Muche seinen eigenen Weg unbeirrt gesucht und verfolgt. „Keines Malers Formwelt", so sagte er, „reicht als Vorbild für einen anderen aus, sich selbst zu finden." Wer so denkt und sich danach richtet, wird zwangsläufig ein Außenseiter. Am lauten und geschäftigen Kunstbetrieb hat sich der stille und zurückhaltende Künstler ohnehin nie beteiligt; er gehörte keiner Schule oder Richtung an. Er malte gegenstandslos, als außer Kandinsky, Klee und Hölzel hierzulande noch kein anderer daran dachte, und stellte erstmals 1915 in Berlin, gemeinsam mit Max Ernst und Kandinsky, in Herwarth Waldens „Sturm"-Galerie aus. Kurz darauf berief Walden den 20jährigen an die Kunstschule des „Sturms" als Lehrer. Lehrer blieb der berufene Pädagoge sein Leben lang.

Walter Gropius holte ihn 1920 ans Bauhaus; Oskar Moll gab ihm eine Professur an der renommierten Breslauer Akademie; Johannes Itten nahm ihn mit an seine private Kunstschule in Berlin. In den 30er Jahren lehrte Muche an der Schule „Kunst und Werk" von Hugo Häring; später leitete er die Meisterklasse für Textilkunst an der Textilingenieurschule in Krefeld. Schon am Bauhaus hatte er als Formmeister und Leiter der Weberei gearbeitet, ebenso als Formbildmeister der Holzbildhauerei und, alternierend mit Itten und Moholy-Nagy, als Leiter des Vorkurses. Weil er, stets dem Fortschritt gegenüber aufgeschlossen, mechanische Webstühle angeschafft hatte, kam es zu Auseinandersetzungen mit Gropius, die ihn veranlaßten, das Bauhaus zu verlassen. Dem starren Bauhausprinzip gegenüber vertrat Muche die Auffassung: „Die Kunst stirbt nicht an der Technik." Noch in seinem siebten Lebensjahrzehnt hat er bewiesen, daß „Spiele auf dem Parnaß auch mit Maschinen möglich" sind.

Natürlich hat er Pinsel, Stift und Farben deshalb nie beiseite gelegt. Die Bilder des 20jährigen, vor allem die Aquarelle, waren von intensiver, magischer Leuchtkraft. Meist kleinteilige geometrische Formen und konstruktivistische Linienelemente schwammen oder schwebten in weich modulierten, transparten Farben. Schwarze, weiße oder farbige Strichraster wirken wie eine Vorwegnahme Hans Hartungs.



„Komposition mit schwarzer und grüner Form" (1921) von Georg Muche, der heute 90 Jahre alt wird FOTO: DIE WELT

In den 20er Jahren nahmen die abstrakten Gebilde mehr und mehr Form und Gestalt an; figürliche und landschaftliche Motive stellten sich ein, arkadische Themen und eine Fülle poetischer Bildfindungen. Damals war nämlich in seinen Gesprächen mit Itten immer wieder der Gedanke aufgetaucht, „daß gegenstandslose Bilder das Ende der traditionellen Malerei sein könnten und daß wir umkehren müßten, wenn wir bei einer Bildwelt bleiben wollten, die auf neue Weise in der Tradition der Malerei stünde". Also richtete er, wie auch Itten, seine Aufmerksamkeit auf die Wirklichkeit, nahm „Kreatur und Figur" in seine Bilder auf, „in der Hoffnung, daß wir nicht in die Nähe des fotografischen Abbildes gelangen würden". Fortan entstanden Bilder, in denen, wie vordem, Licht und Farben dominieren, Phantasie und Poesie, Chiffre und Klang, Gegenstandserinnerungen und erfundene Formen, schlüssige Wirklichkeit und traumbildhafte Fragmente sich zur malerischen Synthese verbinden.

Zweifellos hat Muche von vielen Seiten Anregungen empfangen; doch hat er sie so selbstverständlich verarbeitet, daß man eher von Parallelen als von Einflüssen sprechen könnte. Eher noch ist das Erbe des Vaters zu spüren, der zu den liebenswertesten deutschen Sonntagsmalern zählt. Er nannte sich Felix Ramholz – nach dem Dorf in der Rhön, wo er Gutsverwalter war und wo auch Georg Muche seine Kinderzeit verbrachte. Die skurrile Phantasie, die unbekümmerte Naivität, die ursprüngliche Lust am Fabulieren – das ist fraglos das väterliche Erbe und erscheint in den Bildern des Sohnes sublimiert.

In den 60er Jahren dann lernte Georg Muche eine Maschine kennen „mit dem hübschen Vornamen Vario und dem häßlichen Nachnamen Klischograph". Er „wollte wissen, ob dieses elektronische Wesen – es ist ja nur ein lebloses, aber begabtes Ding – zu einem Abenteuer bereit sein würde", zu einem Abenteuer, zu dem der 66jährige ohne weiteres bereit und willens war. Er begann sein „parnassisches Spiel" mit dem Vario-Klischographen, einer elektronisch gesteuerten Klischee-Graviermaschine, die imstande ist, eine Graphik in ihren Formen, Farbvaleurs und Lichtwerten millionenfach zu variieren. Auch bei dieser „Variographik", wie er das Verfahren nannte, war die künstlerische Tradition durch die Technik nicht gefährdet, sondern die Voraussetzung, denn es war für Muche keine Frage, „daß diese Wunderwerke der Wissenschaft und Technik erst dann Kunstgebilde machen können, wenn der Mensch, der sie hervorbringen will, seine bildnerische Vorstellung völlig abgeklärt hat und nach genauem Plan das Spiel mit der Maschine beginnt".

Heute lebt Muche zurückgezogen am Bodensee; dort malt er seine „mannigfachen Visionen": Bilder des Leidens und der Lebensfreude, rätselvolle, aus Licht und Farbe gewirkte Räume, Anschauungen, Wahrnehmungen, Erinnerungen und immer wieder „Reflexionen früher Bilder". Der Betrachter seines Lebenswerkes sieht bestätigt, was er selber einmal dazu sagte: „Die Ausblicke sind sehr verschieden. Das Weltbild ist immer ein anderes, doch die Bildwelt blieb die gleiche."

EO PLUNIEN

Tagung der Westdeutschen Rektorenkonferenz

Die wahre Universitas

In einer Zeit, in der Technologietransfer, technischer Fortschritt und atomisierte Fakultäten die Wissenschaftswirklichkeit bestimmen, müssen die Universitäten versuchen, gegenzusteuern, um ihre Identität nicht zu verlieren. Folgerichtig hat sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz auf ihrer Jahresversammlung in Bamberg auf die Suche nach der schon weitgehend verlorenen „universitas literarum" begeben, nach der Einheit aller Wissenschaften, dem interdisziplinären Gespräch, der Ethik des Wissenschaftlers und damit nach „Anspruch und Herausforderung der Geisteswissenschaften".

Der bayerische Kultusminister Hans Maier hatte gleich zu Beginn intoniert: „Die künftige Rolle der Geisteswissenschaft in unserer Gesellschaft wird sich danach bemessen, inwieweit sie Antwort geben kann über Sinn, Ziel und Ordnung menschlichen Handelns in einer von Naturwissenschaften und Technik geprägten Welt." Inzwischen ist ja das Urteil viel verbreiteter, daß es – auch als Folge des unkontrollierten Öffnens der Hochschulen mit der auch bei der Besetzung der Professorenstellen als Folge eintretenden Tendenz, nur die Masse und primär die Klasse als Maßstab gelten zu lassen – eher zu viele, vor allem zu viele unterqualifizierte Geisteswissenschaftler an den Universitäten gebe. Man traut den Geisteswissenschaften vielerorts keine integrierende Funktion mehr zu. Was einmal als Katalysator den spezifischen deutschen Aufschwung der Wissenschaften vorangebracht hat, scheint sich inzwischen eher zu einer potentiellen Belastung für das Ansehen der Wissenschaft entwickelt zu haben.

Odo Marquard, Philosophieprofessor in Gießen, stellte dennoch in einem fulminanten Vortrag die These auf: „Je moderner die moderne Welt wird, desto unvermeidlicher werden die Geisteswissenschaften." Aber auch Marquard sieht sie bedroht: „vom nach wie vor fortwirkenden Substanzverlust durch die Emigration der dreißiger Jahre", von ihrer „falschen Orientierung am Pensum einer niedrig veranlagten Lehrerausbildung", von der „Anfechtung ihrer Erinnerungs- und Erzähltugenden durch ihre Seitensprünge mit Mathematik und Ideologie", nicht zuletzt von „überspezialisierten Fehlinstitutionalisierungen".

Immer wieder, bei Marquard wie bei seinem Tübinger Kollegen Friedrich Tenbruck und während der anschließenden Podiumsdiskussion von sieben Hochschulleitern, kam die Forderung auf, daß vor allem die Universitätsstrukturen verändert werden müßten. Nur so könne, sagte Marquard, das aus den Hochschulen oft schon ausgewanderte fachübergreifende Gespräch wieder zurückgeholt werden. Tenbruck erinnerte daran, daß einst der Aufstieg der Geisteswissenschaft vor allem auf „gelehrter Leistung" beruht habe, auf der Dialektik von Fachwissen und breiter, fundierter Bildung. Für ihn waren „die Geisteswissenschaften die unentbehrlichen Orientierungswissenschaften der modernen Gesellschaft".

Heute verlange, so Tenbruck weiter, eine „entwöhnte" und „vom Expertentum geprägte Öffentlichkeit, was die Geisteswissenschaften nie bieten können: sofort brauchbare Lösungen". Aber nur, wenn sie noch „Bildungsmacht wäre, hätte ihre Stimme Widerhall und Autorität". Die „sogenannten Bildungsreformen" hätten jedoch entscheidend dazu beigetragen, daß sie zu einer „blassen Restkategorie" verkommen sei.

Angesichts von Kernforschung und Gentechnologie wird jüngsthin immer wieder die Forderung nach ethischen Normen erhoben, die der Wissenschaft notfalls aufoktroyiert werden müßten. Auch in Bamberg wurde diese Frage diskutiert. Unisono erteilten unter anderem der Moraltheologe und derzeitige Rektor der Bonner Universität, Böckle, und das Wissenschaftsratmitglied Mittelstrass (Konstanz) dem Gedanken eines „ethischen Oktrois" eine strikte Absage. Mittelstrass forderte unter dem Beifall der Rektoren und Präsidenten statt dessen die „Wiederherstellung der alten, großen philosophischen Fakultät" und steckte zugleich, provozierend formulierend, die Grenze für das interdisziplinäre Gespräch ab: es dürfe nicht, wie heute allzuoft, nur dazu dienen, „von der eigenen disziplinären Einfallslosigkeit abzulenken."

Natürlich konnte, und mit dieser Erwartung war wohl auch niemand nach Bamberg gekommen, die WAK-Versammlung am Ende kein Patentrezept hervorbringen, die „universitas literarum" nicht mit einem „Heureka" aus dem Sumpf hervorgezogen werden. Aber der Präsident der Marburger Philippsuniversität, Kröll, faßte den Auftrag, den alle für sich an die heimische Hochschule mitnahmen, doch erhellend und eindrucksvoll zusammen: „Ohne das fachübergreifende Gespräch ist die Universität am Ende, ist sie überflüssig." Ohne den Geist der wahren „universitas literarum" könne die Universität „als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden" nicht „ihr Wesenselement behalten".

PETER PHILIPPS

Heute beginnen die Filmfestspiele von Cannes

Redl begegnet Napoleon

Mit Peter Weirs Film „Der einzige Zeuge", einem amerikanischen Beitrag, werden heute abend die 38. Filmfestspiele von Cannes feierlich eröffnet. Klangvolle Namen finden sich en masse im offiziellen Programm, jedoch kein einziger Beitrag aus der Bundesrepublik. Nach dem großen Triumph im letzten Jahr, als Wim Wenders für „Paris, Texas" die Goldene Palme heimtrug, ist das für die Fans eine herbe Enttäuschung. Wenders zeigt in der kleinen Sonderreihe „Un certain regard" sein neues Opus „Tokyo-Ga", ein filmisches Tagebuch, mit dem er dem 1963 verstorbenen japanischen Regisseur Yasujiro Ozu seine Reverenz erweist. Auch Peter Handkes Film „Das Mal des Todes" läuft am Rande des Festivals.

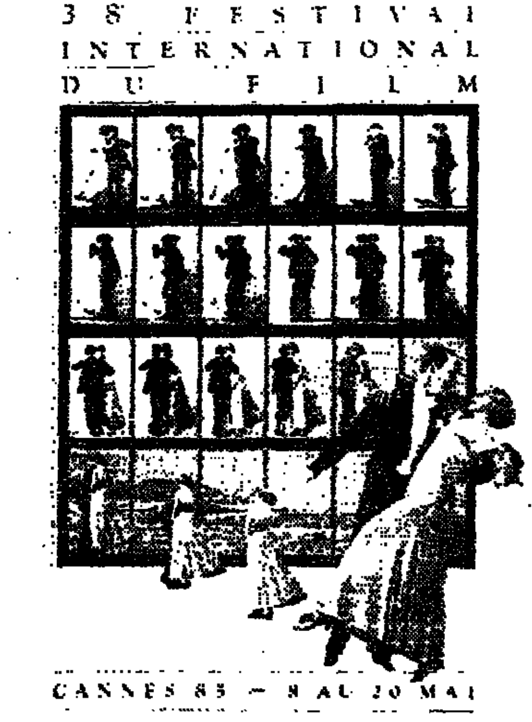
Das Gastgeberland Frankreich geht mit drei gestandenen Regisseuren an den Start: Claude Chabrol zeigt „Poulet au vinaigre" („Hühnchen in Essig"), einen in Paris bereits hochgelobten Politkrimi. Jean-Luc Godard erzählt in „Détective" von Liebe, Mord und Mafia, und um Liebe geht es auch in André Téchinés „Rendez-vous". Mit Spannung erwartet wird die französisch-ägyptische Koproduktion „Adieu Bonaparte", den Youssef Chahine mit Patrice Chéreau als Napoleon und Michel Piccoli als General Caffarelli drehte.

Italien schickt zwei Altmeister – Mario Monicelli und Dino Risi – in den Wettbewerb, was jüngere italienische Regisseure, unter ihnen Bertolucci, zu lautem Protest herausgefordert hat. Osteuropa glänzt durch Abwesenheit. Lediglich ein Film des jugoslawischen „enfant terrible" Emir Kusturica sowie István Szabós „Oberst Redl" sind von der Partie.

„Redl" hat übrigens schon ein wechselvolles Schicksal hinter sich. Als österreichisch-ungarisch-deutsche Koproduktion mußte er herhalten, wo er gerade gebraucht wurde. Bei der letzten Viennale fungierte er als österreichischer Film, bei uns sind Szabó und sein Hauptdarsteller Klaus Maria Brandauer soeben mit dem Filmband in Gold, der höchsten Filmauszeichnung der Bundesrepublik, geehrt worden, an der Croisette geht der Film nun für Ungarn an den Start.

Cannes feiert in diesem Jahr nicht nur sein 38. Filmfest, sondern auch den 90. Geburtstag des Kinos. Das Festspielplakat zeigt Eadweard Muybridges Phasenfoto-Sequenz „Man and woman dancing a waltz" und ehrt damit jenen englischen Pionier der Fotografie, der als einer der wichtigsten Vorläufer der Kinematografie gilt. Eher Zufall als Absicht scheint dagegen zu sein, daß diese Geburtstagsfeier ganz im Zeichen des angelsächsischen Films steht. Nicht weniger als elf englischsprachige Beiträge wurden in das offizielle Programm aufgenommen, darunter Woody Allens „Purple Rose of Cairo", der außer Konkurrenz zu sehen ist. Im Wettbewerb sind unter anderem Arbeiten der Amerikaner Peter Bogdanowich, Clint Eastwood, Alan Parker und des Briten Nicolas Roeg, des heimlichen Favoriten dieses Festivals. Neuer Festspielchef in Cannes ist Pierre Viot, der langjährige Leiter des Staatlichen Französischen Filminstituts, der Favre le Bret ablöst. Der Jury präsidiert der Tscheche Milos Forman, der unlängst für „Amadeus" acht Oscars gewann.

DORIS BLUM



Festspielplakat 1985: „Man and woman dancing a waltz", Fotophasen-Sequenz von Muybridge FOTO: DW

JOURNAL

China: Starkes Interesse an deutscher Sprache

dpa, Kassel

Hilfe bei der Reform des Germanistikstudiums in China sucht eine fünfköpfige Delegation aus der Volksrepublik bei bundesdeutschen Hochschulen. Die Arbeit der Delegation, die mit einer Grundsatztagung an der Gesamthochschule Kassel begann, wird auch von den Universitäten in Berlin, Hamburg, Bielefeld und Gießen unterstützt. Sprecher der chinesischen Delegation wiesen darauf hin, daß das Interesse an der deutschen Sprache in den vergangenen Jahren stark gestiegen sei.

Hauschild aus Leipzig Dirigent in Stuttgart

dpa, Stuttgart

Wolf-Dieter Hauschild, einer der international bekanntesten Orchesterleiter der „DDR", wird mit Beginn der Spielzeit 1985/86 als ständiger Gastdirigent das 71köpfige Ensemble der Stuttgarter Philharmoniker leiten. Die Stuttgarter Premiere des 1937 in Greiz geborenen Hauschild ist für den 11. September vorgesehen. Er tritt die Nachfolge des nach Kiel wechselnden langjährigen Chefdirigenten des Orchesters, Hans Zanotellis, an. Hauschild leitet seit 1978 das Leipziger Rundfunkorchester und seinen Chor.

Sport mit Sehgeschädigten als neuer Studiengang

wm. Marburg/Lahn

Der hessische Kultusminister hat jetzt die Einrichtung eines in der Bundesrepublik einmaligen Zusatz-Studiengangs genehmigt: „Sport mit Sehgeschädigten" am Institut für Sportwissenschaften und Motologie der Universität Marburg. Damit wird Sportstudierenden über eine allgemeine sportpädagogische Qualifikation hinaus die Möglichkeit eröffnet, Blinden und Sehbehinderten in Schulen, Heimen, Vereinen und anderen Institutionen einen wirkungsvollen Sportunterricht zu erteilen.

Siemens-Musikpreis an Andres Segovia

dpa, München

Die höchstdotierte Musikauszeichnung der Welt, der mit 150 000 Mark verbundene Ernst-von-Siemens-Preis, ist dem 92jährigen spanischen Gitarristen Andres Segovia verliehen worden. In der Feierstunde in der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München wurden gleichzeitig acht Empfänger der ebenfalls mit insgesamt 150 000 Mark versehenen Förderprämien für Institutionen auf dem Gebiet der Musik bekanntgegeben: den Young Concert Artists Trust aus Großbritannien, das Carl-Orff-Institut Salzburg, die Britain Pears School Aldeburgh, das Brooklyn Philharmonic Symphony Orchestra New York, den Windsbacher Knabenchor, die Camerata Bern, die European String Teachers Association und die Musikbegegnungsstätte Haus Marteau.

Deutsches Theater aus Montreal auf Tournee

DW. Lahr/Schwarzwald

Zum ersten Mal gastiert das Deutsche Theater Montreal in der Bundesrepublik. Mit dem Zweipersonen-Stück „Pflüger des Gletschers" des kanadischen Autors George Ryga (in der deutschen Übersetzung von Hans Wollschläger) wird das Ensemble insgesamt fünfmal auftreten. Premiere ist am 15. Mai in Lahr, weitere Aufführungen sind in Villingen-Schwenningen (17. 5.), Offenburg (18. 5.), Bad Krozingen (20. 5.) und Tuttlingen (21. 5.). Das Deutsche Theater Montreal wurde 1958 von ausgewanderten Schauspielern gegründet; es spielt im Centaur Theater in Montreal regelmäßig Stücke deutschsprachiger Autoren.

Beheim-Schwarzbach †

Nur wenige Tage nach seinem 85. Geburtstag ist der Schriftsteller Martin Beheim-Schwarzbach in Hamburg gestorben. In London geboren, verbrachte er seine Jugend in Hamburg. Im 1. Weltkrieg war er vier Jahre lang Soldat, während er 1939 nach England ging, um jüdischen Freunden zu helfen. Dort war er in London als Rundfunkjournalist bei der BBC tätig. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück. Zu seinen bekanntesten Werken gehören der Schelmenroman „Die diebischen Freuden des Herrn von Bißwange-Haschezeck", der Roman „Die Michaelskinder" sowie Nacherzählungen der Bibel und der klassischen Sagen der Griechen. „Er ist", schrieb Christian Ferber zu seinem Geburtstag am 27. April in dieser Zeitung, „immer ein sehr tüchtiger Erzähler gewesen und oft ein ausgezeichneter – aber nie einer, dessen Arbeiten den gerade gültigen Gesetzen für Zeitgeschmack, Mode, Buchmarkt besonders gut entsprachen. Er war keine geräuschvolle Natur, eher schon hartnäckig leise und damit am Ende doch recht gut zu vernehmen." DW.

Stets offene Ohren für die verzweifelten Eltern

Suchstelle für vermißte Kinder in den USA meldet Erfolge

WOLFGANG WILL, New York

Im Haus mit der Nummer 1853 K-Straße Nordwest in Washington greifen 50 Freiwillige Tag und Nacht nach den Telefonhörern, um Hinweise entgegenzunehmen. Hier, im „National Center for Missing an Exploited Children", kümmert man sich um Kinder, die verschwunden sind und als vermißt gelten. Jährlich sind das in den USA zwischen 1,5 und 1,8 Millionen. Zwar tauchen neun von zehn Kindern binnen einer Woche wieder auf, doch der Rest bleibt meist wie vom Erdboden verschluckt.

Bisher gab es keine nationale Zentrale, die sich mit diesem Problem befaßt hätte, und auch heute noch sind nur fünf von 50 US-Bundesstaaten durch Gesetz verpflichtet, vermißte Kinder dem FBI, der übergeordneten Polizeibehörde, zu melden. Grundlegend änderte sich die Einstellung vor knapp zwei Jahren durch den Film „Adam". Er zeigte die Entführung und Ermordung des sechs Jahre alten Adam Walsh und den Kampf der verzweifelten Eltern um eine Gesetzesänderung, nach der die Suche nach vermißten Kindern nicht mehr den örtlichen Polizeibehörden, sondern dem FBI übertragen werden sollte.

Der Film „Adam" hatte weitreichende Wirkung: Eine Molkerei in Chicago begann, auf ihre Milchtüten die Fotos verschwundener Kinder zu drucken, mit kurzen Beschreibungen, den Lebensdaten und dem Zeitpunkt, an dem sie zum letztenmal gesehen wurden. Dank dieser Initiative wurden im Raum Chicago tatsächlich einige gesuchte Kinder entdeckt, und der Erfolg dieser Aktion hat andere ermuntert. Mehr als 100 Molkereien bilden jetzt auf ihren Milchtüten vermißte Kinder ab, in vielen Kinos werden vor Filmbeginn solche Kindersteckbriefe gezeigt, das gleiche geschieht in den Lobbys einiger Hotelketten, und kalifornische Supermärkte lassen Kinderfotos auf Millionen Einkaufstüten drucken.

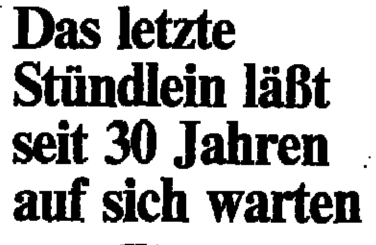
Im Justizministerium wurde schließlich eine Zentralstelle für vermißte Kinder gegründet, und diese Abteilung stellte drei Millionen Dollar zur Verfügung, so daß die Kinder-Vermißtenzentrale in Washington ihre Arbeit aufnehmen konnte. Aus allen Teilen der Vereinigten Staaten gehen hier täglich 200 Telefongespräche ein.

Im Rahmen einer TV-Dokumentation zum Thema hatte Präsident Reagan die Bevölkerung aufgefordert, „Augen und Ohren offenzuhalten – vielleicht können Sie die Kinder zurückbringen." Eine Schülerin rief an: „Ich glaube, ich habe Jonelle gesehen – sie wurde in der Dokumentation im Bild vorgestellt, wird seit Dezember vermißt". „Wo hast du sie gesehen", fragte eine Mitarbeiterin des Vermißten-Zentrums. „In Morrison", war die Antwort.

Erfolg mit ungewöhnlichen Mitteln: Milchtüten als Kinder-Steckbriefe FOTO: GUBIN/STUDIO X

Die Existenz des Zentrums, das in den vergangenen sechs Monaten den Verbleib von 800 vermißten Kindern klären konnte, ein größeres Engagement des FBI, die privaten Aktionen der Molkereien und der Supermärkte zeitigen Erfolge: So wurden etwa Kathleen und Deborah Caruso (15 und 13) bei ihrem Vater entdeckt. Er hatte die Kinder vor über sieben Jahren entführt, nachdem er sich hatte scheiden lassen. Auch Melissa Klein (7) wurde bei ihrem verschwundenen Vater „gefunden". Eine 16jährige, die vor drei Jahren von einem 35jährigen entführt und seitdem sicherlich sexuell mißbraucht worden war, meldete sich bei der Polizei, nachdem sie ihr Foto im Fernsehen gesehen hatte. „Ich hatte Angst davonzulaufen", sagte sie.

Doch nicht immer geht die Suche gut aus: Bei einigen vermißten Kindern konnte man den Eltern nur mehr die Todesnachricht bringen.



Das letzte Stündlein läßt seit 30 Jahren auf sich warten

EDWIN KARMIOL, Tokio

Mit dem heutigen Tag begeht der Japaner Sadamichi Hirasawa gleich in zweifacher Hinsicht ein denkwürdiges Jubiläum: Er sitzt seit 37 Jahren im Gefängnis, davon seit 30 in der Todeszelle – angeblich als Unschuldiger. „Ich soll für ein Verbrechen hängen, das ich nicht begangen habe", erklärt der Japaner stereotyp.

Mit 93 Jahren ist Hirasawa mittlerweile der älteste Todeskandidat der Welt. Daran, daß das Urteil noch vollstreckt werden wird, glaubt in Japan niemand mehr. Aber der Greis will Gerechtigkeit. Seine Verteidiger pochen unter Berufung auf einen Passus des japanischen Strafrechts, wonach ein Todesurteil verfällt, das nicht innerhalb von 30 Jahren vollstreckt wird, auf sofortige Freilassung.

Hirasawa, ein Kunstmaler, wurde 1948 wegen Massenmordes verurteilt. Bei einem Überfall auf die Filiale der Teikoku Bank in Tokio vergiftete er zwölf Menschen. Ein Verbrechen, das sich nach fast vier Jahrzehnten äußerst merkwürdig ausnimmt: Der damals 56jährige Mann, der sich als Gesundheitsinspektor ausgab, verabreichte den 16 Bankangestellten unter dem Vorwand einer vorbeugenden Maßnahme gegen die Ruhr ein Medikament: eine Mischung aus Zyankali und Potasche. Zwölf der Opfer waren Minuten später tot. Vier überlebten. Der Täter erbeutete die für heutige Begriffe kümmerliche Summe von 4500 Dollar.

Nach seiner Verhaftung gestand Hirasawa die Tat, widerrief sie aber im Prozeß. Er sei von der Polizei zu dem Geständnis gezwungen worden. Das Ende ist bekannt. Hirasawa wurde in oberster Instanz zum Tode verurteilt; dennoch zögerten sämtliche 33 Justizminister der folgenden 30 Jahre, den Vollstreckungsbefehl zu unterzeichnen. Andererseits lehnten die Justibehörden auch eisern Hirasawas Flut von nunmehr 17 Wiederaufnahmeverfahren und fünf Gnadengesuchen ab.

Eine Gruppe von Intellektuellen kämpft seit Jahren für seine Freilassung. „Sie wird nur deshalb verhindert, weil das Justizministerium das Gesicht derjenigen wahren möchte, die Hirasawa einst verurteilten", behaupten sie. Und weiter, Hirasawa sei nur der Sündenbock für ein Verbrechen, das andere begangen haben.

Tatsächlich war seinerzeit noch jemand anders verhaften worden: Ein Angehöriger einer Spezialeinheit, die sich mit der Erprobung von Giftstoffen befaßte. Angeblich wurde der Verdächtige auf höchste Anordnung freigelassen. Hirasawa aber blieb in Haft, sogar dann noch, als ihn die Überlebenden nicht identifizieren konnten.

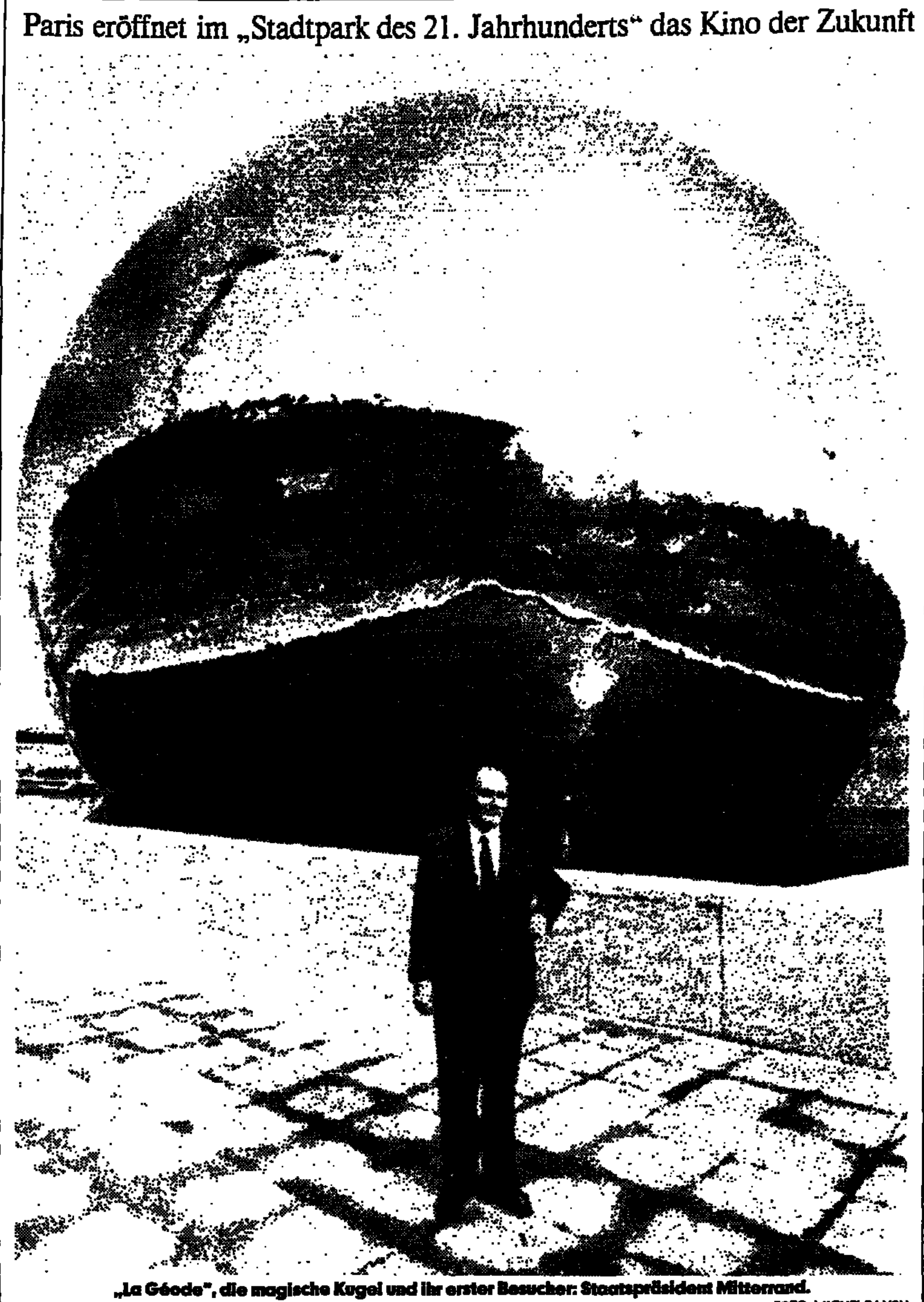
Der Greis, der an Herzbeschwerden leidet, kaum noch sieht und ganze 38 Kilogramm wiegt, soll morgen wieder einmal vernommen werden.

(SAD)



Winkt ihm morgen die Freiheit? Sadamichi Hirasawa FOTO: AP

Paris eröffnet im „Stadtpark des 21. Jahrhunderts" das Kino der Zukunft



„La Géode", die magische Kugel und ihr erster Besucher: Staatspräsident Mitterrand. FOTO: MICHEL PANSU

Ein phantastischer Eindruck

CONSTANZE KNITTER, Paris

So stellt man sich die Raumfahrt vor. Das Raumschiff schwebt schwerelos in der Sphäre, Musik rieselt aus allen Himmelsrichtungen. Der Zuschauer fühlt sich in eine andere Welt versetzt. Doch Vorsicht, wer nicht schwindelfrei ist, sollte auf das audiovisuelle Spektakel in der „Géode", dem hemisphärischen Kinosaal der neuen Pariser Cité, verzichten.

In Anwesenheit von Staatspräsident François Mitterrand, Kulturminister Jack Lang und anderen Regierungsmitgliedern wurde am Montag abend in Paris – auf dem Gelände der legendären Schlachthöfe – „La Géode", das futuristische Kugel-Kino mit der größten gewölbten Filmleinwand der Welt – 1000 Quadratmeter – eingeweiht. Vorgeführt wurde der mit einer Spezialkamera des Systems „Omnimax" gedrehte und von einem Spezialprojektor auf die perforierte dünne Aluminium-Leinwand geworfene Film „Wasser und Menschen".

Der Eindruck ist phantastisch. Auf seinem bequemen Sessel fühlt sich der Zuschauer als Passagier eines Raumschiffes, eines U-Boots oder eines Flugzeugs. Man hat das Gefühl, mitten im Geschehen zu sein. Man glaubt, von den Netzen gefangen zu werden, die Fischer auswerfen. Man hebt unweigerlich die Füße angesichts der Wellen, die auf der Leinwand toben. Man glaubt, von der Gischt der Niagara-Fälle gepeitscht zu werden und schüttelt sich vor Kälte, wenn ein Eisbrecher sich durch die Eisberge in arktischen Gewässern seinen Weg bahnt. Ein Dutzend Lautsprecher im kugelförmigen Kinosaal verteilt, erhöhen den Eindruck, daß man wirklich an dieser Reise durch das Universum und die Tiefen des Meeres teilnimmt.

Nach dem Cinemascope, der Vistavision und dem Cinerama kündet das von dem Australier Ron Jones erfundene „Omnimax"-System ein neues Kino-Zeitalter an. Wie ein Bauwerk der Zukunft mutet auch „La Géode", eine polierte Stahlkugel von 36 Metern Durchmesser an, ein Werk des Pariser Architekten Adrien Fainsilber. Die futuristische Kugel, für Autofahrer schon von weitem vom Boulevard Peripherique aus sichtbar, spiegelt sich in einem 1000 Quadratmeter großen Wasserbecken vor dem Gebäude des zukünftigen Museums der Wissenschaften und Technik. Im Moment reflektiert die glänzende Kugel noch eine riesige Baustelle. Das Museum im „Stadtpark des 21. Jahrhunderts" wird '86 eröffnet.

175 Millionen Franc, umgerechnet 58 Millionen Mark, hat die Konstruktion der „Géode" mit dem hemisphärischen Kinosaal für 370 Personen gekostet. Nach Den Haag ist Paris die zweite europäische Stadt, die sich einen „Omnimax"-Kinosaal, das teuerste Filmsystem der Welt, leistet. Es bleibt abzuwarten, ob das Pariser Publikum in dem Vorort La Villette Schlange stehen und 40 Francs (13 Mark) für das audiovisuelle Spektakel von 50 Minuten zahlen wird.

Immerhin ist die Technik des „Omnimax"-Systems – Projektor und Kamera werden von der kanadischen Imax Corporation vertrieben – beeindruckend. Eine Omnimax-Filmkamera ist mit einem „Fischauge"-Weitwinkel-Objektiv versehen. Gedreht wird mit 70 mm-Film. Ein Omnimax-Negativ ist neunmal größer als das normale 35 mm Format. Das Resultat: Man braucht 100 Meter Film für eine Projektions-Minute. Das wiederum erfordert einen Riesenprojektor mit einem wassergekühlten 15 Kilowatt starken Scheinwerfer, der in der Lage ist, eine 120 Kilo schwere Filmrolle horizontal abzuspulen. Der Preis für diesen Riesenprojektor erreicht die Bagatelle von rund 3,3 Millionen Mark.

In Paris wird außer dem Streifen über den „Kampf des Menschen ums Wasser" von Pierre Willemin ein 15 Minuten langer Computer-Film „Das magische Ei" gezeigt. Im Herbst soll ein Film über Vulkane das Angebot bereichern. Während des Filmfestivals von Cannes dient „La Géode" als Pariser Antenne des Festivals: Dank des Fernsehens können die Höhepunkte von Cannes auf die riesige Leinwand übertragen werden.

Liebes-TÜV deckt Schwächen der Ehe auf

dpa, Hamburg

Die Unfähigkeit, miteinander zu reden, gehört zu den größten Problemen deutscher Ehepaare. Dies ist das Ergebnis einer Langzeitstudie des Kieler Wissenschaftlers Professor Hans Jürgens, für die er in 15 Jahren rund 10 000 Paare befragte. Aus den gewonnenen Erkenntnissen hat Jürgens einen Test entwickelt, dessen 120 Fragen alle Bereiche ansprechen, in denen es zwischen Eheleuten möglicherweise nicht oder nicht mehr stimmt. Jürgens über diesen „TÜV für Paare": „Jedes technische Gerät wird regelmäßig gewartet, nur die Ehe nicht." Das von ihm entwickelte „Partnerprofil" zeigt die Stärken und Schwächen, Harmonien und Dissonanzen, Risiken und Chancen einer Beziehung auf. Zunächst wird festgestellt, ob die gegenseitigen Erwartungen realistisch oder im Überschwang der Gefühle allzu romantisch sind. Dann werden Charaktereigenschaften der Partner erfaßt und miteinander verglichen.

Von Riesenwelle erfaßt

SAD, Lands End

Was ein lustiges Gruppenfoto werden sollte, endete für eine englische Schulklasse in der Katastrophe. Die acht- bis zehnjährigen Schüler waren mit ihrem Lehrer Robin Harrington (34) auf einen Felsen von Lands End geklettert, der Südwestspitze der britischen Inseln, die am weitesten in den Atlantik hinausragt. Plötzlich erfaßte eine Riesenwelle die Kinder und ihren Lehrer. Während es dem Lehrer und sieben Schülern gelang, wieder ans Ufer zu klettern, kam für vier Schüler jede Rettung zu spät. Bis gestern waren ihre Leichen noch nicht geborgen.

Toter nach Revolte

AFP, Paris

Die jüngste Welle von Gefangenen-Revolten in französischen Gefängnissen (WELT v. 6.5.) hat am Montagabend in der Haftanstalt Bois d'Arcy bei Paris den ersten Toten gefordert. Zwei Häftlinge hatten sich während einer spontanen Protestaktion die Unterarme aufgeschnitten. Einer der beiden, ein 28jähriger Untersuchungshäftling, verblutete. Begonnen hatten die Meutereien in dem hochmodernen Gefängnis Fleury-Merogis im Pariser Raum. Dort hatten am Sonntag und Montag rund 300 Gefangene revoltiert und erheblichen Sachschaden verursacht.

11 Tote auf „Autoput"

dpa, Vranje

Bei einem schweren Busunglück in der Nähe der jugoslawischen Stadt Vranje, rund 50 Kilometer nördlich von Skopje, sind in der Nacht zum Dienstag elf Menschen getötet und 42 zum Teil schwer verletzt worden. Ein vollbesetzter Linienbus war aus bisher ungeklärter Ursache auf die linke Fahrbahn des berüchtigten „Autoput" geraten und mit einem entgegenkommenden Viehtransporter zusammengeprallt. Der Omnibus hatte nach dem Zusammenstoß ein Brükkengeländer gestreift und war in einen Fluß gestürzt.

Keine Katalysatoren

AP, Berlin

Die „DDR" will offenbar vorerst auf die Einführung des Katalysators zur Abgasentgiftung von Kraftfahrzeugen verzichten. In einem Bericht über Schadstoffbekämpfung heißt es in der jüngsten Ausgabe der Ostberliner Zeitschrift „Illustrierter Motorsport", daß die in der „DDR" festgelegten Abgaswerte „mit den die Verbrennung beeinflussenden Faktoren wie Gemischbildung und Zündung bei ordentlicher Einstellung einhaltbar" seien.

Autoreisezüge billiger

zy, Hamburg

Die Deutsche Bundesbahn wird familienfreundlicher. Mit Beginn des Sommerfahrplans am 2. Juni senkt sie die Preise für drei Autoreisezüge, die künftig täglich verkehren: die beiden Nachtzüge „Auto-Traum-Express" (Hamburg–München), den „Hochhein-Auto-Express" (Hamburg–Lörrach) und den Tageszug „Christoforus-Express" (Düsseldorf–München). So kostet die Fahrt einer Familie mit einem Kind von Hamburg nach München im günstigsten Falle (Kalender-Staffelung) 784 statt 1298 Mark.

LEUTE HEUTE

Alleingelassen

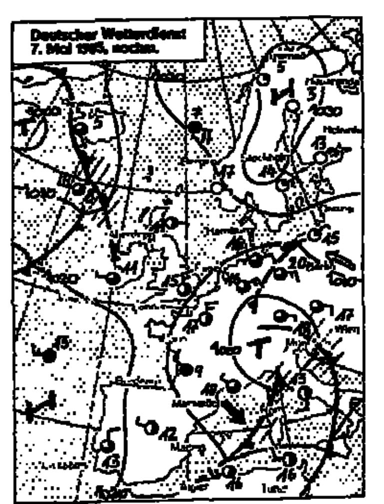
Die schönste Liebesgeschichte des Jahres, eine „Romeo und Julia"-Episode unserer Tage, platzte jetzt in Frankreich, weil die „Julia" ihren Verehrer und eine Schar von Reportern sitzenließ. Ihr Vorname ist **Isabelle**, ihr Nachname unbekannt. Ein junger Mann hatte die Angebetete in einer ganzseitigen Anzeige in der Pariser Tageszeitung „Libération" wissen lassen: „Isabelle, ich liebe dich, **Ali**." Neugierige fragten sofort nach dem anonymen Inserenten, der den Liebestext tags zuvor abgegeben, mit umgerechnet rund zehntausend Mark in bar bezahlt hatte und wieder verschwunden war. Sechs Tage später erschien eine zweite Anzeige, dieses Mal *nur* über eine Viertelseite. Anzeigenkunde Ali lieferte diesmal einen längeren Text ab, in dem „Isabelle" zu einem Rendezvous in einem Café gebeten wurde. Um 16 Uhr, dem verabredeten Zeitpunkt, hatten sich bereits zahlreiche Journalisten eingefunden. Niemand wußte, wie der Verliebte aussah. Gegen 16.30 Uhr betrat ein junger Mann die Szenerie. Es war Ali, der nun mit Fragen bombardiert wurde. Doch er schwieg eisern, schaute nur hin und wieder gequält auf die Uhr. Mit Tränen in den Augen zahlte er nach einer halben Stunde vergeblichen Wartens seinen Kaffee, verließ das Lokal, spurtete los – und war in der Menge verschwunden.

Freigelassen

Er war in den 60er Jahren Kommandeur der Kongo-Söldner, und unter seiner Mitwirkung wurde der berühmte Film „Die Wildgänse" mit Richard Burton gedreht. Dann war er in einem aufsehenerregenden Prozeß wegen der Entführung einer Air-India-Maschine von den Seychellen nach Südafrika zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Jetzt ist Oberst **Mike Hoare** aufgrund einer Amnestie des südafrikanischen Staatspräsidenten **Pieter Willem Botha** nach viereinhalb Jahren begnadigt worden. Er erklärte, er werde in Kürze in einem Buch die Wahrheit über die Vorgeschichte jener Flugzeugentführung enthüllen. Hoare war 1981 mit einer Gruppe von 43 bewaffneten südafrikanischen Söldnern auf der Hauptinsel der Seychellen gelandet, um Präsident **Albert Rene** zu stürzen. Die geplante Aktion wurde bereits am Flughafen aufgedeckt. Die Söldner flüchteten daraufhin mit der indischen Maschine. Während des Prozesses sagte Hoare aus, er habe die Umsturzpläne mit südafrikanischen Offizieren besprochen ...

WETTER: Leicht unbeständig

Wetterlage: Das Tief über Mitteleuropa ändert seine Lage kaum. Die Fronten sind nur schwach ausgeprägt, damit bleibt die nach Deutschland eingeflossene mäßig warme Meeresluft wetterbestimmend.



Vorhersage für Mittwoch:

Teils heiter bis wolkig, teils stärker bewölkt mit einzelnen Schauern. Im Süden am Nachmittag örtlich kurze Gewitter. Tageshöchsttemperaturen 18 bis 21 Grad. Nächtliche Werte um um 10 Grad. Im Norden schwacher bis mäßiger Wind aus Ost, im Süden aus Süd bis Südwest, Gewitterböen.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	37°
Bonn	19°	Kopenh.	15°
Dresden	20°	Las Palmas	19°
Essen	6°	London	15°
Frankfurt	21°	Madrid	12°
Hamburg	16°	Mailand	12°
List/Sylt	15°	Mallorca	17°
München	18°	Moskau	14°
Stuttgart	10°	Nizza	12°
Algier	16°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	17°
Athen	21°	Prag	17°
Barcelona	12°	Rom	13°
Brüssel	13°	Stockholm	14°
Budapest	21°	Tel Aviv	32°
Bukarest	21°	Tunis	16°
Helsinki	13°	Wien	17°
Istanbul	17°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.40 Uhr, Untergang: 20.57 Uhr; **Mondaufgang:** 2.02 Uhr, Untergang: 9.02 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Von Stadthexen, Urkräften und neuen Heiden

idea, Stuttgart

Hexen, Hexenpriester und „neue Heiden" sind nach einer Zeit der Abkehr vom Christentum in der Bundesrepublik Deutschland wieder auf dem Vormarsch. Vor dem Hintergrund ökologischer und gesellschaftlicher Probleme wenden sich viele Menschen vorchristlichen Überlieferungen zu. Man suche ein Leben in Harmonie mit den Urkräften der Natur und des Kosmos. Dies sei, so die Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZGW), der Grund für den „Ethnologie-, Kelten- und Schamanismus-Boom" sowie die feministischen „Stadthexen". Die EZGW zitiert dazu die Zeitschrift „Heidenspaß": „Das Heidentum ist zu einem Faktor geworden, mit dem alle Religionen und politischen Kräfte rechnen müssen." Dabei wird auch an heidnische Elemente des Nationalsozialismus angeknüpft. So soll in Norddeutschland ein Symposium zum 100. Geburtstag des Kulturhistorikers Hermann Wirth, des ersten Präsidenten der NS-„Stiftung-Ahnenerbe", stattfinden.

Von Rüttelscheimen und Schüttelreimen

N. SCHULENBURG, Bockenem

„Die Boxer der Meisterklasse boxen sich zu Kleistermasse." Dieser geistvolle Satz ist gewiß einer der bekanntesten Schüttelreime deutscher Sprache. Irgendwann in der 100jährigen Geschichte dieser Versform setzte ein Schüttelreimer diesen Spruch in Umlauf, und seitdem läuft er durch die deutsche Sprache.

Schüttelreimen, das ist eine ganz besondere Kunst, die hierzulande nur etwa 40 Menschen – meist ältere Herrschaften mit Muße – beherrschen. Diese ganz spezielle Zunft traf sich nun zu ihrer ersten Tagung in dem Örtchen Bockenem, welches zwischen Hannover und Göttingen an den Südhängen des Harz liegt.

Aus Bockenem stammt auch Sita Steen, die „Schüttelmutter". Ihrer Initiative ist es zu verdanken, daß sich Deutschlands Schüttelreimer zusammensetzten, um über ihre rare Kunst zu diskutieren. Sita Steen, geboren 1919, schüttelt Reime seit ihrer Jugend und hat auch schon die deutschen Klassiker durcheinandergewirbelt – die Resultate waren erstaunlicherweise nicht immer zotenfrei, denkt man allein an Schillers „Lied von der Glocke".

Einer der Hauptcharakterzüge der Rüttelscheimer, pardon Schüttelreimer, die die hohe Kunst des Reimens mit „vertauschten Anfangsbuchstaben der reimenden Wörter oder Silben" beherrschen, wie die Lexikon-Definition lautet, bleibt ihr Humor, auch wenn sie ihre Kunst bierernst nehmen. Verse wie „Es zückt der Zorn das Hackebeil – der Zahnarzt macht die Backe heil" klingen denn auch eher komisch als tragisch, doch wehe demjenigen, der glaubt, daß er ein Reimer wär', bloß weil nun bald sein Eimer leer, so irrt sich der. Junge Schüttler müssen lange um Anerkennung ringen.

So nimmt es nicht wunder, daß die Alten über den nur wenig begabten Nachwuchs klagen. Die Jugend habe kaum mehr Sinn für dererlei Spielereien mit der Sprache. Vielleicht auch deshalb, weil viele des Deutschen gar nicht mehr recht mächtig seien. Nur wer die Sprache perfekt beherrsche, sei in der Lage, Purzelbäume mit ihr zu schlagen. Ist das Schüttelreimen also eine aussterbende Zunft? Ganz so pessimistisch sehen es die Meister wiederum auch nicht. Immerhin haben sie auch jüngere Dichter in ihrer Mitte, darunter den 39jährigen Bremer Schulrektor Holger Rasmussen, der mit Inbrunst Verse schüttelt: „Als beide Herz an Herz sich schmusten, da mußte sie vor Schmerzen husten."

Nichts ist im übrigen den Schüttelreimern heilig. Klassisches oder Zoten, Lebensweisheiten oder fromme Sprüche, alles wird umfrisiert. Der Hannoveraner Heinrich Steinberg hat sich jetzt sogar der Nummer eins – Goethes – angenommen und dessen „Faust" durcheinandergerüttelt. Die neue Version erscheint in diesen Tagen bei einem Hildesheimer Verlag, der seit Jahren die Werke der deutschen Schüttelreim-Elite veröffentlicht.

In Bockenem wurden nicht nur Verse geschüttelt. Es gab auch Vorträge über „diese Kunst im allgemeinen und unter besonderer Berücksichtigung von Schüttelreimelementen in der Musik". So wurde Johann Sebastian Bach nachgewiesen, daß er im Schüttelreimverfahren komponiert habe. Ein ganz neuer Aspekt.

Vor allem aber ist der Schüttelreim natürlich eine Sache der Sprache, was folgendes Zitat beweist: „Es sagt der Herr von Rubenstein: „Mein Hund, der ist nicht stubenrein."

ZU GUTER LETZT

„Frischer Wind für unsere Sippe: Sauerländer ehelicht rheinisches Puddingteilchen." Annonce im Bonner „General-Anzeiger".

WELT REPORT
Mittwoch, 8. Mai 1985 — Gibraltar — Nr. 106 - DIE WELT

ÖFFNUNG DER GRENZE / Eine gemeinsame Neuorientierung von London und Madrid löst eine Ära des Tauziehens um den Felsen ab

Europäische Zukunft für die autochthonen Gibraltarer

Von ROLF GÖRTZ

Nach Jahrzehnten eines spektakulären Tauziehens mit Madrid entspannt sich das Problem Gibraltar wie von selbst. Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft durch Spanien und Portugal normalisierte sich zunächst der Grenzverkehr. Der lautlose Abbau des britischen Imperiums und die Neuorientierung der europäischen Selbstverteidigung im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft, der Spanien und England als Verbündete angehören, macht die Bestimmung des Wachtfelsens am Eingang zum Mittelmeer zu gemeinsamen Aufgabe beider Länder.

Die Historie ist bekannt. Im Rahmen des spanischen Erbfolgekrieges eroberte der britische Admiral Rook im Jahre 1704 den Felsen für den habsburgischen Thronprätendenten. Im Vorgriff auf das wachsende Seeimperium Großbritanniens hißte Rook jedoch gleich den Union Jack auf dem Felsen von Gibraltar. Und acht Jahre später beim Friedensschluß von Utrecht überließ „Ihre katholische Majestät" den Felsen der britischen Krone, verbot jedoch jeden Verkehr auf dem Isthmus zwischen der Festung und dem spanischen Hinterland. Zwei Jahrhunderte hindurch versuchten spanische und französische Flotten und Truppen mehrfach die Engländer vom Felsen zu vertreiben. Die einen in natürlichem Eigeninteresse des territorialen Zusammenhanges, die anderen im Kampfe um die Vormachtstellung in Mittelmeer und Atlantik.

Während dieser Zeit wuchs auf dem Felsen eine Bevölkerung heran, deren erste Generation von den Briten aus Malta und Menorca, aus Genua und Marokko „importiert" wurde. Noch die Vereinten Nationen deshalb in den 60er Jahre der Madrider Argumentation, wonach die Bevölkerung Gibraltars „nicht autochthon" sei.

Wenn dieses Argument des spanischen Anspruches inzwischen an Kraft verlor, dann aus zwei Gründen: bei einer Volksabstimmung bekannte sich die derzeitige Bevölkerung fast einstimmig zur britischen Krone und zum Kolonialstatuts. Die UNO glaubte zunächst diese Abstimmung ignorieren zu können und bezeichnete die Nachfahren der 1704 von den Briten vertriebenen und vor ihnen geflohenen Spanier als die „eigentlichen Gibraltarer". Gibraltar selbst aber fand in Chefminister Sir Joshua Hassan einen Sprecher, der die Zeichen der Zeit erkennend als dritte Kraft zwischen Engländern und Spaniern das Selbstbestimmungsrecht einer Bevölkerung durchsetzte, ohne deshalb die Spannungen zwischen London und Madrid weiterhin zu schüren.

Wie die Zukunft auch aussehen mag unter dem gemeinsamen Vorzeichen des atlantischen Europa und des im gleichen Zuge eingeschrumpften britischen Imperiums, werden die Gibraltarer ihre Ideosynkrasie als britische Staatsbürger aufrechterhalten, ohne deshalb der Versuchung einer Eigenstaatlichkeit zu erliegen. „Das Beispiel Malta zeigt, daß die Unabhängigkeit einer so kleinen Bevölkerung an einer strategisch so bedeutenden Position nicht möglich ist," sagte uns Sir Joshua schon vor Jahren.

So beginnt denn der Modus vivendi zwischen Gibraltar und Spanien auf der natürlichen Ebene lokaler Nachbarschaft. Gewissermaßen als Bürgermeister bespricht sich Hassan mit den sieben Kollegen der benachbarten Städte und Flecken in regelmäßigen Abständen. Da die Gibraltarer seit jeher ihre Frauen aus Andalusien holten und somit der spanische Blutanteil alle anderen weit übertrifft, spricht man nicht nur die gleiche Sprache – man versteht sich auch auf der Basis gemeinsamer Mentalität. Eine wesentliche Voraussetzung für die Annäherung lieferte die Demokratisierung Spaniens nach dem Tode General Francos. Denn das wäre das letzte, was die Bewohner des Felsens aufgeben würden: ihre demokratischen Institutionen und ihr demokratisches Selbstverständnis.

Stärker als die spanische Blockade mußte der Entschluß der britischen Admiralität, ihre Werftkapazität in Gibraltar aufzugeben, auf die Wirtschaft von Gib sich auswirken. Angesichts der Bedeutung dieser Werft für die 28 000 Einwohner, bildete deshalb die Gründung der Gibraltar Shiprepair Ltd., Tochter eines Londoner Großunternehmens, gemanagt von Appeldore, den wichtigsten Teil der Neuentwicklung.

Das britische Verteidigungsministerium zog zunächst 800 Zivilpersonen von der Werft ab und versetzte die Regierung von Gibraltar in die Lage, den Betrieb umzurüsten, indem Gibrepair 28 Millionen Pfund Sterling zum Neuausbau und zum Verlustausgleich erhielt.

In drei Jahren, wenn die nunmehr private Werft auf eigenen Füßen stehen wird, sollen hier 850 oder 900 oder noch mehr Arbeiter und Angestellte wieder beschäftigt werden. Noch liegen zwei Dutzend Reparaturaufträge für die Hilfsschiffe der Royal Navy vor, von denen aber nur wenige Einheiten eingedockt werden müssen. Drei Trockendocks stehen zur Verfügung, das größte kann Schiffe bis zu 75 000 Tonnen aufnehmen. Das britische Unternehmen wird die Erfahrungen ihrer Werften am Humber, in Dubai, in Neorion, Griechenland, und in Sabah auf Malaysia nutzen, um mit einem eigenen Marketing zwei erkannte Marktlücken zu füllen: viele Schiffe könnten die Zeit zwischen zwei Charteraufträgen nutzen, um an eine der meistbefahrenen Seestraßen der Welt eine Pause für fällige Reparaturen einzulegen. Wenn ein solcher Reparaturauftrag auch nur mit der zufälligen Vorbeifahrt verbunden ist, so muß doch ein Marketing für das Bekanntwerden dieser Möglichkeit sorgen.

Regelmäßige Beschäftigung erhofft sich die Werft außerdem aus dem Passagierschiffsverkehr der Mittelmeerkreuzer und dem Seetourismus, der sich mit Tausenden von Motor- und Segelyachten im westlichen Mittelmeer und an der iberischen Atlantikküste in Dutzenden neuer und schon wieder überfüllter Yachthäfen niederließ. Viele dieser Marinas besitzen eigene Slipanlagen. Eine für Yachten spezialisierte größere Reparaturwerft, die bei starker Beschäftigung mit niedrigen Preisen operieren kann, fehlt jedoch in dieser Region. Die Werften der Umgebung in Kadis und Lissabon spezialisierten sich auf Bau und Reparatur von Superschiffen. Und die Yachtwerften in Frankreich erscheinen gegenüber ihrer mitteleuropäischen Konkurrenz als zu teuer. Giprepair kann sich also durchaus berechtigte Chancen ausrechnen.

Der Felsen verfügt auch über einen Flughafen, dessen Landepiste im Laufe der Zeit weit genug in die Bucht von Algeciras hinausgeschoben wurde. Schon die ersten Besprechungen von Verkehrsexperten aus Spanien und Gibraltar lassen hoffen, daß der Flughafen den Anschluß an das spanische Flughafennetz findet, daß also Charter- und Linienmaschinen von hier aus nicht nur den Felsen selbst, sondern auch den westlichen Teil der Costa del Sol bis hinüber zum Atlantik bedienen können.

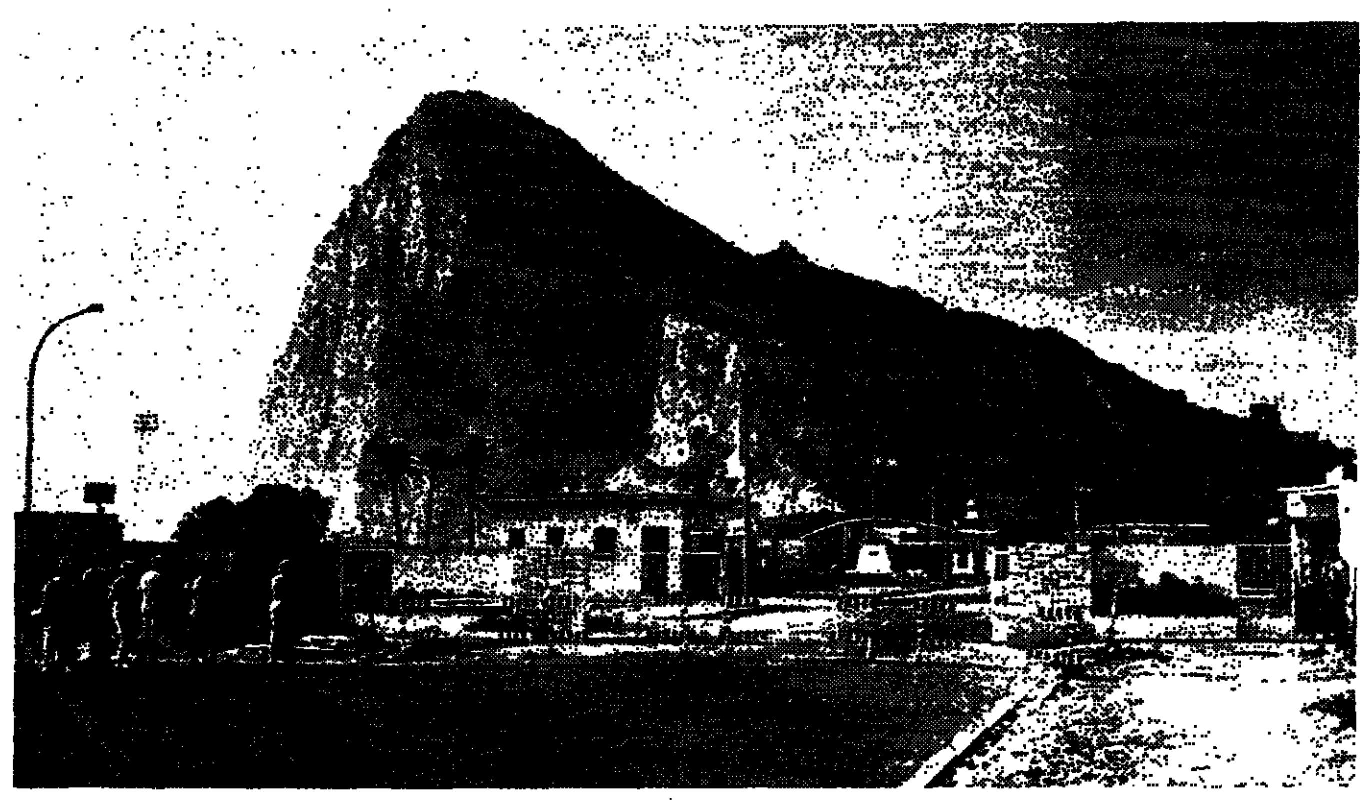
In den anderthalb Jahrzehnten der Isolierung vom Festland entwickelten die eingeschlossenen Gibraltarer Initiativen, die auch ihre jetzigen Zukunftspläne durchaus realisierbar erscheinen lassen. Dazu gehört u.a. der Bau von drei neuen Marinas. Neben den beiden bereits existierenden Yachthäfen soll einer dieser drei neuen Häfen in der romantischen Rosia-Bay am Westhang des Felsens angelegt werden. Dort, wo sich vor fast zwei Jahrhunderten Admiral Nelson an Land rudern ließ, wenn seine Schiffe in der Bucht ankerten. Überhaupt soll die militärische Vergangenheit in Form eines einmaligen Supermuseums dem Tourismus eine besondere Note geben. Im Hafen hofft man, die „Hermes", den letzten noch schwimmenden Flugzeugträger klassischer Bauart, zu verankern.

Im Inneren des Felsens aber sollen statt Granaten, Touristen auf Munitionsaufzügen und Schienenfahrzeugen kilometerlang durch jene Tunnelanlagen rollen, an deren Außennischen sich die Schießscharten öffnen, aus denen die Kanonen von zwei Jahrhunderten mit ihren Kanonieren aus dem Wachsfigurenkabinett in historischen Uniformen auf die Seestraße oder auf das Festland blicken. Neben alten 80-Pfündern mit ihren Eisenkugeln, die Schnellfeuerkanonen des letzten Krieges – ohne Munition.

Schließlich dürften dort, wo einst 60 000 Soldaten in Kasematten und Tunnels untergebracht werden konnten, einige tausend Neugierige ausreichend Platz finden, wenn der Sonnengrill von Torremolinos und Marbella sie zu einer Stipvisite auf dem Affenfelsen verleitet. Wem das zu kriegerisch erscheint, der mag sich mit der Seilbahn auf den Felsgrat liften lassen, um zur Zeit der Zugvögel, Störche, Adler, Schwalben, Wiedehopfe, Wildenten und Gänse zu beobachten. Ihrer aller Weg führt im Frühjahr und Herbst entweder über den Bosporus im Osten oder eben über die Straße und ihren Felsen im Westen Europas.

Große Hoffnung setzen die Gibraltarer Geschäftsleute auf internationale Verbindung, die man gemeinhin mit Begriffen wie Off-Shore und Schiffsregister bezeichnet. Wie auf den Bahamas, auf den Kanalinseln zwischen England und Frankreich, so richten sich auch auf Gibraltar Filialen großer internationaler Banken auf das Off-Shore-Banking ein. Namen wie Barklays und Bank of Hongkong warten auf weitere seriöse Partner, um nach dem Vorbild der Schweiz und Liechtenstein Geldgeschäfte zu tätigen, die wenig mit Gibraltar selbst zu tun haben, die aber den Vorteil der Freihandelszone wahrnehmen wollen.

Und wie Panama oder Andorra rechnet auch Gibraltar mit der Registrierung von Firmen, die hier einen Ausgleich vor übermäßiger nationaler Belastung oder vor Dumping suchen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das gilt für Schiffsreedereien ebenso wie für Handelsunternehmen. Als Bremse gegen den Interventionismus mancher Staaten dürfte diese Ausgleichsmöglichkeit durchaus ihre markterhaltende Aufgabe erhalten.



Nach der Öffnung von „La Linea", der Grenze zu Spanien, und mit dem EG-Beitritt der Iberischen Halbinsel beginnt für den Felsen das europäische Kapitel FOTO: W. VÖLKER

PREMIER HASSAN / Gelöst und locker

Kommt Andorra an die Mittelmeerküste?

In Spanien und Gibraltar haben wir voneinander gelernt und uns angenähert. Vor allem, wir haben Ideen, wie sich die politische Zukunft gestalten ließe." Gibraltars Chefminister Sir Joshua Hassan gibt sich im Gespräch mit der WELT gelöst. Seit Spaniens EG-Beitritt gesichert ist und Madrid die restlichen Grenzrestriktionen abbaute, normalisiert sich auch das durch die „kleine Öffnung" von 1982 erheblich gestörte Wirtschaftsleben des Felsens.

Von Souveränitätsfragen will Sir Joshua jedoch nicht reden: „Selbst Spaniens Außenminister Moran sprach bei einem Teffen in Genf von den Aufgaben künftiger Generationen – also warum sollen wir uns jetzt schon die Köpfe darüber zerbrechen." Auch den Hinweis auf ein mögliches Kondominium, das ähnlich wie in Andorra die Hoheit zweier Staaten – in diesem Falle Großbritannien und Spanien – anerkennen könnte, wehrt Sir Joshua lächelnd ab: „Das haben Sie gesagt, schon vor zwei Jahren." Immerhin, in London und Madrid hält man eine solche Lösung für möglich.

Vor dem Gespräch mit Joshua Hassan hatte uns der Sprecher der sozialistischen Opposition, Bossano, gesagt, daß er nach seinem Sieg bei den nächsten Wahlen die staatliche Unabhängigkeit Gibraltars betreiben werde. Hassan, seit zwei Jahrzehnten im Amt, wehrt aufgeräumt ab: „Erstens haben wir mit 53 Prozent eine sichere Mehrheit wie nie zuvor, und zweitens halte ich die Unabhängigkeit für einen ausgesprochenen Nonsens." Der Chefminister von Gibraltar erinnerte daran, daß Madrid eine solche Entwicklung auch niemals zulassen würde. „Außerdem, mit wem sollte ein so kleines Gemeinwesen wie Gibraltar zusammenarbeiten – mit Rußland etwa?"

Chefminister Hassan sieht optimistisch einem Agreement zwischen London und Madrid entgegen, bei dem die Wünsche der Bevölkerung von Gibraltar berücksichtigt werden können: „Auch Moran sagte, daß er nichts gegen den Willen der Bevölkerung von Gibraltar machen könne – selbst wenn ihm London den Felsen auf einem silbernen Tablett reichen würde." Bei Gesprächen zwischen Gibraltar und Madrid, bei denen sich Hassan durchaus des Kräfteverhältnisses von 34 Millionen (Einwohner in Spanien) zu 30 000 (Einwohner von Gibraltar) bewußt ist, geht er heute von der Basis gleicher Rechte aus. In der Praxis der Annäherung und des Grenzverkehrs werden diese Gespräche deshalb weitgehend mit den Bürgermeistern der Nachbarschaft geführt. Ein erstes Treffen fand dieser Tage in der Nähe statt.

Die erste Öffnung der Grenze zu Spanien im Jahre 1982 erfolgte zunächst im Interesse des Nachbarschaftsverkehrs und der erleichterten Verwandtenbesuche beiderseits der Grenze. „Diese Öffnung aber begann unsere Wirtschaft zu zerstören. Wir konnten unseren Bürgern nicht verbieten, in Spanien einzukaufen. Die spanischen Grenzposten aber ließen umgekehrt nicht einmal eine Tafel Schokolade die Grenze nach Spanien passieren."

Die jetzt erfolgte endgültige Öffnung und damit die Normalisierung auch des Warenverkehrs findet nun die Zustimmung beider Seiten. „Wir werden in der Lage sein, die Steuern für einige Jahre zu senken und so das Geschäft zu beleben." Sir Joshua begrüßte die Anpassung der New Yorker Konvention auf die Gegebenheiten der Grenze zwischen Spanien und Gibraltar. Danach dürfen auch Tagesbesucher nach wenigen Stunden wie bei einer kurzen Luftreise ihre Flasche Whisky und ihre 200 Zigaretten unverzollt über die Grenze bringen. „Umgekehrt werden wir in Zukunft beispielsweise unseren Bedarf an Zement und Bauholz in der spanischen Nachbarschaft und nicht mehr in Amsterdam, wohin wir ausweichen mußten, decken."

Die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Tourismus nützt Spanien und Gibraltar nach Ansicht Hassans gleichermaßen, denn „wer nach Gib kommt, will auch nach Spanien, und die Sommergäste der Costa del Sol wollen ihrerseits den Felsen besuchen. Schließlich begann die Costa del Sol sich von Gibraltar aus zu entwickeln", erinnerte Hassan an die fünfziger Jahre.

Der Chefminister begrüßte das Interesse seriöser Weltbanken, Gibraltar zu einem Platz des Off-shore-Bankings zu machen. Auch können Register-Firmen, vor allem Reedereien, aber auch Handelsfirmen im Überseegeschäft, in Gibraltar einen interessanten Platz finden: „Wir sind keine Neulinge auf diesem Gebiet."

Das Wichtigste aber sieht die Regierung von Gibraltar im Ausbau des Tourismus, der seit der Aufhebung der Grenzrestriktionen durch Spanien ganz neue Perspektiven eröffnet. Eine Voraussetzung dafür sieht Sir Joshua im Anschluß Gibraltars an das Luftverkehrsnetz Spaniens. Bisher wurde Gibraltar nur von der BEA und der Gib-Air im Verkehr mit London und Marokko angeflogen. Erste Gespräche über die Ausweitung nach Spanien fanden bereits in London statt.

Um den Gefahren eines Durchgangsverkehrs zu begegnen, entschloß sich Gibraltar schon vor der Grenzöffnung zu einer engen Zusammenarbeit mit der spanischen Polizei bei der Bekämpfung des Drogenverkehrs: „Wir informieren die spanische Polizei. Und wenn wir früher irgendwelche Einflußnahme von spanischer Seite befürchteten, so können wir jetzt, seit Spanien ein Rechtsstaat ist, einander vertrauen."

ROLF GÖRTZ

ADOLFO J. CANEPA / Optimistisch für anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung

Mit der Bank of England im Rücken

„Wenn arabisches Geld soviel an der spanischen Costa del Sol zustande gebracht hat, warum nicht auch bei uns?" Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Adolfo J. Canepa, ist ausgesprochen optimistisch: Nach der Öffnung der Grenze zu Spanien könnte die Wirtschaft seines Landes einen Aufschwung erleben.

Und er setzt dabei auch auf deutsches Geld, seine Regierung bietet fiskalische Anreize und Steuererleichterung auch für deutsche Investoren. „Und nicht zu vergessen", setzt der Minister in einem Gespräch mit der WELT hinzu, „wir haben die Bank of England im Rücken. Sie garantiert alle Zusagen der Regierung. Wir gehören schließlich zum Bereich des britischen Pfund und passen natürlich auch auf, daß hier nicht zu viel Sterling auf der Halbinsel zirkuliert. Hinzu kommt die große politische Stabilität Gibraltars."

Es ist das gute Recht des Wirtschaftsministers, so zu denken; die Opposition auf der Insel indes, gestellt von der Democratic Party of British Gibraltar, die sich erst im Jahre 1978 konstituierte, gibt sich ihrerseits zuversichtlich, die nächsten Wahlen zu gewinnen.

Aber Adolfo J. Canepa meint auch nicht mit politischer Stabilität den Wechsel von einer Regierung zur anderen, das ist für ihn eine Selbstverständlichkeit, sondern stabil bedeutet für den Minister, daß die Strukturen der Halbinsel und ihr demokratisches Gefüge sich unabhängig von der jeweiligen Regierung nicht verändern werden.

Darin weiß er sich übrigens auch einer Meinung mit der spanischen Regierung, denn was Madrid seiner Meinung nach nicht gefallen würde, was es wohl schwerlich auch hinnehmen könnte, ist ein völlig unabhängiges Gibraltar, das dem folgen könnte, der bereit ist, am meisten zu bieten. Das Beispiel Malta schreckt, auch wenn der Minister den Namen nicht nennt. „Felipe Gonzales sähe es sicherlich lieber, daß Gibraltar spanisch würde, aber vor die Wahl gestellt zwischen Unabhängigkeit und britisch, wird auch er lieber ein britisches Gibraltar sehen."

Gleichwohl macht man sich auf der Halbinsel Gedanken, was kommt, wenn Sir Joshua Hassan, der Chief Minister, geht. Schon seit 1975 trägt er sich mit Rücktrittsgedanken, aber er blieb bislang, um einen Beitrag zu besseren Beziehungen zu dem Spanien nach Franco zu leisten.

Seine Partei, die Association for the Advancement of Civil Rights (AACR) ist schon 42 Jahre alt, und lebte von der staatsmännischen Größe ihres 69jährigen Führers seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Auch wenn sie sich den Zusatz Gibraltar Labour Party gab, ist ihr Standort in der Mitte. Der „Rock" ist zu klein für politischen Extremismus, so lautet ihre Losung.

Adolfo Canepa könnte sein Nachfolger sein. Er personifiziert das „Labour-Element". Als Minister war der ehemalige Lehrer bislang recht erfolgreich, wenn auch dem 44jährigen natürlich noch das Charisma des Chief Minister Hassan fehlt.

Führer der Opposition ist der 56jährige Peter Isola, der während der Großen Koalition stellvertretender Chief Minister war. Er stammt aus einer alteingesessenen Familie, gilt als Patriarch und seine Persönlichkeit prägt auch das konservative Image der DPBG.

Das Parteienspektrum wird abgeschlossen durch den Gewerkschaftler und Führer der Gibraltar Socialist Labour Party, Joe Bassano. Der 45jährige kämpfte erbittert gegen die Schließung der Dockyards.

In einem stimmen jedoch alle überein: Sollte Gibraltar spanisch werden, folgen alle Sir Joshua Hassan, wenn dieser sein Versprechen einlöst und in die „Street", die Wasserstraße von Gibraltar, springt. MARIA MARX

AUF EINEN BLICK

ALLGEMEINES

Gibraltar ist eine Halbinsel im Südosten Spaniens. Im britischen Staatenbund hat es die Stellung eines Dominions.

Die Landgrenze bildet Spanien, und im Westen, Osten und Süden bildet das Mittelmeer (Straße von Gibraltar) die natürliche Grenze.

FLÄCHE

6,5 Quadratkilometer.

EINWOHNER

ca. 30 000 Einwohner.

SPRACHE

Englisch und Spanisch.

ZEIT

MEZ

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Gibraltar unterhält keine eigenen Vertretungen. Seine Interessen werden von Großbritannien wahrgenommen.

AUSKUNFTSSTELLEN

Gibraltar Government Tourist Office, Arundel Great Court, 179 The Stand, London WC 2R 1 EH/Großbritannien, Tel.: 00441/8 36 07 77. Gibraltar Government Tourist Office, Cathedral Square, Gibraltar.

Gibraltar Government Tourist Office, Information Centre, The Piazza, Main Street, Gibraltar.

TIPS FÜR REISENDE:

KLIMA

Das Klima ist mild und im allgemeinen sehr angenehm. Die wärmsten Monate sind Juli und August mit Temperaturen von teilweise über 30° C. Die durchschnittliche Wintertemperatur beträgt 15° C.

Im allgemeinen ist nur in den Monaten Oktober bis März mit Regen zu rechnen. Im Sommer weht ab und zu ein Ostwind, der sogenannte Levante, der stärkere Luftfeuchtigkeit mit sich bringt.

WÄHRUNG UND REISEDEVISEN

1 Gibraltar-Pfund (Gib £) = 100 New Pence. 1 Gib £ = 3,68 DM. Für die Ein- und Ausfuhr von Landes- und Fremdwährungen bestehen keine Beschränkungen. £-Sterling und Gib £ sind gleichberechtigte Zahlungsmittel auf Gibraltar.

Es wird empfohlen, die in Gibraltar erhaltenen Gib £-Noten in £-Sterling-Noten vor der Abreise umzutauschen, da ein Rücktausch außerhalb Gibraltars meist auf Schwierigkeiten stößt.

ZOLL

Gegenstände des persönlichen Bedarfs können gemäß den internationalen Bestimmungen zollfrei eingeführt werden.

EINREISE

Gültiger Personalausweis.

BEDIENUNG / TRINKGELD

In den meisten Hotels und Restaurants wird ein Bedienungszuschlag von 10 bis 12 Prozent berechnet, sonst sind 10 Prozent üblich.

Taxifahrer erwarten 10 Prozent Trinkgeld. Für alle Dienstleistungen werden kleinere Trinkgelder erwartet.

VERKEHR

Internationale „Grüne Versicherungskarte", die für Gibraltar gültig geschrieben sein muß, ist mitzuführen. Analog Großbritannien ist der Deckungsbereich auf Personenschäden begrenzt.

Der Abschluß einer Kurzkaskoversicherung in Gibraltar wird dringend empfohlen.

Rechtsverkehr.



URBANISATIONEN

Grenzöffnung brachte Bewegung

Jetzt, da die Grenze offen ist, ist Bewegung entstanden auf beiden Seiten. Man will Immobilien und wirtschaftliche Projekte anziehen und ist bereit, Angebote zu unterbreiten. All dies wird übrigens durch eine Gesellschaft kontrolliert, um – aus Erfahrung wird man klug – Geschäfte zu vermeiden, die auf Spekulation basieren.

So wird man von Behördenseite nicht müde zu betonen, daß touristische Entwicklungsfirmen auf beiden Seiten überwacht werden, und man äußert die Hoffnung, daß in naher Zukunft nur Urbanisationen mit hoher Qualität arbeiten werden, um das Image der Costa del Sol und Gibraltars in der Welt nicht zu beschädigen.

Es gibt heute schon eine Reihe von Urbanisationen, die nach solchen Prinzipien arbeiten, und hier kann man noch zu vernünftigen Preisen – betrachtet man das Preis-Qualitäts-Verhältnis – ein Zweitheim erwerben oder sein Geld aus anderen Gründen investieren.

Mit der verlockenden Aussicht, daß der Flughafen in Gibraltar benutzt werden kann, um die Seite an der Costa del Sol zu besuchen, kann heute versprochen werden, daß dieses attraktive „Tandem" viel leichter zu erreichen sein wird. Denn dann stehen zwei Flughäfen zur Verfügung, der internationale von Malaga an der Costa del Sol und der Flughafen von Gibraltar.

In der Mitte dieser Projekte mit hohen Erwartungen liegt Puerto Soto Grande, nur einige Minuten von Gibraltar entfernt. Hier wird in großem Maßstab ein Yachthafen gebaut. Die Urbanisation heißt Altos del Rodeo und liegt ganz in der Nähe von Marbella mit seiner Jet Set Society und nur 10 Minuten von der berühmten Banus Marina entfernt. Hier findet man erstklassig eingerichtete Appartements, gebaut unter Berücksichtigung der Natur, gelegen in Gärten, mit einem wunderschönen Pinienwald und mit einem Club für die Eigentümer nach dem Vorbild der Beach-Clubs. Auf der Strecke nach Gibraltar liegt die Urbanisation Sitio de Calahonda an der Millas-Küste, ein wunderschönes Dorf im andalusischen Stil mit weißgetünchten Häusern und Balkonen voller Blumen.

G. DEANO

WERFT / Zivile Zukunft

Abbott: In drei Jahren auf eigenen Füßen

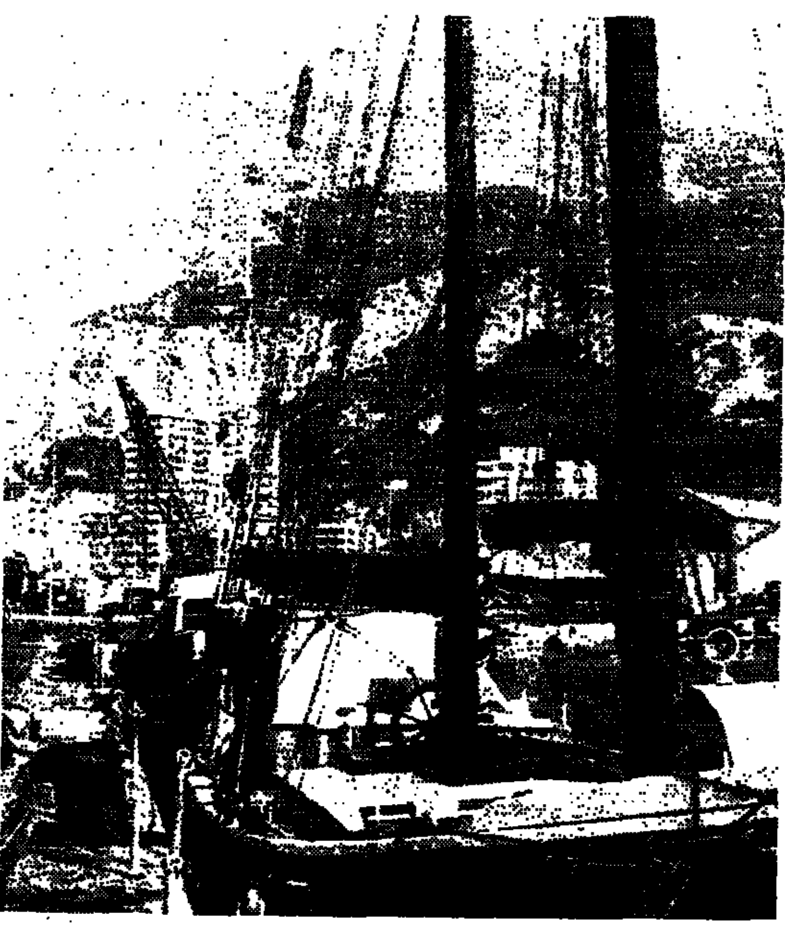
Als die Briten beschlossen, das zu militärischen Zwecken genutzte Dock in Gibraltar zu schließen, wurden 600 Menschen arbeitslos. Die Regierung Margaret Thatcher gab 28 Millionen Pfund an die Regierung von Gibraltar, um die Schiffswerft für zivile Zwecke umzubauen.

Von diesem Betrag werden 11 Millionen allein dafür zur Verfügung gestellt, die Einkommensverluste während der zwei Jahre, die der Umbau dauern soll, zu decken.

„Wir haben zur Zeit 550 Leute mit den Umbauten beschäftigt, dazu zählen die 50 Männer des Managements, von denen 30 britisch sind, die übrigen verteilen sich auf den Rest der Welt", berichtet Brian Abbott der geschäftsführende Direktor der Shiprepair Appledore Ltd. „Wir haben mit den Umbauten am 1. Januar 1985 begonnen, und es bleibt natürlich erheblich viel zu tun, aber wir wollen im Juli/August dieses Jahres fertig sein. Wir haben zwei kleinere Docks, die arbeiten und die versuchen, in der Übergangszeit auszuhelfen."

So hofft man in Gibraltar mit Brian Abbott und der Appledore Ltd, in drei Jahren vollständig auf eigenen Füßen zu stehen. Es liegen auch schon Aufträge vor, die diese Hoffnungen rechtfertigen. 1988 will man mit der Werft wieder Gewinne machen. Ein neues Thema im Bereich des Schiffsbaus mit Zukunftsklängen für Gibraltar ist der Neu- und Umbau von Segel- und Motoryachten. Hier gibt es keine Großaufträge, dafür eine treue und zahlungskräftige Klientel.

Schon heute ist Gibraltar eine Station, die von privaten und kommerziellen Seefahrern zur Verproviantierung und zum Auftanken gerne angelaufen wird. In der Nähe der Marinas liegt der Yachtterminal, und hier kann man zollfrei die Tanks füllen, wenn man mehr als 200 Liter durch den Zapfhahn laufen läßt. Das gleiche gilt für die Versorgung mit Butangas für LPG-Zylinder.



Für die Werften folgt jetzt die zivile Bewährung
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Schiffe, die nur zum Bunkern Gibraltar anlaufen, sind auch von Zollabgaben befreit.

„Wir haben", sagt der geschäftsführende Direktor Brian Abbott „noch eine Zukunft vor uns".

Dabei hat das vor einem Jahr noch nicht so rosig ausgesehen. Bis zum Jahre 1981 hatte die Zahl der seegehenden Handelsschiffe, die Gibraltar anliefen, ständig abgenommen, von 2458 im Jahre 1968 auf knapp 1500 im Jahre 1983. Wobei man allerdings berücksichtigen muß, daß die Schiffe im Laufe der Jahre größer wurden und die Tonnage daher etwa gleich blieb. Der Falkland-Krieg hatte in der Royal Naval Dockyard noch einmal für Beschäftigung und Betrieb gesorgt. Gibraltar war Londons wichtigste Basis. Aber danach war Ebbe, und bei der Gewerkschaft TGWU (Transport and General Workers Union) machte sich Verbitterung breit. Man glaubte nicht so ohne weiteres den Zusagen hinsichtlich der Umstrukturierung der Dockyards.

Die Pessimisten hatten (bislang) Unrecht, und Brian Abbotts Firma, die nun für den Umbau verantwortlich zeichnet, genießt Vertrauen, weil sie in der Vergangenheit die marode staatliche Schiffswerft Neorion auf der griechischen Insel Syros wieder auf die Füße stellte.

Und Gibraltar hat gegenüber Syros jedenfalls den geographischen Vorteil. Brian Abbott: „Gibraltar besitzt eine der zwei oder drei besten Positionen auf der Welt, um Schiffe zu reparieren. Es gibt ein sehr großes Volumen an Handelsschiffen, die vorbeifahren und eine große Verschiedenheit der Typen.

Joe Bossano, der Sekretär der Gewerkschaft TGWU, weist allerdings darauf hin, daß der Felsen mit erheblicher Konkurrenz zu rechnen habe.

Gibraltar habe keine besonderen Vorzüge gegenüber der Lisnave-Werft von Lissabon oder gegenüber dem nahen, spanischen Cadiz, und außerdem sei sie teurer. Bossano: „Wir liegen geographisch in Südeuropa, aber was die Rechnungen angeht, die bei uns geschrieben werden, in Nordeuropa." M.M.

DIMENSIONEN

Länge, Breite, Schräge, Höhle

Wie im Anflug auf einen übergroßen Flugzeugträger fühlt man sich, wenn die Maschine aus London auf der Piste in Gibraltar aufsetzt. Weit ins Meer hinaus ist der Betonstreifen gebaut, dazu noch im Niemandsland. Denn Spanien besteht darauf, daß im Vertrag von Utrecht aus dem Jahre 1713 der Landstreifen hinter La Linea nicht an Großbritannien abgetreten wurde. Die Briten dagegen sagen, er ist zu Recht britisch.

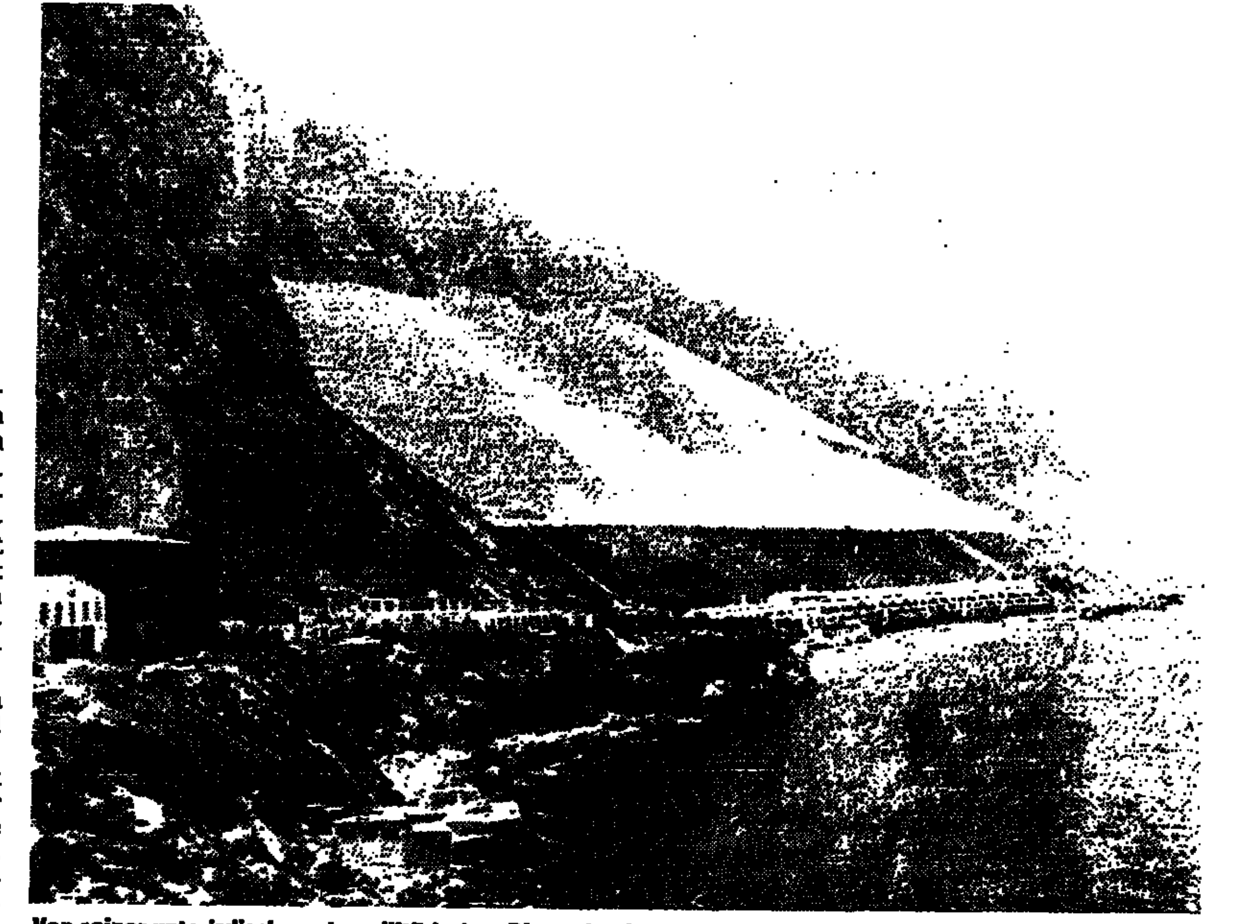
So klein die Fläche auch ist, in Gibraltar ist vieles kompliziert und das Niemandsland erst recht.

Verläßt man das Flugzeug, nimmt einen der Felsen gefangen mit seiner blanken Nordseite, „The Rock", wie er heißt. Eine Masse aus grauem Kalkstein, auf seiner Spitze flattert der Union Jack, aber es ist dies nicht der höchste Punkt der Halbinsel. Den Gipfel, exakt gemessen mit 1396 britischen Fuß, findet man hinter einem Grat, der sich nach Süden erstreckt. Es ist ein Fleck, der Spy Glass heißt, ganz in der Nähe der Stelle gelegen, wo die von Schweizern gebaute Seilbahn hält.

30 000 Zivilisten leben auf dem Rock oder zu seinen Füßen. Gibraltar ist das zweitdichtest besiedelte Gebiet in Europa, und in der internationalen Hitparade liegt es an Nummer vier. Es ist drei Meilen lang und nicht einmal eine Meile breit. Dabei befinden sich noch 30 Prozent des Landes in Schräglage, und ist man oben auf dem Rock, findet man keine menschliche Ansiedlung sondern Picknickplätze, Pinien, wilde Oliven.

Länge, Breite, Schräge, die eigentliche Dimension jedoch liegt in Gibraltar unter dem Felsen. Wo man auch (fest genug) klopft, es hallt hohl nach Tunnel und Fortifikation. Der britische Verteidigungsminister besitzt eine Hälfte des Felsens, die Regierung von Gibraltar die andere bis auf einen Rest von drei Prozent, der in Privathand ist.

Die militärische Nutzung ist Geschichte. Seit dem Zweiten Weltkrieg, als man deutschen U-Booten die Passage verbombte, gab es nur noch den Staub zu bekämpfen. Aber es soll alles noch funktionstüchtig sein. Bald werden dies Touristen bewundern können. Man erlaubt ihnen den Sturm in die Kasematten, nachdem zur Zeit ein anderer Ansturm nicht zu befürchten ist. Einige sensible Überwachungseinrichtungen werden allerdings nach wie vor mit einem Schleier vor neugierigen Augen verhüllt bleiben.



Von seiner unterirdischen, der militärischen Dimension kann „The Rock" nicht mehr leben, er sucht nach einer zivilen Zukunft in Europa
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Bei der Paßkontrolle und kurze Zeit darauf in der Hauptstraße der Main-Street erkennt man rasch, daß die Gibraltarer keine Spanier in britischen Anzügen sind. Ihr Ursprung ist weder britisch noch spanisch, sondern vor allem genuesisch. Bei der frühesten Volkszählung, gerade 49 Jahre nachdem der Felsen 1713 aufhörte spanisch zu sein, wurde festgestellt, daß die Mehrzahl der Einwohner aus Genua stammten, dazu kamen Juden und Briten. Schon 24 Jahre später benutzte man den Begriff „Eingeborener von Gibraltar", ein Völkchen nahm seinen Anfang.

Doch finden sich heute vor allen Dingen britische Geschäftsleute am besten zurecht. Das Recht, das hier etabliert ist, kommt ausschließlich aus London, das Gesellschaftsrecht etwa gründet auf dem Company Act aus dem England des Jahres 1929. Gibraltar ist Teil des Sterlinggebiets. Bank- und Währungstransaktionen gehen über die Bühne wie zu Hause. In bestimmter Hinsicht ist Gibraltar auch Teil der EG als europäisches Gebiet, dessen Außenbeziehungen von Großbritannien verantwortlich wahrgenommen werden.

Aber es nimmt nicht teil an den gemeinsamen Außenzöllen. EG-Angehörige dürfen in Gibraltar für eine Anfangszeit von sechs Monaten sich aufhalten, um einen Job zu finden oder um ein Geschäft zu eröffnen. Und die Erlaubnis zur Residenz kann folgen, wenn bestimmte Auflagen erfüllt sind. Auch der Handel spielt sich überwiegend im Rahmen der EG ab, mit Großbritannien an der Spitze. Doch der zweitgrößte Exporteur nach Gibraltar ist Japan.

Große Augen in der Main-Street, wenn ihnen ein Bobby begegnet, machen nur Touristen. Die Polizeikräfte des Felsens blicken auf eine lange Geschichte zurück. Sie sind die zweitältesten innerhalb des Commonwealth. Nur neun Monate jünger als die Metropolitan Police in London. Die Bobbies haben hier wenig zu tun. Ernsthafte Verbrechen sind hier so selten wie Schnee. Jeder kennt jeden, mit Ausnahme der Touristen, zu welcher Gruppe auch die letzten Räuber zählten, die alsbald nach der Tat gestellt wurden.

Mord und Schnee sind also selten. Im Winter liegt die Temperatur immer noch bei 12 Grad, im Sommer bei 23. Dann regnet es auch nicht mehr. Nur die berühmte Levanter Cloud, die levantische Wolke, hängt oben am Felsen wie ein großer aufgespannter Regenschirm.

Das Leben in der Main-Street und in den umliegenden Vierteln ist ruhig und mediterran. Das Nachtleben besteht vor allen Dingen darin, zu essen und zu trinken. Anschließend geht man nach Hause, nicht so früh wie im Mutterland, denn das Essen ist besser. Aber wenn im nahen Marbella noch heiß getanzt wird, springen auf dem Felsen nur noch die Affen.

PETRA BÖNING

TOURISMUS / Interview mit dem Tourismus-Minister Horace J. Zammitt: „Umgestiegen wird in Madrid“

„In unseren Straßen lebt Geschichte, und die wollen wir zeigen“

Queen's Way Developments heißt eines der Entwicklungsgebiete Gibraltars. Die Regierung will hier Hotels, Konferenzzentren, Wohnungen und Yachthäfen entstehen lassen. Über das Projekt unterhielt sich mit der WELT der Minister für Tourismus, Horace J. Zammitt.

WELT: Wie sieht es heute in Queen's Way Developments aus?

Zammitt: Es gibt nur einen kleinen Bootshafen, der erweitert werden muß. Wir haben ja an anderer Stelle noch den größeren Hafen Rosh Bay. Er soll im Rahmen des Eastside-Reclamation-Projekts umgebaut werden. Es gibt also eine Reihe von Entwicklungsvorhaben hier, zudem will man ein Schiff an die Ankerkette legen und in ein schwimmendes Hotel umwandeln. Madrid schließlich hat vorgeschlagen, den Flughafen zu erweitern und die Piste zu verlängern.

WELT: Da wird man doch auch sicherlich die Anbindung Gibraltars an das internationale Flugnetz verbessern wollen?

Zammitt: Natürlich. Wir werden eine leistungsfähige Verbindung London–Madrid–Gibraltar und Gibraltar–Madrid haben. Und in Madrid können viele Touristen aus USA, aus Kanada, Deutschland und aus allen anderen Teilen der Welt in die Maschine nach Gibraltar umsteigen. Es ist jetzt schon entschieden, daß British Airways und die Iberia für die Flugverbindung zwischen Gibraltar und Madrid sorgen werden.

WELT: Wie lang ist die Flugpiste denn jetzt?

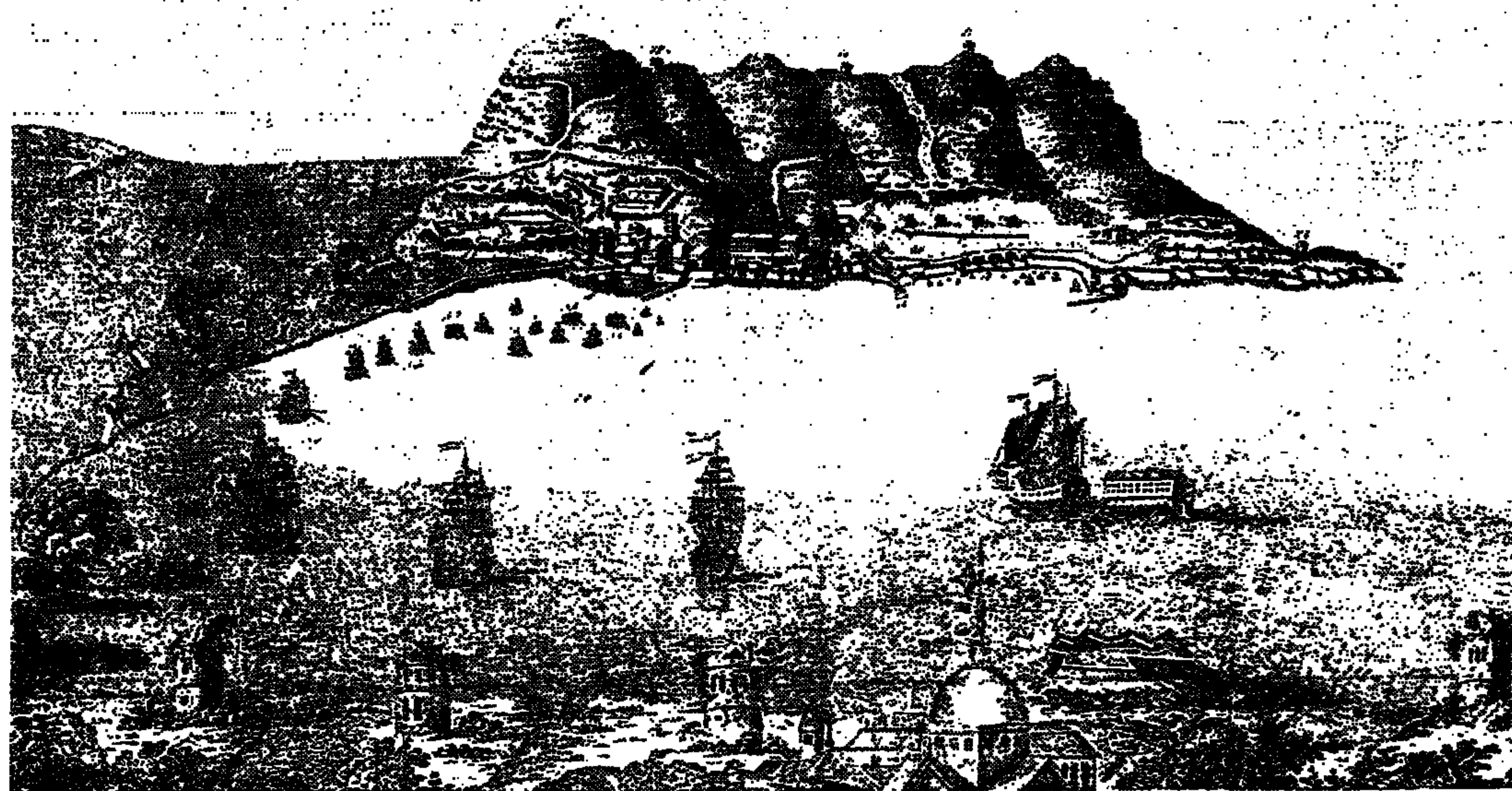
Zammitt: Ungefähr 2,4 Kilometer.

WELT: Und wer soll all diese Projekte finanzieren?

Zammitt: Die Gelder kommen ausschließlich aus Privatunternehmen. Das größte ist Wimpy Trocon. Das ist ein britisch-arabisches Unternehmen. Wimpy ist britisch und Trocon arabisch. Wimpy hat übrigens mit der Hamburgerkette nichts zu tun. Die anderen Firmen, es gibt eine ganze Reihe davon, werden im Wege von Ausschreibungen beteiligt. In den nächsten Tagen soll es losgehen. Wimpy Trocon bringt 100 Millionen Pfund ein, die anderen zwischen 40 und 50 Millionen.

WELT: Gibt es denn schon Vorhaben, die in Angriff genommen worden sind?

Zammitt: Ja, es gibt da verschiedenes. Wir haben in Richtlinien niedergelegt, was wir für Pläne haben. Vom Hotelbau über Konferenzzentren zu Läden und Restaurants. Wir warten auf die Angebote und werden dann unsere Entscheidung treffen.



Die Historie wird der touristische Magnet Gibraltars bleiben, Stich aus dem 18. Jahrhundert

WELT: Welche Touristen haben Sie im Auge? Diejenigen, die sich länger hier aufhalten oder die, die ihren Urlaub mit einem längeren Aufenthalt in Spanien oder in Nordafrika verknüpfen?

Zammitt: Ich weiß, daß Gibraltar nicht der Ort ist, wo man sich 14 Tage oder noch länger aufhält. Wir empfinden uns daher als eine Ergänzung zur Costa del Sol und zum übrigen Südteil Spaniens. Und Spanien ist wiederum eine Ergänzung für uns. Das ist eigentlich unser Konzept: Touristen kommen nach Gibraltar, um ein, zwei oder drei Nächte hier zu bleiben und reisen dann nach Spanien weiter. Denkbar ist auch, daß sie sich ein Auto mieten und die Gegend auf vier Rädern erkunden und alles besichtigen, alles, was ihnen früher verwehrt wurde.

WELT: Früher?

Zammitt: In den frühen fünfziger Jahren, bevor die Grenze geschlossen wurde, gab es vier, fünf, vielleicht sechs Hotels an der Costa del Sol. Der Flugplatz von Malaga führte ein Schattendasein. Das einzig Attraktive an ihm war der Duty Free Shop. Nun hat sich vieles getan. Wir sind froh darüber. Wir wollen der Costa del Sol helfen, und sie soll uns helfen. Eine Hand wäscht die andere und beide Hände waschen das Gesicht.

WELT: Da muß aber auch in Sachen Infrastruktur einiges getan werden.

Zammitt: Natürlich. Wir sind froh, daß die Öffnung der Grenze im Februar erfolgte. Dieser Monat ist der schlechteste im Fremdenverkehr. Und das gab uns eine Chance.

WELT: Waren Sie denn nicht vorbereitet?

Zammitt: Das ist eine berechtigte Frage. Natürlich haben sich seit dem Abkommen von Lissabon 1980 eine Reihe von Geschäftsleuten in das Abenteuer Gibraltar gestürzt. Dann kam 1982 der Falklandkrieg. All dies war einfach zuviel für die Geschäftsleute. Sie sagten: Wir werden keinen Pfennig mehr ausgeben, bevor nicht die Grenze geöffnet wird. Heute, wo die Grenze geöffnet ist, fließt natürlich das Geld. 71 Minibusse stehen zur Verfügung, die bislang alleine eine Million Pfund eingespielt haben.

WELT: Die großen Busse passen wohl nicht durch die Straßen Gibraltars?

Zammitt: Ja, sie wären hier fehl am Platz. Die kleinen Busse bieten Platz für 20 Leute und können bis an die Spitze des Felsen fahren und man kann alle Straßen besichtigen. In den Straßen lebt die Geschichte, und die wollen wir den Spaniern, den Amerikanern, den Deutschen und den Briten zeigen. Unsere Geschichte geht immerhin zurück bis auf die Phönizier, auf die Karthager. Dann kamen Römer, Spanier und die Briten. Nicht zu vergessen die Mauren. Wer sich für Geschichte interessiert, kann hier an einem Platz enorm viel erfahren. Und wer sich für Ornithologie interessiert übrigens auch.

WELT: Und wer sich für Sport interessiert?

Zammitt: Wir werden etwa 1000 Liegeplätze für Yachten und Motorboote haben.

WELT: Und wieviele Betten?

Zammitt: Ich schätze 5000 bis 6000 Betten, nicht mehr. Sicherlich keine 20 000.

WELT: Wie weit sind denn die Gespräche fortgeschritten zwischen Gibraltar einerseits, Spanien und Marokko andererseits über den Ausbau der Verkehrswege?

Zammitt: Mit den Spaniern reden wir über die Flugverbindungen. Mit Marokko hat es immer Verbindungen gegeben in Form von Autofähren und Hydrofoils. Ich gehe davon aus, daß man auch noch einen Hoovercraft-Dienst einrichten wird. Vielleicht schaffen wir auch eine Hoovercraft-Verbindung mit Spanien, das eröffnet die Möglichkeit für Rundreisen.

WELT: Ein Konzept für die ganze Region?

Zammitt: Ja, die Costa del Sol verfügt mit ihren 250 000 Betten über eine größere Kapazität als das gesamte Portugal. An der Costa leben 100 000 Auslandsbriten. Hinzu kommen Deutsche, Norweger und eine Schweizer Kolonie. Das ergibt ein Potential von 2,5 bis 3 Millionen Ausflüglern jährlich nach Gibraltar.

WELT: Und alle wollen Sie durch die Main-Street schleusen?

Zammitt: Nein, wir müssen da vorsichtig sein. Wir werden die Main-Street wohl in eine Fußgängerzone umwandeln müssen, die Autos müssen heraus. Immerhin erwarten wir 12 0000 Menschen täglich während der Spitzenzeiten.

WELT: Wird man auch einige unterirdische Galerien dem Publikum öffnen?

Zammitt: Wir hatten eine Konferenz in London. Und dabei wurde beschlossen, daß wir die Befestigungsanlagen soweit wie möglich für das Publikum öffnen wollen. Wir haben insgesamt über 59 Kilometer Tunnel im Felsen von Gibraltar. Es gibt Krankenhäuser, Geschäfte und anderes mehr. 60 000 Mann finden Platz; alle unter dem Felsen. Natürlich können wir nicht alles dem Publikum zugänglich machen, denn es gibt die NATO-Einrichtung, auf die wir Rücksicht nehmen müssen.

Doch die Befestigungsanlagen sind für die Besucher interessant. Es sind bauliche Meisterleistungen und noch funktionsfähig. Denken Sie nur an das Wassersystem. Es ist ein Meisterstück und versorgt uns auch heute noch mit Wasser, obwohl es schon 1903 gebaut wurde. Bei einigen Plätzen zögert jedoch das Verteidigungsministerium, zum Beispiel O'Hara's Gun. Das ist die große alte Kanone, die über der Straße von Gibraltar thront. Von dort hat man eine atemberaubende Aussicht. Die Kanone funktioniert übrigens noch. Sie wird aber nicht mehr benutzt. Es ist die letzte 9,2-Zentimeter-Kanone auf der ganzen Welt. Wir wollen sie schon in den nächsten Monaten den Besuchern zeigen. Einige von den Tunneln, die wir öffnen wollen, befinden sich in einem schlechten Zustand. Sie müßten unbedingt repariert werden. Immerhin haben wir sie ja seit dem letzten Weltkrieg nicht mehr benutzt. Aber darin herumzulaufen ist ein phantastisches Erlebnis.

WELT: Sie haben unter dem Felsen komplette Straßensysteme?

Zammitt: Ja, das stimmt, wir wollen da unbedingt ein Militärmuseum einrichten. Wir wollen zeigen, wie die verschiedenen Regimenter aussahen, die hier Dienst taten, was ein Highlander ist.

Ich habe die britische Regierung um ein Schiff ersucht, um ein großes, weil ich ein schwimmendes, nautisches Museum einrichten will. Der letzte große Flugzeugträger Großbritanniens ist die Hermes. Anschließend wurden nur noch kleine gebaut, die nicht so eindrucksvoll sind. Hermes dagegen ist voll funktionsfähig, und den möchte ich haben. Von Hermes aus könnte man Hubschrauberausflüge machen. Man kann auf Hermes ein Restaurant einrichten und ein Museum; alles in einem Schiff.

WELT: Schöne Aussichten.

Zammitt: Ja, und nicht zu vergessen unsere schönen Ansichten. Ich denke an die Briefmarken. Das ist unsere andere große Einnahmequelle. Wir verdienen Millionen daran. Und die Bundesrepublik Deutschland ist unser bester Markt.

Als England vergeblich versuchte, den Felsen loszuwerden

Im Jahre 1716 wollte London Gibraltar loswerden und den Spaniern zurückgeben. Das war immerhin nur drei Jahre nach dem Vertrag von Utrecht, in dem Gibraltar abgetreten worden war.

Der Hintergrund dieser wahren Geschichte, die in die Memoiren des Herzogs von Saint-Simon (1675–1755) überliefert und von dem Mitarbeiter der Neuen Zürcher Zeitung, Uri Schwarz, übersetzt wurde, war folgender: Am 3. Juni 1716 unterzeichnete Österreich einen Defensivvertrag mit England und lud die Niederlande zum Beitritt ein. Spanien war darüber sehr verärgert, obwohl es von London die Zusicherung erhielt, das Abkommen richte sich nicht gegen Madrid. England war auch bereit, sich gute Beziehungen zu Madrid etwas kosten zu lassen, und wenn der Preis Gibraltar wäre.

Gleichzeitig wurden auch zwischen den Franzosen und Briten Verhandlungen geführt, die indes nur schleppend vor sich gingen. Saint-Simon schreibt: „Beide Mächte suchten Spanien für sich zu gewinnen, wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen. Der Regent (Philippe Herzog von Orlean für den damals noch minderjährigen Ludwig XIV.) nutzte diese Rivalität aus, um Gibraltar für Spanien zurückzugewinnen, worauf er begreiflicherweise den allergrößten Wert legte. Für den König von England dagegen war Gibraltar – eher verglichen mit Port Mahon (auf Menorca) –, gemessen am Nutzen, den es brachte, und gemessen an den Kosten seiner Verteidigung und Versorgung, bedeutend weniger wertvoll.

Der König von England stimmte deshalb dem französischen Vorschlag zu, Gibraltar an Spanien zurückzugeben. Die von ihm verlangten Gegenleistungen waren so geringfügig, daß es nicht der Mühe wert ist, sich überhaupt an sie zu erinnern. Weil der Herrscher sich aber nicht der Kritik der Opposition aussetzen wollte, forderte er höchste Geheimhaltung seines Vorhabens und ein ganz bestimmtes Verfahren zu seiner Verwirklichung.

Um das Geheimnis zu wahren, verlangte der König von England, daß nichts durch die Hände von Alberoni (der spätere Kardinal Giulio Alberoni, 1664–1752, war einflußreicher Minister in Madrid) oder die irgendeines spanischen oder englischen Ministers gehen sollte. Alles sollte unmittelbar vom Regenten zum König von Spanien und nur durch Vermittlung eines vom Regenten zu bestimmenden Vertrauensmannes gehen und nur unter der Voraussetzung, daß dieser den König von Spanien unter vier Augen sprechen könne. Der Emissär solle ein Handschreiben des Königs von Großbritannien und Irland mit dessen Unterschrift mitbringen, das dem Gouverneur von Gibraltar befiehlt, die Festung gegen Vorweisung des Handschreibens an den König von Spanien zu übergeben und sich mit seiner Garnison nach Tanger zurückzuziehen.

Als Emissär wurde Charles Auguste d'Allonville, Marquis de Louville (1668–1731), ausgewählt. Dieser hatte jedoch im Jahre 1700 großen Einfluß auf den damals erst 17 Jahre alten König gewonnen und praktisch Spanien regiert, bis er 1703 von der Königin Maria-Luisa-Gabriella von Savoyen entmachtet wurde und Spanien verlassen mußte. Alberoni war nun sehr darum besorgt, er könnte ihm erneut die Gunst der Königin streitig machen. So erhielt Louville alsbald nach seiner Ankunft in Madrid eine Botschaft von Alberoni, in der ihm mitgeteilt wurde, er solle sofort wieder abreisen.

Weiter schreibt Saint-Simon: „Die Ermüdung durch die lange Reise, zu der nun noch ein derartiger Empfang kam, löste bei Louville in der Nacht eine Nierenkolik aus, so daß er am Morgen ein Bad bestellte, in das er sich am späteren Vormittag begab.“

Alberoni suchte ihn beim Herzog von Saint-Aignan persönlich auf, um ihn zur sofortigen Abreise zu bestimmen. Louville wagte nicht, irgend jemanden zu besuchen, und er wagte auch nicht, irgend jemanden in sein Geheimnis einzuweihen.

Saint-Simon schließt seine Schilderung: „Beide, Louville und Saint-Aignan, sahen ein, daß die Hoffnung auf eine Audienz sich nicht erfüllen werde … Und so verreiste Louville nach sieben oder acht Tagen und kam so zurück, wie er gegangen war. Alberoni konnte aufatmen nach der Todesangst, die ihm der Besuch eingeflößt hatte. Ein Trost war für ihn, daß er eine Machtprobe siegreich bestanden hatte, daß er von nun an nicht mehr zu befürchten hatte, es könnte sich jemand dem König von Spanien nähern ohne seine – Alberonis – Zustimmung und es könnte ein Geschäft ohne seine Mitwirkung behandelt werden. Es kostete Spanien Gibraltar.“ P.B.-K.



Britisch, solange die Affen bleiben

FOTO: CAMERA PRESS

BRIEFMARKEN

Kleine Auflage, hohe Rendite

Sammler auf der ganzen Welt schätzen Briefmarken aus Gibraltar, denn ihre Investitionen in diese kleinen, bunten Papierstückchen pflegen sich mit guter Regelmäßigkeit rasch auszuzahlen.

Der Umsatz in Philatelie bringt der Wirtschaft Gibraltars über 600 000 Pfund jährlich und obwohl es nicht viel sein mag im Vergleich zu dem, was andere Länder daran verdienen, ist es doch für die Regierung eine wichtige Einnahmequelle, denn es bedeutet frisches Geld aus den verschiedensten Quellen, das in die Wirtschaft Gibraltars strömt.

Nachfrage ist groß

Der Betrag könnte noch bei weitem erhöht werden, denn die Nachfrage ist groß. Aber die Behörden, und vor allen Dingen das Central Post Office legen großen Wert auf die Seriosität ihrer Briefmarkenausgabepolitik. Und was für Sammler in der ganzen Welt zählt, ist, daß Sonderausgaben nie nachgedruckt werden, und die Zahl der Drucke sind niedrig entsprechend dem Land und seiner Bevölkerung.

Die Nachfrage ist so bedeutend, daß im Ausland Agenten versuchen, die Sammler zu befriedigen, die ansonsten Schwierigkeiten hätten, die Ausgaben zu erlangen. So gibt es offizielle Verkaufsvertreter in Deutschland und anderen wichtigen Ländern in Europa, Asien und Nordamerika.

Zu den beliebtesten Ausgaben, die sich immer noch in der finanziellen Reichweite der meisten Sammler befinden, muß man die Ausgaben mit den Militäruniformen zählen, die jährlich zwischen 1969 und 1976 herauskamen. Sie stellen die britischen Regimenter dar, die auf dem Felsen Dienst taten. Und die Behörden sagen, daß es eines Tages möglich sein wird, die deutschen und dänischen Truppen, die ebenfalls einst Dienst taten, um fern von der Heimat Gibraltar zu verteidigen, daß sie einmal auf einer Briefmarke geehrt und verewigt werden.

Subskriptionsdienste

Heute hat die vollständige Öffnung der Grenze zwischen Spanien und Gibraltar im Februar zu einem starken Anwachsen der Touristenzahl geführt, und das bedeutet, daß auch das Aufkommen an Briefen, die befördert werden müssen, angestiegen ist.

Das hatte auch Auswirkungen auf den Briefmarkenverkauf, denn immerhin besucht jeder zweite Besucher das zentrale Postamt in der Main-Street, um Briefmarken für Sammler oder ein Souvenir zu kaufen.

Angeboten werden auch Subskriptionsdienste, wie in anderen Ländern auch für Sammler, die sich keine Möglichkeit entgehen lassen wollen, und das entsprechende Büro arbeitet nach zwei verschiedenen Prinzipien, dem regelmäßigen Kaufauftrag und dem üblichen ausgabebezogenen, konkreten Kauf.

Wie das vor sich geht, darüber informieren die philatelistischen Behörden Gibraltars. Die Bewohner von Gibraltar – im Bewußtsein, daß ein Teil ihrer Einnahme aus dieser Industrie kommt – nehmen die Sache der Briefmarkenveröffentlichung sehr ernst. Auch auf das Aussehen, die Qualität des Druckes wird großer Wert gelegt und die Motive werden von namhaften, lokalen Künstlern gezeichnet. G. DEANO

GIBRALTAR
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg